



**ZMS** BW

Zentrum für Militärgeschichte und  
Sozialwissenschaften der Bundeswehr

---

**Sicherheits- und verteidigungspolitisches  
Meinungsbild in der  
Bundesrepublik Deutschland**

Ergebnisse und Analysen der Bevölkerungsbefragung  
2018

Markus Steinbrecher  
Heiko Biehl  
Timo Graf

**Forschungsbericht 118**

Dezember 2018

## **Impressum**

Herausgeber: Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr

Verantwortlich für den Inhalt sind die Autoren

Anschrift: Zeppelinstraße 127/128, 14471 Potsdam

Tel.: 0331 9714 486

E-Mail: [zmsbwmilitaersoziologie@bundeswehr.org](mailto:zmsbwmilitaersoziologie@bundeswehr.org)

[www.zmsbw.de](http://www.zmsbw.de)

© ZMSBw

# Inhaltsverzeichnis

---

1	Einleitung .....	4
2	Die wichtigsten Ergebnisse der Studie im Überblick.....	7
3	Methodisches Design der Studie .....	13
4	Subjektive Sicherheit .....	17
5	Einstellungen zum außen- und sicherheitspolitischen Engagement Deutschlands.....	37
6	Haltungen der Bürgerinnen und Bürger zur Bundeswehr .....	72
7	Wahrnehmung der Bundeswehr in der Öffentlichkeit .....	94
8	Attraktivität des Arbeitgebers Bundeswehr .....	119
9	Einstellungen zur Höhe der Verteidigungsausgaben sowie zum Personalumfang der Bundeswehr .....	139
10	Vorstellungen von den Aufgabenbereichen der Bundeswehr.....	158
11	Einstellungen zu den Auslandseinsätzen der Bundeswehr .....	177
	Literaturverzeichnis.....	188
	Methodenanhang .....	198

# 1 Einleitung

---

Das Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr (ZMSBw) wendet sich mit seiner Forschung an drei Adressatenkreise. Als Ressortforschungseinrichtung leistet das ZMSBw einen Beitrag zur wissenschaftsbasierten Politikberatung. Studien und Analysen werden dem Bundesministerium der Verteidigung und der Bundeswehr vorgelegt und die militärischen und politischen Verantwortungsträger auf diese Weise mit geschichts- und sozialwissenschaftlich abgesicherten Einsichten, Befunden und Bewertungen konfrontiert. Der zweite Adressat ist die Wissenschaft: Die Forschung am ZMSBw basiert auf der im Grundgesetz garantierten Freiheit von Wissenschaft, Forschung und Lehre und verfolgt das Ziel, wissenschaftlich relevante, methodisch fundierte sowie theoretisch ambitionierte Untersuchungen vorzulegen und die Grundlagenforschung in der Geschichtswissenschaft wie in den Sozialwissenschaften zu bereichern. Der dritte Adressat dieser Forschung ist die interessierte Öffentlichkeit. Hierzu zählen Medien, politische Akteure, gesellschaftliche Vereinigungen und Interessenvertretungen sowie nicht zuletzt die Bürgerinnen und Bürger, die Interesse an militärgeschichtlichen und sozialwissenschaftlichen Themen haben.

Mit seiner jährlichen Bevölkerungsbefragung und den darauf basierenden Forschungsberichten richtet sich das ZMSBw an alle drei Adressaten gleichermaßen. Im zeitlichen Ablauf werden zunächst dem Bundesministerium der Verteidigung (BMVg) die aktuellen Ergebnisse der Bevölkerungsbefragung zur Verfügung gestellt. Dazu werden im – auf der Webseite des ZMSBw publizierten – Kurzbericht (Steinbrecher et al. 2018a) der politischen Leitung und militärischen Führung der Bundeswehr zeitnah erste Resultate der Studie aufbereitet. Die Relevanz – und zuweilen Brisanz – der Bevölkerungsbefragung für Politik und Bundeswehr ist offensichtlich. Denn die Sicherheits- und Verteidigungspolitik sowie die Streitkräfte sind in der Demokratie auf den Rückhalt der Bürgerinnen und Bürger angewiesen. Die Führungskonzeption der Bundeswehr, die Innere Führung, verlangt sogar explizit mit ihrer Integrationsfunktion die Rückbindung der Streitkräfte und des sicherheitspolitischen Agierens an den Zuspruch der Gesellschaft. Die Bevölkerungsbefragung liefert substanzielle Hinweise auf die öffentliche Unterstützung der Bundeswehr, auf die Haltung zu politischen Entscheidungen, nicht zuletzt zu den Auslandseinsätzen, sowie auf gesellschaftliche Präferenzen und Prioritäten. Dabei treten sowohl Übereinstimmungen als auch Diskrepanzen zwischen öffentlichem Meinungsbild, militärischem Agieren und politischen Entscheidungen zutage, was zuweilen Anlass für Diskussionen und Kontroversen bietet – genau wie es sich für eine lebendige demokratische Öffentlichkeit gehört. Mit der Publikation seiner Studien leistet das ZMSBw damit einen Beitrag zur Transparenz und demokratischen Kontrolle der Streitkräfte.

Die Aufbereitung der Ergebnisse der Bevölkerungsbefragung für die akademische Forschung nimmt naturgemäß mehr Zeit in Anspruch. Wie diverse Zeitschriftenartikel (z.B. Steinbrecher/Biehl 2017, 2018; Steinbrecher/Höfig 2017), vielfältige Aufsätze in Sammelbänden (z.B. Biehl et al. 2017; Steinbrecher et al. 2018c) und vor allem die entstehenden Qualifikationsarbeiten dokumentieren, ist die Bevölkerungsbefragung bestens geeignet, die sozialwissenschaftliche Grundlagenforschung zu bereichern. Das Interesse externer Kolleginnen und Kollegen am Austausch des Datenmaterials sowie gemeinsam gefertigte Publikationen sind weitere Belege für den wissenschaftlichen Wert und die Qualität der jährlichen Bevölkerungsbefragung. Der jüngste Beleg ist der Sammelband „Freiheit oder Sicherheit? Ein Spannungsverhältnis aus Sicht der Bürgerinnen und Bürger“ (Steinbrecher et al. 2018c), der im Herbst 2018 erschienen ist. Anspruch der Forschung des ZMSBw ist dabei stets, entlang der internationalen Standards einen Beitrag zur Fortentwicklung der sozialwissenschaftlichen Disziplinen zu leisten.

Mit diesem Forschungsbericht wendet sich das ZMSBw vorrangig an den dritten Adressatenkreis, die interessierte Öffentlichkeit. Anspruch der vorliegenden Publikation ist es, einen möglichst breiten Kreis von Leserinnen und Lesern über die aktuellen Trends im sicherheits- und verteidigungspolitischen Meinungsbild zu informieren sowie die dahinterstehenden Einflussgrößen zu identifizieren. Standen im bereits publizierten Kurzbericht (Steinbrecher et al. 2018a) deskriptive Analysen im Vordergrund, enthält dieser Forschungsbericht weitergehende Auswertungen, die insbesondere auf die Bestimmungsgründe und Determinanten blicken, die die Haltung der bundesdeutschen Bevölkerung zu Sicherheitspolitik und Streitkräften beeinflussen.

Die jährliche Bevölkerungsbefragung des ZMSBw wird seit 1996 realisiert und stellt damit die längste Zeitreihe sicherheits- und verteidigungspolitischer Umfragen in Deutschland dar. Zentrale Themenstellungen der Befragung sind das Sicherheitsgefühl und die Bedrohungswahrnehmungen der Bundesbürger sowie deren Einstellungen zum außen- und sicherheitspolitischen Engagement Deutschlands. Zudem wird die Haltung der Bevölkerung zur Bundeswehr sowie zu den Auslandseinsätzen analysiert. Die öffentliche Wahrnehmung der Streitkräfte sowie Fragen zur gesellschaftlichen Akzeptanz und Integration der Bundeswehr stellen weitere Themenbereiche dar. Darüber hinaus wird die Attraktivität der Bundeswehr als Arbeitgeber untersucht und das Verhältnis zwischen Streitkräften und Gesellschaft empirisch erfasst (vgl. Tabelle 3.1 für eine ausführliche Themenübersicht).

Das Studienkonzept, die Ausschreibungsunterlagen und der Fragebogen wurden – wie in den Vorjahren – am ZMSBw erarbeitet. Die Daten der aktuellen Befragung wurden im Zeitraum vom 1. Juni bis 5. Juli 2018 im Rahmen von computergestützten persönlichen Interviews (CAPI) durch das Meinungsforschungsinstitut Ipsos erhoben. Befragt wurden 2.464 zufällig ausgewählte Bürgerinnen und Bürger ab 16 Jahren, die in Privathaushalten

in Deutschland leben (vgl. Abschnitt 3 für weitere Angaben zum methodischen Design). Nach Aufbereitung der erhobenen Daten durch Ipsos erhielt das ZMSBw noch im Juli 2018 den Datensatz, der Grundlage der nachstehenden Auswertungen ist. Er umfasst sowohl die geschlossenen als auch die offenen Fragen.

Anders als die Bevölkerungsbefragung 2017 fand die Befragung 2018 nicht in einem Zeitraum hohen öffentlichen Interesses an der Bundeswehr und intensiver medialer Berichterstattung statt. 2017 standen im Befragungszeitraum neben Einsatzthemen (Abzug aus Incirlik, Verlegung der Luftwaffenbasis nach Jordanien) und Beschaffungsvorhaben (Drohnen thematik, Korvettenkauf) vor allem die militärische Tradition und das Verhältnis von politischer Leitung, militärischer Führung und Truppe im Zentrum der medialen Aufmerksamkeit. 2018 geriet die Bundeswehr im Befragungszeitraum wegen Berichten über die schlechte Material- und Ausrüstungslage sowie der Debatte über die Höhe der deutschen Verteidigungsausgaben in die Schlagzeilen.

Wie die Zusammenfassung der wesentlichen Ergebnisse (vgl. Abschnitt 2) zeigt, haben die Bürgerinnen und Bürger die Bundeswehr 2018 über die Medien merklich seltener wahrgenommen als 2017. Deutlich wird auch, dass die Bevölkerung die Medienberichte positiver wahrnimmt als 2017 (vgl. Abschnitt 7). Für die übrigen in der Bevölkerungsbefragung erfassten Einstellungen zeigt sich wie schon in den vergangenen Jahren eine große Stabilität. Grundlegende sicherheitspolitische Einstellungen (vgl. Abschnitte 5, 9, 10 und 11), Haltungen zur Bundeswehr (vgl. Abschnitt 6) oder die Wahrnehmung der Attraktivität der Bundeswehr als Arbeitgeber (vgl. Abschnitt 8) scheinen also nur in geringem Maße von kurzfristigen Ereignissen und Faktoren beeinflusst zu werden.

## 2 Die wichtigsten Ergebnisse der Studie im Überblick

---

### **Subjektive Sicherheit (Abschnitt 4)**

- Die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger fühlt sich persönlich sicher. Die Lage in Deutschland und weltweit wird hingegen mehrheitlich ambivalent bzw. als unsicher wahrgenommen. Im Vergleich zum Vorjahr hat das Unsicherheitsempfinden auf allen drei Ebenen abgenommen.
- Unterschiede hinsichtlich des Sicherheitsempfindens zeigen sich zwischen verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen: Ältere, Befragte mit niedrigem Einkommens- oder Bildungsniveau, Anhänger der AfD oder Bürgerinnen und Bürger aus Ostdeutschland nehmen mehr Unsicherheit wahr als andere. Diese Bevölkerungsgruppen sehen sich insbesondere durch innenpolitische Risikofaktoren in ihrer persönlichen Sicherheit bedroht.
- Innenpolitische und ökonomische Risikofaktoren nimmt die deutsche Bevölkerung insgesamt stärker als Bedrohung für die persönliche Sicherheit wahr als außenpolitische und ökologische Risikofaktoren. Die Zuwanderung nach Deutschland bleibt die prominenteste Bedrohung für das persönliche Sicherheitsgefühl. Die Angst vor Terroranschlägen in Deutschland ist im Vergleich zum Vorjahr deutlich gesunken.
- Multivariate Analysen unterstreichen die Relevanz der Wahrnehmung von Bedrohungen der inneren und äußeren Sicherheit für das Sicherheitsgefühl auf der persönlichen, nationalen und globalen Ebene. Das persönliche Sicherheitsgefühl wird zusätzlich durch die Wahrnehmung von ökonomischen Bedrohungen beeinflusst. Ökologische Bedrohungsperzeptionen wirken zudem auf die subjektive Bewertung der weltweiten Sicherheitslage.

### **Einstellungen zum außen- und sicherheitspolitischen Engagement Deutschlands (Abschnitt 5)**

- Eine klare Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger sieht einen Verantwortungszuwachs Deutschlands auf internationaler Ebene und spricht sich für eine aktive Außen- und Sicherheitspolitik aus. Die Zustimmung zu einer aktiven deutschen Außen- und Sicherheitspolitik sinkt jedoch zum dritten Mal in Folge. Befragte mit niedrigem Einkommens- und Bildungsniveau, Anhänger der AfD sowie Bürgerinnen und Bürger aus Ostdeutschland unterstützen eine aktive deutsche Außenpolitik weniger stark als andere Bevölkerungsgruppen.

- Bei der Wahl der außenpolitischen Mittel gibt es eine Präferenz für friedliche, diplomatische und unterstützende Mittel. Umstritten bzw. ohne mehrheitliche Zustimmung sind die Aufnahme von Flüchtlingen, Waffenlieferungen an befreundete Staaten und Kampfeinsätze der Bundeswehr als potenzielle Mittel der Außenpolitik.
- In Bezug auf grundlegende Fragen der Außen- und Sicherheitspolitik ist festzustellen, dass die Deutschen Krieg als Mittel der Außenpolitik mehrheitlich ablehnen. Sie sind eindeutig für eine Zusammenarbeit mit befreundeten Staaten und Bündnispartnern und möchten, dass Deutschland eine aktivere Rolle in der Weltpolitik spielt. Die Mehrheit der Befragten wünscht sich eine außenpolitische Emanzipation von den USA. Über Einsätze der Bundeswehr sollte nach Ansicht eines großen Teils der Bevölkerung der Bundestag entscheiden.
- Die Verteidigungszusammenarbeit im Rahmen der Europäischen Union wird von einer klaren Mehrheit der deutschen Bevölkerung befürwortet. Eine relative Mehrheit der Befragten (39 Prozent) präferiert die enge Zusammenarbeit nationaler Streitkräfte in der EU. Fast genauso viele Befragte (34 Prozent) befürworten den Aufbau einer dauerhaften europäischen Armee parallel zu den nationalen Streitkräften. Multivariate Analysen zeigen, dass die Identifikation mit der EU sowie eine multilateralistische und militaristische Grundhaltung die Einstellung zur EU-Verteidigungszusammenarbeit positiv beeinflussen.
- Ungeachtet der engeren militärischen Zusammenarbeit der EU-Mitgliedsstaaten sind die Deutschen mehrheitlich davon überzeugt, dass die NATO auch zukünftig das wichtigste Sicherheitsbündnis der westlichen Staaten bleiben wird. Die Mehrheit der Befragten unterstützt zudem die NATO-Mitgliedschaft sowie das verteidigungspolitische Engagement Deutschlands in der NATO.
- Die öffentliche Meinung über Russland hat sich im Vergleich zum Vorjahr insgesamt verbessert, bleibt aber weiterhin gespalten. Die Anhänger der AfD, der Linken oder anderer, nicht im Bundestag vertretener Parteien haben eine sehr viel positivere Sicht auf Russland als andere Parteianhänger.
- Der Blick der Bürgerinnen und Bürger auf die USA ist von großer Skepsis geprägt. In einigen Aspekten wird die USA kritischer beurteilt als Russland. Insbesondere der Glaube an die NATO-Bündnistreue der USA sowie die Bereitschaft, die USA auch zukünftig in die Sicherheit Europas einzubinden, haben stark abgenommen. Nur noch ein Viertel der Bevölkerung hält die USA für einen zuverlässigen Partner Deutschlands und eine relative Mehrheit empfindet die Außen- und Sicherheitspolitik der USA als Bedrohung für die Sicherheit Deutschlands. Die Anhänger der AfD, der Linken oder anderer, nicht im Bundestag vertretener Parteien haben eine sehr viel negativere Sicht auf die USA als andere Parteianhänger.



## **Haltungen der Bürgerinnen und Bürger zur Bundeswehr (Abschnitt 6)**

- Die Bundeswehr genießt unverändert ein hohes gesellschaftliches Renommee. Wie in den Vorjahren stehen die meisten Bürgerinnen und Bürger der Bundeswehr positiv gegenüber: 80 Prozent der Befragten weisen eine positive Einstellung auf.
- Hinsichtlich des sozialen Prestiges der Streitkräfte weisen alle Indikatoren in die gleiche Richtung: Die Bundeswehr und ihre Soldatinnen und Soldaten genießen ein hohes gesellschaftliches Ansehen, sie gelten als wichtig für Deutschland und ihre Leistungen im In- und Ausland werden positiv bewertet.
- Diese Einstellungen schlagen sich in Verhaltensweisen der Bürgerinnen und Bürger nieder. Wie die Erfassung bundeswehrbezogener Aktivitäten zeigt, hat innerhalb eines Jahres ein Drittel der Befragten die Streitkräfte in der ein oder anderen Form unterstützt. Nur sieben Prozent haben sich im gleichen Zeitraum gegen die Bundeswehr engagiert. Im Vergleich zur letzten Erhebung im Jahr 2015 ist ein leichter Rückgang aller Aktivitäten zu verzeichnen.
- Weiterführende Analysen zeigen, dass für die Haltung zur Bundeswehr die politischen Orientierungen der Bürgerinnen und Bürger sowie ihre Erfahrungen mit und ihre Kontakte zu den Streitkräften entscheidend sind. Die soziale Position der Befragten hat hingegen kaum Einfluss auf ihre Haltungen zur Bundeswehr. Für die bundeswehrbezogenen Aktivitäten ist wiederum die Haltung zur Bundeswehr die entscheidende Determinante.

## **Wahrnehmung der Bundeswehr in der Öffentlichkeit (Abschnitt 7)**

- Die Ergebnisse liefern einige Hinweise dafür, dass die Bürgerinnen und Bürger auf die Berichterstattung über die Bundeswehr in den Medien reagieren. Über einige Medientypen oder Kommunikationswege wurden die Streitkräfte deutlich weniger wahrgenommen als 2017. Insbesondere haben die Befragten weniger Berichte über die Bundeswehr in den Massenmedien registriert.
- Der Eindruck von der Bundeswehr ist bei persönlichen Begegnungen besonders positiv. Aber auch die Berichterstattung in den Massenmedien wird – je nach Medium – von 47 bis 56 Prozent der Befragten (eher) positiv wahrgenommen. Im Vergleich zum Vorjahr ergibt sich hier eine Zunahme positiver Nennungen um bis zu 12 Prozentpunkte.
- 2018 sind 45 Prozent der Befragten der Meinung, dass die Bundeswehr genug unternimmt, um mit der Gesellschaft in Kontakt zu bleiben. Dies ist eine Zunahme von 4 Prozentpunkten im Vergleich zum Vorjahr. Mit 37 Prozent sind weniger Bürgerinnen

und Bürger als 2017 der Auffassung, dass sich die Bundeswehr nicht ausreichend darum bemüht, mit der Gesellschaft in Kontakt zu bleiben.

- Hinsichtlich der Integration von Frauen in die Bundeswehr sind bei größeren Gruppen der Bevölkerung Vorbehalte gegenüber Frauen in den Streitkräften zu erkennen. Gleichstellung und Gleichberechtigung von Frauen in der Bundeswehr sind aus der Perspektive der Befragten noch nicht erreicht. Allerdings denken 46 Prozent der Befragten, dass die Öffnung der Bundeswehr für Frauen den Streitkräften mehr Sympathie und Rückhalt in der Gesellschaft eingebracht hat.

### **Attraktivität des Arbeitgebers Bundeswehr (Abschnitt 8)**

- Für 69 Prozent der Befragten ist die Bundeswehr ein attraktiver Arbeitgeber für junge Menschen. Hier zeigen sich im Vergleich zum Vorjahr keine Veränderungen.
- 47 bis 57 Prozent der Deutschen würden sich bei Gesprächen über die Berufswahl für die Bundeswehr aussprechen oder diese als Arbeitgeber empfehlen. Lediglich 21 Prozent würden explizit von den Streitkräften als Arbeitgeber abraten.
- Die weitergehenden Analysen zeigen, dass die Soldatinnen und Soldaten als Botschafter der Bundeswehr und die generelle affektive Haltung zu den Streitkräften von besonderer Bedeutung für die Bewertung der Arbeitgeberattraktivität und für die Empfehlungsbereitschaft der Bundeswehr als Arbeitgeber sind. Dies gilt sowohl für alle Befragten als auch für die Kernzielgruppe der Personalwerbung der Bundeswehr, den 16- bis 29-Jährigen. Insofern verdeutlichen die Analysen, dass es die Streitkräfte genauso wie einzelne Soldatinnen und Soldaten selbst in der Hand haben, Bürgerinnen und Bürger für den Dienst in der Bundeswehr zu begeistern.

### **Einstellungen zur Höhe der Verteidigungsausgaben sowie zum Personalumfang der Bundeswehr (Abschnitt 9)**

- 2018 spricht sich, wie in den Vorjahren, eine Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger (51 Prozent) für eine Erhöhung der Verteidigungsausgaben aus. 36 Prozent sind dafür, dass diese gleich bleiben sollten, und 8 Prozent befürworten eine Verringerung des Verteidigungsetats. Für die Ausgestaltung des zukünftigen Personalumfangs der Bundeswehr zeigt sich ein ähnliches Bild: Für eine Erhöhung sprechen sich 47 Prozent aus, keinen Veränderungsbedarf sehen 42 Prozent und 7 Prozent befürworten eine Verringerung des Personals.
- Für die Erklärung der Einstellungen zu den Verteidigungsausgaben sowie zum Personalumfang der Streitkräfte zeigen sich sehr ähnliche Muster. Die Analysen liefern

folgende Befunde: Personen, die der Bundeswehr positiver gegenüberstehen, möchten ihr auch mehr Geld und Personal zur Verfügung stellen. Neben der Verbundenheit zur Bundeswehr spielen instrumentelle Erwägungen eine Rolle: Bewertet jemand die Sicherheitslage unsicherer, spricht er sich für die Erhöhung der Verteidigungsausgaben und des Personalumfangs aus, d.h. die Bundeswehr bzw. ihre bessere finanzielle und personelle Ausstattung werden als Möglichkeit betrachtet, die Sicherheitslage zu verbessern. In ähnlicher Weise werden mehr Verteidigungsausgaben auch als Weg bewertet, die in den Augen der Befragten schlechte Ausrüstungs- und Bewaffnungssituation der Bundeswehr zu verbessern bzw. den relativ positiv bewerteten Ausbildungsstand des militärischen Personals zu erhalten.

- Die Befragten sehen den Personalumfang und die Höhe des Verteidigungshaushalts wie schon in den Vorjahren als zwei Seiten derselben Medaille. Evident wird dies an einem starken positiven Zusammenhang zwischen beiden Einstellungen: Befragte, die sich für höhere Verteidigungsausgaben aussprechen, plädieren auch für eine Steigerung der Personalstärke der Bundeswehr. Die Stabilität der Einstellungen seit 2015 spricht dafür, dass aus Sicht der deutschen Bürgerinnen und Bürger – trotz der Steigerungen des Verteidigungsetats und der geplanten Verstärkung der Bundeswehr auf 203.000 Soldaten bis 2025 – die aus ihrer Sicht optimale Höhe für beide Kennzahlen noch nicht erreicht ist.

### **Vorstellungen von den Aufgabenbereichen der Bundeswehr (Abschnitt 10)**

- Die Bundeswehr sollte nach Auffassung der Bevölkerung mit zahlreichen Aufgaben betraut werden. Die größte Zustimmung erhalten die Aufgabenbereiche, die sich durch einen direkten Bezug zur Sicherheit Deutschlands bzw. deutscher Staatsbürger auszeichnen oder dem Schutz und der Verteidigung von Bündnispartnern sowie der Terrorbekämpfung dienen.
- Die Bevölkerung befürwortet wie im Vorjahr mehrheitlich zahlreiche Einsatzmöglichkeiten der Bundeswehr im Inneren. Am stärksten unterstützt werden Inlandseinsätze, um Katastrophenhilfe innerhalb Deutschlands zu leisten (89 Prozent) und um den deutschen Luftraum und die deutsche Küste zur Verhinderung von Terroranschlägen zu überwachen (83 Prozent). Für den Einsatz der Bundeswehr gegen digitale Bedrohungen bzw. Angriffe findet sich ebenso nur eine relative Mehrheit (46 bzw. 43 Prozent Zustimmung) wie für den Einsatz der Streitkräfte zur Flüchtlingshilfe (45 Prozent).
- Die Analysen zeigen, dass die Unterstützung für die Aufgabenübernahme im In- und Ausland von einer Vielzahl an Faktoren beeinflusst wird. Als übergreifendes Resultat

ist festzuhalten, dass sowohl funktionale als auch affektive Bewertungen der Streitkräfte die Zuweisung von Aufgaben durch die Bürgerinnen und Bürger durchgehend stark beeinflussen. Bewertet jemand die Bundeswehr an sich oder ihre Leistungen positiv, führt dies generell zu einer stärkeren Präferenz, dass die genannten Aufgaben auch durch Soldatinnen und Soldaten erledigt werden sollen. Insofern zeigt sich erneut, dass es die Streitkräfte selbst in der Hand haben, sich Rückhalt in der Bevölkerung zu erarbeiten.

### **Einstellungen zu den Auslandseinsätzen der Bundeswehr (Abschnitt 11)**

- Die Bevölkerungsmehrheit hat von allen abgefragten Auslandseinsätzen der Bundeswehr zumindest schon einmal etwas gehört oder gelesen. Doch nur wenige kennen zumindest einige Fakten. Viele wissen nichts Konkretes über die Einsätze. Die bekanntesten Einsätze der Bundeswehr sind der Anti-Terroreinsatz in Syrien zur Bekämpfung des sogenannten Islamischen Staates (IS) (37 Prozent) sowie die auslaufende KFOR-Mission im Kosovo (32 Prozent).
- Die Missionen, die im Jahr 2018 am stärksten befürwortet werden, sind die Operation Sophia zur Aufklärung von Schleusernetzwerken im Mittelmeer (51 Prozent Zustimmung) und der EUTM-Einsatz in Mali (50 Prozent Zustimmung). Eine relative Mehrheit unterstützt außerdem das Engagement der Bundeswehr im Rahmen des Anti-Terroreinsatzes in Syrien (46 Prozent), den ATALANTA-Einsatz vor der Küste Somalias (44 Prozent), den KFOR-Einsatz (39 Prozent) und die UNIFIL-Mission (38 Prozent).
- Insgesamt sprechen sich die Deutschen am ehesten für ein Bundeswehrengagement bei den Einsätzen aus, die als Hilfeinsätze wahrgenommen werden oder die der Terrorismusbekämpfung dienen. Die Zustimmung für Maßnahmen im Rahmen der Bündnisverteidigung ist am geringsten.
- Weitergehende Analysen zeigen, dass die Einstellungen zu den Einsätzen von den außen- und sicherheitspolitischen Grundhaltungen und den politischen Orientierungen der Befragten geprägt sind. Einen entscheidenden Einfluss hat zudem der Kenntnisstand zu den Missionen: Je mehr jemand über einen Einsatz weiß, desto eher stimmt er diesem zu.

## 3 Methodisches Design der Studie

---

In der durch das ZMSBw jährlich durchgeführten Bevölkerungsbefragung werden seit 1996<sup>1</sup> ausgewählte Variablen zu sicherheits- und verteidigungspolitischen Einstellungen der Bürgerinnen und Bürger in gleicher oder ähnlicher Form erhoben. Dies ermöglicht es, Aussagen über Stabilität und Veränderung der gemessenen Einstellungen zu treffen.<sup>2</sup> In Tabelle 3.1 sind die Themenbereiche bzw. Items der Befragung 2018 aufgelistet.

Im Anhang sind umfassende Informationen zur methodischen Vorgehensweise zusammengefasst, die sich an Leserinnen und Leser richten, die sich ausführlicher mit Umfragedesign und Analysemethoden beschäftigen möchten. Dieser Abschnitt enthält hingegen einige Informationen, die für das grundlegende Verständnis der nachfolgenden Analyseergebnisse hilfreich sind.

### *Auswahlverfahren*

Für die Untersuchung wurde die Grundgesamtheit, d.h. alle Personen, die für die Analyse von Interesse sind und über die im Rahmen der Untersuchung Aussagen gemacht werden sollen, definiert als deutschsprachige Bevölkerung ab 16 Jahren in Privathaushalten in Deutschland. Da nicht alle Personen der Grundgesamtheit befragt werden können, wurde eine Stichprobe gezogen. Die Auswahl der Personen in der Stichprobe erfolgte zufällig, so dass jedes Element der Grundgesamtheit eine Chance hatte, in die Stichprobe zu gelangen. Dieses Verfahren ermöglicht es, inferenzstatistische Berechnungen durchzuführen, d.h. die Messzahlen der Stichprobe auf die Grundgesamtheit zu beziehen und den dabei gemachten Fehler bestimmen zu können.<sup>3</sup> Je größer dieser Fehler ist, desto breiter ist das Vertrauensintervall, welches den Wert in der Grundgesamtheit (Parameter) mit einer bestimmten Wahrscheinlichkeit abdeckt (vgl. Tabelle 3.2). Für weitere Ausführungen vgl. die entsprechenden Einträge in Abschnitt 1 des Methodenanhangs.

---

<sup>1</sup> Bis 2012 führte das Sozialwissenschaftliche Institut der Bundeswehr (SOWI) die Befragungen durch. Bei älteren Umfragen wird im Folgenden nicht explizit darauf hingewiesen, dass die Daten vom SOWI stammen.

<sup>2</sup> Bei der vorliegenden Untersuchung handelt es sich um eine Querschnittsuntersuchung, d.h. die für die Studie relevanten Merkmale der interessierenden Grundgesamtheit wurden einmalig und zeitgleich gemessen. Aussagen über Einstellungsänderungen beziehen sich daher auf die Aggregatebene der Gesamtheit aller Befragten (ähnlich eines Trenddesigns).

<sup>3</sup> Gemeint ist hier der Stichprobenfehler, also die Streuung der Stichprobenkennwerte um den Wert in der Grundgesamtheit (Parameter). Der Fehler ist abhängig vom Stichprobenumfang und der Streuung der Werte in der Grundgesamtheit.

**Tabelle 3.1: Themen der Studie**

<b>Subjektive Sicherheit</b>
<ul style="list-style-type: none"> <li>• Subjektives Sicherheitsgefühl (3 Items)</li> <li>• Sozioökonomische, ökologische, außen- und innenpolitische Bedrohungen (18 Items)</li> </ul>
<b>Einstellungen zum außen- und sicherheitspolitischen Engagement Deutschlands</b>
<ul style="list-style-type: none"> <li>• Internationale Verantwortung Deutschlands (2 Items)</li> <li>• Außen- und sicherheitspolitische Mittel (10 Items)</li> <li>• Außen- und sicherheitspolitische Grundorientierungen (16 Items)</li> <li>• Einstellungen zu NATO, Bündnisverteidigung und USA (10 Items)</li> <li>• Einstellungen zu NATO, Bündnisverteidigung und Russland (8 Items)</li> </ul>
<b>Haltungen der Bürgerinnen und Bürger zur Bundeswehr</b>
<ul style="list-style-type: none"> <li>• Persönliche Einstellung und Wichtigkeit (3 Items, davon 1 offen)</li> <li>• Ansehen der Bundeswehr und Anerkennung des Dienstes der Soldatinnen und Soldaten (4 Items)</li> <li>• Leistungen, Ausrüstung, Einbindung in die Gesellschaft, öffentliches Auftreten und Ausbildung der Bundeswehr (6 Items)</li> <li>• Institutionenvertrauen (18 Items, davon 1 offen)</li> <li>• Verhältnis von Bundeswehr und Gesellschaft (6 Items)</li> <li>• Aktivitäten mit Bezug zur Bundeswehr (8 Items)</li> </ul>
<b>Wahrnehmung der Bundeswehr in der Öffentlichkeit</b>
<ul style="list-style-type: none"> <li>• Wahrnehmung und Bewertung der Bundeswehr (14 Items)</li> <li>• Kontakt der Bundeswehr zur Gesellschaft (2 Items, davon 1 offen)</li> <li>• Einstellungen zu Frauen in der Bundeswehr (7 Items)</li> </ul>
<b>Attraktivität des Arbeitgebers Bundeswehr</b>
<ul style="list-style-type: none"> <li>• Attraktivität Arbeitgeber Bundeswehr (6 Items)</li> </ul>
<b>Einstellungen zur Höhe der Verteidigungsausgaben sowie zum Personalumfang der Bundeswehr</b>
<ul style="list-style-type: none"> <li>• Höhe der Verteidigungsausgaben (1 Item)</li> <li>• Personalumfang der Bundeswehr (1 Item)</li> <li>• Einstellungen zu Ausgaben für verschiedene Politikbereiche (11 Items)</li> </ul>
<b>Vorstellungen von den Aufgabenbereichen der Bundeswehr</b>
<ul style="list-style-type: none"> <li>• Aufgabenbereiche der Bundeswehr (12 Items)</li> <li>• Aufgabenbereiche der Bundeswehr in Deutschland (8 Items)</li> </ul>
<b>Einstellungen zu den Auslandseinsätzen der Bundeswehr</b>
<ul style="list-style-type: none"> <li>• Bekanntheit Auslandseinsätze (11 Items)</li> <li>• Unterstützung Auslandseinsätze (11 Items)</li> <li>• Persönliches Informationsniveau Auslandseinsätze (1 Item)</li> </ul>
<b>Eigenschaften und allgemeine politische Einstellungen der Befragten</b>
<ul style="list-style-type: none"> <li>• Soziodemografische Merkmale (12–17 Items)</li> <li>• Parteipolitische Orientierung (2 Items)</li> <li>• Militärische Sozialisation bzw. Bindung (5–6 Items)</li> <li>• Politisches und verteidigungspolitisches Interesse (2 Items)</li> <li>• Individuelle politische Kompetenzüberzeugung (4 Items)</li> <li>• Demokratiezufriedenheit, Lebenszufriedenheit, Gerechtigkeitsempfinden (3 Items)</li> <li>• Bewertung wirtschaftliche Lage (2 Items)</li> <li>• Mediennutzung (4 Items)</li> <li>• Verbundenheit (5 Items)</li> </ul>

Da es in Deutschland kein öffentliches Verzeichnis von Privathaushalten (Auswahlrahmen) gibt, wurde die Auswahl der Elemente der Stichprobe in einem mehrstufig geschichteten Verfahren getroffen. Dabei wurden im ersten Schritt Sample-Points abgegrenzt (d.h. das Gebiet Deutschlands in etwa 53.000 Flächen unterteilt), daraus anschließend Haushalte nach dem Random-Route-Prinzip<sup>4</sup> sowie im letzten Schritt die Zielperson im Haushalt nach dem Geburtstagsschlüssel<sup>5</sup> ausgewählt.

**Tabelle 3.2: Vertrauensintervall für Stichproben**

Anteilswert des Merk- mals (p)	Stichprobenumfang (n)									
	100	250	500	750	1.000	1.250	1.500	1.750	2.000	2.500
5	(5,1)	3,2	2,3	1,8	1,6	1,4	1,3	1,2	1,1	1,0
10	7,0	4,4	3,1	2,5	2,2	2,0	1,8	1,7	1,6	1,4
15	8,3	5,2	3,7	3,0	2,6	2,3	2,1	2,0	1,9	1,7
20	9,3	5,9	4,1	3,4	2,9	2,6	2,4	2,2	2,1	1,9
25	10,0	6,4	4,5	3,7	3,2	2,8	2,6	2,4	2,2	2,0
30	10,6	6,7	4,8	3,9	3,4	3,0	2,7	2,5	2,4	2,1
35	11,1	7,0	4,9	4,0	3,5	3,1	2,9	2,6	2,5	2,2
40	11,4	7,2	5,1	4,1	3,6	3,2	2,9	2,7	2,5	2,3
45	11,5	7,3	5,2	4,2	3,6	3,3	3,0	2,8	2,6	2,3
50	11,6	7,3	5,2	4,2	3,7	3,3	3,0	2,8	2,6	2,3
55	11,5	7,3	5,2	4,2	3,6	3,3	3,0	2,8	2,6	2,3
60	11,4	7,2	5,1	4,1	3,6	3,2	2,9	2,7	2,5	2,3
65	11,1	7,0	4,9	4,0	3,5	3,1	2,9	2,6	2,5	2,2
70	10,6	6,7	4,8	3,9	3,4	3,0	2,7	2,5	2,4	2,1
75	10,0	6,4	4,5	3,7	3,2	2,8	2,6	2,4	2,2	2,0
80	9,3	5,9	4,1	3,4	2,9	2,6	2,4	2,2	2,1	1,9
85	8,3	5,2	3,7	3,0	2,6	2,3	2,1	2,0	1,9	1,7
90	7,0	4,4	3,1	2,5	2,2	2,0	1,8	1,7	1,6	1,4
95	(5,1)	3,2	2,3	1,8	1,6	1,4	1,3	1,2	1,1	1,0

Anmerkungen: Lesebeispiel: Bei einem Stichprobenumfang von 2.500 Fällen und einem Merkmalsanteil von 25 Prozent liegt der wahre Wert in der Grundgesamtheit (mit einer Wahrscheinlichkeit von 95 Prozent) im Bereich von 23 (25 - 2) bis 27 Prozent (25 + 2). Weitere Werte lassen sich mit folgender Formel berechnen:

$$P_i = 1,64 * \sqrt{2} * \sqrt{\frac{p*(1-p)}{n}}$$

<sup>4</sup> Von einem zufällig ausgewählten Startpunkt innerhalb des Sample-Points wurde jeder dritte Haushalt ausgewählt (Begehungsregel).

<sup>5</sup> Hierbei wurde diejenige im Haushalt lebende und zur Grundgesamtheit gehörende Person befragt, die zuletzt Geburtstag hatte (Verfahren zur Zufallsauswahl).

### *Datenerhebungstechnik und Feldphase*

Ein erster Entwurf des standardisierten Fragebogens wurde am ZMSBw entwickelt. Die Überprüfung des Fragebogens (Pretest) und die Datenerhebung wurden durch das externe Meinungsforschungsinstitut Ipsos GmbH durchgeführt.<sup>6</sup> Im Rahmen computergestützter persönlicher Interviews (CAPI) wurden in einem Zeitraum von etwa fünf Wochen (1. Juni bis 5. Juli 2018) 2.464 Nettointerviews durch erfahrene und geschulte Interviewer durchgeführt. Die erhobenen Daten wurden durch das Umfrageinstitut im Anschluss an die Erhebung nach den Merkmalen Alter, Geschlecht, Bildung und Ortsgröße gewichtet<sup>7</sup> (vgl. Tabelle 3.3), um die realisierte Stichprobe der demografischen Struktur der Grundgesamtheit anzupassen.

**Tabelle 3.3: Grundgesamtheit und Stichprobe**

	Grundgesamtheit	Stichprobe	
		Gewichtet	Ungewichtet
<b>Geschlecht</b>			
Männer	49	49	48
Frauen	51	51	52
<b>Alter</b>			
16 bis 19 Jahre	5	5	5
20 bis 29 Jahre	14	14	14
30 bis 39 Jahre	14	14	14
40 bis 49 Jahre	16	16	16
50 bis 59 Jahre	19	19	18
60 bis 69 Jahre	14	14	14
70 Jahre und älter	18	18	18
<b>Bildungsabschluss</b>			
Hochschul- bzw. Fachhochschulreife	30	31	26
Realschulabschluss	32	33	42
Hauptschulabschluss oder niedriger	37	35	32
<b>Region</b>			
Norddeutschland (SH, HH, HB, NI)	16	16	16
Ostdeutschland (MV, BB, BE, ST, SN, TH)	20	20	21
Süddeutschland (BW, BY)	29	29	29
Westdeutschland (NW, RP, HE, SL)	35	35	35

Anmerkung: Angaben in Prozent. Nicht alle Prozentangaben ergeben in der Summe 100 Prozent, da sie gerundet wurden.

Datenbasis: Grundgesamtheit: Sollvorgaben aus dem Tageszeitungsdatensatz der Mediaanalyse aus dem Jahr 2018; Stichprobe: Bevölkerungsbefragung des ZMSBw 2018.

<sup>6</sup> Die Autorinnen und Autoren des Forschungsberichts standen vor und während der gesamten Feldphase in engem Kontakt zu Ipsos.

<sup>7</sup> Die Gewichtungsfaktoren reichen dabei von 0,22 bis 4,06 ( $\bar{x}=1,24$ ;  $sd=0,58$ ). Vgl. den entsprechenden Eintrag zur Gewichtung im Methodenanhang.



## 4 Subjektive Sicherheit

*Timo Graf*

---

Sicherheit ist ein Grundbedürfnis des Menschen (Maslow 1943) und eine wesentliche Voraussetzung für die freie Entwicklung menschlicher Zivilisation (Dal Bó et al. 2016). Die Gewährleistung der Sicherheit der Bevölkerung ist ein konstitutiver Bestandteil des modernen, demokratischen Staatsauftrags (Endreß/Petersen 2012). Die Sicherheitslage der Bundesrepublik Deutschland wird durch eine Vielzahl von Risikofaktoren beeinflusst etwa durch Kriege und Konflikte, Streit um ökonomische Ressourcen, die weltweit große Zahl an Flüchtlingen, politischen Extremismus, den globalen Klimawandel oder Gefahren aus dem Cyberraum. Dieser Abschnitt untersucht die öffentliche Wahrnehmung von Sicherheit und möglichen Bedrohungen für das persönliche Sicherheitsgefühl in der Bundesrepublik Deutschland.

Sozialwissenschaftliche Studien attestieren der öffentlichen Meinung einen signifikanten Einfluss auf die Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik, zumindest in westlichen Demokratien (Holsti 1992; Isernia et al. 2002; Jacobs/Page 2005; Page/Shapiro 1983; Risse-Kappen 1991; Sobel 2001; Wittkopf 1990).<sup>8</sup> Deshalb ist anzunehmen, dass auch Sicherheits- und Bedrohungswahrnehmungen in Form artikulierter öffentlicher Meinungen einen Einfluss auf die Politik haben können (Kasperson et al. 1988). Dieser Wirkzusammenhang ist zwar nicht Gegenstand der vorliegenden Untersuchung, verdeutlicht aber, warum die empirische Untersuchung öffentlicher Sicherheits- und Bedrohungswahrnehmungen erforderlich ist. Darüber hinaus ergibt sich die Notwendigkeit einer solchen Untersuchung aus der existenziellen Bedeutung von Sicherheit und dem daraus abgeleiteten Staatsauftrag zum Schutz der Bevölkerung.

Um herauszufinden, welche Bevölkerungsgruppen sich sicherer und welche sich unsicherer fühlen, wird das Sicherheitsempfinden unterschiedlicher soziodemografischer Gruppen miteinander verglichen. Des Weiteren wird untersucht, welche Faktoren aktuell als Bedrohung der persönlichen Sicherheit wahrgenommen werden und in welchem Maße diese Bedrohungsperzeptionen das Sicherheitsempfinden der Menschen in Deutschland beeinflussen. Besondere Aufmerksamkeit wird zudem der Entwicklung der öffentlichen Sicherheitswahrnehmung im Zeitverlauf gewidmet.

---

<sup>8</sup> Empirische Studien zeigen jedoch auch, dass insbesondere im Bereich der Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik die Stärke des Einflusses der öffentlichen Meinung auf die Politik von der Salienz der jeweiligen Themen abhängig ist (Burstein 2006; Page/Shapiro 1983; Soroka 2003).

### *Versuch einer Begriffsdefinition: Sicherheit*

Obwohl oder gerade weil Sicherheit von so universeller Bedeutung ist, gibt es keine allgemeingültige Definition des Begriffs. Unabhängig vom thematischen und zeitlichen Kontext ist jedoch allen Definitionen von Sicherheit ein Aspekt gemein: Die Beschreibung eines Zustands ohne Gefahr oder Bedrohung (Brunner 1984; Endreß/Schattschneider 2010). Dieser Abschnitt definiert Sicherheit als einen „Zustand, in dem sich Individuen, Gruppen und Staaten nicht von ernststen Gefahren bedroht fühlen bzw. sich wirksam vor ihnen geschützt sehen [...]“ (Meier et al. 2008: 410). Diese Definition verdeutlicht bereits den inhärent subjektiven Charakter von Sicherheit, d.h. Sicherheit bzw. Bedrohung wird immer „empfunden“ und „gefühl“, weshalb es wichtig ist, zwischen objektiver Sicherheit (z.B. Kriminalitätsstatistik) und subjektiv empfundener Sicherheit (z.B. Angst vor Kriminalität) zu unterscheiden (Daase 2012; Haverkamp 2014; Noll 1994; Rapoport 1988). Zwischen objektiver Sicherheit und der subjektiven Wahrnehmung derselben identifizieren empirische Studien oftmals eine Diskrepanz (Hummelsheim-Doss 2017; Windzio et al. 2007),<sup>9</sup> weshalb einige Sozialwissenschaftler argumentieren, dass Sicherheit zum Teil sozial konstruiert sei (Altheide 1997, 2002; Dake 1992; Krasmann et al. 2014; Rosenthal 2000). Nichtsdestotrotz ist es das subjektive Sicherheitsempfinden, welches das konkrete Denken und Handeln von Individuen beeinflusst und somit ganz „reale“ Konsequenzen hat. So kann z.B. die Urlaubsplanung maßgeblich von der subjektiven Einschätzung der Sicherheitslage im Zielland beeinflusst werden (Sönmez/Graefe 1998). In der Masse artikulierte Sicherheitswahrnehmungen können, wie eingangs erwähnt, auch politische Entscheidungen auf höchster Ebene beeinflussen – unabhängig davon, ob die subjektive Wahrnehmung tatsächlich der objektiven Sicherheitslage entspricht.

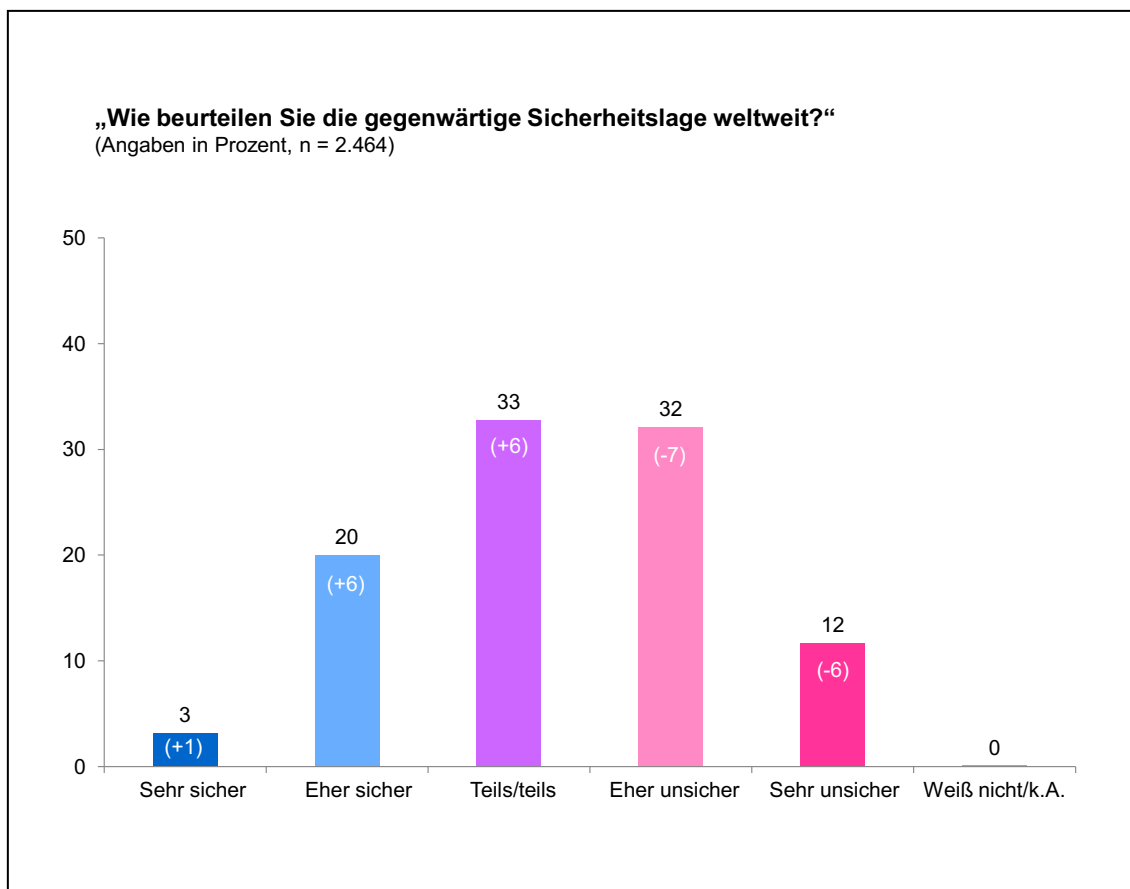
### *Öffentliche Sicherheitswahrnehmungen in Deutschland*

In der Bevölkerungsumfrage des ZMSBw 2018 wurden die Befragten aufgefordert, die persönliche, nationale und weltweite Sicherheitslage zu beurteilen. Wichtig ist an dieser Stelle der Hinweis, dass in der Bevölkerungsumfrage keine Definition des Sicherheitsbegriffs vorgegeben wurde. Die „offene“ und undefinierte Abfrage des Sicherheitsempfindens ermöglicht es den Umfrageteilnehmern, die konkreten Fragen zu ihrer Wahrnehmung vor dem Hintergrund ihres individuellen Verständnisses von Sicherheit zu beantworten. Und eben diese offen gehaltene und wenig konkrete Abfrage des Sicherheitsempfindens macht die vorliegende Erhebung anschlussfähig an die Bewertung der Bevölkerung.

---

<sup>9</sup> Siehe auch Reuband (2009) zum Phänomen der „Kriminalitätsfurcht“.

**Abbildung 4.1: Beurteilung der weltweiten Sicherheitslage**



Anmerkungen: Nicht alle Prozentangaben ergeben in der Summe 100 Prozent, da die Einzelwerte gerundet wurden. Veränderungen gegenüber 2017 in Klammern.

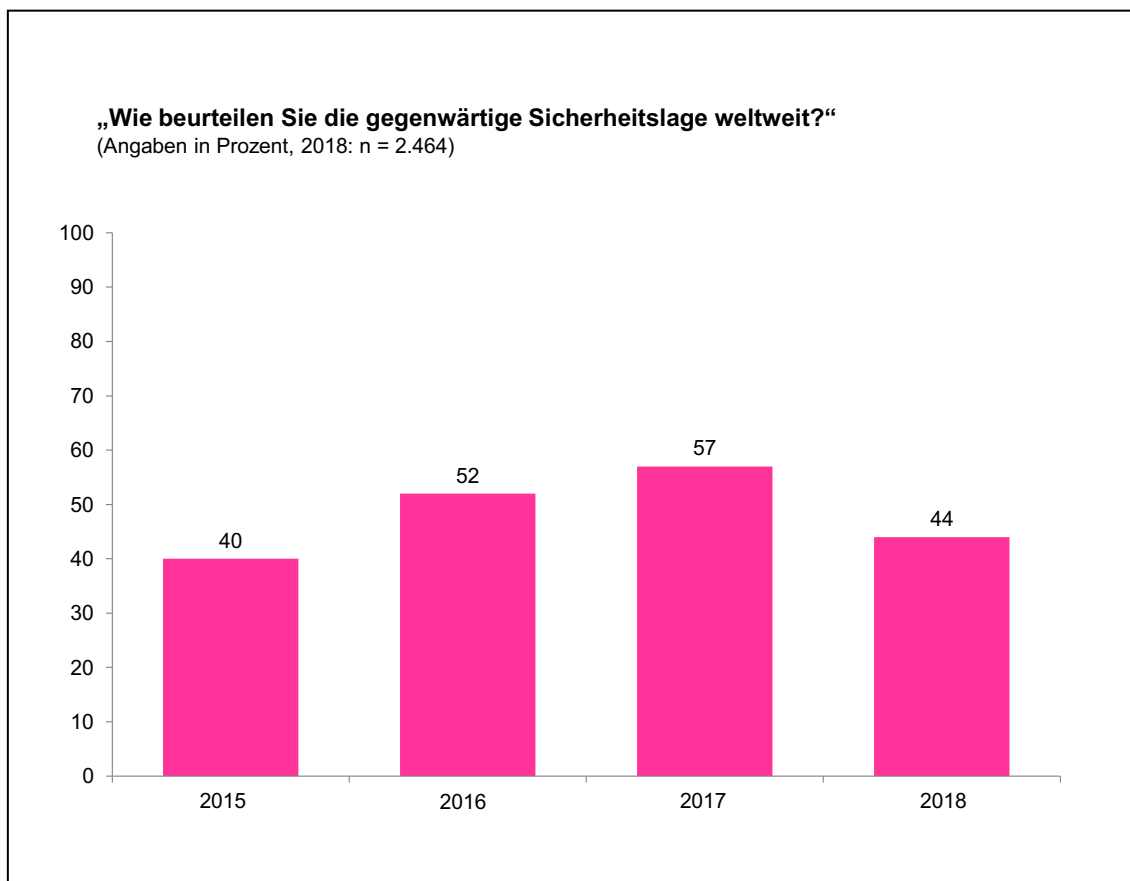
Datenbasis: Bevölkerungsbefragungen des ZMSBw 2017 und 2018.

Die weltweite Sicherheitslage wird durch die Bürgerinnen und Bürger differenziert wahrgenommen (vgl. Abbildung 4.1). Fast ein Viertel der Befragten bewertet die globale Lage als insgesamt sehr sicher (3 Prozent) oder eher sicher (20 Prozent). Im Gegensatz dazu meint etwa die Hälfte der Befragten, die Lage sei eher unsicher (32 Prozent) oder sehr unsicher (12 Prozent). Ein Drittel ist geteilter Meinung (33 Prozent). Im Vergleich zum Vorjahr ist der Anteil derjenigen, die die weltweite Lage als sehr unsicher (-6 Prozentpunkte) oder eher unsicher (-7 Prozentpunkte) empfinden, gesunken. Parallel dazu ist der Anteil der Befragten, die die weltweite Sicherheitslage als eher sicher (+6 Prozentpunkte) oder teils sicher/teils unsicher einschätzen (+6 Prozentpunkte), gestiegen.

Die Beurteilung der weltweiten Sicherheitslage wird in der Bevölkerungsumfrage des ZMSBw seit 2015 erfasst. Von besonderer Bedeutung ist die Entwicklung des Unsicherheitsgefühls im Zeitverlauf, d.h. des Anteils der Befragten, die die Sicherheitslage als sehr unsicher oder eher unsicher empfinden (vgl. Abbildung 4.2). Empfanden 2015 vier von zehn Befragten die weltweite Lage als unsicher, so stieg das Unsicherheitsgefühl im Jahr

2016 auf 52 Prozent und erreichte seinen Höchststand im Jahr 2017 mit 57 Prozent. 2018 ist zum ersten Mal seit drei Jahren ein Rückgang zu verzeichnen, der zudem recht deutlich ausfällt (-13 Prozentpunkte). Dennoch bleibt das Unsicherheitsgefühl in Bezug auf die weltweite Lage relativ hoch, insbesondere im Vergleich zur nationalen Sicherheitslage (vgl. Abbildung 4.3).

**Abbildung 4.2: Beurteilung der weltweiten Sicherheitslage im Zeitvergleich – Unsicherheitsgefühl**

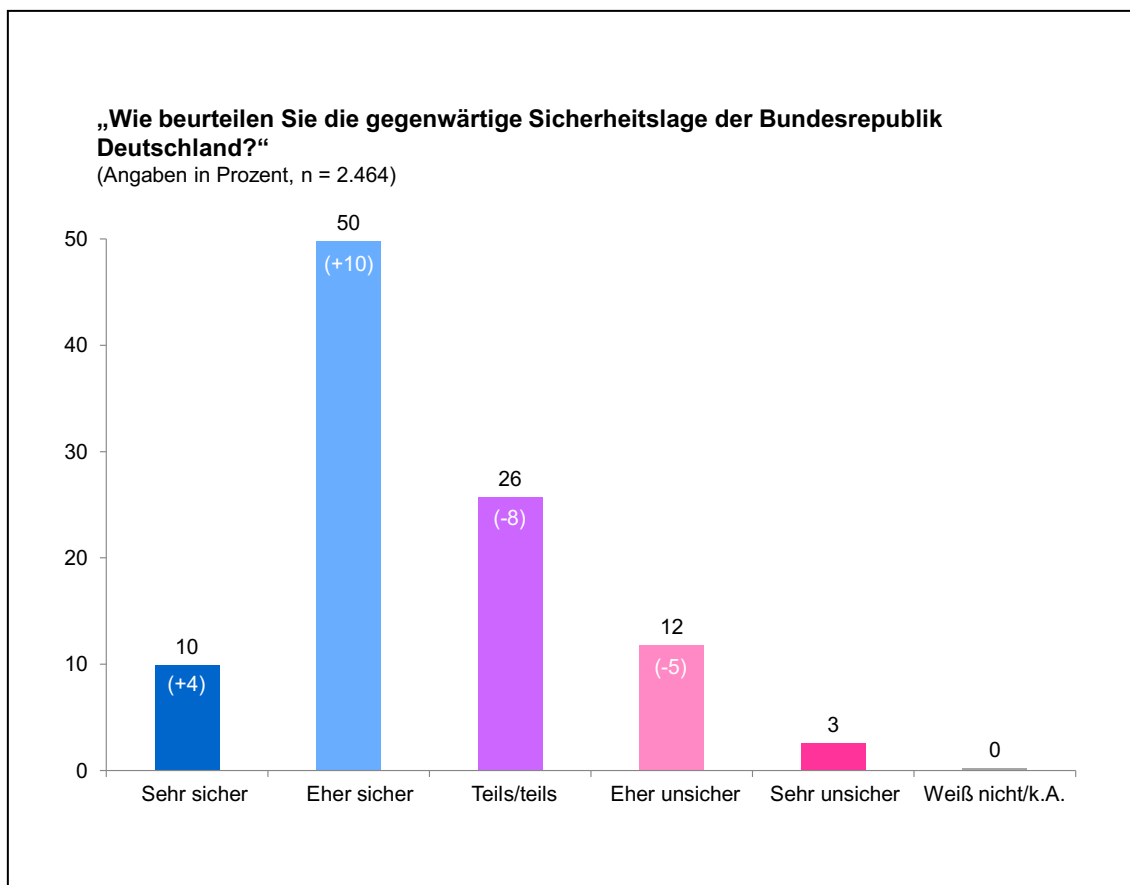


Anmerkung: Die Anteile „Sehr unsicher“ und „Eher unsicher“ wurden zusammengefasst.

Datenbasis: Bevölkerungsbefragungen des ZMSBw 2015–2018.

Im Vergleich zur weltweiten Lage wird die Lage in der Bundesrepublik Deutschland durch die Bürgerinnen und Bürger deutlich sicherer eingeschätzt (vgl. Abbildung 4.3). Mehr als die Hälfte der Befragten beurteilt die Lage als eher sicher (50 Prozent; +10 Prozentpunkte im Vergleich zu 2017) oder sehr sicher (10 Prozent; +4 Prozentpunkte). Ein Viertel der Befragten ist geteilter Meinung (26 Prozent; -8 Prozentpunkte im Vergleich zum Vorjahr). Nur 15 Prozent sind der Auffassung, dass die Lage in Deutschland eher unsicher (12 Prozent; -5 Prozentpunkte) bzw. sehr unsicher (3 Prozent; keine Veränderung) sei. Im Vergleich zum Vorjahr bewerten die Bürgerinnen und Bürger die Sicherheitslage in Deutschland somit deutlich positiver.

**Abbildung 4.3: Beurteilung der nationalen Sicherheitslage**



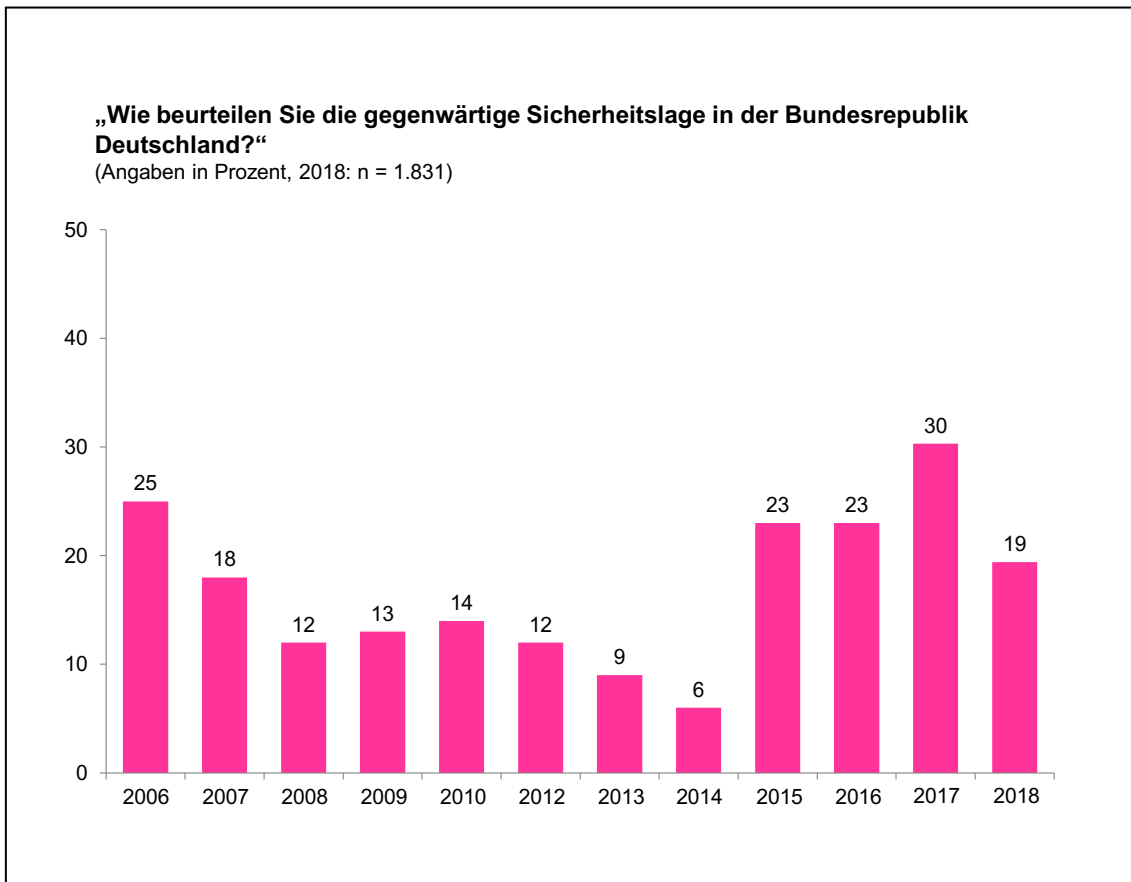
Anmerkungen: Nicht alle Prozentangaben ergeben in der Summe 100 Prozent, da die Einzelwerte gerundet wurden. Veränderungen gegenüber 2017 in Klammern.

Datenbasis: Bevölkerungsbefragungen des ZMSBw 2017 und 2018.

Die Beurteilung der nationalen Sicherheitslage hat sich im Zeitverlauf wie folgt geändert: Das Unsicherheitsgefühl der deutschen Bevölkerung ist im Vergleich zum Vorjahr zwar um 11 Prozentpunkte zurückgegangen und liegt sogar unter den Werten der Jahre 2015 und 2016, aber es befindet sich auf einem für den gesamten Betrachtungszeitraum (seit 2006) vergleichsweise hohen Niveau (vgl. Abbildung 4.4).<sup>10</sup>

<sup>10</sup> Aufgrund unterschiedlicher Antwortskalen (ab 2014: 5-stufig; zuvor 6-stufig) in den Vorjahren wurden zu Vergleichszwecken die Befragten der Mittelkategorie (d.h. der Anteil „Teils/teils“) für die Jahre 2014 bis 2018 herausgerechnet. Damit gehen in die Analysen noch 2.080 (2014), 1.924 (2015), 1.661 (2016), 1.662 (2017), bzw. 1.831 Befragte (2018) ein. So erklären sich auch die Abweichungen in den relativen Häufigkeiten für 2018 zwischen den Abbildungen 4.3 und 4.4.

**Abbildung 4.4: Beurteilung der nationalen Sicherheitslage im Zeitvergleich – Unsicherheitsgefühl**

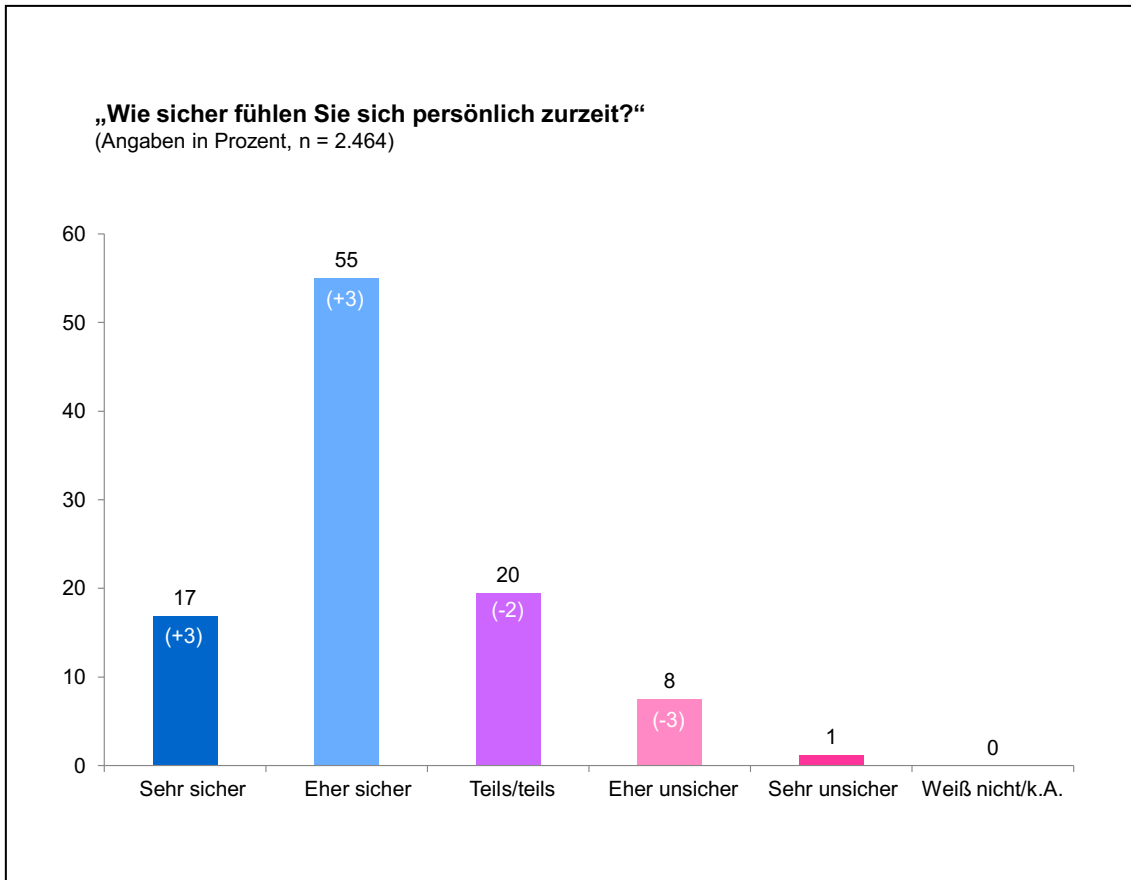


Anmerkungen: Anteile „Sehr unsicher“, „Unsicher“ und „Eher unsicher“ zusammengefasst (2006–2013); ab 2014: „Sehr unsicher“ und „Eher unsicher“ zusammengefasst, „Teils/teils“ herausgerechnet. 2011 wurde die Frage nicht erhoben.

Datenbasis: Bevölkerungsbefragungen des ZMSBw 2006–2010, 2012–2018.

Insgesamt überwiegt bei den Bürgerinnen und Bürgern das Gefühl von persönlicher Sicherheit (vgl. Abbildung 4.5). Im Vergleich zum Vorjahr hat sich das persönliche Sicherheitsgefühl etwas verbessert. Die Mehrheit der Befragten fühlt sich persönlich sehr sicher (17 Prozent; +3 Prozentpunkte im Vergleich zu 2017) oder eher sicher (55 Prozent; +3 Prozentpunkte). Einer von fünf Befragten hat hingegen ein ambivalentes Sicherheitsgefühl (20 Prozent; -2 Prozentpunkte) und nur wenige fühlen sich persönlich eher unsicher (8 Prozent; -3 Prozentpunkte) oder sehr unsicher (1 Prozent; keine Veränderung zum Vorjahr).

**Abbildung 4.5: Beurteilung der persönlichen Sicherheitslage**



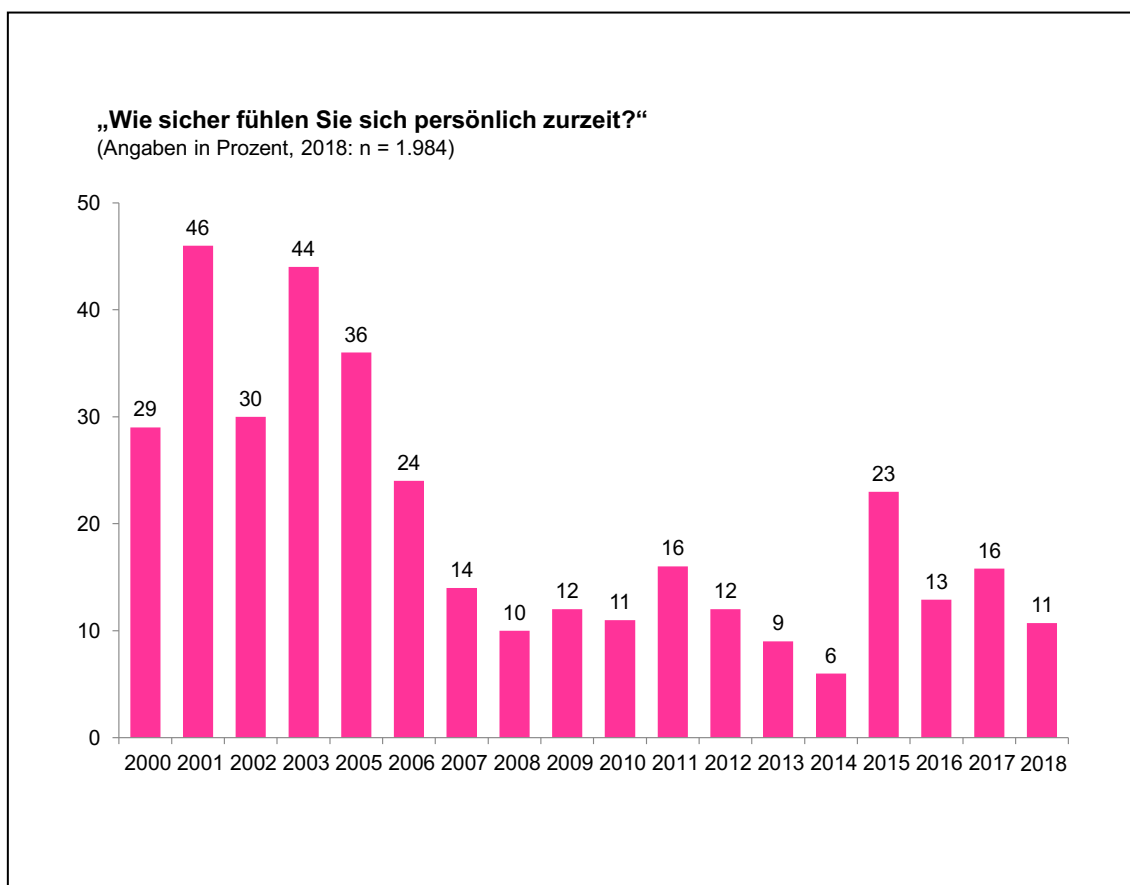
Anmerkungen: Nicht alle Prozentangaben ergeben in der Summe 100 Prozent, da die Einzelwerte gerundet wurden. Veränderungen gegenüber 2017 in Klammern.

Datenbasis: Bevölkerungsbefragungen des ZMSBw 2017 und 2018.

Ähnlich wie bei der Wahrnehmung der nationalen und der weltweiten Sicherheitslage ist der Anteil der Befragten, die sich persönlich unsicher fühlen, im Vergleich zum Vorjahr gesunken (-5 Prozentpunkte; vgl. Abbildung 4.6). Das persönliche Unsicherheitsgefühl erreicht 2018 somit ungefähr das durchschnittliche Niveau der Jahre 2008 bis 2014.<sup>11</sup> Seit dem Jahr 2015 hat sich der Anteil der Befragten, die sich persönlich unsicher fühlen, in etwa halbiert. Betrachtet man den gesamten Erhebungszeitraum seit dem Jahr 2000, so ist festzustellen, dass das persönliche Unsicherheitsgefühl vergleichsweise schwach ausgeprägt ist.

<sup>11</sup> Aufgrund unterschiedlicher Antwortskalen (ab 2014: 5-stufig; zuvor 6-stufig) in den Vorjahren wurden zu Vergleichszwecken die Befragten der Mittelkategorie (d.h. der Anteil „Teils/teils“) für die Jahre 2014–2018 herausgerechnet. Damit gehen in die Analysen noch 2.160 (2014), 1.982 (2015), 1.831 (2016), 1.962 (2017) bzw. 1.984 Befragte (2018) ein. So erklären sich auch die Abweichungen in den relativen Häufigkeiten für 2018 zwischen den Abbildungen 4.5 und 4.6.

**Abbildung 4.6: Beurteilung der persönlichen Sicherheitslage im Zeitvergleich – Unsicherheitsgefühl**



Anmerkungen: Anteile 2000–2013: „Sehr unsicher“, „Unsicher“ und „Eher unsicher“ zusammengefasst; ab 2014: „Sehr unsicher“ und „Eher unsicher“ zusammengefasst, „Teils/teils“ herausgerechnet.

Datenbasis: Bevölkerungsbefragungen des ZMSBw 2000–2003, 2005–2018.

### *Sicherheitsempfinden in soziodemografischen Gruppen*

Sicherheitswahrnehmungen werden durch eine Vielzahl von Faktoren determiniert (Daase 2010; Hummelsheim-Doss 2017; Krasmann et al. 2014). Insbesondere soziodemografische Faktoren spielen eine wichtige Rolle. So haben empirische Studien gezeigt, dass Frauen (Nellis 2009; Skitka et al. 2006; Wilcox et al. 2009), Ältere (Goodwin et al. 2005; Skitka et al. 2006), Personen mit niedrigem Einkommen (Skitka et al. 2006; Wilcox et al. 2009) sowie ethnische Minderheiten und Einwanderer (Eisenman et al. 2009) Bedrohungen eher wahrnehmen und sich entsprechend unsicherer fühlen. Vor diesem Hintergrund erscheint es geboten, zu untersuchen, ob sich die Sicherheitswahrnehmungen in der deutschen Bevölkerung zwischen verschiedenen soziodemografischen Gruppen unterscheiden.

Um die Gruppen besser vergleichen zu können, werden im Folgenden Mittelwerte berichtet. Dazu wurden die Antworten der Befragten umkodiert, so dass ein hoher Mittel-



wert ein positives (Maximalwert 1) und ein geringer Wert ein negatives Sicherheitsempfinden (Minimalwert 0) repräsentiert. Der Mittelwert von 0,50 entspricht der Antwortoption „Teils/teils“ und definiert somit eine ambivalente Beurteilung der Sicherheitslage.

Die Ergebnisse in Tabelle 4.1 zeigen, dass sich die Befragten verschiedener sozialer Gruppen in ihrem Sicherheitsgefühl statistisch signifikant voneinander unterscheiden. Unabhängig von diesen Unterschieden verdeutlichen die Ergebnisse aber auch, dass die nationale und persönliche Sicherheitslage in allen Teilgruppen (im Mittel) als sicher empfunden wird, wohingegen die weltweite Sicherheitslage als eher unsicher bewertet wird.

Frauen beurteilen ihre persönliche Lage unsicherer als Männer, bewerten die nationale und weltweite Sicherheitslage aber ähnlich wie die Männer. Mit zunehmendem Alter und niedrigerer Bildung wird mehr Unsicherheit auf allen drei Ebenen empfunden. Die Einschätzung der persönlichen und nationalen Sicherheitslage verbessert sich linear mit steigendem Haushalteinkommen, jedoch empfinden Hoch- und Niedrigverdiener die weltweite Sicherheitslage als ähnlich unsicher.

Signifikante Unterschiede ergeben sich auch bei der politischen Orientierung. So schätzen die Anhänger der CDU/CSU, der SPD und der Grünen die persönliche und die nationale Sicherheitslage am positivsten ein und die Anhänger der AfD jeweils am negativsten. Die weltweite Sicherheitslage wird zwar in allen Teilgruppen (im Mittel) als unsicher bewertet, insbesondere aber von jenen Befragten, die beabsichtigen, eine „andere Partei“, die Linke oder die AfD zu wählen.

Des Weiteren unterscheiden sich die Sicherheitswahrnehmungen statistisch signifikant nach Region: Bürgerinnen und Bürger in Ost- und Westdeutschland fühlen sich persönlich unsicherer als jene in Süd- und Norddeutschland. Die nationale und weltweite Sicherheitslage wird in Ost- und Süddeutschland negativer beurteilt als in Nord- und Westdeutschland.

Zwischen Menschen mit und ohne Migrationshintergrund lassen sich hingegen kaum Unterschiede feststellen. Einzig die Sicherheitslage in Deutschland wird von Menschen mit Migrationshintergrund positiver bewertet als von Bürgerinnen und Bürgern ohne Migrationshintergrund.

**Tabelle 4.1: Sicherheitsempfinden in soziodemografischen Gruppen**

„Wie sicher fühlen Sie sich persönlich zurzeit?“ / „Wie beurteilen Sie die gegenwärtige Sicherheitslage der Bundesrepublik Deutschland?“ / „Wie beurteilen Sie die gegenwärtige Sicherheitslage weltweit?“ (Mittelwerte)			
	<b>Persönlich</b>	<b>Deutschland</b>	<b>Weltweit</b>
<b>Insgesamt</b>	0,70	0,63	0,43
<b>Geschlecht</b>	***	n.s.	n.s.
Männer	0,72	0,63	0,42
Frauen	0,68	0,63	0,43
<b>Alter</b>	***	**	***
16 bis 29 Jahre	0,73	0,67	0,49
30 bis 49 Jahre	0,70	0,63	0,42
50 bis 69 Jahre	0,69	0,62	0,41
70 Jahre und älter	0,67	0,62	0,41
<b>Bildungsniveau</b>	***	***	**
Hochschul- bzw. Fachhochschulreife	0,72	0,66	0,45
Realschulabschluss	0,69	0,63	0,42
Hauptschulabschluss	0,68	0,61	0,40
<b>Haushaltsnettoeinkommen pro Monat</b>	***	***	***
4.001 Euro und mehr	0,76	0,67	0,40
2.001 bis 4.000 Euro	0,71	0,66	0,45
Bis 2.000 Euro	0,66	0,59	0,40
<b>Wahlabsicht Bundestagswahl</b>	***	***	*
CDU/CSU	0,72	0,66	0,43
SPD	0,72	0,67	0,45
AfD	0,63	0,51	0,39
FDP	0,67	0,60	0,43
Die Linke	0,67	0,63	0,38
Bündnis 90/Die Grünen	0,71	0,67	0,43
Andere Partei	0,67	0,54	0,33
Keine Parteipräferenz, Nichtwähler, w.n./k.A.	0,68	0,60	0,43
<b>Region</b>	***	***	***
Norddeutschland (SH, HH, HB, NI)	0,72	0,67	0,48
Ostdeutschland (MV, BB, BE, ST, SN, TH)	0,67	0,61	0,41
Süddeutschland (BW, BY)	0,72	0,61	0,40
Westdeutschland (NW, RP, HE, SL)	0,69	0,65	0,44
<b>Migrationshintergrund</b>	n.s.	**	n.s.
Ja	0,70	0,67	0,45
Nein	0,70	0,63	0,42

Anmerkungen: Alle Variablen haben einen Wertebereich von [0 - sehr unsicher; 1 - sehr sicher]; Varianzanalysen, Signifikanzniveau: \*\*\*  $p < .001$ ; \*\*  $p < .01$ ; \*  $p < .05$ ; n.s. = nicht signifikant ( $p \geq .05$ ). Der Signifikanztest für die Varianzanalyse gibt an, ob sich der Mittelwert mindestens einer Gruppe von dem Mittelwert mindestens einer anderen Gruppe unterscheidet.

Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des ZMSBw 2018.

## *Öffentliche Bedrohungswahrnehmungen in Deutschland*

Zusätzlich zur Beurteilung der Sicherheitslage wurden die Umfrageteilnehmer gebeten, anzugeben, inwieweit sie bestimmte Faktoren als Bedrohung für ihre persönliche Sicherheit empfinden. Diese Bedrohungspereptionen werden nachfolgend als subjektive, induzierte und objektbezogene Wahrnehmungen eigener Vulnerabilität interpretiert. Analog zu den Sicherheitswahrnehmungen gilt auch hier, dass der Zusammenhang zwischen objektiven Bedrohungslagen und subjektiven Bedrohungspereptionen diffus sein kann.

Wie Tabelle 4.2 veranschaulicht, herrscht in der Bevölkerung ein differenziertes Bewusstsein für die verschiedenen Risikofaktoren, die die persönliche Sicherheitslage beeinflussen können. Die Zuwanderung nach Deutschland bleibt, wie bereits in den Vorjahren, der prominenteste Bedrohungsfaktor (Höfig 2016; Rothbart 2017). Mehr als die Hälfte der Befragten fühlt sich persönlich durch die Zuwanderung nach Deutschland bedroht (55 Prozent; +1 Prozentpunkt im Vergleich zu 2017).<sup>12</sup> Steigende Preise haben sich zur zweitgrößten Sorge der Bevölkerung entwickelt (51 Prozent; +4 Prozentpunkte). Eine unzureichende finanzielle Absicherung im Alter empfinden 38 Prozent (+1 Prozentpunkt) als Bedrohung der persönlichen Sicherheit. Zunehmend größere Sorgen bereiten den Menschen in Deutschland auch ökologische Risikofaktoren wie der weltweite Klimawandel (48 Prozent; +5 Prozentpunkte) oder große Naturkatastrophen (30 Prozent; +8 Prozentpunkte), was auch die extremen klimatischen Bedingungen im Jahr 2018 reflektieren könnte.

Die Wahrnehmung der persönlichen Bedrohung durch politisch motivierte Gewalt im Inland hat im Vergleich zum Vorjahr stark abgenommen. Religiöser Fundamentalismus (41 Prozent; -7 Prozentpunkte) und Terroranschläge (41 Prozent; -12 Prozentpunkte) bleiben aber weiterhin prominente Bedrohungen aus Sicht der Bevölkerung.<sup>13</sup> Die Bedrohung durch externe politische bzw. militärische Faktoren wird ebenfalls weniger stark empfunden als noch 2017: Dazu zählen Spannungen zwischen Russland und dem Westen (24 Prozent; -2 Prozentpunkte), der Konflikt in Syrien und im Irak (23 Prozent; -4 Prozentpunkte), der Zerfall der EU (18 Prozent; -2 Prozentpunkte) und Krieg in Europa (16 Prozent; -5 Prozentpunkte).<sup>14</sup>

---

<sup>12</sup> Zum Vergleich: Die repräsentative Bevölkerungsumfrage „Die Ängste der Deutschen 2018“ im Auftrag der R+V-Versicherung hat ergeben, dass jeweils 63 Prozent der Befragten der Meinung sind, dass die „große Zahl der Flüchtlinge die Deutschen und ihre Behörden überfordert“ und „das Zusammenleben zwischen Deutschen und den hier lebenden Ausländern durch einen weiteren Zuzug von Ausländern/Asylanten beeinträchtigt wird“ (R+V Infocenter 2018).

<sup>13</sup> Die Umfrage der R+V-Versicherung zeigt ebenfalls, dass im Jahr 2018 die Angst vor Terroranschlägen in Deutschland 12 Prozentpunkte geringer ausfällt als im Vorjahr (R+V Infocenter 2018).

<sup>14</sup> Die Bevölkerungsumfrage der R+V-Versicherung (R+V Infocenter 2018) berichtet jedoch, dass die größte Sorge der deutschen Bevölkerung die Politik Donald Trumps sei (69 Prozent Zustimmung). Eine

**Tabelle 4.2: Wahrgenommene Bedrohungen der persönlichen Sicherheitslage**

„Inwieweit fühlen Sie sich persönlich zurzeit durch folgende Faktoren bedroht?“ (Angaben in Prozent, n = 2.464)				
	Bedroht <sup>1</sup>	Teils/teils	Nicht bedroht <sup>2</sup>	Trifft nicht zu/ W.n./k.A.
Zuwanderung nach Deutschland	55	25	20	0
Steigende Preise	51	28	21	0
Weltweiter Klimawandel durch die globale Erwärmung	48	31	21	0
Terroranschläge in Deutschland	41	34	25	0
Religiöser Fundamentalismus in Deutschland	41	28	30	1
Unzureichende finanzielle Absicherung im Alter	38	22	35	5
Fremdenfeindlichkeit in Deutschland	34	28	38	0
Große Naturkatastrophen wie z.B. schwere Stürme oder Überschwemmungen	30	28	42	0
Kriminalität in meinem Umfeld	28	31	40	0
Verbreitung von falschen Informationen über die Medien oder das Internet (Fake News)	25	30	44	1
Spannungen zwischen dem Westen und Russland	24	34	41	1
Konflikt im Irak und Syrien	23	31	45	1
Internetangriff auf die Infrastruktur in Deutschland	23	30	44	3
Störfall in einem Atomkraftwerk	21	26	52	1
Zerfall der EU	18	29	52	2
Krieg in Europa	16	27	57	1
Verlust des eigenen Arbeitsplatzes bzw. Schwierigkeit, einen Arbeitsplatz zu finden	16	18	46	20
Weltweite Ausbreitung einer gefährlichen Krankheit oder Seuche	14	25	60	1

Anmerkungen: Nicht alle Prozentangaben ergeben in der Summe 100 Prozent, da die Einzelwerte gerundet wurden. 1) Anteile „Stark bedroht“ und „Eher bedroht“ wurden zusammengefasst; 2) Anteile „Überhaupt nicht bedroht“ und „Eher nicht bedroht“ wurden zusammengefasst. W.n./k.A.: Weiß nicht/keine Angabe.

Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des ZMSBw 2018.

Die Sorge vor Kriminalität im persönlichen Umfeld (28 Prozent; keine Veränderung gegenüber 2017) und vor Fremdenfeindlichkeit (34 Prozent; +2 Prozentpunkte) bleibt ebenfalls nahezu unverändert, aber doch noch relativ prominent. Die Verbreitung von Fake News bzw. Falschinformationen (25 Prozent; -1 Prozentpunkt) und ein möglicher Internetangriff auf die deutsche Infrastruktur (23 Prozent; -2 Prozentpunkte) bereiten anhaltend fast einem Viertel der Bevölkerung Sorgen. Ebenso unverändert bleibt die empfundene Bedrohung durch einen möglichen Störfall in einem Atomkraftwerk (21 Prozent).

Wie bereits im Vorjahr sehen die Bürgerinnen und Bürger die geringste Bedrohung der persönlichen Sicherheitslage im Verlust des eigenen Arbeitsplatzes bzw. der Schwierigkeit, einen Arbeitsplatz zu finden (16 Prozent; -5 Prozentpunkte) sowie in der weltweiten Ausbreitung einer gefährlichen Krankheit oder Seuche (14 Prozent; -5 Prozentpunkte).

---

mögliche Bedrohungswahrnehmung der *persönlichen* Sicherheit durch die Außen- und Sicherheitspolitik der USA wurde nicht in der ZMSBw-Bevölkerungsumfrage erfasst. Letztere enthielt aber 2018 Fragen zum deutsch-amerikanischen Verhältnis, das in Abschnitt 5 untersucht wird.

Analog zu den Sicherheitswahrnehmungen soll im Folgenden untersucht werden, ob sich die Bedrohungswahrnehmungen zwischen den verschiedenen soziodemografischen Gruppen statistisch signifikant unterscheiden. Da eine separate Betrachtung aller 18 Bedrohungsfaktoren weder zielführend noch praktisch darstellbar ist, werden diese in vier thematischen Blöcken zusammengefasst: 1) außenpolitische Faktoren; 2) innenpolitische Faktoren; 3) ökologische Faktoren; 4) ökonomische Faktoren (vgl. Tabelle 4.3).<sup>15</sup>

**Tabelle 4.3: Thematische Kategorisierung der Bedrohungspereptionen**

Außenpolitisch	Innenpolitisch	Ökologisch	Ökonomisch
Konflikt im Irak und Syrien	Zuwanderung	Weltweiter Klimawandel	Steigende Preise
Spannungen zwischen dem Westen und Russland	Terroranschläge	Naturkatastrophen	Altersarmut
Krieg in Europa	Religiöser Fundamentalismus	Störfall in Atomkraftwerk	Arbeitslosigkeit
Zerfall der EU	Fremdenfeindlichkeit	Weltweite Ausbreitung von Krankheiten/Seuchen	
	Kriminalität		
	Internetangriff auf Infrastruktur in Deutschland		
	Verbreitung von Fake News		

Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des ZMSBw 2018.

Um die verschiedenen soziodemografischen Gruppen besser vergleichen zu können, werden erneut Mittelwerte berichtet. Dazu wurden die Antworten der Befragten umkodiert, so dass ein hoher Mittelwert ein hohes Bedrohungsempfinden (Maximalwert 1) und ein niedrigerer Wert ein geringeres Bedrohungsgefühl (Minimalwert 0) repräsentiert.

Tabelle 4.4 zeigt, dass in allen soziodemografischen Gruppen innenpolitische und ökonomische Bedrohungspereptionen ausgeprägter sind. Außenpolitische und ökologische Faktoren werden dagegen als insgesamt geringere Bedrohung für die persönliche Sicherheit empfunden. Jedoch sehen insbesondere Befragte mit einem Realschulabschluss, Bürgerinnen und Bürger in Ostdeutschland und Menschen ohne Migrationshintergrund ihre persönliche Sicherheit durch außenpolitische Risikofaktoren stärker bedroht als die Vergleichsgruppen. Die Unterschiede zwischen den Anhängern der verschiedenen Parteien sind bei den außenpolitischen Bedrohungen nicht statistisch signifikant.

<sup>15</sup> Aus den einzelnen Bedrohungssitemen wurden entsprechend der thematischen Kategorisierung (vgl. Tabelle 4.3) Mittelwertindizes berechnet. Die thematische Gruppierung der Bedrohungspereptionen erscheint auch empirisch gerechtfertigt, da alle vier Bedrohungsskalen eine annehmbare bis gute Reliabilität aufweisen (Cronbachs alpha): „außenpolitisch“ (0,78); „innenpolitisch“ (0,77); „ökologisch“ (0,69); „ökonomisch“ (0,62).

Dieselben Bevölkerungsgruppen – Ostdeutsche, Menschen mit Realschulabschluss und Befragte ohne Migrationshintergrund – fühlen sich auch durch innenpolitische Risikofaktoren in ihrer persönlichen Sicherheit stärker bedroht als die jeweiligen Vergleichsgruppen. Dies gilt tendenziell auch für jüngere Menschen sowie Anhänger der AfD und der FDP. Ökologische Bedrohungsfaktoren werden insbesondere von den Bürgerinnen und Bürgern ohne Migrationshintergrund, mit einem geringen Haushaltseinkommen oder einer Wahlpräferenz für Bündnis 90/Die Grünen oder Die Linke stärker wahrgenommen. Die ökologische Bedrohungswahrnehmung ist zudem in Süddeutschland schwächer ausgeprägt als im Rest der Republik. Als Bedrohung der persönlichen Sicherheit werden ökonomische Faktoren stärker wahrgenommen von Frauen, Jüngeren und Ostdeutschen sowie von Befragten mit mittlerer Bildung, niedrigem Haushaltseinkommen und einer Wahlpräferenz für die AfD, Die Linke oder eine andere Partei.

Zusammenfassend ist festzustellen, dass sich die Bürgerinnen und Bürger mit mittlerer Bildung, niedrigem Einkommen, einem Wohnsitz in Ostdeutschland und ohne Migrationshintergrund am stärksten durch verschiedene Risikofaktoren in ihrer persönlichen Sicherheit bedroht fühlen.

**Tabelle 4.4: Bedrohungsperzeptionen in soziodemografischen Gruppen**

Bedrohungen nach thematischen Gruppen (Mittelwerte)				
	Außen- politisch	Innen- politisch	Ökologisch	Ökonomisch
<b>Insgesamt</b>	0,40	0,50	0,45	0,50
<b>Geschlecht</b>	n.s.	n.s.	n.s.	*
Männer	0,40	0,50	0,44	0,48
Frauen	0,41	0,50	0,45	0,50
<b>Alter</b>	n.s.	***	n.s.	***
16 bis 29 Jahre	0,40	0,52	0,43	0,52
30 bis 49 Jahre	0,40	0,51	0,45	0,52
50 bis 69 Jahre	0,40	0,50	0,46	0,48
70 Jahre und älter	0,42	0,47	0,45	0,44
<b>Bildungsniveau</b>	**	***	n.s.	***
Hochschul- bzw. Fachhochschulreife	0,40	0,50	0,44	0,45
Realschulabschluss	0,42	0,52	0,46	0,52
Hauptschulabschluss	0,39	0,48	0,45	0,50
<b>Haushaltsnettoeinkommen pro Monat</b>	n.s.	n.s.	**	***
4.001 Euro und mehr	0,40	0,50	0,44	0,41
2.001 bis 4.000 Euro	0,40	0,51	0,44	0,48
Bis 2.000 Euro	0,42	0,50	0,47	0,55
<b>Wahlabsicht Bundestagswahl</b>	n.s.	***	**	***
CDU/CSU	0,41	0,50	0,45	0,44
SPD	0,40	0,48	0,45	0,46
AfD	0,41	0,57	0,44	0,60
FDP	0,46	0,56	0,47	0,48
Die Linke	0,42	0,50	0,48	0,55
Bündnis 90/Die Grünen	0,41	0,49	0,49	0,51
Andere Partei	0,41	0,51	0,45	0,55
Keine Parteipräferenz, Nichtwähler, w.n./k.A.	0,39	0,49	0,43	0,52
<b>Region</b>	*	*	**	***
Norddeutschland (SH, HH, HB, NI)	0,40	0,48	0,46	0,48
Ostdeutschland (MV, BB, BE, ST, SN, TH)	0,43	0,52	0,46	0,54
Süddeutschland (BW, BY)	0,39	0,51	0,43	0,47
Westdeutschland (NW, RP, HE, SL)	0,40	0,49	0,46	0,49
<b>Migrationshintergrund</b>	***	***	***	n.s.
Ja	0,36	0,46	0,38	0,49
Nein	0,41	0,51	0,46	0,49

Anmerkungen: Alle Variablen haben einen Wertebereich von [0 - überhaupt nicht bedroht; 1 - stark bedroht]; Varianzanalysen, Signifikanzniveau: \*\*\* p < .001; \*\* p < .01; \* p < .05; n.s. = nicht signifikant (p ≥ .05). Der Signifikanztest für die Varianzanalyse gibt an, ob sich der Mittelwert mindestens einer Gruppe von dem Mittelwert mindestens einer anderen Gruppe unterscheidet.

Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des ZMSBw 2018.

### *Der Einfluss von Bedrohungswahrnehmungen auf das Sicherheitsempfinden*

Sicherheit wurde eingangs definiert als ein Zustand, der durch die Abwesenheit von Bedrohungen oder Gefahren gekennzeichnet ist. Entsprechend soll nachfolgend untersucht werden, welchen Einfluss die vier Bedrohungswahrnehmungen (vgl. Tabelle 4.3) auf die Beurteilung der persönlichen, der nationalen und der weltweiten Sicherheitslage haben.

Hierzu werden eine Reihe von linearen Regressionsanalysen durchgeführt, die es ermöglichen, die Effekte weiterer Faktoren auf die abhängigen Variablen zu berücksichtigen: soziodemografische Merkmale, politische Orientierungen, Medienkonsum sowie subjektive Wahrnehmungen der eigenen Lebenswelt. Die Auswahl möglicher Einflussfaktoren orientiert sich maßgeblich am Vorjahresbericht (Rothbart 2017). Neu ist jedoch etwa die Berücksichtigung des Medienkonsums. Empirische und experimentelle Studien zeigen, dass die Massenmedien die Wahrnehmung unserer Umwelt bzw. Lebenswelt maßgeblich beeinflussen können, d.h. *worüber* wir nachdenken („Agenda Setting-Effekt“: McCombs 2013; McCombs/Shaw 1972; Scheufele/Tewksbury 2007) und *wie* wir darüber denken („Second-Level Agenda Setting-Effekt“: Ghanem 1997; Rill/Davis 2008; Wanta et al. 2004). Wie bereits erwähnt, sprechen einige Sozialwissenschaftler deshalb auch mit Blick auf die vermittelnde Rolle der Massenmedien von der sozialen Konstruktion von Sicherheit (Altheide 1997, 2002; Krasmann et al. 2014; Rosenthal 2000). Empirische Studien aus den USA legen außerdem nahe, dass ein erhöhter Medienkonsum mit einem höheren Risikobewusstsein bzw. stärkeren Ängsten einhergehen kann (Comer et al. 2008; Nellis/Savage 2012). Grundsätzlich soll in der Analyse der Einfluss der subjektiven Wahrnehmung der Lebenswelt auf das Sicherheitsempfinden kontrolliert werden, d.h. die allgemeine Lebenszufriedenheit sowie die Wahrnehmung von gesellschaftlicher Gerechtigkeit und wirtschaftlichem Wohlergehen (persönlich und gesellschaftlich). Es wird angenommen, dass die Wahrnehmung der eigenen Lebenswelt eine positive Beziehung zum Sicherheitsempfinden auf allen drei Ebenen aufweist (Alfaro-Beracoechea et al. 2018).

Wie Tabelle 4.5 zeigt, haben außen- und innenpolitische Bedrohungswahrnehmungen einen signifikanten Einfluss auf die Wahrnehmung der persönlichen, der nationalen und der weltweiten Sicherheitslage: Je mehr man sich durch außen- und innenpolitische Risikofaktoren bedroht sieht, desto unsicherer beurteilt man die persönliche (vgl. Modell I in Tabelle 4.5), die nationale (vgl. Modell IV) und auch die weltweite Sicherheitslage (vgl. Modell VII). Diese Beziehungen bleiben statistisch signifikant, selbst wenn die Einflüsse der übrigen unabhängigen Variablen im Modell berücksichtigt werden (vgl. Modelle III, VI und IX) – mit einer Ausnahme: Die außenpolitische Bedrohungswahrnehmung hat dann keinen signifikanten Einfluss mehr auf die Beurteilung der weltweiten Sicherheitslage. In diesem Zusammenhang ist aber darauf hinzuweisen, dass die Bildungs- und Einkommensvariablen sowie ein aktuelles bzw. ehemaliges Arbeitsverhältnis zur Bundes-



wehr einen signifikanten Einfluss eben nur auf die Beurteilung der weltweiten Sicherheitslage haben (vgl. Modell IX) – für die Beurteilung der persönlichen und nationalen Sicherheitslage sind diese Faktoren hingegen irrelevant (d.h., der Effekt ist statistisch nicht signifikant).

Die ökologische Bedrohungswahrnehmung hat lediglich einen signifikanten Einfluss auf die Beurteilung der weltweiten Sicherheitslage: Je stärker man sich durch ökologische Faktoren bedroht sieht, desto unsicherer empfindet man die weltweite Sicherheitslage. Der Einfluss der ökologischen Bedrohungswahrnehmung ist auf dieser Ebene sogar stärker als der Einfluss der innenpolitischen Bedrohungsperzeption (vgl. Modell IX). Dieser Zusammenhang von (empfundener) persönlicher Bedrohung durch ökologische Risikofaktoren und der subjektiven Einschätzung der globalen Sicherheitslage erscheint durchaus plausibel, ist doch insbesondere der Klimawandel ein weltweites Phänomen, das letztlich konkrete Auswirkungen auf die persönliche Sicherheit eines jeden Menschen haben kann. Aus methodischer Sicht ist zu beachten, dass zwei der vier Items, die in die Berechnung der „ökologischen“ Bedrohungswahrnehmung eingeflossen sind, in ihrer Formulierung explizit auf die „weltweite“ Dimension des jeweiligen Phänomens (Klimawandel und Ausbreitung von Krankheiten bzw. Seuchen) hinweisen. Ein möglicher Einfluss der Formulierung dieser Bedrohungssitems auf das empirische Ergebnis kann also nicht ausgeschlossen werden.

Wie die außen- und innenpolitische Bedrohungswahrnehmung hat auch die ökonomische Bedrohungswahrnehmung einen statistisch signifikanten negativen Einfluss auf die Beurteilung der persönlichen und der nationalen Sicherheitslage (vgl. Modelle I und IV), nicht aber auf die Einschätzung der weltweiten Sicherheitslage (vgl. Modell VII). Im Unterschied zu den außen- und innenpolitischen Bedrohungswahrnehmungen wird dieser Einfluss aber statistisch insignifikant, wenn die Einflüsse der übrigen unabhängigen Variablen im Modell berücksichtigt werden (vgl. Modelle III und VI).

Neben den Erkenntnissen über den Effekt der Bedrohungsperzeptionen zeigen sich weitere interessante Befunde, die sich zum Teil mit den Ergebnissen der bivariaten Analyse des Sicherheitsempfindens decken (vgl. Tabelle 4.1). So fällt auf, dass höheres Alter einen negativen Einfluss auf die Bewertung der persönlichen, der nationalen und der weltweiten Sicherheitslage hat, d.h. je älter die Befragten sind, desto eher empfinden sie ein Gefühl der Unsicherheit. Hinsichtlich der Beurteilung der persönlichen Sicherheitslage fällt auf, dass Frauen diese schlechter bewerten als Männer (vgl. Modelle II und III).

**Tabelle 4.5: Determinanten des Sicherheitsempfindens**

	Persönlich			Deutschland			Weltweit		
	I	II	III	IV	V	VI	VII	VIII	IX
<i>Bedrohungswahrnehmungen</i>									
Außenpolitisch	-0,15***		-0,16***	-0,13***		-0,14***	-0,06*		0,01 <sup>n.s.</sup>
Innenpolitisch	-0,24***		-0,24***	-0,13***		-0,14***	0,02 <sup>n.s.</sup>		-0,10**
Ökologisch	0,02 <sup>n.s.</sup>		0,02 <sup>n.s.</sup>	0,02 <sup>n.s.</sup>		0,00 <sup>n.s.</sup>	-0,12***		-0,14***
Ökonomisch	-0,09***		0,04 <sup>n.s.</sup>	-0,13***		-0,01 <sup>n.s.</sup>	-0,01 <sup>n.s.</sup>		0,04 <sup>n.s.</sup>
<i>Soziodemografie</i>									
Alter		-0,08**	-0,07**		-0,06**	-0,07**		-0,08**	-0,08**
Frauen		-0,11***	-0,10***		-0,01 <sup>n.s.</sup>	0,00 <sup>n.s.</sup>		0,01 <sup>n.s.</sup>	0,02 <sup>n.s.</sup>
Mittlere Bildung		-0,02 <sup>n.s.</sup>	0,00 <sup>n.s.</sup>		-0,03 <sup>n.s.</sup>	-0,02 <sup>n.s.</sup>		-0,06*	-0,05 <sup>n.s.</sup>
Niedrige Bildung		-0,02 <sup>n.s.</sup>	-0,03 <sup>n.s.</sup>		-0,05 <sup>n.s.</sup>	-0,05 <sup>n.s.</sup>		-0,06*	-0,07*
Haushaltsnettoeinkommen (2.001 bis 4.000 Euro)		-0,04 <sup>n.s.</sup>	-0,04 <sup>n.s.</sup>		0,05 <sup>n.s.</sup>	0,06 <sup>n.s.</sup>		0,13***	0,14***
Haushaltsnettoeinkommen (bis 2.000 Euro)		-0,04 <sup>n.s.</sup>	-0,04 <sup>n.s.</sup>		0,00 <sup>n.s.</sup>	0,02 <sup>n.s.</sup>		0,08*	0,12**
Ostdeutschland		-0,04 <sup>n.s.</sup>	-0,04 <sup>n.s.</sup>		-0,05*	-0,06**		-0,06*	-0,09***
Migrationshintergrund		0,01 <sup>n.s.</sup>	-0,03 <sup>n.s.</sup>		0,04 <sup>n.s.</sup>	0,00 <sup>n.s.</sup>		0,00 <sup>n.s.</sup>	-0,04 <sup>n.s.</sup>
Bin/war Soldat		-0,03 <sup>n.s.</sup>	-0,05 <sup>n.s.</sup>		-0,03 <sup>n.s.</sup>	-0,04 <sup>n.s.</sup>		-0,05*	-0,07*
<i>Politische Orientierung</i>									
Wahlabsicht SPD		0,04 <sup>n.s.</sup>	0,02 <sup>n.s.</sup>		0,02 <sup>n.s.</sup>	0,01 <sup>n.s.</sup>		0,02 <sup>n.s.</sup>	0,00 <sup>n.s.</sup>
Wahlabsicht Bündnis90/ Die Grünen		0,01 <sup>n.s.</sup>	-0,01 <sup>n.s.</sup>		0,01 <sup>n.s.</sup>	0,00 <sup>n.s.</sup>		-0,01 <sup>n.s.</sup>	-0,02 <sup>n.s.</sup>
Wahlabsicht Die Linke		-0,01 <sup>n.s.</sup>	-0,01 <sup>n.s.</sup>		0,01 <sup>n.s.</sup>	0,01 <sup>n.s.</sup>		-0,03 <sup>n.s.</sup>	-0,03 <sup>n.s.</sup>
Wahlabsicht FDP		-0,05*	-0,04 <sup>n.s.</sup>		-0,07**	-0,06**		-0,02 <sup>n.s.</sup>	-0,02 <sup>n.s.</sup>
Wahlabsicht AfD		-0,05*	-0,05*		-0,11***	-0,10***		-0,03 <sup>n.s.</sup>	-0,04 <sup>n.s.</sup>
Wahlabsicht Andere		0,00 <sup>n.s.</sup>	-0,01 <sup>n.s.</sup>		-0,03 <sup>n.s.</sup>	-0,04 <sup>n.s.</sup>		-0,03 <sup>n.s.</sup>	-0,04 <sup>n.s.</sup>
Keine Parteipräferenz, Nichtwähler, nicht wahlberechtigt, w.n./ k.A.		0,00 <sup>n.s.</sup>	-0,01 <sup>n.s.</sup>		-0,06*	-0,04 <sup>n.s.</sup>		-0,03 <sup>n.s.</sup>	-0,03 <sup>n.s.</sup>
<i>Wahrnehmung der Lebenswelt</i>									
Medienkonsum		-0,03 <sup>n.s.</sup>	0,01 <sup>n.s.</sup>		0,02 <sup>n.s.</sup>	0,04 <sup>n.s.</sup>		0,03 <sup>n.s.</sup>	0,05*
Lebenszufriedenheit		0,13***	0,11***		0,04 <sup>n.s.</sup>	0,01 <sup>n.s.</sup>		-0,09***	-0,09**
Gerechtigkeitsempfinden		0,07***	0,10***		0,14***	0,15***		0,20***	0,22***
Eigene wirtschaftliche Lage		0,12***	0,11***		0,04 <sup>n.s.</sup>	0,03 <sup>n.s.</sup>		0,03 <sup>n.s.</sup>	0,04 <sup>n.s.</sup>
Wirtschaftliche Lage in Deutschland		0,11***	0,07**		0,20***	0,17***		0,01 <sup>n.s.</sup>	-0,03 <sup>n.s.</sup>
Korrigiertes R <sup>2</sup>	0,14	0,13	0,23	0,10	0,14	0,20	0,02	0,06	0,10
n	2.216	2.243	2.048	2.214	2.242	2.047	2.215	2.242	2.047

Anmerkungen: Wertebereich der abhängigen Variablen [0 - unsicher; 1 - sicher]. Alle erklärenden Variablen mit Ausnahme von Alter [16; 91] haben einen Wertebereich von [0; 1]. Die Bedrohungswahrnehmungen wurden als Mittelwertindizes entsprechend theoretischer Annahmen gebildet (vgl. Tabelle 4.3). Referenzkategorie der Wahlabsicht ist Wahlabsicht CDU/CSU. Medienkonsum ist ein Mittelwertindex, der aus vier Items berechnet wurde, die die selbsterklärte Häufigkeit des individuellen Konsums folgender Massenmedien erfassen: Fernsehen, Zeitungen und Zeitschriften, Radio sowie Internet. Analyseverfahren: Multiple lineare Regressionen; standardisierte Regressionskoeffizienten (beta). Signifikanzniveau: \*\*\* p < .001; \*\* p < .01; \* p < .05; n.s. = nicht signifikant (p ≥ .05).

Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des ZMSBw 2018.

Des Weiteren zeigt sich, dass AfD-Anhänger die persönliche und insbesondere die nationale Sicherheitslage negativer bewerten als die Anhänger von CDU und CSU (Referenzgruppe; vgl. Modelle II und III sowie V und VI). Ostdeutsche schätzen die nationale und die weltweite Sicherheitslage negativer ein als die Bürgerinnen und Bürger in anderen Regionen (vgl. Modelle V und VI sowie VIII und IX).

Darüber hinaus zeigt sich, dass die Wahrnehmung der eigenen Lebenswelt statistisch signifikante Einflüsse auf das Sicherheitsempfinden hat. Je mehr man mit seinem Leben zufrieden ist, Deutschland als „gerechte“ Gesellschaft empfindet oder je positiver man die eigene oder die wirtschaftliche Lage in Deutschland beurteilt, umso positiver bewertet man die persönliche Sicherheitslage (vgl. Modelle II und III). Die Wahrnehmung der nationalen Sicherheitslage wird ebenfalls statistisch signifikant und positiv durch das Gerechtigkeitsempfinden und die Wahrnehmung der wirtschaftlichen Lage in Deutschland beeinflusst (vgl. Modelle V und VI). Das Gerechtigkeitsempfinden beeinflusst die Beurteilung der weltweiten Sicherheitslage positiv und vergleichsweise stark (vgl. Modelle VIII und IX). Zwei Ergebnisse sind in Bezug auf die weltweite Sicherheitswahrnehmung jedoch überraschend: der *negative* Effekt der Lebenszufriedenheit und der *positive* Effekt des Medienkonsums (vgl. Modelle VIII und IX). Je zufriedener die Befragten also mit ihrem Leben sind, desto negativer beurteilen sie die weltweite Sicherheitslage – möglicherweise, weil sie im globalen Kontext um ihr „gutes“ Leben fürchten. Die empirischen Ergebnisse aus den USA hätten eine negative Beziehung zwischen Sicherheitsempfinden und Medienkonsum erwarten lassen, diese lässt sich mit den Daten der ZMSBw-Bevölkerungsumfrage jedoch nicht bestätigen.<sup>16</sup>

### *Fazit*

Eine klare Mehrheit der deutschen Bevölkerung fühlt sich persönlich sicher (74 Prozent) und auch die Sicherheitslage in Deutschland wird mehrheitlich positiv beurteilt (60 Prozent). Im Kontrast dazu steht die Wahrnehmung der weltweiten Sicherheitslage, die nur von 23 Prozent der Bürgerinnen und Bürger als sicher und von einer relativen Mehrheit von 44 Prozent als unsicher eingeschätzt wird.

Das Sicherheitsgefühl der deutschen Bevölkerung hat sich im Vergleich zum Vorjahr insgesamt deutlich verbessert. Während das persönliche Sicherheitsempfinden in etwa auf das durchschnittliche Niveau der Jahre vor Beginn der Flüchtlingskrise zurückgekehrt ist (2008–2014), bleibt die Bewertung der nationalen Sicherheitslage noch immer „angespannter“ als vor 2014, obgleich auch hier eine positive Entwicklung feststellbar ist. Die Bewertung der weltweiten Sicherheitslage hat sich im Vergleich zum Vorjahr zwar ebenfalls verbessert, wird aber ähnlich kritisch eingeschätzt wie 2015 (dem ersten Jahr der Erhebung).

Insgesamt sehen sich die Bürgerinnen und Bürger vorrangig durch innenpolitische und ökonomische Risikofaktoren in ihrer persönlichen Sicherheit bedroht. Außenpolitische

---

<sup>16</sup> Allerdings wurden hier weder die Tonalität der Medieninhalte erfasst noch nach Inhalten bzw. Formaten differenziert.

und ökologische Risikofaktoren spielen hingegen eine nachgeordnete Rolle. Wie in den Vorjahren wird die Zuwanderung nach Deutschland als die größte Bedrohung für die persönliche Sicherheit empfunden (Höfig 2016; Rothbart 2017).

Wenig überraschend ist, dass insbesondere die Wahrnehmung innenpolitischer Bedrohungen (einschließlich Zuwanderung nach Deutschland, religiöser Fundamentalismus, Terroranschläge etc.) einen Einfluss auf die Beurteilung der persönlichen, nationalen und weltweiten Sicherheitslage hat. Die Beurteilung der persönlichen und nationalen Sicherheitslage wird zudem durch die Wahrnehmung außenpolitischer Bedrohungen statistisch signifikant beeinflusst – die Einschätzung der weltweiten Sicherheitslage hingegen von der Wahrnehmung ökologischer Bedrohungen.

Da die meisten außen- und innenpolitischen Risikofaktoren als weniger bedrohlich eingeschätzt werden als noch 2017, ist anzunehmen, dass die Verbesserung des Sicherheitsempfindens der deutschen Bevölkerung (zum Teil) auf den Rückgang eben dieser Bedrohungsperzeptionen zurückzuführen ist. Zwar hat das subjektive Gefühl der Bedrohung durch ökologische und ökonomische Faktoren im Vergleich zum Vorjahr zugenommen, jedoch haben diese Bedrohungswahrnehmungen (fast) keinen Einfluss auf das Sicherheitsempfinden der Deutschen (Rothbart 2017).

Von allen Bevölkerungsgruppen fühlen sich die Bürgerinnen und Bürger in Ostdeutschland sowie die Anhänger der AfD am stärksten durch innenpolitische und ökonomische Risikofaktoren in ihrer persönlichen Sicherheit bedroht. Diese Bevölkerungsgruppen schätzen ihre persönliche wie auch die nationale Sicherheitslage ohnehin am unsichersten ein ebenso wie Menschen mit geringer Bildung oder niedrigem Haushaltseinkommen. Die stärker ausgeprägte subjektive Vulnerabilität dieser Bevölkerungsgruppen sollte von der deutschen Politik daher stärker berücksichtigt werden.

## 5 Einstellungen zum außen- und sicherheitspolitischen Engagement Deutschlands

*Timo Graf*

---

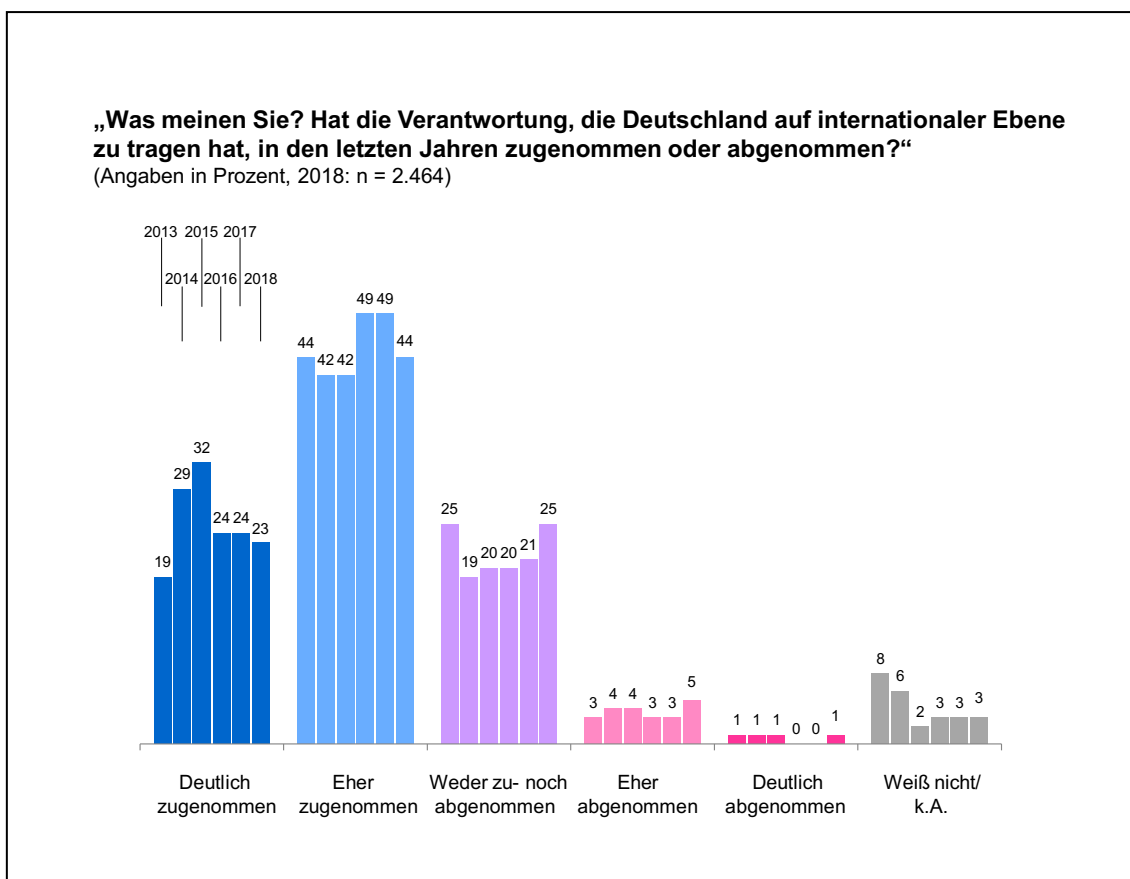
Seit mehreren Jahren fordern hochrangige deutsche Politiker und Regierungsvertreter ein größeres Engagement der Bundesrepublik Deutschland in der Weltpolitik (z.B. im Rahmen der Münchner Sicherheitskonferenz 2014). Deutschland müsse mehr Verantwortung für die Sicherheit und Stabilität in der Welt übernehmen. Derartige Forderungen werden auch zunehmend von ausländischen Partnern gestellt, beispielsweise von den USA. Der Ruf nach mehr internationaler Verantwortung und größerem Engagement kommt zu einer Zeit, in der sich die strategisch wichtigen Beziehungen Deutschlands zu den USA und Russland in einem tiefgreifenden Wandel befinden. Auch die Sicherheitsarchitektur des westlichen Staatenbündnisses, in die Deutschland eingebunden ist, durchläuft einen grundlegenden Veränderungs- bzw. Entwicklungsprozess. So schreitet insbesondere die europäische Verteidigungszusammenarbeit weiter voran, aber auch der NATO kommt seit der Annexion der Krim durch Russland im Jahr 2014 wieder eine größere Bedeutung zu. Neben diesen sich wandelnden Beziehungen und Strukturen stellen auch die zahlreichen internationalen Konflikte Deutschland vor komplexe außen- und sicherheitspolitische Herausforderungen.

Was denken die Bürgerinnen und Bürger über das Engagement Deutschlands in der Welt? Welche Mittel sollte Deutschland in der Außen- und Sicherheitspolitik einsetzen? Welche Bedeutung misst die deutsche Bevölkerung der NATO bei? Und wie werden die Beziehungen zu den USA und Russland bewertet? Diese und weitere Fragen zur öffentlichen Meinung über die deutsche Außen- und Sicherheitspolitik werden in diesem Abschnitt beantwortet. Außerdem soll untersucht werden, ob bzw. wie sich bestimmte Einstellungen und Meinungen zwischen verschiedenen soziodemografischen Gruppen unterscheiden. Besondere Aufmerksamkeit wird der öffentlichen Meinung zur europäischen Verteidigungszusammenarbeit im Rahmen der EU gewidmet. So ermöglicht die ZMSBW-Bevölkerungsumfrage 2018, den Einfluss zu bestimmen, den die nationale und europäische Identität sowie die außenpolitischen Grundhaltungen auf die öffentliche Meinung zur europäischen Verteidigungszusammenarbeit nehmen.

### Wahrgenommene Verantwortung Deutschlands auf internationaler Ebene

Wie eingangs erwähnt, wird seit einigen Jahren verstärkt über die gestiegene Verantwortung Deutschlands diskutiert. Auch die Bürgerinnen und Bürger in Deutschland nehmen einen Zuwachs an internationaler Verantwortung wahr (vgl. Abbildung 5.1). Eine klare Mehrheit von insgesamt 67 Prozent ist der Überzeugung, dass die Verantwortung Deutschlands auf internationaler Ebene deutlich oder eher zugenommen hat. Im Vergleich zum Vorjahr ist das ein Rückgang um 6 Prozentpunkte. Ein Viertel der Befragten sieht keine Veränderung hinsichtlich Deutschlands Verantwortung in der Welt (+4 Prozentpunkte im Vergleich zu 2017). Nur sehr wenige sind der Überzeugung, dass Deutschlands internationale Verantwortung eher oder deutlich abgenommen hat (zusammengefasst 6 Prozent), ihr Anteil hat sich aber im Vergleich zum Vorjahr verdoppelt.

**Abbildung 5.1: Verantwortung Deutschlands auf internationaler Ebene im Zeitvergleich**



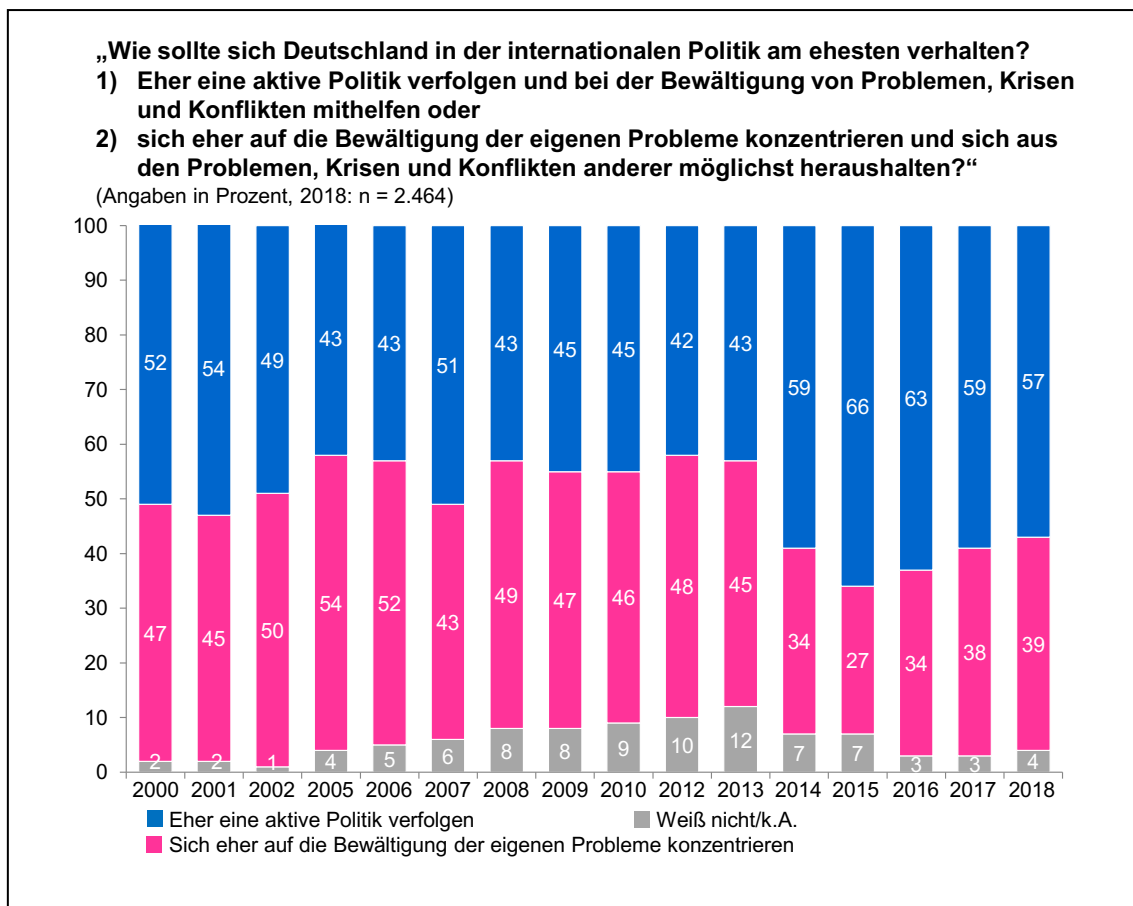
Anmerkung: Nicht alle Prozentangaben ergeben in der Summe 100 Prozent, da die Einzelwerte gerundet wurden.

Datenbasis: Bevölkerungsbefragungen des ZMSBw 2013–2018.

## Einstellung zum außenpolitischen Engagement Deutschlands

Eine Mehrheit von 57 Prozent der Befragten plädiert dafür, dass Deutschland eine aktive Außenpolitik verfolgen und bei der Bewältigung von Problemen, Krisen und Konflikten mithelfen sollte (vgl. Abbildung 5.2). Jedoch ist festzustellen, dass die Zustimmung zu einer aktiven Außenpolitik bereits im dritten Jahr in Folge sinkt (-9 Prozentpunkte im Vergleich zu 2015). Betrachtet man den gesamten Zeitraum seit 2000, zeigt sich für das Jahr 2018 aber immer noch eine relativ hohe Zustimmung für eine aktive Außenpolitik. 39 Prozent der Befragten sind der Meinung, dass Deutschland sich eher auf die Bewältigung der eigenen Probleme konzentrieren und sich aus den Problemen, Krisen und Konflikten anderer möglichst heraushalten sollte (+12 Prozentpunkte im Vergleich zu 2015).

**Abbildung 5.2: Einstellung zum außenpolitischen Engagement Deutschlands im Zeitvergleich**



Anmerkungen: Nicht alle Prozentangaben ergeben in der Summe 100 Prozent, da die Einzelwerte gerundet wurden. Die Frageformulierung wurde ab 2013 geändert. 2015 wurden beide Frageformulierungen abgefragt. Ein Vergleich dieser Daten zeigt, dass sich die Antwortverteilung zwischen alter und neuer Formulierung nicht unterscheidet. Alte Formulierung: „Was meinen Sie? Wie sollte sich Deutschland in der internationalen Politik am ehesten verhalten? Sollte Deutschland 1) eher bei der Bewältigung von Problemen, Krisen und Konflikten mithelfen oder 2) sich eher aus Problemen, Krisen und Konflikten anderer heraushalten?“

Datenbasis: Bevölkerungsbefragungen des ZMSBw 2000–2002, 2005–2010, 2012–2018.

Die Mehrheit der Deutschen befürwortet also eine aktive deutsche Außenpolitik. Nachfolgend soll untersucht werden, ob in dieser Frage substantielle Differenzen zwischen den soziodemografischen Gruppen sowie den Wählergruppen existieren (vgl. Tabelle 5.1). Statistisch signifikante Meinungsunterschiede zwischen Männern und Frauen sowie Personen mit und ohne Migrationshintergrund sind nicht feststellbar. Die beiden jüngeren Altersgruppen, d.h. die 16- bis 49-Jährigen, unterstützen eine aktive Außenpolitik in stärkerem Maße als die beiden älteren Gruppen. Besonders groß ist der Unterschied im Zuspruch zu einer aktiven deutschen Außenpolitik zwischen den 30- bis 49-Jährigen (63 Prozent Zustimmung) und jenen Befragten, die 70 Jahre und älter sind (52 Prozent). Die Unterstützung für eine aktive deutsche Außenpolitik steigt mit dem Bildungsniveau und dem Haushaltseinkommen der Befragten an, wobei sich die jeweils höchste und niedrigste Gruppe bei der Bildung um 15 Prozentpunkte und beim Einkommen um 17 Prozentpunkte unterscheidet. Auch zwischen den Wählergruppen gibt es deutliche Unterschiede: Während die Anhänger der FDP (72 Prozent) und CDU/CSU (65 Prozent) die Mithilfe Deutschlands bei der Lösung von internationalen Problemen, Konflikten und Krisen am deutlichsten unterstützen und es bei den Anhängern der SPD (62 Prozent), der Grünen (60 Prozent) und der Linken (54 Prozent) ebenfalls noch absolute Mehrheiten für eine aktive Außenpolitik gibt, sprechen sich die Unterstützer der AfD (59 Prozent) und anderer Parteien (57 Prozent) mehrheitlich für eine passive deutsche Außenpolitik aus. Die regionalen Unterschiede sind ebenfalls statistisch signifikant. Die Bürgerinnen und Bürger in West- (62 Prozent), Nord- (61 Prozent) und Süddeutschland (55 Prozent) unterstützen mehrheitlich eine aktive Außenpolitik, die öffentliche Meinung in Ostdeutschland ist hingegen zwiegespalten: 48 Prozent sprechen sich für eine aktive deutsche Außenpolitik aus, während 49 Prozent eher eine Konzentration auf die Bewältigung der eigenen Probleme fordern.



**Tabelle 5.1: Einstellung zum außenpolitischen Engagement Deutschlands in soziodemografischen Gruppen**

„Wie sollte sich Deutschland in der internationalen Politik am ehesten verhalten? 1) Eher eine aktive Politik verfolgen und bei der Bewältigung von Problemen, Krisen und Konflikten mithelfen oder 2) sich eher auf die Bewältigung der eigenen Probleme konzentrieren und sich aus den Problemen, Krisen und Konflikten anderer möglichst heraushalten?“ (Angaben in Prozent)			
	Aktiv	Passiv	Weiß nicht/k.A.
<b>Insgesamt</b>			
<b>Geschlecht</b> <sup>n.s.</sup>			
Männer	59	37	3
Frauen	55	41	5
<b>Alter</b> <sup>***</sup>			
16 bis 29 Jahre	58	36	6
30 bis 49 Jahre	63	35	3
50 bis 69 Jahre	54	43	4
70 Jahre und älter	52	44	5
<b>Bildungsniveau</b> <sup>***</sup>			
Hochschul- bzw. Fachhochschulreife	66	33	2
Realschulabschluss	57	40	3
Hauptschulabschluss	51	44	5
<b>Haushaltsnettoeinkommen pro Monat</b> <sup>***</sup>			
4.001 Euro und mehr	66	31	3
2.001 bis 4.000 Euro	63	35	3
Bis 2.000 Euro	49	47	4
<b>Wahlabsicht Bundestagswahl</b> <sup>***</sup>			
CDU/CSU	65	33	2
SPD	62	38	0
AfD	38	59	3
FDP	72	29	0
Die Linke	54	46	0
Bündnis 90/Die Grünen	60	37	3
Andere Partei	41	57	2
Keine Parteipräferenz, Nichtwähler, w.n./k.A.	49	41	11
<b>Region</b> <sup>***</sup>			
Norddeutschland (SH, HH, HB, NI)	61	36	3
Ostdeutschland (MV, BB, BE, ST, SN, TH)	48	49	3
Süddeutschland (BW, BY)	55	37	8
Westdeutschland (NW, RP, HE, SL)	62	36	1
<b>Migrationshintergrund</b> <sup>n.s.</sup>			
Ja	60	38	3
Nein	57	39	4

Anmerkungen: Nicht alle Prozentangaben ergeben in der Summe 100 Prozent, da die Einzelwerte gerundet wurden. Chi<sup>2</sup>-Unabhängigkeits-Test, Signifikanzniveau: \*\*\* p < .001; \*\* p < .01; \* p < .05; n.s. = nicht signifikant (p ≥ .05).

Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des ZMSBw 2018.

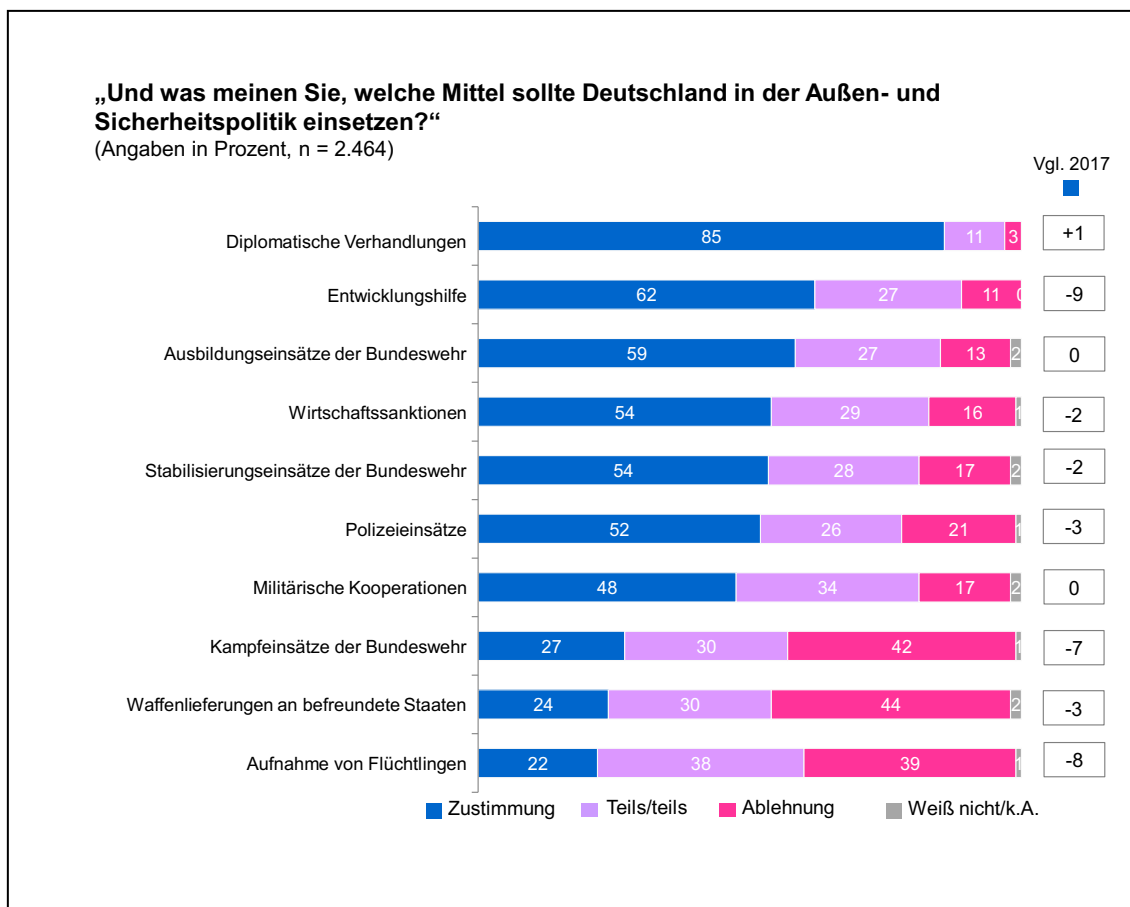
### *Mittel der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik*

Gefragt nach den Mitteln, die Deutschland in der Außen- und Sicherheitspolitik einsetzen sollte, erhalten diplomatische Verhandlungen (85 Prozent) die mit Abstand höchste Zustimmung der Befragten (vgl. Abbildung 5.3). Die Mehrheit der Bevölkerung befürwortet zudem Entwicklungshilfe (62 Prozent), Ausbildungseinsätze der Bundeswehr (59 Prozent), Wirtschaftssanktionen (54 Prozent), Stabilisierungseinsätze der Bundeswehr (54 Prozent) und Polizeieinsätze (52 Prozent). Explizit militärische Mittel erfahren teilweise deutlich geringere Zustimmung: militärische Kooperationen (48 Prozent), Kampfeinsätze der Bundeswehr (27 Prozent) und Waffenlieferungen an befreundete Staaten (24 Prozent). Die Aufnahme von Flüchtlingen erhält als Mittel der Außen- und Sicherheitspolitik die geringste Zustimmung (22 Prozent). Die Rangfolge der Mittel hat sich – mit Ausnahme der Aufnahme von Flüchtlingen – gegenüber 2017 nicht verändert (vgl. Steinbrecher 2017d).

Im Vergleich zum Vorjahr haben die meisten Mittel der Außen- und Sicherheitspolitik in unterschiedlichem Maße an Zustimmung verloren: am stärksten die Entwicklungshilfe (-9 Prozentpunkte), gefolgt von der Aufnahme von Flüchtlingen (-8 Prozentpunkte) und (möglichen) Kampfeinsätzen der Bundeswehr (-7 Prozentpunkte).

Eine explorative Faktorenanalyse zeigt, dass sich die Präferenzen der Bürgerinnen und Bürger hinsichtlich der außen- und sicherheitspolitischen Mittel empirisch in drei Kategorien bzw. Dimensionen einteilen lassen (vgl. Tabelle 5.2): „robuste“ Mittel (Faktor I), „diplomatische“ Mittel (Faktor II) und „humanitäre“ Mittel (Faktor III).

**Abbildung 5.3: Mittel der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik**



Anmerkungen: Nicht alle Prozentangaben ergeben in der Summe 100 Prozent, da die Einzelwerte gerundet wurden. Zustimmung: Anteile „Stimme völlig zu“ und „Stimme eher zu“ zusammengefasst; Ablehnung: Anteile „Lehne völlig ab“ und „Lehne eher ab“ zusammengefasst. Vgl. 2017: Differenz Zustimmung 2018 zu 2017.

Datenbasis: Bevölkerungsbefragungen des ZMSBw 2017 und 2018.

**Tabelle 5.2: Mittel der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik – Dimensionen**

	Faktor I	Faktor II	Faktor III
Kampfeinsätze der Bundeswehr	.82		
Stabilisierungseinsätze der Bundeswehr	.76		
Militärische Kooperationen	.70		
Ausbildungseinsätze der Bundeswehr	.69		
Waffenlieferungen an befreundete Staaten	.61		
Polizeieinsätze	.58		
Diplomatische Verhandlungen		.82	
Wirtschaftssanktionen		.49	
Aufnahme von Flüchtlingen			.86
Entwicklungshilfe			.68
Eigenwert	3,1	1,4	1,3
Erklärte Varianz (%)	31	14	13

Anmerkungen: Explorative Faktorenanalyse (Hauptkomponentenanalyse mit Varimax-Rotation). Signifikanz nach Bartlett  $p = .000$ ; Anti-Image KMO = 0,798. In der Tabelle sind nur Faktorladungen  $\geq 0,30$  ausgewiesen. Faktor I: Robuste Mittel, Faktor II: Diplomatische Mittel, Faktor III: Humanitäre Mittel.

Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des ZMSBw 2018.

Nachfolgend soll untersucht werden, ob es zwischen den soziodemografischen Gruppen in der deutschen Gesellschaft Unterschiede hinsichtlich der Präferenz der drei Kategorien außen- und sicherheitspolitischer Mittel gibt. Um die soziodemografischen Gruppen besser vergleichen zu können, werden im Folgenden Mittelwerte berichtet. Dazu wurden die Antworten der Befragten umkodiert, so dass ein hoher Mittelwert Zustimmung (Maximalwert 1) und ein geringer Wert Ablehnung (Minimalwert 0) repräsentiert. Aus den einzelnen Items wurden entsprechend der in Tabelle 5.2 dargestellten Dimensionen Indexvariablen berechnet, die einen Wertebereich von 0 (Ablehnung) bis 1 (Zustimmung) aufweisen. Ein Mittelwert von 0,5 repräsentiert eine ambivalente Meinung.

Die Ergebnisse in Tabelle 5.3 bestätigen zunächst die ausgeprägte Präferenz der deutschen Bevölkerung (d.h. im Mittel und über alle Gruppen hinweg) für den Einsatz diplomatischer Mittel in der Außen- und Sicherheitspolitik (0,74). Im Vergleich hierzu erhalten robuste und humanitäre Mittel insgesamt deutlich weniger Zustimmung und liegen bei den Zustimmungswerten gleich auf (beide 0,56).

Robuste Mittel der Außen- und Sicherheitspolitik werden stärker von Männern, Jüngeren, Anhängern der FDP, CDU/CSU und SPD sowie Süd- und Westdeutschen präferiert als von den jeweiligen Referenzgruppen. Die niedrigste Einkommensgruppe (bis 2.000 Euro) befürwortet den Einsatz robuster Mittel hingegen weniger stark als die beiden höheren Einkommensgruppen. Zwischen Gruppen mit unterschiedlichem Bildungsniveau oder Personen mit und ohne Migrationshintergrund bestehen keine statistisch signifikanten Meinungsunterschiede.

**Tabelle 5.3: Mittel der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik in soziodemografischen Gruppen**

„Und was meinen Sie, welche Mittel sollte Deutschland in der Außen- und Sicherheitspolitik einsetzen?“ (Mittelwerte)			
	Robuste Mittel	Diplomatische Mittel	Humanitäre Mittel
<b>Insgesamt</b>	0,56	0,74	0,56
<b>Geschlecht</b>	***	n.s.	***
Männer	0,58	0,75	0,55
Frauen	0,54	0,74	0,58
<b>Alter</b>	**	n.s.	n.s.
16 bis 29 Jahre	0,58	0,74	0,57
30 bis 49 Jahre	0,57	0,74	0,57
50 bis 69 Jahre	0,55	0,74	0,55
70 Jahre und älter	0,54	0,75	0,56
<b>Bildungsniveau</b>	n.s.	n.s.	***
Hochschul- bzw. Fachhochschulreife	0,55	0,75	0,59
Realschulabschluss	0,57	0,75	0,55
Hauptschulabschluss	0,55	0,74	0,55
<b>Haushaltsnettoeinkommen pro Monat</b>	***	***	**
4.001 Euro und mehr	0,57	0,77	0,57
2.001 bis 4.000 Euro	0,58	0,75	0,57
Bis 2.000 Euro	0,53	0,72	0,55
<b>Wahlabsicht Bundestagswahl</b>	***	n.s.	***
CDU/CSU	0,59	0,76	0,56
SPD	0,58	0,76	0,60
AfD	0,51	0,72	0,35
FDP	0,60	0,76	0,55
Die Linke	0,45	0,73	0,58
Bündnis 90/Die Grünen	0,51	0,75	0,61
Andere Partei	0,42	0,75	0,60
Keine Parteipräferenz, Nichtwähler, w.n./k.A.	0,56	0,73	0,56
<b>Region</b>	***	***	***
Norddeutschland (SH, HH, HB, NI)	0,53	0,74	0,57
Ostdeutschland (MV, BB, BE, ST, SN, TH)	0,51	0,71	0,55
Süddeutschland (BW, BY)	0,58	0,79	0,52
Westdeutschland (NW, RP, HE, SL)	0,58	0,73	0,59
<b>Migrationshintergrund</b>	n.s.	n.s.	**
Ja	0,56	0,75	0,60
Nein	0,56	0,74	0,56

Anmerkungen: Alle Variablen haben einen Wertebereich von [0; 1]; Varianzanalysen, Signifikanzniveau: \*\*\* p < .001; \*\* p < .01; \* p < .05; n.s. = nicht signifikant (p ≥ .05). Der Signifikanztest für die Varianzanalyse gibt an, ob sich der Mittelwert mindestens einer Gruppe von dem Mittelwert mindestens einer anderen Gruppe unterscheidet.

Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des ZMSBw 2018.

Auffällig ist, dass hinsichtlich der Zustimmung zu diplomatischen Mitteln kaum statistisch signifikante Unterschiede zwischen den soziodemografischen Teilgruppen feststellbar sind. Unterschiede bestehen hier lediglich zwischen den Einkommensgruppen und den Regionen. So befürworten Hochverdiener (4.001 Euro und mehr) und Süddeutsche den Einsatz diplomatischer Mittel stärker als Befragte mit niedrigem Einkommen (bis 2.000 Euro) und Ostdeutsche.

Der Einsatz humanitärer Mittel wird von Frauen, höher Gebildeten, Anhängern der Grünen, der SPD und anderer, nicht im Bundestag vertretenen Parteien sowie von Befragten mit Migrationshintergrund stärker begrüßt als von den jeweiligen Referenzgruppen. Geringverdiener (bis 2.000 Euro) und Süddeutsche präferieren den Einsatz humanitärer Mittel hingegen weniger stark. Als Einzige lehnen die Anhänger der AfD humanitäre Mittel sogar mehrheitlich ab (0,35). Die Unterschiede zwischen den Altersgruppen sind nicht statistisch signifikant.

#### *Außen- und sicherheitspolitische Grundhaltungen*

Ausgehend von der Hypothese einer hierarchischen Strukturierung außen- und sicherheitspolitischer Einstellungen, hat die Einstellungsforschung eine Reihe *abstrakter* außen- und sicherheitspolitischer Grundhaltungen identifiziert (z.B. Asmus et al. 2005; Bar-des/Oldendick 1990; Chittick et al. 1995),<sup>17</sup> die die Einstellungen zu *spezifischen* außen- und sicherheitspolitischen Themen beeinflussen (vgl. Hurwitz/Peffley 1987; Hurwitz et al. 1993; Peffley/Hurwitz 1993)<sup>18</sup> und dadurch einen Meinungsbildungsprozess ermöglichen, der weitestgehend *unabhängig* vom konkreten Wissensstand zu den spezifischen Themen ist (vgl. Feldman 1988; Hurwitz/Peffley 1987). Die vier prominentesten Grundhaltungen sind Internationalismus, Multilateralismus, Militarismus und Atlantizismus. Sie entsprechen den folgenden persönlichen Überzeugungen: Dass die vitalen Interessen des eigenen Landes am besten durch ein aktives Engagement in der Weltpolitik (Internationalismus), durch die internationale Zusammenarbeit mit Verbündeten (Multilateralismus)<sup>19</sup>, durch den Einsatz militärischer Mittel in der Außenpolitik (Militarismus) und, im

---

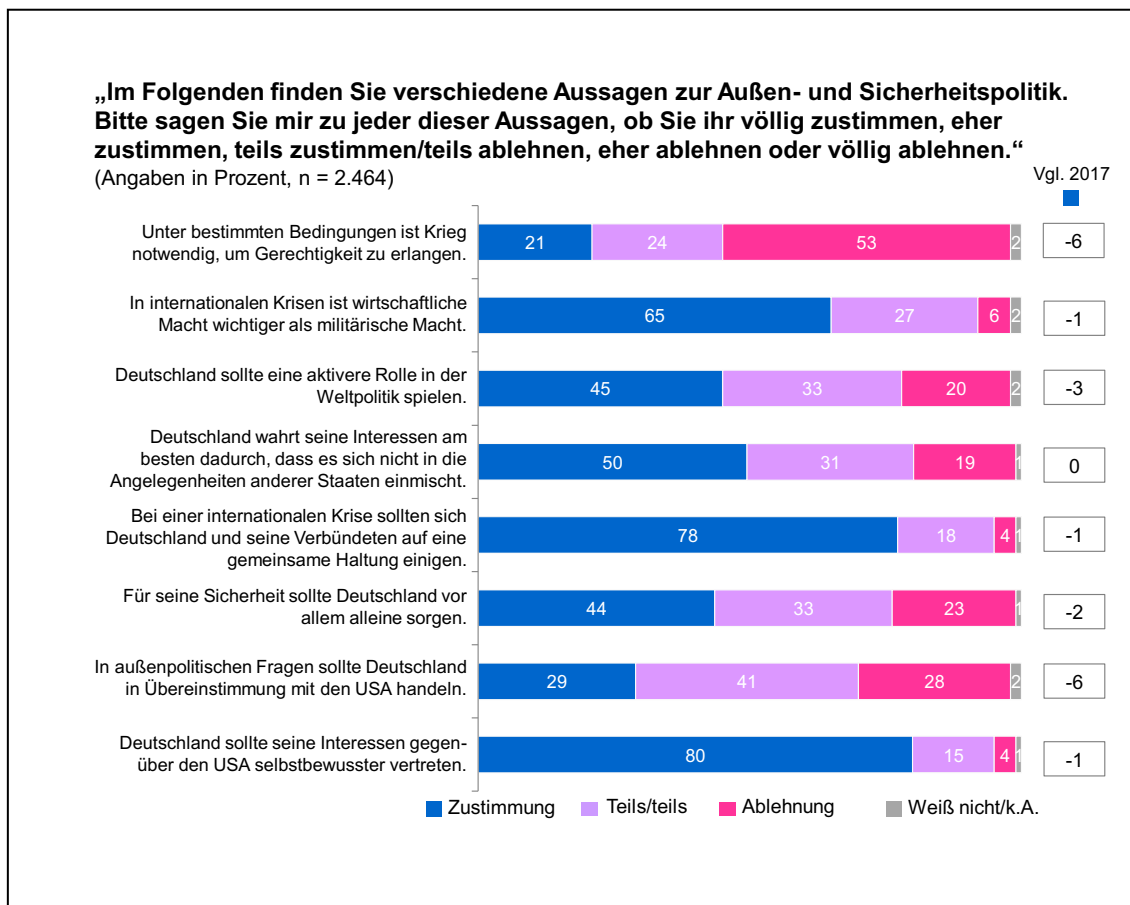
<sup>17</sup> In der englischsprachigen Literatur hat sich der Begriff „strategic postures“ etabliert.

<sup>18</sup> Für ausführlichere Erläuterungen zur Rolle und Wirkungsweise der außen- und sicherheitspolitischen Grundhaltungen sei auf den Sammelband von Biehl und Schoen (2015) sowie die Studien von Endres (2018), Ironelle et al. (2015), Mader (2015, 2017) und Rattinger et al. (2016) verwiesen.

<sup>19</sup> Grundsätzlich können zwei Formen des Multilateralismus unterschieden werden (vgl. Rüländ 2018). Die erste Form manifestiert sich in der Schaffung dauerhafter internationaler Organisationen und Institutionen, die die Verrechtlichung internationaler Beziehungen zum Ziel haben („principled multilateralism“). Die zweite Form manifestiert sich in der Bildung von Ad-hoc-Koalitionen, die exklusiv den Interessen der Koalitionsmitglieder dienen („diminished multilateralism“). In der ZMSBW-Bevölkerungsumfrage wird der „diminished multilateralism“ erfasst, da in dem entsprechenden Item die Abstimmung mit Verbündeten im Kontext einer internationalen Krise thematisiert wird und nicht die Unterstützung dauerhafter multilateraler Organisationen bzw. Institutionen.

europäischen Fall, durch die Orientierung der Außenpolitik an den USA (Atlantizismus) gewahrt werden können.

**Abbildung 5.4: Außen- und sicherheitspolitische Grundorientierungen**



Anmerkungen: Nicht alle Prozentangaben ergeben in der Summe 100 Prozent, da die Einzelwerte gerundet wurden. Zustimmung: Anteile „Stimme völlig zu“ und „Stimme eher zu“ zusammengefasst; Ablehnung: Anteile „Lehne völlig ab“ und „Lehne eher ab“ zusammengefasst. Vgl. 2017: Differenz Zustimmung 2018 zu 2017.

Datenbasis: Bevölkerungsbefragungen des ZMSBw 2017 und 2018.

Die vier außen- und sicherheitspolitischen Grundhaltungen wurden in der Bevölkerungsumfrage mit jeweils zwei Items erfasst (vgl. Abbildung 5.4). Die Mehrheit der deutschen Bevölkerung weist eine antimilitaristische Grundhaltung auf. So ist nur etwa ein Fünftel der Befragten (21 Prozent) der Meinung, dass Krieg unter bestimmten Bedingungen notwendig ist, um Gerechtigkeit zu erlangen, 53 Prozent lehnen diese Aussage ab und ein Viertel ist unentschieden. Auffällig ist, dass die Zustimmung zu dieser Aussage im Vergleich zum Vorjahr um 6 Prozentpunkte gesunken ist. Fast zwei Drittel der Befragten (65 Prozent) sind zudem der Auffassung, dass in internationalen Krisen wirtschaftliche Macht wichtiger ist als militärische Macht. Nur 6 Prozent vertreten hier die gegenteilige Position und 27 Prozent sind unentschieden. Dieser ausgeprägte Antimilitarismus manifestiert sich auch in der klaren Präferenz der deutschen Bevölkerung für den Einsatz diplomatischer

Mittel in der Außenpolitik und der Ablehnung „bewaffneter Optionen“, wie z.B. Kampfeinsätzen der Bundeswehr oder Waffenlieferungen an befreundete Staaten (vgl. Abbildung 5.3).

Hinsichtlich des internationalen Engagements Deutschlands (Internationalismus) zeigen sich wie schon in den Vorjahren (augenscheinlich) widersprüchliche Ergebnisse (vgl. Steinbrecher 2017d). Während eine relative Mehrheit (45 Prozent) sich für eine aktivere Rolle Deutschlands in der Weltpolitik ausspricht, sind 50 Prozent der Auffassung, dass Deutschland seine Interessen am besten dadurch wahrt, dass es sich nicht in die Angelegenheiten anderer Staaten einmischt. Jeweils ein Fünftel der Befragten lehnt beide Aussagen ab und jeweils ein knappes Drittel ist unentschieden. Offensichtlich unterscheiden die Bürgerinnen und Bürger zwischen Deutschlands internationalem Engagement einerseits und einer interventionistischen Außenpolitik andererseits, wobei ersteres eher Zustimmung erfährt und letztere mehrheitlich auf Ablehnung stößt. Eine aktive deutsche Außenpolitik muss nicht zwangsläufig eine Einmischung in die Angelegenheiten anderer Staaten bedeuten – zumindest nicht aus Sicht der deutschen Bevölkerung.

Die Deutschen haben eine unverändert klare Präferenz für ein gemeinsames Vorgehen mit den Verbündeten im Falle einer internationalen Krise (Multilateralismus). Dies wird von fast vier Fünfteln der Bürgerinnen und Bürger unterstützt (78 Prozent). Wenn es darum geht, für die Sicherheit des Landes zu sorgen, sagen jedoch 44 Prozent, dass Deutschland dies vor allem alleine tun sollte. Fast ein Viertel der Befragten äußert eine ablehnende Position zu dieser Frage und ein Drittel ist unentschieden.<sup>20</sup>

Hinsichtlich der Orientierung an den USA in außenpolitischen Fragen (Atlantizismus) zeigt sich ein gespaltenes Meinungsbild: Während 29 Prozent der Befragten der Auffassung sind, dass Deutschland außenpolitisch in Übereinstimmung mit den USA handeln sollte, sind 41 Prozent bei dieser Frage geteilter Meinung und 28 Prozent lehnen diese Haltung ab. Im Vergleich zum Vorjahr ist die Befürwortung einer transatlantischen Ausrichtung der deutschen Außenpolitik somit um 6 Prozentpunkte gesunken. Zudem sind 80 Prozent der Befragten der Meinung, dass Deutschland seine Interessen gegenüber den USA selbstbewusster vertreten sollte. Die Zustimmung hat sich jedoch gegenüber 2017 kaum verändert (-1 Prozentpunkt).<sup>21</sup>

---

<sup>20</sup> Die Formulierung dieses Items ist problematisch, da die Wahrung der nationalen Sicherheit zu den grundlegendsten Aufgaben eines jeden modernen Staates gehört und zugleich Ausdruck staatlicher Souveränität ist. Die Frage zu verneinen, könnte also auch bedeuten, die Souveränität Deutschlands infrage zu stellen. Die Aussage bzw. das Item zur Kooperation mit Verbündeten im Krisenfall erfasst die Grundhaltung „Multilateralismus“ sehr viel besser, genau genommen aber nur den „diminished multilateralism“, also die Bildung von Ad-hoc-Koalitionen (Rüland 2018).

<sup>21</sup> Die repräsentative Bevölkerungsumfrage „The Berlin Pulse 2018/19“ der Körber-Stiftung zeigt, dass sich 72 Prozent der deutschen Bevölkerung dafür aussprechen, dass Deutschland seine Außenpolitik „unabhängiger“ von den USA gestalten sollte (Körber-Stiftung 2018a: 39).



Nachfolgend soll untersucht werden, ob zwischen den soziodemografischen Gruppen in der deutschen Bevölkerung Unterschiede hinsichtlich der vier außen- und sicherheitspolitischen Grundhaltungen bestehen. Hierzu werden die jeweiligen Items zu Indexvariablen zusammengefasst, welche die vier Grundorientierungen abbilden sollen.<sup>22</sup> Alle Indexvariablen weisen einen Wertebereich von 0 bis 1 auf. Hohe Werte zeigen eine eher militaristische, internationalistische, multilateralistische oder atlantizistische Grundorientierung an. Niedrige Werte repräsentieren dagegen eine eher antimilitaristische, isolationistische, unilateralistische oder anti-atlantizistische Grundhaltung.

Die Ergebnisse in Tabelle 5.4 verdeutlichen – im Mittel und über alle Gruppen hinweg – die eher antimilitaristische (0,32), multilateralistische (0,60) und anti-atlantizistische Grundorientierung (0,34) der deutschen Bevölkerung. In Bezug auf das aktive Engagement Deutschlands in der Weltpolitik zeigen sich die Deutschen jedoch zwiegespalten (0,48).

Eine militaristische Orientierung ist bei Männern, Jüngeren, AfD-Anhängern sowie bei Befragten mit Migrationshintergrund stärker ausgeprägt als bei den jeweiligen Referenzgruppen. Auffällig ist dabei die Abnahme der militaristischen Grundorientierung mit steigendem Alter. Die Unterschiede zwischen den verschiedenen Bildungsniveaus sowie den Regionen sind hingegen nicht statistisch signifikant und zwischen den Einkommensgruppen nur marginal.

Eine internationalistische Grundorientierung findet sich eher bei Männern, Befragten mit höherer Bildung und höherem Einkommen, Anhängern der „politischen Mitte“ (CDU/CSU, SPD, FDP, Grüne), Nord- und Westdeutschen sowie bei Personen mit Migrationshintergrund als bei den jeweiligen Vergleichsgruppen. Bemerkenswert ist dabei der lineare Anstieg der internationalistischen Grundhaltung mit steigendem Einkommen und höherer Bildung.

---

<sup>22</sup> Die Skalenreliabilität (Cronbachs alpha) der entsprechenden Items ist nach herkömmlichen Standards gering: Militarismus (0,30), Internationalismus (0,36), Multilateralismus (0,19) und Atlantizismus (0,25). Jedoch ist die Nutzung von Cronbachs alpha zur Bestimmung der Reliabilität von Skalen bestehend aus zwei Items ohnehin umstritten (Eisinga et al. 2013). Trotz der geringen Reliabilität werden die Indexvariablen für weiterführende Analysen genutzt, da es sich bei den außenpolitischen Grundhaltungen um etablierte Konstrukte der außen- und sicherheitspolitischen Einstellungsforschung handelt.

**Tabelle 5.4: Außenpolitische Grundhaltungen in soziodemografischen Gruppen**

„Im Folgenden finden Sie verschiedene Aussagen zur Außen- und Sicherheitspolitik. Bitte sagen Sie mir zu jeder dieser Aussagen, ob Sie ihr völlig zustimmen, eher zustimmen, teils zustimmen/teils ablehnen, eher ablehnen oder völlig ablehnen.“ (Mittelwerte)				
	Militarismus	Internationalis- mus	Multilateralis- mus	Atlantizismus
<b>Insgesamt</b>	0,32	0,48	0,60	0,34
<b>Geschlecht</b>	***	*	n.s.	**
Männer	0,35	0,49	0,60	0,33
Frauen	0,29	0,48	0,60	0,35
<b>Alter</b>	**	*	n.s.	***
16 bis 29 Jahre	0,35	0,49	0,60	0,37
30 bis 49 Jahre	0,32	0,50	0,60	0,34
50 bis 69 Jahre	0,31	0,48	0,59	0,32
70 Jahre und älter	0,30	0,46	0,61	0,36
<b>Bildungsniveau</b>	n.s.	***	n.s.	n.s.
Hochschul- bzw. Fachhochschulreife	0,31	0,51	0,60	0,33
Realschulabschluss	0,33	0,48	0,60	0,35
Hauptschulabschluss	0,31	0,46	0,60	0,34
<b>Haushaltsnettoeinkommen pro Monat</b>	*	***	***	***
4.001 Euro und mehr	0,32	0,52	0,61	0,31
2.001 bis 4.000 Euro	0,33	0,50	0,61	0,36
Bis 2.000 Euro	0,31	0,46	0,58	0,34
<b>Wahlabsicht Bundestagswahl</b>	***	***	***	***
CDU/CSU	0,35	0,50	0,61	0,35
SPD	0,30	0,51	0,62	0,35
AfD	0,39	0,43	0,52	0,30
FDP	0,30	0,50	0,60	0,35
Die Linke	0,26	0,44	0,57	0,29
Bündnis 90/Die Grünen	0,31	0,50	0,63	0,34
Andere Partei	0,21	0,44	0,54	0,22
Keine Parteipräferenz, Nichtwähler, w.n./k.A.	0,32	0,47	0,60	0,36
<b>Region</b>	n.s.	***	***	***
Norddeutschland (SH, HH, HB, NI)	0,32	0,50	0,61	0,37
Ostdeutschland (MV, BB, BE, ST, SN, TH)	0,30	0,44	0,55	0,33
Süddeutschland (BW, BY)	0,33	0,48	0,62	0,31
Westdeutschland (NW, RP, HE, SL)	0,33	0,51	0,60	0,36
<b>Migrationshintergrund</b>	*	*	n.s.	*
Ja	0,35	0,51	0,60	0,36
Nein	0,32	0,48	0,60	0,34

Anmerkungen: Alle Variablen haben einen Wertebereich von [0; 1]; Varianzanalysen, Signifikanzniveau: \*\*\* p < .001; \*\* p < .01; \* p < .05; n.s. = nicht signifikant (p ≥ .05). Der Signifikanztest für die Varianzanalyse gibt an, ob sich der Mittelwert mindestens einer Gruppe von dem Mittelwert mindestens einer anderen Gruppe unterscheidet.

Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des ZMSBw 2018.

Beim Multilateralismus bestehen vergleichsweise wenige statistisch signifikante Einstellungsunterschiede zwischen den soziodemografischen Teilgruppen, dennoch zeigt sich bei Ostdeutschen, Geringverdienern (bis 2.000 Euro) sowie Befragten mit einer Wahlabsicht für die AfD, Die Linke oder eine „andere“ Partei eine geringere multilateralistische Grundhaltung als bei den jeweiligen Referenzgruppen.

Männer, Befragte im Alter zwischen 30 und 69 Jahren, Menschen mit höherem Einkommen, Anhänger einer anderen Partei, der Linken oder der AfD, Personen ohne Migrationshintergrund sowie Süd- und Ostdeutsche haben eine stärker anti-atlantizistische Grundeinstellung als die jeweiligen Vergleichsgruppen. Die Unterschiede zwischen den Bildungsniveaus sind nicht statistisch signifikant.

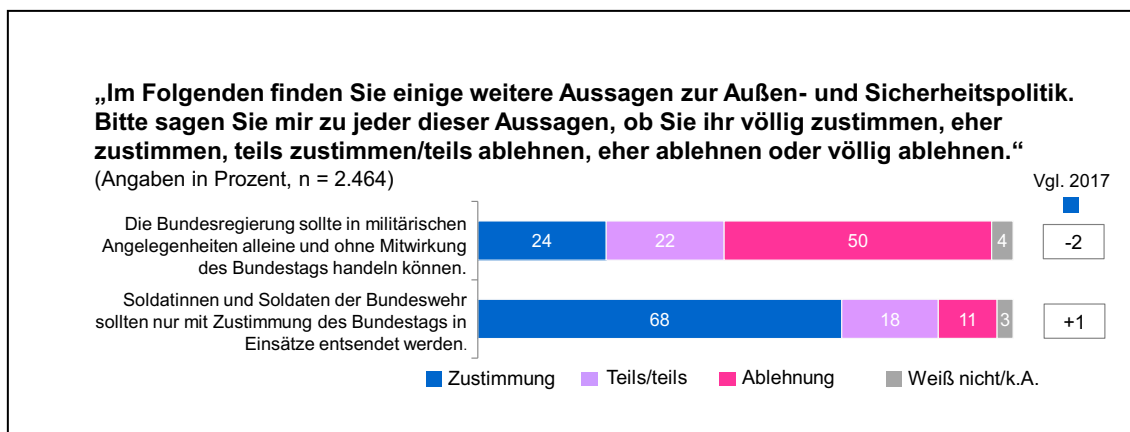
#### *Aussagen zur Rolle des Bundestags beim Einsatz der Bundeswehr*

Neben den außen- und sicherheitspolitischen Grundhaltungen kommt der Einstellung zum Parlamentsvorbehalt bei Auslandseinsätzen der Bundeswehr eine besondere Bedeutung zu: Auslandseinsätze der Bundeswehr bedürfen der konstitutiven Zustimmung des Deutschen Bundestags, was den besonderen Charakter der Bundeswehr als Parlamentsarmee betont. Die Einstellung zur Rolle des Bundestags beim Einsatz der Bundeswehr gibt also Aufschluss über die Einstellung zur Konzeption der Bundeswehr als Parlamentsarmee.

Zum Verhältnis zwischen Bundesregierung und Bundestag bei Entscheidungen über militärische Einsätze und Angelegenheiten zeigt sich ein eindeutiges Meinungsbild: Während 24 Prozent befürworten, dass die Bundesregierung in militärischen Angelegenheiten alleine und ohne Mitwirkung des Bundestags handeln können sollte, lehnt dies eine absolute Mehrheit (50 Prozent) ab (vgl. Abbildung 5.5). Eindeutiger ist die Zustimmung bei der zweiten Frage zu diesem Thema: 68 Prozent der Befragten sind dafür, dass die Bundeswehr nur mit Zustimmung des Bundestags in Einsätze entsendet werden sollte. Nur 11 Prozent der Befragten lehnen dies ab.

Eine klare Mehrheit der deutschen Bevölkerung unterstützt somit die Mitsprache des Bundestags in militärischen Angelegenheiten im Allgemeinen und insbesondere bei der Entsendung der Bundeswehr in Auslandseinsätze. Aus diesem Befund lässt sich auch ableiten, dass die Mehrheit der Bevölkerung die Konzeption der Bundeswehr als Parlamentsarmee befürwortet bzw. der Idee einer der Legislative weitgehend entzogenen „Exekutivarmee“ kritisch gegenübersteht.

**Abbildung 5.5: Aussagen zur Rolle des Bundestags beim Einsatz der Bundeswehr**



Anmerkungen: Nicht alle Prozentangaben ergeben in der Summe 100 Prozent, da die Einzelwerte gerundet wurden. Zustimmung: Anteile „Stimme völlig zu“ und „Stimme eher zu“ zusammengefasst; Ablehnung: Anteile „Lehne völlig ab“ und „Lehne eher ab“ zusammengefasst. Vgl. 2017: Differenz Zustimmung 2018 zu 2017.

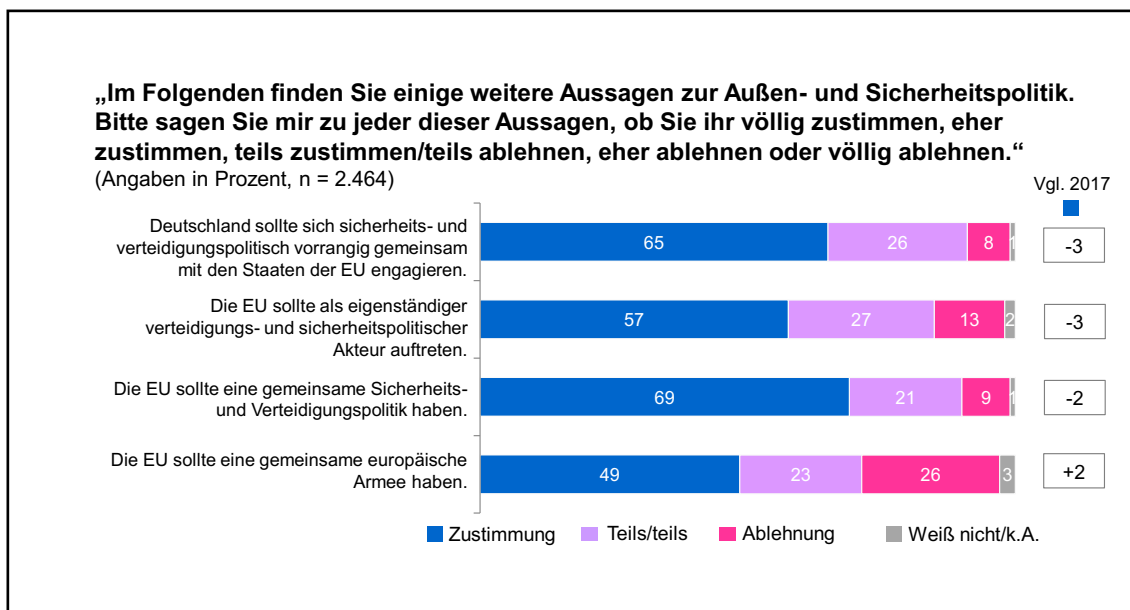
Datenbasis: Bevölkerungsbefragungen des ZMSBw 2017 und 2018.

### *Aussagen zur Verteidigungszusammenarbeit im Rahmen der Europäischen Union*

Die europäische Verteidigungskooperation im Rahmen der EU schreitet voran. Ende 2017 beschlossen 25 EU-Mitgliedsstaaten die Ständige Strukturierte Zusammenarbeit (SSZ; englisch: Permanent Structured Cooperation, PESCO), die eine engere Kooperation im Bereich der Verteidigung ermöglicht. Ebenfalls im Jahr 2017 wurde der Europäische Verteidigungsfonds (englisch: European Defence Fund, EDF) ins Leben gerufen, der die gemeinschaftliche Entwicklung und Beschaffung neuer Rüstungsgüter in Europa unterstützen soll. Zusätzlich nehmen seit 2017 alle EU-Mitgliedsstaaten an der Koordinierten Jährlichen Überprüfung der Verteidigung teil (englisch: Coordinated Annual Review on Defence, CARD), in der sie sich gegenseitig über ihre Verteidigungsausgaben und Planungsvorhaben unterrichten.

Die Ergebnisse in Abbildung 5.6 verdeutlichen, dass die deutsche Bevölkerung eine vertiefte europäische Verteidigungszusammenarbeit begrüßt. Eine klare Mehrheit vertritt die Auffassung, dass sich Deutschland sicherheits- und verteidigungspolitisch vorrangig gemeinsam mit den Staaten der EU engagieren (65 Prozent), die EU als eigenständiger sicherheits- und verteidigungspolitischer Akteur auftreten (57 Prozent) und die EU eine gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik haben sollte (69 Prozent). Wesentlich skeptischer sind die Deutschen hingegen bei der Frage, ob die EU eine eigene europäische Armee haben sollte (49 Prozent Zustimmung). Im Vergleich zum Vorjahr hat die öffentliche Zustimmung zur europäischen Verteidigungszusammenarbeit insgesamt leicht (um jeweils 2 oder 3 Prozentpunkte) abgenommen, obgleich der Zuspruch zur Schaffung einer gemeinsamen europäischen Armee geringfügig gestiegen ist (+2 Prozentpunkte).

**Abbildung 5.6: Aussagen zur europäischen Verteidigungszusammenarbeit**



Anmerkungen: Nicht alle Prozentangaben ergeben in der Summe 100 Prozent, da die Einzelwerte gerundet wurden. Zustimmung: Anteile „Stimme völlig zu“ und „Stimme eher zu“ zusammengefasst; Ablehnung: Anteile „Lehne völlig ab“ und „Lehne eher ab“ zusammengefasst. Vgl. 2017: Differenz Zustimmung 2018 zu 2017.

Datenbasis: Bevölkerungsbefragungen des ZMSBw 2017 und 2018.

Nachfolgend soll untersucht werden, ob es zwischen den soziodemografischen Gruppen Unterschiede in der Einstellung zur europäischen Verteidigungskooperation gibt. Dazu wurden die Antworten auf die drei Einzelfragen zur europäischen Verteidigungszusammenarbeit im Rahmen der EU („Die EU sollte...“; vgl. Abbildung 5.6) auf den Wertebereich 0 (Ablehnung) bis 1 (Zustimmung) umkodiert und in einer Indexvariable zusammengefasst.<sup>23</sup> Die Frage zum sicherheits- und verteidigungspolitischen Engagement Deutschlands in der EU wird hiervon separat betrachtet. Zur besseren Vergleichbarkeit wurde auch diese Variable auf den Wertebereich von 0 (Ablehnung) bis 1 (Zustimmung) umkodiert.

Die Ergebnisse in Tabelle 5.5 zeigen eindeutige Mehrheiten für militärische und sicherheitspolitische Kooperation im Rahmen der EU (Mittelwerte für beide Variablen 0,66 bzw. 0,70). Die Mittelwertvergleiche verdeutlichen, dass es insgesamt nur wenige statistisch signifikante Unterschiede zwischen den soziodemografischen Teilgruppen gibt und in allen Gruppen ein positives Meinungsbild zur europäischen Verteidigungszusammenarbeit vorherrscht.

<sup>23</sup> Die Berechnung einer Indexvariable erscheint aus empirischer Sicht legitim, da die drei Items eine gute Skalenreliabilität aufweisen (Cronbachs alpha = 0,74).

**Tabelle 5.5: Einstellung zur europäischen Verteidigungszusammenarbeit in soziodemografischen Gruppen**

„Im Folgenden finden Sie einige weitere Aussagen zur Außen- und Sicherheitspolitik. Bitte sagen Sie mir zu jeder dieser Aussagen, ob Sie ihr völlig zustimmen, eher zustimmen, teils zustimmen/teils ablehnen, eher ablehnen oder völlig ablehnen.“ (Mittelwerte)		
	EU-Zusammenarbeit	Deutsches Engagement
<b>Insgesamt</b>	0,66	0,70
<b>Geschlecht</b>	n.s.	n.s.
Männer	0,66	0,71
Frauen	0,65	0,70
<b>Alter</b>	n.s.	**
16 bis 29 Jahre	0,64	0,68
30 bis 49 Jahre	0,65	0,69
50 bis 69 Jahre	0,67	0,72
70 Jahre und älter	0,65	0,71
<b>Bildungsniveau</b>	n.s.	n.s.
Hochschul- bzw. Fachhochschulreife	0,66	0,70
Realschulabschluss	0,66	0,71
Hauptschulabschluss	0,65	0,71
<b>Haushaltsnettoeinkommen pro Monat</b>	**	*
4.001 Euro und mehr	0,69	0,71
2.001 bis 4.000 Euro	0,66	0,71
Bis 2.000 Euro	0,63	0,68
<b>Wahlabsicht Bundestagswahl</b>	***	***
CDU/CSU	0,66	0,70
SPD	0,70	0,74
AfD	0,57	0,63
FDP	0,66	0,70
Die Linke	0,62	0,71
Bündnis 90/Die Grünen	0,66	0,72
Andere Partei	0,63	0,68
Keine Parteipräferenz, Nichtwähler, w.n./k.A.	0,64	0,69
<b>Region</b>	n.s.	n.s.
Norddeutschland (SH, HH, HB, NI)	0,66	0,70
Ostdeutschland (MV, BB, BE, ST, SN, TH)	0,66	0,72
Süddeutschland (BW, BY)	0,66	0,70
Westdeutschland (NW, RP, HE, SL)	0,64	0,70
<b>Migrationshintergrund</b>	*	*
Ja	0,63	0,67
Nein	0,66	0,71

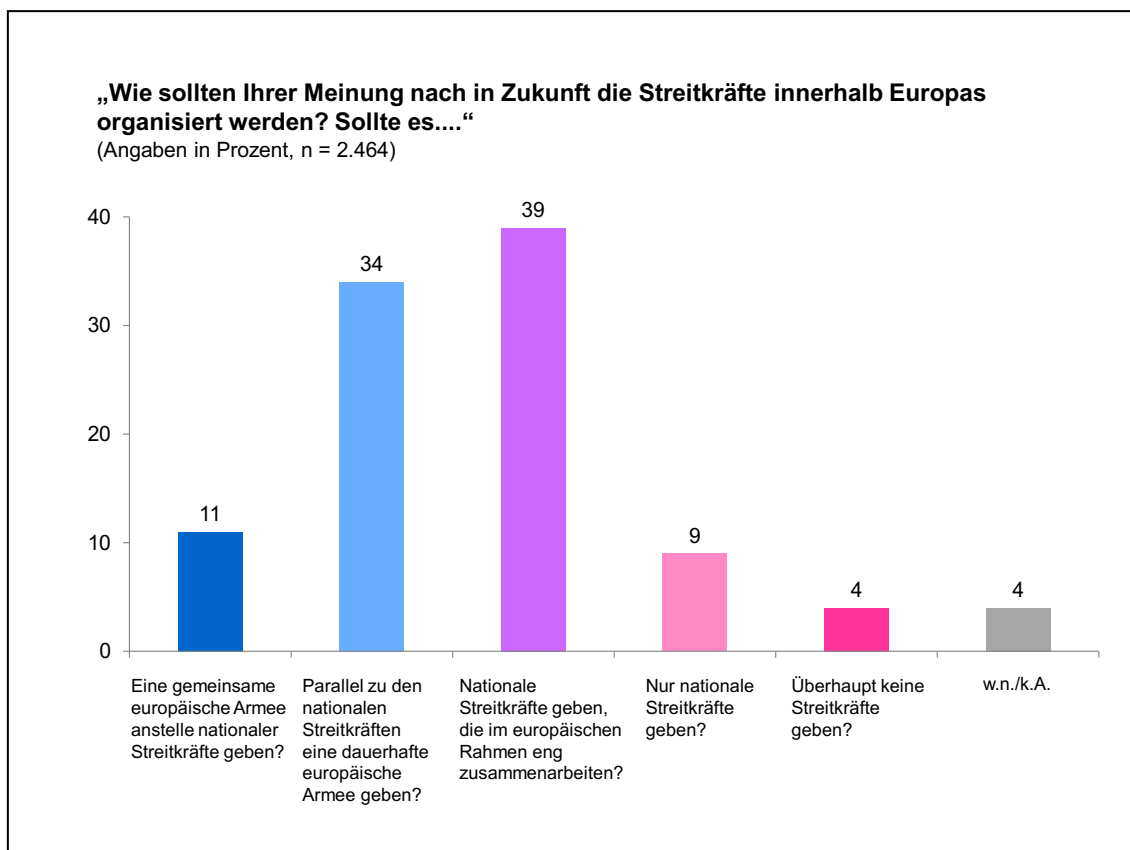
Anmerkungen: Alle Variablen haben einen Wertebereich von [0; 1]; Varianzanalysen, Signifikanzniveau: \*\*\* p < .001; \*\* p < .01; \* p < .05; n.s. = nicht signifikant (p ≥ .05). Der Signifikanztest für die Varianzanalyse gibt an, ob sich der Mittelwert mindestens einer Gruppe von dem Mittelwert mindestens einer anderen Gruppe unterscheidet.

Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des ZMSBw 2018.

Dennoch treten insbesondere hinsichtlich der Wahlabsicht statistisch signifikante Unterschiede zutage. Anhänger der „politischen Mitte“ (SPD, CDU/CSU, FDP, Grüne) befürworten die Verteidigungszusammenarbeit im Rahmen der EU und das deutsche Engagement in dieser Sache am deutlichsten, während die Unterstützung durch die Anhänger der AfD am geringsten ausfällt. Des Weiteren fällt auf, dass die Zustimmung zur europäischen Verteidigungszusammenarbeit und zu Deutschlands europäischem Engagement mit dem Einkommen ansteigt und bei Personen mit Migrationshintergrund geringer ausfällt als bei den Bürgerinnen und Bürgern ohne Migrationshintergrund.

Im Jahr 2018 wurden die Umfrageteilnehmer zum ersten Mal auch zu ihrer Präferenz hinsichtlich der zukünftigen Organisation der Streitkräfte in Europa befragt (vgl. Abbildung 5.7). Eine relative Mehrheit von 39 Prozent präferiert die enge Zusammenarbeit nationaler Streitkräfte im europäischen Rahmen. Ein Drittel der Befragten (34 Prozent) befürwortet den Aufbau einer dauerhaften europäischen Armee parallel zu den bestehenden nationalen Streitkräften. Einer von zehn Befragten (11 Prozent) stimmt sogar dem Aufbau einer gemeinsamen europäischen Armee zu, welche die nationalen Streitkräfte

**Abbildung 5.7: Aussagen zur zukünftigen Organisation der Streitkräfte in Europa**



Anmerkung: Nicht alle Prozentangaben ergeben in der Summe 100 Prozent, da die Einzelwerte gerundet wurden.

Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des ZMSBw 2018.

ersetzen würde. Nur 9 Prozent der Befragten wünschen sich eine rein nationale Organisation der Streitkräfte und lediglich 4 Prozent sprechen sich dafür aus, sämtliche Streitkräfte abzuschaffen. Die Mehrheit der deutschen Bevölkerung wünscht sich also eine enge Kooperation nationaler Streitkräfte im Rahmen der EU oder eine noch stärkere Integration der europäischen Streitkräfte.

### *Determinanten der Einstellung zur EU-Verteidigungszusammenarbeit*

Empirische Studien zeigen, dass die Einstellung der Bürgerinnen und Bürger zur EU-Verteidigungskooperation maßgeblich durch die außen- und sicherheitspolitischen Grundhaltungen (Endres 2018; Irondelle et al. 2015; Mader 2015; Steinbrecher 2018) und die Identifikation mit der Nation bzw. der EU (Schoen 2008; Steinbrecher 2018) beeinflusst wird.<sup>24</sup> Die Einflüsse dieser Faktoren wurden in empirischen Analysen jedoch bislang getrennt voneinander betrachtet, weil kein Datensatz existierte, der Informationen sowohl zu den außen- und sicherheitspolitischen Grundhaltungen wie auch zur Identifikation mit der EU enthält. Die ZMSBw-Bevölkerungsbefragung 2018 erlaubt, die Einflüsse beider Faktoren auf die Einstellung zur EU-Verteidigungszusammenarbeit „gleichzeitig“, d.h. unter gegenseitiger Berücksichtigung, zu bestimmen. Hierzu wird eine OLS-Regressionsanalyse durchgeführt. Die Indexvariable „EU-Zusammenarbeit“ aus der vorangegangenen bivariaten Analyse (vgl. Tabelle 5.5) dient als abhängige Variable. Die Identifikation mit der EU und Deutschland sowie die außen- und sicherheitspolitischen Grundhaltungen gehen als Determinanten in das Modell ein. Die soziodemografischen Merkmale sowie die politische Orientierung der Befragten dienen als Kontrollvariablen.

Die Identifikation mit der EU bzw. Deutschland wurde durch das folgende Item erfasst: „Bitte sagen Sie mir, wie stark Sie sich verbunden fühlen mit der Europäischen Union/Deutschland“. Die Operationalisierung der außenpolitischen Grundhaltungen weicht von den in Tabelle 5.4 dargestellten Indexvariablen ab, da diese über eine geringe Skalenreliabilität verfügen. Militarismus wird stattdessen durch die Indexvariable „robuste Mittel der Außenpolitik“ (vgl. Tabelle 5.2 und 5.3) operationalisiert und erfasst somit die Befürwortung der Anwendung (überwiegend) militärischer Mittel in der Außenpolitik.<sup>25</sup> Internationalismus wird durch das Item „Deutschland sollte eine aktivere Rolle in der Weltpolitik spielen“ operationalisiert, Multilateralismus durch das Item „Bei

---

<sup>24</sup> Einzig die Studien von Endres (2018) und Mader (2015) lassen Rückschlüsse für Deutschland zu, da alle anderen Studien „gepoolte“ Datensätze mit Umfragedaten aus verschiedenen EU-Mitgliedsstaaten verwenden. Diese Analysen zeigen, dass insbesondere die Grundhaltungen Multilateralismus und Internationalismus einen statistisch signifikanten und positiven Effekt auf die Einstellung zur europäischen Verteidigungszusammenarbeit im Rahmen der EU haben.

<sup>25</sup> Die Items, die zur Berechnung der Indexvariable „Robuste Mittel der Außenpolitik“ verwendet wurden (vgl. Tabelle 5.2), weisen eine gute Skalenreliabilität auf (Cronbachs alpha = 0,79).



einer internationalen Krise sollten sich Deutschland und seine Verbündeten auf eine gemeinsame Haltung einigen“ und Atlantizismus durch das Item „In außenpolitischen Fragen sollte Deutschland in Übereinstimmung mit den USA handeln“. Alle Variablen wurden so rekodiert, dass höhere Werte eine stärkere Ausprägung im Sinne der Benennung der jeweiligen Grundorientierung bedeuten, d.h. Personen mit einem höheren Wert bei Multilateralismus sprechen sich in stärkerem Maße dafür aus, dass Deutschland sich bei einer internationalen Krise mit seinen Verbündeten auf eine gemeinsame Haltung einigen sollte.

Die Ergebnisse der Regressionsanalyse zeigen, dass die Kontrollvariablen insgesamt einen äußerst geringen direkten Einfluss auf die Einstellung zur europäischen Verteidigungskooperation haben (vgl. Tabelle 5.6, Modell I), was insbesondere durch das korrigierte  $R^2$  von 0,01 verdeutlicht wird (d.h. die Kontrollvariablen erklären insgesamt nur 1 Prozent der Varianz in der Einstellung zur europäischen Verteidigungszusammenarbeit). Dennoch sind einzelne statistisch signifikante Effekte feststellbar. So nimmt z.B. die Zustimmung zur europäischen Verteidigungszusammenarbeit mit sinkendem Haushaltseinkommen ab. Auch ein Migrationshintergrund sowie eine rechte politische Orientierung haben einen negativen Einfluss.

Sehr viel größere Erklärungskraft besitzen die außen- und sicherheitspolitischen Grundhaltungen, die insgesamt etwas über 20 Prozent der Varianz in der Einstellung zur europäischen Verteidigungszusammenarbeit erklären (vgl. Tabelle 5.6, Modell II). Multilateralismus weist den vergleichsweise größten Einfluss auf, gefolgt von Militarismus und Internationalismus. Eine atlantizistische Grundhaltung hat hingegen keinen statistisch signifikanten Einfluss, d.h. die Überzeugung, dass sich die nationale Außenpolitik an den USA orientieren sollte, hat keinen Effekt auf die Einstellung zur europäischen Verteidigungskooperation. Je mehr man also eine aktive deutsche Außenpolitik sowie außenpolitisches Handeln in Absprache mit Verbündeten befürwortet und je mehr man den Einsatz militärischer Mittel in der Außenpolitik begrüßt, desto positiver ist man der europäischen Verteidigungszusammenarbeit gegenüber eingestellt. Dieses Ergebnis ist wenig überraschend, ist doch die vertiefte EU-Verteidigungszusammenarbeit selbst Ausdruck einer internationalistischen, multilateralistischen und einer militaristischen politischen Überzeugung (vgl. European Union 2016). Wer also diese außen- und sicherheitspolitischen Grundhaltungen teilt, ist daher auch eher geneigt, die EU-Verteidigungskooperation zu befürworten als die Unilateralisten, Isolationisten und Antimilitaristen in der deutschen Bevölkerung.

**Tabelle 5.6: Determinanten der Einstellung zur EU-Verteidigungszusammenarbeit**

	Modell I	Modell II	Modell III	Modell IV
<b>Kontrollvariablen</b>				
Alter	0,03 <sup>n.s.</sup>	0,05*	0,02 <sup>n.s.</sup>	0,05*
Frauen	-0,05 <sup>n.s.</sup>	-0,03 <sup>n.s.</sup>	-0,05 <sup>n.s.</sup>	-0,02 <sup>n.s.</sup>
Mittlere Bildung	0,01 <sup>n.s.</sup>	-0,01 <sup>n.s.</sup>	0,05*	0,02 <sup>n.s.</sup>
Niedrige Bildung	0,01 <sup>n.s.</sup>	-0,02 <sup>n.s.</sup>	0,04 <sup>n.s.</sup>	0,01 <sup>n.s.</sup>
Haushaltsnettoeinkommen (2.001 bis 4.000 Euro)	-0,09*	-0,08**	-0,07*	-0,07*
Haushaltsnettoeinkommen (bis 2.000 Euro)	-0,15***	-0,11**	-0,12***	-0,09**
Migrationshintergrund	-0,05*	-0,05**	-0,05*	-0,06**
Bin/war Soldat	-0,03 <sup>n.s.</sup>	-0,04 <sup>n.s.</sup>	-0,03 <sup>n.s.</sup>	-0,03 <sup>n.s.</sup>
Linke politische Orientierung	-0,01 <sup>n.s.</sup>	0,01 <sup>n.s.</sup>	-0,02 <sup>n.s.</sup>	0,00 <sup>n.s.</sup>
Rechte politische Orientierung	-0,06**	-0,05*	-0,03 <sup>n.s.</sup>	-0,03 <sup>n.s.</sup>
<b>Außenpolitische Grundhaltungen</b>				
Militarismus		0,18***		0,16***
Internationalismus		0,09***		0,07***
Multilateralismus		0,35***		0,33***
Atlantizismus		0,03 <sup>n.s.</sup>		-0,01 <sup>n.s.</sup>
<b>Identifikation</b>				
Deutschland			0,00 <sup>n.s.</sup>	-0,03 <sup>n.s.</sup>
Europäische Union			0,31***	0,22***
Korrigiertes R <sup>2</sup>	0,01	0,23	0,11	0,26
N	1959	1959	1959	1959

Anmerkungen: Wertebereich der abhängigen Variablen [0 – Ablehnung; 1 - Zustimmung]. Alle erklärenden Variablen mit Ausnahme von Alter [16; 91] haben einen Wertebereich von [0; 1]. Referenzkategorie für linke bzw. rechte politische Orientierung (dichotome Variablen) ist „politische Mitte“. Analyseverfahren: Multiple lineare Regressionen; standardisierte Regressionskoeffizienten (beta). Signifikanzniveau: \*\*\* p < .001; \*\* p < .01; \* p < .05; n.s. = nicht signifikant (p ≥ .05).

Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des ZMSBw 2018.

Der positive Effekt der multilateralistischen und internationalistischen Grundhaltungen deckt sich mit den empirischen Befunden anderer deutscher Forschungsarbeiten zu diesem Thema (z.B. Endres 2018; Mader 2015). Vergleichsweise überraschend ist jedoch der positive Effekt der militaristischen Grundhaltung, welcher den bisherigen Befunden der deutschen Forschungsliteratur (z.B. Endres 2018: 162; Mader 2015: 85) entgegensteht. Es steht zu vermuten, dass dies Ergebnis der im vorliegenden Regressionsmodell verwendeten alternativen Operationalisierung der militaristischen Grundhaltung ist, denn der Einfluss der militaristischen Grundhaltung ist *nicht statistisch signifikant* (beta = -0,01; p = 0,61), wenn die sonst übliche Operationalisierung (vgl. Tabelle 5.4, Ergebnisse der multivariaten Analyse nicht tabellarisch ausgewiesen) im ansonsten gleichen Regressionsmodell verwendet wird (vgl. Tabelle 5.6, Modell II).

Die Identifikation mit der EU hat ebenfalls einen relativ starken statistisch signifikanten positiven Einfluss und erklärt ungefähr 10 Prozent der Varianz in der Einstellung zur europäischen Verteidigungszusammenarbeit: Je mehr man sich mit der EU verbunden fühlt, desto mehr unterstützt man die europäische Verteidigungszusammenarbeit (vgl. Tabelle 5.6, Modell III). Darüber hinaus ist festzustellen, dass die Identifikation mit

Deutschland keinen statistisch signifikanten Einfluss hat. Andere empirische Studien zur öffentlichen Meinung über die europäische Verteidigungskooperation haben ähnliche Effekte beobachtet, d.h. die bloße Identifikation mit der Nation hat keinen (Schoen 2008) oder sogar einen statistisch signifikanten positiven Einfluss (Steinbrecher 2018); die nationale Identifikation in bewusster Abgrenzung zur EU hat hingegen einen signifikanten negativen Effekt auf die Einstellung zur europäischen Verteidigungskooperation (Schoen 2008; Steinbrecher 2018).

Wie in der Forschung sonst üblich, wurden die Einflüsse der vier außen- und sicherheitspolitischen Grundhaltungen (Tabelle 5.6, Modell II) und der Identifikation mit der EU (Tabelle 5.6, Modell III) bisher getrennt voneinander betrachtet. In Modell IV werden die Einflüsse dieser beiden Faktorengruppen jedoch unter gegenseitiger Berücksichtigung untersucht. Die Ergebnisse dieses Modells zeigen, dass die Effekte der Grundhaltungen in ihrer Stärke und Signifikanz fast unverändert bleiben und der Effekt der Identifikation mit der EU sich abschwächt, aber statistisch signifikant bleibt. Die außen- und sicherheitspolitischen Grundorientierungen, allen voran Multilateralismus und Militarismus, und die Identifikation mit der EU – also nur drei Variablen – erklären zusammen ungefähr ein Viertel der gesamten Varianz in der Einstellung zur europäischen Verteidigungszusammenarbeit.<sup>26</sup> Ob jemand den weiteren Ausbau der EU hin zu einer Verteidigungsunion befürwortet oder ablehnt, ist also vor allem eine Frage der Identifikation mit dem europäischen Einigungsprojekt und der außen- und sicherheitspolitischen Grundüberzeugungen.

#### *Aussagen zur Verteidigungszusammenarbeit im Rahmen der NATO*

Seit der Annexion der ukrainischen Halbinsel Krim durch Russland im Jahr 2014 hat die territoriale Bündnisverteidigung im Rahmen der NATO wieder an militärstrategischer Bedeutung gewonnen. Deutschlands Mitgliedschaft in der NATO ist eine der zentralen Säulen deutscher Sicherheit. Daher gilt im Umkehrschluss: „Bündnissolidarität ist deutsche Staatsräson“ (Bundesministerium der Verteidigung 2016a: 49).

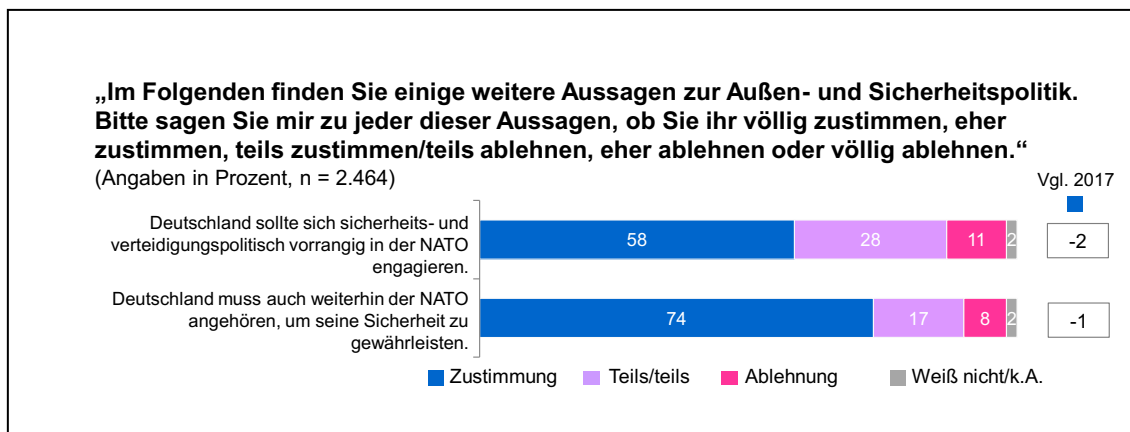
Die deutsche Bevölkerung weiß um die herausragende Bedeutung der NATO für die Sicherheit Deutschlands. Fast drei Viertel der Befragten (74 Prozent; -1 Prozentpunkt im Vergleich zu 2017) stehen hinter Deutschlands Mitgliedschaft im nordatlantischen Verteidigungsbündnis und 58 Prozent (-2 Prozentpunkte) sind der Auffassung, dass sich

---

<sup>26</sup> Diese Aussage beruht auf der Berechnung eines Regressionsmodells, in das nur die Variablen „Identifikation mit der EU“ (beta = 0,20; p < 0,001), „Multilateralismus“ (beta = 0,33; p < 0,001) und „Militarismus“ (beta = 0,18; p < 0,001) als Determinanten (d.h. unabhängige Variablen) eingehen. Dieses Modell erklärt 24 Prozent der Varianz in der abhängigen Variable (Korrigiertes R<sup>2</sup> = 0,24). Wird dieses Modell um die soziodemografischen Kontrollvariablen ergänzt, beträgt die erklärte Varianz in der Einstellung zur EU-Verteidigungszusammenarbeit 26 Prozent.

Deutschland sicherheits- und verteidigungspolitisch vorrangig im Rahmen der NATO engagieren sollte (vgl. Abbildung 5.8). Nur eine Minderheit von 8 bzw. 11 Prozent sprechen sich gegen Deutschlands Mitgliedschaft in der NATO bzw. Deutschlands vorrangiges sicherheitspolitisches Engagement in der NATO aus.<sup>27</sup>

**Abbildung 5.8: Aussagen zur Verteidigungszusammenarbeit im Rahmen der NATO**



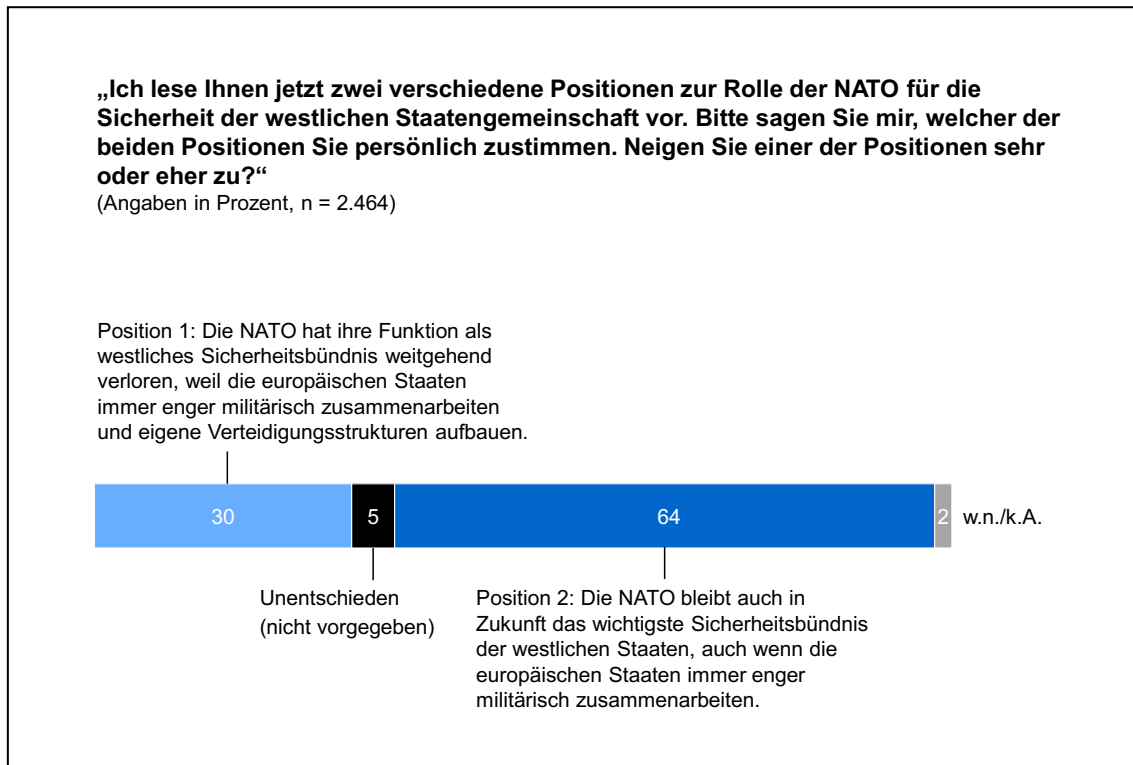
Anmerkungen: Nicht alle Prozentangaben ergeben in der Summe 100 Prozent, da die Einzelwerte gerundet wurden. Zustimmung: Anteile „Stimme völlig zu“ und „Stimme eher zu“ zusammengefasst; Ablehnung: Anteile „Lehne völlig ab“ und „Lehne eher ab“ zusammengefasst. Vgl. 2017: Differenz Zustimmung 2018 zu 2017.

Datenbasis: Bevölkerungsbefragungen des ZMSBw 2017 und 2018.

Vor dem Hintergrund der Intensivierung europäischer Verteidigungszusammenarbeit wurden die Umfrageteilnehmer im Jahr 2018 zum ersten Mal zur zukünftigen Bedeutung der NATO als westliches Sicherheitsbündnis befragt (vgl. Abbildung 5.9). Die Befragten mussten sich dabei zwischen zwei konkurrierenden Positionen entscheiden; die Antwortoption „unentschieden“ wurde nicht vom Interviewer vorgegeben. Fast zwei Drittel der Bürgerinnen und Bürger (64 Prozent) neigen zu der Position, dass die NATO auch in Zukunft das wichtigste Sicherheitsbündnis der westlichen Staaten bleibt, auch wenn die europäischen Staaten immer enger militärisch zusammenarbeiten. Ein knappes Drittel (30 Prozent) tendiert dagegen zu der Auffassung, dass die NATO ihre Funktion als westliches Sicherheitsbündnis weitgehend verloren hat, weil die europäischen Staaten immer enger militärisch zusammenarbeiten und eigene Verteidigungsstrukturen aufbauen. Nur 5 Prozent der Befragten konnten oder wollten in dieser Frage keine Position beziehen (unentschieden) und 2 Prozent gaben keine Antwort.

<sup>27</sup> Die repräsentative Bevölkerungsumfrage „The Berlin Pulse 2018/19“ der Körber-Stiftung berichtet, dass 63 Prozent der deutschen Bevölkerung eine sehr positive (11 Prozent) oder eher positive Meinung (52 Prozent) zur NATO haben (Körber-Stiftung 2018a).

**Abbildung 5.9: Aussagen zur Bedeutung der NATO**



Anmerkungen: Nicht alle Prozentangaben ergeben in der Summe 100 Prozent, da die Einzelwerte gerundet wurden. Anteile „Neige Position 1 (bzw. 2) sehr zu“ und „Neige Position 1 (bzw. 2) eher zu“ jeweils zusammengefasst.

Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des ZMSBw 2018.

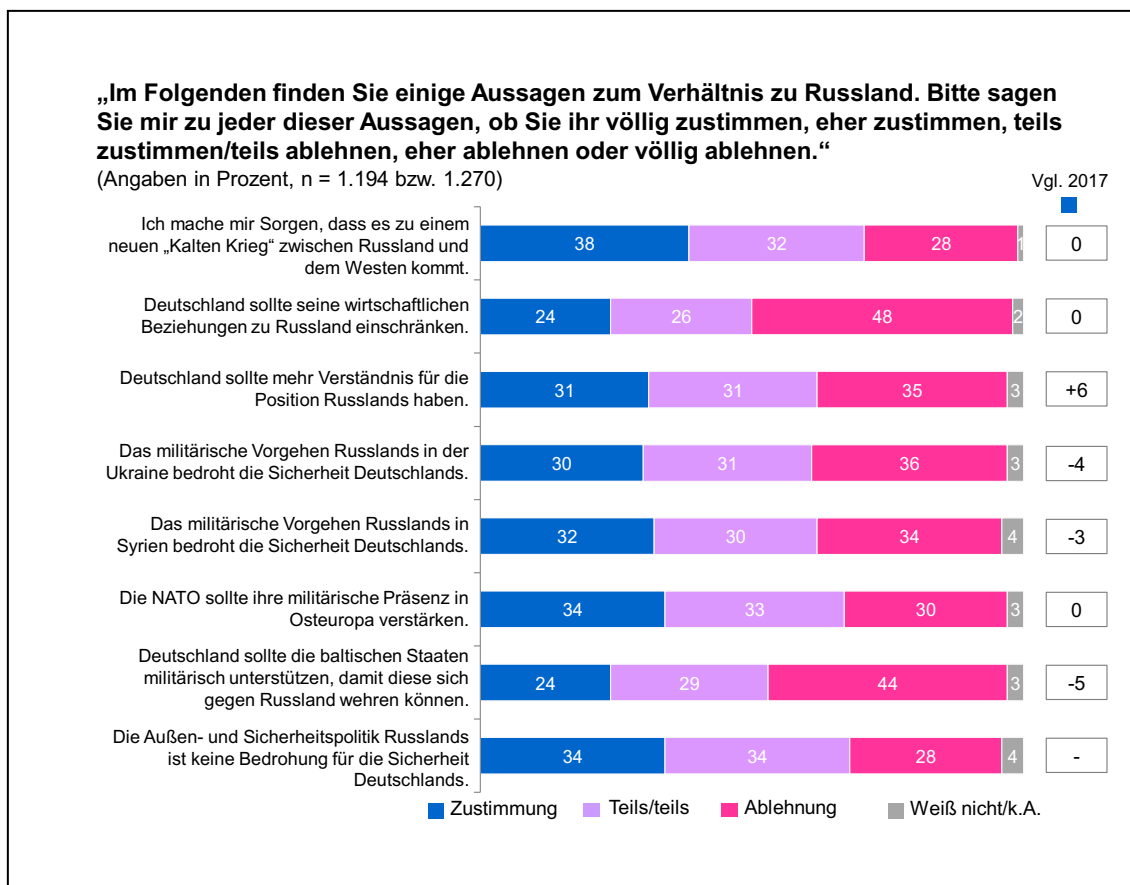
Die Mehrheit der Deutschen sieht in der NATO also auch zukünftig das wichtigste Sicherheitsbündnis der westlichen Staaten, ungeachtet der immer engeren militärischen Zusammenarbeit innerhalb der EU. Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, in welcher Beziehung die Einstellungen zu Deutschlands Engagement in der europäischen Verteidigungszusammenarbeit einerseits und zu Deutschlands Engagement in der NATO andererseits stehen. Zwei Items eignen sich für eine empirische Überprüfung dieser Beziehung aufgrund ihrer nahezu identischen Formulierung: „Deutschland sollte sich sicherheits- und verteidigungspolitisch vorrangig gemeinsam mit den Staaten der EU/vorrangig in der NATO engagieren“. Der positive und signifikante ( $p < .001$ ) Pearson-Korrelationskoeffizient von 0,29 zeigt hier an, dass eine positive Einstellung zum deutschen NATO-Engagement mit einer positiven Einstellung zum deutschen EU-Engagement einhergeht. Zwar ist die Beziehung nicht sonderlich stark ausgeprägt, doch ist sie positiv und statistisch signifikant. Somit lässt sich zumindest feststellen, dass die öffentliche Meinung in Deutschland der offiziellen Haltung nicht zuwiderläuft, nach der Deutschlands verteidigungspolitisches Engagement in der EU und NATO als komplementär betrachtet werden (vgl. Bundesministerium der Verteidigung 2016a: 49–50, 67).

### *Positionen zum Verhältnis zu Russland*

Wie bereits erwähnt, hat die Annexion der ukrainischen Halbinsel Krim durch Russland im Jahr 2014 zu einem verteidigungspolitischen Umdenken geführt. So stellt das Bundesministerium der Verteidigung im Weißbuch 2016 fest, dass Russland „[d]urch seine auf der Krim und im Osten der Ukraine zutage getretene Bereitschaft, die eigenen Interessen auch gewaltsam durchzusetzen und völkerrechtlich garantierte Grenzen einseitig zu verschieben“ die europäische Sicherheitsordnung offen infrage stelle und somit eine Herausforderung für die europäische und deutsche Sicherheit darstelle (Bundesministerium der Verteidigung 2016a: 31–32). Zugleich wird im Weißbuch 2016 aber auch auf die Notwendigkeit der Kooperation mit Russland hingewiesen, weshalb im „Umgang mit Russland die richtige Mischung aus kollektiver Verteidigung und dem Aufbau von Resilienz einerseits und Ansätzen kooperativer Sicherheit und sektoraler Zusammenarbeit andererseits“ wichtig sei (Bundesministerium der Verteidigung 2016a: 32).

Die öffentliche Meinung über das deutsch-russische Verhältnis ist, wie im Vorjahr, von großer Ambivalenz geprägt, hat sich insgesamt aber verbessert (vgl. Abbildung 5.10). So machen sich immerhin 38 Prozent der Befragten Sorgen, dass es zu einem neuen Kalten Krieg zwischen Russland und dem Westen kommen könnte (keine Veränderung im Vergleich zu 2017). Fast ein Drittel (32 Prozent) ist geteilter Meinung und etwas mehr als ein Viertel teilt diese Sorge nicht (28 Prozent). Die Einschränkung der wirtschaftlichen Beziehungen zu Russland wird hingegen nur von einem Viertel (24 Prozent) begrüßt und von 48 Prozent der Befragten abgelehnt. Gespalten ist die öffentliche Meinung auch in der Frage, ob Deutschland mehr Verständnis für die Position Russlands haben sollte: 31 Prozent plädieren für mehr Verständnis (+6 Prozentpunkte im Vergleich zu 2017), 31 Prozent sind geteilter Meinung und 35 Prozent lehnen mehr Verständnis für Russland ab. Auch zu weiteren Fragen sind die Befragten geteilter Meinung: Etwa ein Drittel sieht die Sicherheit Deutschlands durch das militärische Vorgehen Russlands in der Ukraine (30 Prozent; -4 Prozentpunkte im Vergleich zum Vorjahr) und in Syrien (32 Prozent; -3 Prozentpunkte) bedroht. 36 Prozent (Ukraine) bzw. 34 Prozent (Syrien) sind gegenteiliger Auffassung. Wiederum ein Drittel der Bürgerinnen und Bürger unterstützt eine verstärkte Präsenz der NATO in Osteuropa (34 Prozent), während diese von 30 Prozent abgelehnt wird.

**Abbildung 5.10: Positionen zum Verhältnis zu Russland**



Anmerkungen: Nicht alle Prozentangaben ergeben in der Summe 100 Prozent, da die Einzelwerte gerundet wurden. Zustimmung: Anteile „Stimme völlig zu“ und „Stimme eher zu“ zusammengefasst; Ablehnung: Anteile „Lehne völlig ab“ und „Lehne eher ab“ zusammengefasst. Vgl. 2017: Differenz Zustimmung 2018 zu 2017. Die Fragen dieser Fragebatterie wurden nur einem Teil der Befragten gestellt (Split-Half).

Datenbasis: Bevölkerungsbefragungen des ZMSBw 2017 und 2018.

Nur ein Viertel der Befragten befürwortet die militärische Unterstützung der baltischen Staaten durch Deutschland, damit diese sich gegen Russland wehren können (24 Prozent). 29 Prozent sind geteilter Meinung, während 44 Prozent eine solche Unterstützung ablehnen. Im Vergleich zum Vorjahr nimmt die Zustimmung zu einer militärischen Unterstützung der baltischen NATO-Staaten um 5 Prozentpunkte ab. Hier spiegelt sich die skeptische Haltung zu den beiden einsatzgleichen Verpflichtungen der Bundeswehr im Baltikum wider (vgl. Abschnitt 11).

Zum ersten Mal wurden die Umfrageteilnehmer 2018 danach gefragt, ob Russlands Außen- und Sicherheitspolitik allgemein eine Bedrohung für die Sicherheit Deutschlands darstellt. Auch in dieser Frage ist die öffentliche Meinung gespalten: 28 Prozent empfinden die Außen- und Sicherheitspolitik Russlands als Bedrohung, 34 Prozent sind geteilter Meinung und 34 Prozent erkennen keine Bedrohung.

## *Positionen zum Verhältnis zu den USA*

Die Beziehungen zwischen Deutschland und den USA unterliegen seit dem Amtsantritt von Präsident Donald Trump gewissen Spannungen. Insbesondere Präsident Trumps Kritik an der Lastenverteilung innerhalb der NATO und der Höhe der deutschen Verteidigungsausgaben und die mit dieser Kritik verbundene Androhung eines möglichen amerikanischen Rückzugs aus der NATO haben öffentliche Reaktionen der Bundesregierung hervorgerufen. So stellte Bundeskanzlerin Merkel bereits im Mai 2018 fest: „Die Zeiten, in denen wir uns auf andere völlig verlassen konnten, die sind ein Stück vorbei. [...] Und deshalb kann ich nur sagen: Wir Europäer müssen unser Schicksal wirklich in unsere eigene Hand nehmen“.<sup>28</sup> Bundesaußenminister Heiko Maas plädierte jüngst dafür, die transatlantische „Partnerschaft neu zu vermessen“.<sup>29</sup> Und Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier gab in einer öffentlichen Rede in den USA über die transatlantischen Beziehungen zu bedenken, dass der „Schaden der heutigen Erschütterung tiefgehender, langfristiger und vor allem irreparabel sein“ könne.<sup>30</sup> Die Bundesregierung stellt offenkundig eine Veränderung in den Beziehungen zu den USA fest. Wie beurteilt die deutsche Bevölkerung das Verhältnis zu den USA?

Die Bevölkerungsumfrage des ZMSBw erfasst die öffentliche Meinung zu den transatlantischen Beziehungen ausführlich seit 2017. Vergleiche zur öffentlichen Meinung über die Beziehungen zu den USA unter Präsident Obama sind also mit diesen Daten nicht möglich. Jedoch zeigen andere repräsentative Umfragen, dass sich die öffentliche Meinung in Deutschland über die USA und die transatlantischen Beziehungen seit dem Amtsantritt von Präsident Trump massiv verschlechtert hat (Pew Research Center 2017). Zudem macht die Forschung zu außen- und sicherheitspolitischen Einstellungen deutlich, dass die Haltung zu einem Land stark von der Bewertung des jeweiligen politischen Spitzenpersonals beeinflusst wird (z.B. Balmas 2018). Die ZMSBw-Bevölkerungsumfrage 2018 ergibt, dass sich die öffentliche Meinung über die USA im Vergleich zum Vorjahr deutlich verschlechtert hat (vgl. Abbildung 5.11). Die deutsch-amerikanischen Beziehungen werden in einigen Aspekten sogar kritischer beurteilt als das Verhältnis zwischen Deutschland und Russland (vgl. Abbildung 5.10).

Nur noch ein Viertel der deutschen Bevölkerung ist der Überzeugung, dass die USA ein zuverlässiger Partner für Deutschland sind. Im Vergleich zum Vorjahr hat sich die Zustimmung merklich verringert (-10 Prozentpunkte). 37 Prozent teilen inzwischen die Auffassung, dass die USA kein zuverlässiger Partner mehr sind, während 38 Prozent geteilter

---

<sup>28</sup> Öffentliche Rede der Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel am 28. Mai 2018 bei einer Veranstaltung in München.

<sup>29</sup> Gastkommentar des Bundesaußenministers Heiko Maas im „Handelsblatt“ vom 21. August 2018.

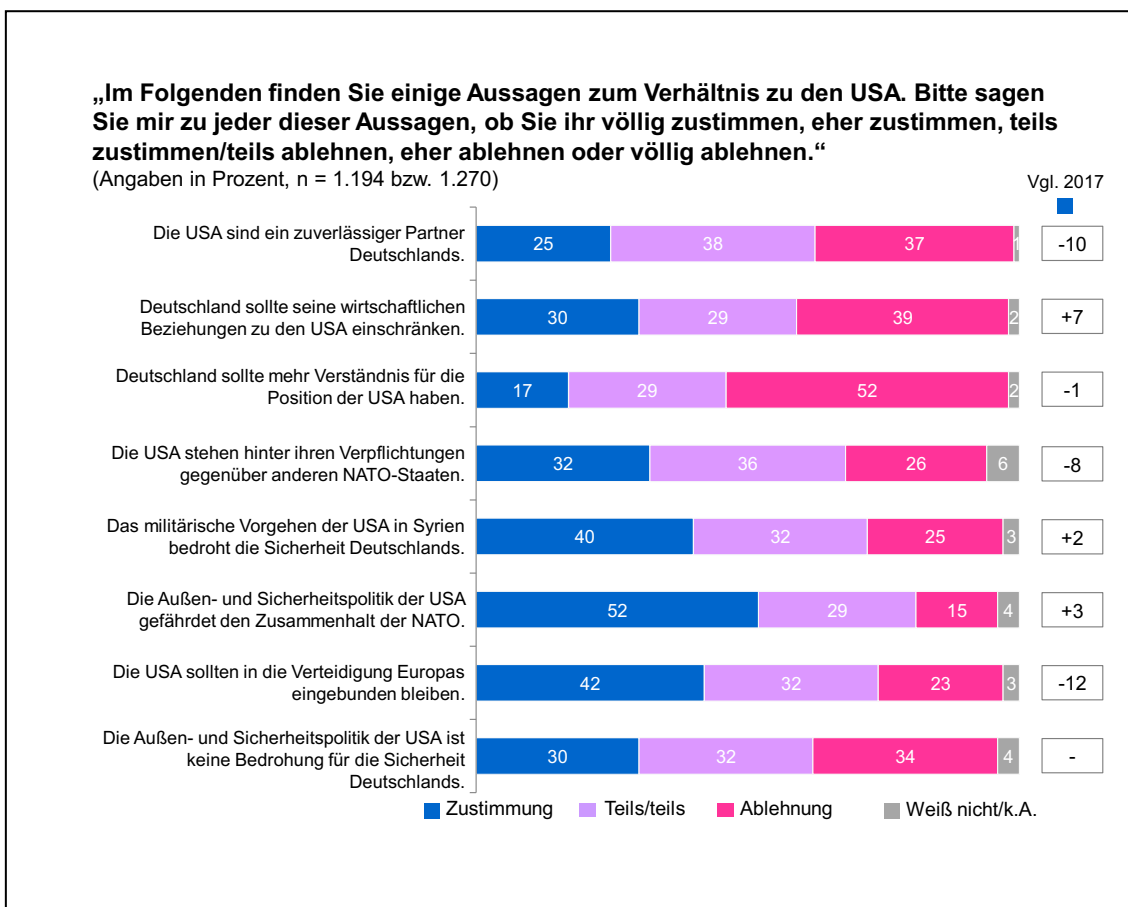
<sup>30</sup> Öffentliche Rede des Bundespräsidenten Frank-Walter Steinmeier in den USA am 19. Juni 2018.



Meinung sind. Fast ein Drittel (30 Prozent) der Befragten spricht sich für eine Einschränkung der wirtschaftlichen Beziehungen zu den USA aus. Das sind 7 Prozentpunkte mehr als noch 2017 und sogar 6 Prozentpunkte mehr als im Vergleich zu Russland (vgl. Abbildung 5.10). Eine relative Mehrheit von 39 Prozent lehnt derartige Maßnahmen jedoch ab. Knapp ein Drittel der Befragten ist in dieser Frage unentschieden. Lediglich 17 Prozent der Bevölkerung stimmen der Aussage zu, dass Deutschland der Position der USA mehr Verständnis entgegenbringen sollte und eine absolute Mehrheit von 52 Prozent lehnt diese Aussage ab. Zum Vergleich: 31 Prozent der Befragten sind der Meinung, dass Deutschland der Position Russlands mehr Verständnis entgegenbringen sollte. Die deutsche Bevölkerung ist also eher geneigt, für Russland mehr Verständnis aufzubringen als für die USA.

Auch die Glaubwürdigkeit der USA als NATO-Partner ist im Vergleich zum Vorjahr gesunken. Nur noch knapp ein Drittel (32 Prozent) der Bürgerinnen und Bürger ist davon überzeugt, dass die USA zu ihren Verpflichtungen gegenüber anderen NATO-Staaten stehen. Im Vergleich zum Vorjahr ist das ein Vertrauensverlust von 8 Prozentpunkten. Eine relative Mehrheit der Deutschen (36 Prozent) ist in diesem Punkt geteilter Meinung und 26 Prozent scheinen ihr Vertrauen bereits verloren zu haben. Mit 6 Prozent ist der Anteil jener, die keine Meinung zu diesem Aspekt haben oder ihre Meinung nicht äußern wollen, vergleichsweise hoch. Es hat also den Anschein, dass hinsichtlich der NATO-Bündnistreue der USA in der Bevölkerung nicht nur Skepsis herrscht, sondern auch einige Verwirrung. Eine klare Mehrheit der Deutschen (52 Prozent) sieht außerdem den Zusammenhalt der NATO durch die aktuelle Außen- und Sicherheitspolitik der USA gefährdet (+3 Prozentpunkte im Vergleich zu 2017). Nur eine Minderheit von 15 Prozent vermag in der Außen- und Sicherheitspolitik der USA keine Gefahr für den Zusammenhalt der NATO zu erkennen und 29 Prozent der Befragten sind geteilter Meinung.

**Abbildung 5.11: Aussagen zum Verhältnis zu den USA**



Anmerkungen: Nicht alle Prozentangaben ergeben in der Summe 100 Prozent, da die Einzelwerte gerundet wurden. Zustimmung: Anteile „Stimme völlig zu“ und „Stimme eher zu“ zusammengefasst; Ablehnung: Anteile „Lehne völlig ab“ und „Lehne eher ab“ zusammengefasst. Vgl. 2017: Differenz Zustimmung 2018 zu 2017. Die Fragen dieser Fragebatterie wurden nur einem Teil der Befragten gestellt (Split-Half).

Datenbasis: Bevölkerungsbefragungen des ZMSBw 2017 und 2018.

Das militärische Vorgehen der USA in Syrien wird ebenfalls kritischer bewertet als noch im Vorjahr: 40 Prozent der Befragten empfinden dies als Bedrohung für die Sicherheit Deutschlands (+2 Prozentpunkte), knapp ein Drittel der Befragten hat dazu keine klare Meinung und nur ein Viertel sieht die Sicherheit Deutschlands hierdurch nicht bedroht. Zum Vergleich: 32 Prozent der Befragten halten das militärische Vorgehen Russlands in Syrien für eine Bedrohung der Sicherheit Deutschlands. Somit fällt die öffentliche Meinung zu den USA in einem weiteren Punkt kritischer aus als zu Russland.

Zwar ist eine relative Mehrheit von 42 Prozent der Deutschen dafür, die USA auch zukünftig in die Sicherheit Europas einzubinden, aber dies stellt einen deutlichen Rückgang gegenüber 2017 dar (-12 Prozentpunkte). Etwa ein Drittel ist geteilter Meinung und fast ein Viertel spricht sich sogar offen gegen die Einbindung der USA in die Verteidigung Europas aus.

Im Jahr 2018 wurden die Umfrageteilnehmer zum ersten Mal gefragt, ob die Außen- und Sicherheitspolitik der USA (k)eine Bedrohung für die Sicherheit Deutschlands darstellt. Ein Drittel (34 Prozent) der Befragten empfindet die Politik der USA als Bedrohung, 30 Prozent empfinden keine Bedrohung und 32 Prozent sind unentschieden. Zum Vergleich: 28 Prozent der Deutschen sehen in der russischen Außen- und Sicherheitspolitik eine Bedrohung für die Sicherheit Deutschlands. Mehr Bürgerinnen und Bürger sehen in der Außen- und Sicherheitspolitik der USA eine Bedrohung für die Sicherheit Deutschlands als in der Politik Russlands.

Da sich die öffentliche Wahrnehmung der deutsch-amerikanischen Beziehungen gegenüber dem Vorjahr insgesamt (teilweise) entschieden verschlechtert hat und nun in einigen Aspekten sogar kritischer ist als die der deutsch-russischen, soll nachfolgend untersucht werden, ob sich die Wahrnehmungen der bilateralen Beziehungen zwischen den soziodemografischen Teilgruppen unterscheiden. Zum einen wird die Bereitschaft, der Position Russlands bzw. der USA mehr Verständnis entgegenzubringen, betrachtet (jeweils 3. Item in den Abbildungen 5.10 und 5.11) und zum anderen die Wahrnehmung der russischen bzw. amerikanischen Außen- und Sicherheitspolitik als Bedrohung für Deutschlands Sicherheit (jeweils letztes Item in den Abbildungen 5.10 und 5.11). Die Antworten der Befragten wurden so umkodiert, dass ein hoher Wert Zustimmung (Maximalwert 1) und ein geringer Wert Ablehnung (Minimalwert 0) repräsentiert. Ein Mittelwert von 0,50 steht für eine ambivalente Meinung.

Insgesamt bringen die Befragten den USA (0,37) deutlich weniger Verständnis entgegen als Russland (0,49). Hinsichtlich der wahrgenommenen Bedrohung durch beide Länder gibt es nur leichte Unterschiede. Die Außen- und Sicherheitspolitik der USA wird eher als Bedrohung Deutschlands (0,51) gesehen als die Russlands (0,48). Insgesamt werden aber beide Länder nicht als besonders bedrohlich wahrgenommen. Zwischen den Geschlechtern sowie zwischen Befragten mit und ohne Migrationshintergrund lassen sich keine statistisch signifikanten Meinungsunterschiede beobachten (vgl. Tabelle 5.7).

**Tabelle 5.7: Ausgewählte Positionen zum Verhältnis zu Russland und den USA in soziodemografischen Gruppen**

„Im Folgenden finden Sie einige Aussagen zum Verhältnis zu Russland/den USA. Bitte sagen Sie mir zu jeder dieser Aussagen, ob Sie ihr völlig zustimmen, eher zustimmen, teils zustimmen/teils ablehnen, eher ablehnen oder völlig ablehnen.“ (Mittelwerte)				
	Verständnis USA	Verständnis Russland	Bedrohung USA	Bedrohung Russland
<b>Insgesamt</b>	0,37	0,49	0,51	0,48
<b>Geschlecht</b>	n.s.	n.s.	n.s.	n.s.
Männer	0,38	0,50	0,52	0,47
Frauen	0,36	0,48	0,51	0,49
<b>Alter</b>	**	n.s.	n.s.	n.s.
16 bis 29 Jahre	0,40	0,49	0,49	0,48
30 bis 49 Jahre	0,36	0,47	0,50	0,46
50 bis 69 Jahre	0,35	0,49	0,54	0,49
70 Jahre und älter	0,41	0,52	0,52	0,48
<b>Bildungsniveau</b>	n.s.	**	n.s.	n.s.
Hochschul- bzw. Fachhochschulreife	0,36	0,50	0,51	0,47
Realschulabschluss	0,39	0,51	0,50	0,47
Hauptschulabschluss	0,35	0,45	0,54	0,49
<b>Haushaltsnettoeinkommen pro Monat</b>	*	*	***	n.s.
4.001 Euro und mehr	0,33	0,44	0,60	0,50
2.001 bis 4.000 Euro	0,39	0,49	0,49	0,47
Bis 2.000 Euro	0,37	0,51	0,52	0,49
<b>Wahlabsicht Bundestagswahl</b>	n.s.	***	**	n.s.
CDU/CSU	0,40	0,47	0,53	0,48
SPD	0,37	0,45	0,46	0,46
AfD	0,29	0,59	0,55	0,42
FDP	0,39	0,45	0,50	0,51
Die Linke	0,32	0,60	0,58	0,47
Bündnis 90/Die Grünen	0,37	0,52	0,55	0,53
Andere Partei	0,36	0,65	0,58	0,45
Keine Parteipräferenz, Nichtwähler, w.n./k.A.	0,38	0,47	0,51	0,49
<b>Region</b>	***	***	**	***
Norddeutschland (SH, HH, HB, NI)	0,44	0,50	0,50	0,46
Ostdeutschland (MV, BB, BE, ST, SN, TH)	0,38	0,56	0,47	0,43
Süddeutschland (BW, BY)	0,33	0,48	0,55	0,48
Westdeutschland (NW, RP, HE, SL)	0,37	0,45	0,52	0,52
<b>Migrationshintergrund</b>	n.s.	n.s.	n.s.	n.s.
Ja	0,38	0,49	0,52	0,44
Nein	0,37	0,49	0,51	0,48

Anmerkungen: Alle Variablen haben einen Wertebereich von [0; 1]; Varianzanalysen, Signifikanzniveau: \*\*\*  $p < .001$ ; \*\*  $p < .01$ ; \*  $p < .05$ ; n.s. = nicht signifikant ( $p \geq .05$ ). Der Signifikanztest für die Varianzanalyse gibt an, ob sich der Mittelwert mindestens einer Gruppe von dem Mittelwert mindestens einer anderen Gruppe unterscheidet.

Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des ZMSBw 2018.

Bei den Altersgruppen fällt auf, dass Personen mittleren Alters (30 bis 69 Jahre) weniger bereit sind, der Position der USA mehr Verständnis entgegenzubringen als die Jüngeren (16 bis 29 Jahre) oder die Älteren (70 Jahre und älter). Der einzige statistisch signifikante Unterschied zwischen Personen mit verschiedenen Bildungsniveaus besteht darin, dass die Befragten mit Hauptschulabschluss weniger bereit sind, der Position Russlands mehr Verständnis entgegenzubringen als diejenigen mit höherer Bildung. Hinsichtlich des Haushaltseinkommens lässt sich feststellen, dass die einkommensstärkste Gruppe weniger bereit ist, der Position der USA wie auch Russlands mehr Verständnis entgegenzubringen und zudem die Außen- und Sicherheitspolitik der USA stärker als Bedrohung für die Sicherheit Deutschlands empfindet als die beiden niedrigeren Einkommensgruppen.

Das Meinungsbild unterscheidet sich auch deutlich zwischen den Regionen. So sind Süddeutsche am wenigsten dazu bereit, der Position der USA mehr Verständnis entgegenzubringen. Ostdeutsche hingegen zeigen die größte Bereitschaft, der Position Russlands mehr Verständnis entgegenzubringen und sehen die Sicherheit Deutschlands sowohl durch die USA als auch durch Russland weniger stark gefährdet als die Bewohner anderer Regionen in Deutschland.

Bei der Betrachtung der Meinungsunterschiede zwischen den Wählergruppen ist festzustellen, dass die Anhänger einer „anderen Partei“, der Linken und der AfD deutlich eher bereit sind, der Position Russlands mehr Verständnis entgegenzubringen und die USA stärker als Bedrohung empfinden als die Anhänger der übrigen Parteien, insbesondere aber im Vergleich zu den Anhängern der SPD und der FDP. Zudem fällt auf, dass die Differenz zwischen den Mittelwerten für die USA und Russland bei den Anhängern der AfD oder der Linken am größten ist, d.h. bei diesen Anhängern ist die pro-russische und gleichzeitig anti-amerikanische Einstellung am stärksten ausgeprägt.

Bemerkenswert ist zudem, dass alle Wählergruppen – mit Ausnahme der FDP-Anhänger – die Außen- und Sicherheitspolitik der USA als die größere Bedrohung für die Sicherheit Deutschlands empfinden als die Politik Russlands. Auch sind alle Wählergruppen eher bereit, Russland mehr Verständnis entgegenzubringen als den USA – selbst die Anhänger der CDU/CSU und der FDP. Dieses Wahrnehmungsmuster ist fast ausnahmslos auch für alle soziodemografischen Teilgruppen zu beobachten, d.h. alle untersuchten Bevölkerungsgruppen sind eher bereit, Russland mehr Verständnis entgegenzubringen als den USA und fast alle sehen in der russischen Außen- und Sicherheitspolitik im Vergleich zur US-amerikanischen die geringere Bedrohung für Deutschlands Sicherheit.

## *Fazit*

Die Bevölkerungsbefragung des ZMSBw 2018 zeigt, dass sich die Bürgerinnen und Bürger der internationalen Verantwortung Deutschlands bewusst sind und dass eine klare Mehrheit das internationale Engagement Deutschlands befürwortet. Dennoch ist festzustellen, dass der öffentliche Zuspruch zu einer aktiven deutschen Außenpolitik im dritten Jahr in Folge gesunken ist. Parallel dazu ist auch die Zustimmung zum Einsatz diverser Mittel in der Außenpolitik gefallen, insbesondere zur Entwicklungshilfe, zur Aufnahme von Flüchtlingen sowie zu (möglichen) Kampfeinsätzen der Bundeswehr. Das mit Abstand populärste Mittel der deutschen Außenpolitik ist (bzw. bleibt) die Diplomatie (vgl. Steinbrecher 2017d).

Die deutsche Bevölkerung steht zudem entschieden hinter der parlamentarischen Kontrolle der Streitkräfte und befürwortet insbesondere die Zustimmungspflicht des Bundestags bei Auslandseinsätzen der Bundeswehr. Die Bürgerinnen und Bürger unterstützen also mehrheitlich die Konzeption der Bundeswehr als Parlamentsarmee. Eine mögliche Reform des Parlamentsvorbehalts oder gar dessen Abschaffung und die damit einhergehende Wandlung der Bundeswehr zu einer „Exekutivarmee“ dürfte somit zum jetzigen Zeitpunkt auf öffentlichen Widerstand stoßen.

Hinsichtlich ihrer außenpolitischen Grundhaltungen sind die Deutschen als überzeugte Multilateralisten und Antimilitaristen zu charakterisieren. Die Mehrheit der Bevölkerung glaubt nicht an die Moralität oder Effektivität militärischer Gewalt in der internationalen Politik, was sich auch in niedrigen Zustimmungswerten zum Einsatz militärischer Mittel in der Außenpolitik niederschlägt. Dafür zeigen sich die Deutschen umso überzeugter vom Wert der multilateralen Zusammenarbeit mit Verbündeten. Vor diesem Hintergrund erfahren auch die NATO, die Verteidigungszusammenarbeit im Rahmen der EU und das deutsche Engagement in diesen kollektiven Verteidigungsstrukturen hohe Zustimmungswerte.

Die Beziehungen zu den USA hingegen werden kritisch beurteilt und so entwickeln sich die Deutschen allmählich zu Anti-Atlantizisten, die die bewusste Abgrenzung zur Außen- und Sicherheitspolitik der USA fordern und die strategische Autonomie Deutschlands und der EU gestärkt sehen wollen. Im Vergleich zum Vorjahr ist eine deutliche Verschlechterung der öffentlichen Meinung über die transatlantischen Beziehungen festzustellen. Insbesondere die Wahrnehmung der USA als zuverlässiger Partner Deutschlands, die Beurteilung der NATO-Bündnistreue der USA und auch der Wunsch nach der Einbindung der USA in die europäische Verteidigung fallen deutlich negativer aus bzw. haben deutlich abgenommen.

Die öffentliche Meinung gegenüber Russland hat sich dagegen in vielen Aspekten verbessert. In einigen Punkten werden die Beziehungen zu Russland sogar positiver bewertet

als das Verhältnis zu den USA. Ungeachtet dieser Entwicklung ist (bzw. bleibt) die öffentliche Meinung über die Beziehungen zu Russland wie in den Vorjahren sehr gespalten (vgl. Steinbrecher 2017d).

Vor dem Hintergrund der rapiden Entwicklung der europäischen Verteidigungszusammenarbeit seit 2017 wurde dieser in der Bevölkerungsbefragung 2018 besondere Aufmerksamkeit geschenkt. Die Mehrheit der Deutschen befürwortet die Vertiefung der EU-Verteidigungszusammenarbeit. Positive und wichtige Einflussfaktoren für die Einstellung zur europäischen Verteidigungskooperation sind die persönliche Identifikation mit der EU sowie eine militaristische und multilateralistische Grundhaltung zur deutschen Außenpolitik. Diese drei Variablen erklären zusammen ungefähr ein Viertel der Varianz in der Einstellung zur europäischen Verteidigungszusammenarbeit.

Obwohl die Deutschen mehrheitlich den Ausbau bzw. die Vertiefung der europäischen Verteidigungszusammenarbeit befürworten, ist eine ebenso deutliche Mehrheit der Überzeugung, dass die NATO auch zukünftig das wichtigste Verteidigungsbündnis der westlichen Staaten bleiben wird und dass Deutschland auch weiterhin der NATO angehören muss, um seine Sicherheit zu gewährleisten. In diesem Zusammenhang ist die Erkenntnis wichtig, dass eine positive Einstellung zum deutschen Engagement in der EU-Verteidigungszusammenarbeit mit einer positiven Einstellung zum deutschen Engagement in der NATO einhergeht, d.h. aus Sicht der deutschen Bevölkerung sind das deutsche verteidigungspolitische Engagement in der EU und in der NATO komplementär.

Die differenzierte Betrachtung von Meinungsunterschieden in der deutschen Bevölkerung hat eines sehr deutlich gemacht: eine aktive, pro-europäische und multilaterale Außen- und Verteidigungspolitik stößt bei den Anhängern der AfD auf die geringste Zustimmung. Die Mehrheit der Deutschen – gleich welcher politischen Orientierung – akzeptiert jedoch Deutschlands internationale Verantwortung und unterstützt daher eine aktive Außen- und Sicherheitspolitik, die vor allem auf die Mittel der Diplomatie zurückgreift und mit internationalen Partnern abgestimmt ist. Und so sehr das Vertrauen in den (militärischen) Verbündeten USA in letzter Zeit auch leidet, so sehr unterstützen die Bürgerinnen und Bürger Deutschlands Engagement und Einbindung in die multilateralen Verteidigungsstrukturen der NATO und der EU.

## 6 Haltungen der Bürgerinnen und Bürger zur Bundeswehr

*Heiko Biehl*

---

Die vom Deutschen Bundestag herausgegebene Zeitschrift „Das Parlament“ widmete im August 2018 ein ganzes Themenheft den deutschen Streitkräften. Neben Fragen der Sicherheitspolitik, der militärischen Tradition, der Rückkehr der Bündnisverteidigung und – passenderweise – der Parlamentsarmee befasste sich ein Beitrag mit dem Verhältnis der Gesellschaft zur Bundeswehr. Bereits der Titel behauptet, dass dieses „sich nach wie vor schwierig“ (Brüßler 2018: 10) gestalte. Zugleich wurde den Bürgerinnen und Bürgern ein begrenztes sicherheitspolitisches Interesse und Verständnis attestiert. Das Ende der Wehrpflicht werde die ohnehin seltenen Berührungspunkte zwischen Bevölkerung und Streitkräften weiter reduzieren. Insbesondere fehle es an Unterstützung für die Einsätze der Bundeswehr im Ausland. Der Artikel gesteht immerhin ein, dass die „deutsche Bevölkerung ihrer Armee keine negative Bedeutung“ (Brüßler 2018: 10) beimesse, sondern – dies zeigten Erhebungen des Meinungsforschungsinstituts Infratest dimap – ihr ein mittleres Vertrauen entgegenbringe.

Die im Artikel vorgebrachten Einschätzungen und Bewertungen knüpfen an einen langen Diskurs an, der hierzulande unter dem vom damaligen Bundespräsidenten Horst Köhler (2005) gesetzten Schlagwort „freundliches Desinteresse“ und in der internationalen Militärsoziologie unter dem Siegel „civil-military gap“ (Feaver/Kohn 2001; Holsti 1998/99; Rahbek-Clemmensen et al. 2012) geführt worden ist. Beiden Diagnosen liegt die Auffassung zugrunde, dass sich Streitkräfte und Bevölkerung seit Ende des Ost-West-Konflikts und verstärkt seit der Aussetzung der Wehrpflicht auseinanderentwickeln. Die Unterstützung und das Interesse für sicherheits- und verteidigungspolitische Anliegen seien gering. Und der gesellschaftliche Rückhalt für die Streitkräfte sei unzureichend. Um diese Einschätzungen zu stützen, wird die in vielen Untersuchungen zutage tretende positive Haltung der Bevölkerung zur Bundeswehr (u.a. Biehl 2017b; Fiebig/Pietsch 2009) gerne relativiert und als wenig substantiell qualifiziert (Köhler 2005; Reichelt/Meyer 2010: 210). Dabei liegen ausreichende empirische Hinweise vor, die dieser pessimistischen Sichtweise entgegenstehen. Auch die hier berichteten Ergebnisse der ZMSBw-Bevölkerungsbefragung 2018 und früherer Umfragen des ZMSBw sprechen für eine anders akzentuierte Bewertung.

Im Folgenden wird betrachtet, wie die Bürgerinnen und Bürger zur Bundeswehr stehen, inwieweit sie ihr vertrauen und wie sie sich zu ihr verhalten. Dazu werden nicht nur dif-



ferenzierte Einstellungen zur Bundeswehr verglichen, sondern auch Handlungen, die Unterstützung oder Ablehnung der Streitkräfte zum Ausdruck bringen. In den Analysen werden zudem die dahinterstehenden Einflüsse und Ursachen in den Blick genommen. Zentral ist dabei zum einen, inwiefern der Vorwurf zutrifft, dass die verbreitete positive Haltung zu den Streitkräften wenig substanziell und ohne Konsequenz sei, da sie nicht in manifeste Verhaltensweisen münde. Zum anderen wird betrachtet, welchen Einfluss persönliche Erfahrungen in und mit den Streitkräften auf Haltungen und Handlungen mit Bezug zur Bundeswehr haben. Damit wird geprüft, ob der Wehrpflicht die ihr oftmals zugeschriebene Relevanz zukommt und ob durch deren Ende von einer Entfremdung zwischen Gesellschaft und Streitkräften auszugehen ist. Zunächst ist jedoch zu klären, worin der Stellenwert der öffentlichen Meinung für die Streitkräfte gründet.

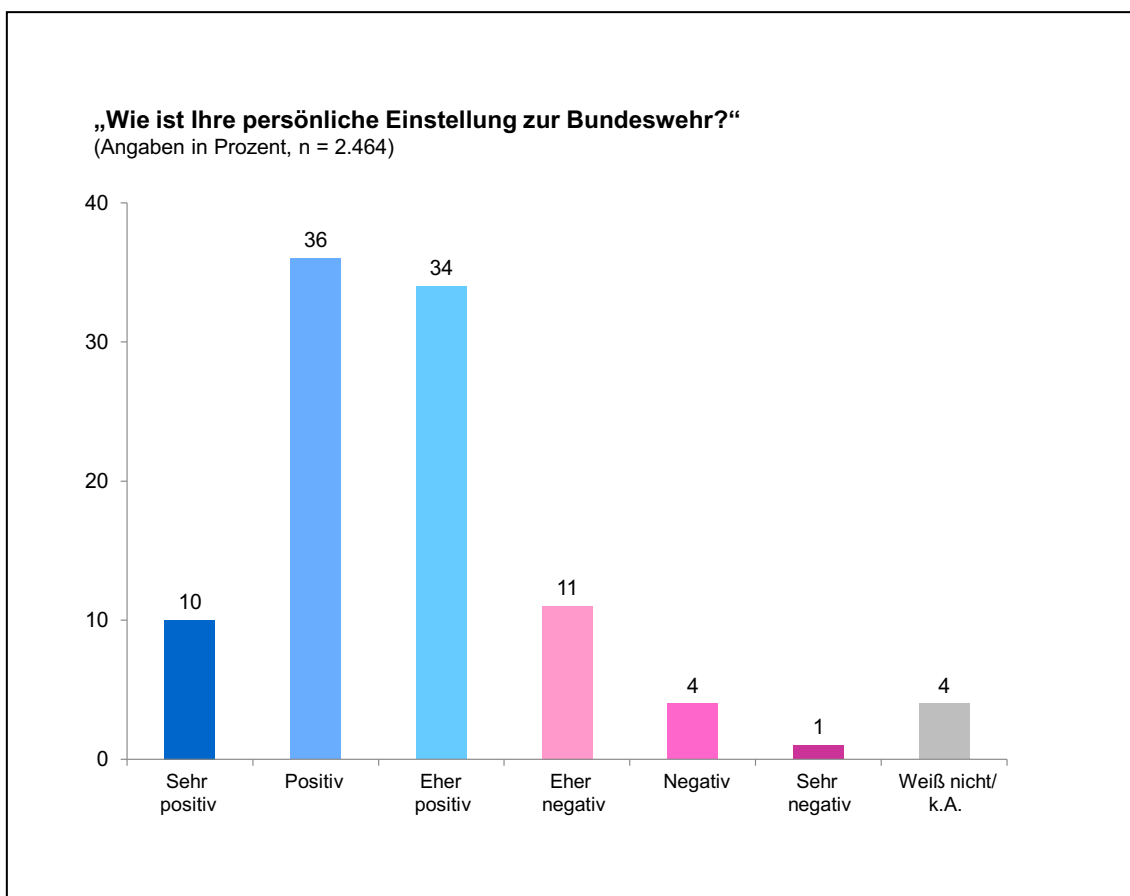
### *Grundlegende Einstellungen zur Bundeswehr*

Die Debatte um die Haltungen der Bürgerinnen und Bürger gewinnt ihre Brisanz aus der Tatsache, dass der gesellschaftliche Rückhalt für die Bundeswehr, wie für andere öffentliche Einrichtungen, in mehrfacher Weise relevant ist: So beziehen die Streitkräfte einen wesentlichen Teil ihrer Legitimation aus der gesellschaftlichen Akzeptanz und Unterstützung. Als Armee in der Demokratie ist es Anliegen der Bundeswehr, die Bevölkerung hinter sich zu wissen. Für die Soldatinnen und Soldaten ist die gesellschaftliche Wertschätzung ein zentraler Quell ihrer dienstlichen Motivation. Wie sozialwissenschaftliche Studien für den Dienstalltag, für Übungen und für Einsätze nachweisen (Biehl/Keller 2016), hängt die soldatische Motivation entscheidend vom durch die Soldaten wahrgenommenen öffentlichen Zuspruch ab. Zugleich erleichtert ein hohes soziales Renommee die militärische Personalrekrutierung und Personalbindung. Aus Untersuchungen ist bekannt, dass das Ansehen eines Arbeitgebers Einfluss auf dessen personalwerbliche Attraktivität nimmt (Richter 2016; vgl. auch Abschnitt 8 im vorliegenden Bericht). Nicht zuletzt erhebt die Innere Führung den Anspruch, dass die Bundeswehr fest in die deutsche Gesellschaft integriert sein und den Zuspruch der Bürgerinnen und Bürger erfahren soll. Die Zentrale Dienstvorschrift zur Inneren Führung (A 2600/1, Ziffer 401) setzt das Ziel, „[...] die Einbindung der Bundeswehr in Staat und Gesellschaft zu erhalten und zu fördern, Verständnis für den Auftrag der Bundeswehr im Rahmen der deutschen Sicherheits- und Verteidigungspolitik bei den Bürgerinnen und Bürgern zu gewinnen sowie die Soldatinnen und Soldaten aktiv in die durch ständigen Wandel geprägten Streitkräfte einzu beziehen [...]“ (Bundesministerium der Verteidigung 2008). Wie die Bevölkerungsbefragungen des ZMSBw zeigen, ist der Zuspruch zu den Streitkräften ungebrochen hoch.

Mit einer Reihe verschiedener Indikatoren werden im Folgenden die Haltungen der Bürgerinnen und Bürger zu den Streitkräften erfasst. Dabei zeigen alle Befunde in die gleiche Richtung: Die Bundeswehr genießt nach wie vor ein hohes gesellschaftliches Renommee.

Gefragt nach ihrer persönlichen Einstellung äußern sich die Bürgerinnen und Bürger mehrheitlich positiv (vgl. Abbildung 6.1). Vier Fünftel der Befragten weisen eine positive, 16 Prozent eine negative Einstellung auf. Vier Prozent wollen sich nicht festlegen.

**Abbildung 6.1: Persönliche Einstellung zur Bundeswehr**



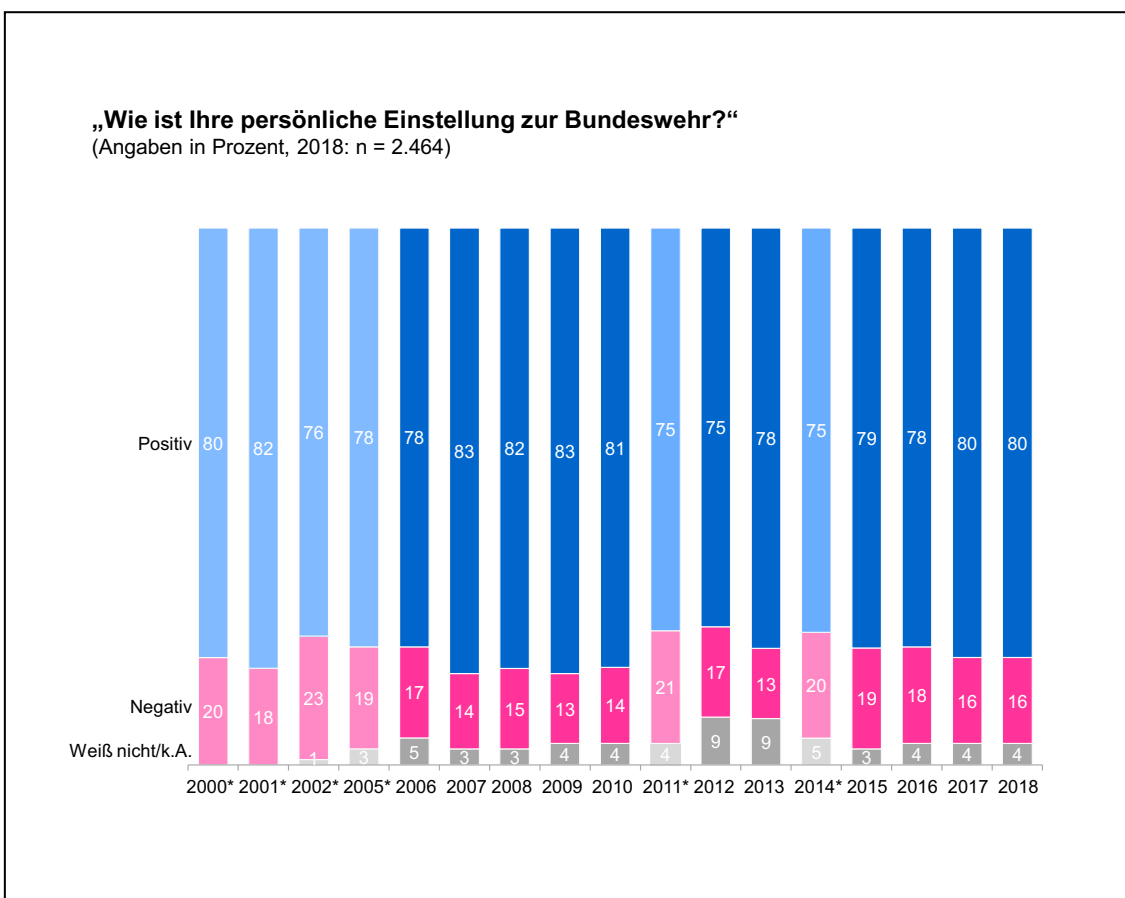
Anmerkung: Nicht alle Prozentangaben ergeben in der Summe 100 Prozent, da die Einzelwerte gerundet wurden.

Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des ZMSBw 2018.

Damit setzt sich der Trend der vergangenen Jahre fort. Seit anderthalb Jahrzehnten bekennt eine deutliche Mehrheit der Befragten ihre wohlwollende Haltung zu den deutschen Streitkräften (vgl. Abbildung 6.2).

Wie in den Vorjahren überwiegt der Bevölkerungsanteil mit positiver Einstellung zur Bundeswehr deutlich. Im Vergleich zu 2017 ist keinerlei Veränderung der Einstellung zur Bundeswehr festzustellen. Über den gesamten Betrachtungszeitraum seit dem Jahr 2000 waren stets mindestens drei Viertel der Befragten positiv gegenüber der Bundeswehr eingestellt und zwischen 13 und 23 Prozent negativ.

**Abbildung 6.2: Persönliche Einstellung zur Bundeswehr im Zeitvergleich**



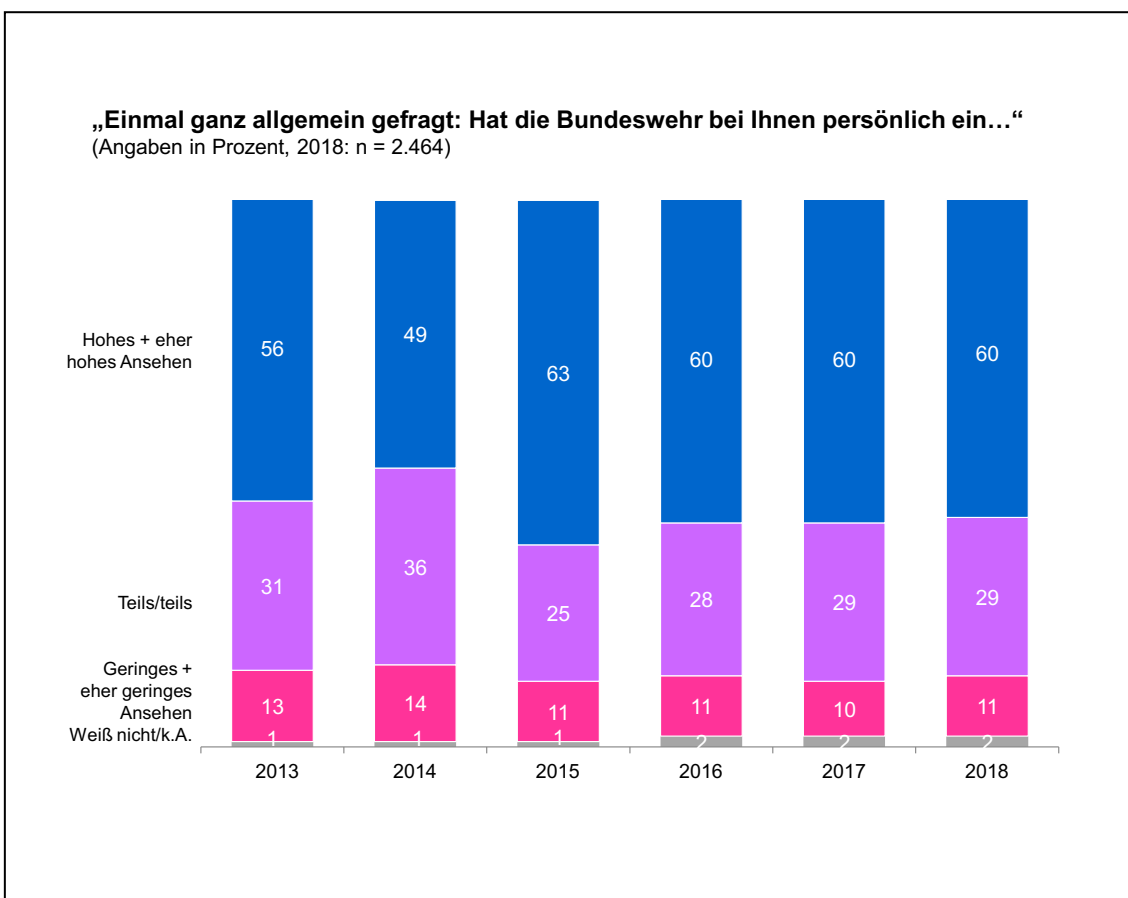
Anmerkungen: Nicht alle Prozentangaben ergeben in der Summe 100 Prozent, da die Einzelwerte gerundet wurden.  
\*: Nur eingeschränkt vergleichbare Daten erhoben (unterschiedliche Bewertungsskala/Erhebungsmethode).

Datenbasis: Bevölkerungsbefragungen des ZMSBw 2000–2002, 2005–2018.

Der allgemein positive Eindruck bestätigt sich, wenn nach dem Prestige der Streitkräfte gefragt wird: Die Bundeswehr genießt in der Bevölkerung ein hohes Ansehen (vgl. Abbildung 6.3). 60 Prozent der Befragten äußern sich entsprechend. Bei etwas mehr als jedem zehnten Befragten hat die Bundeswehr ein (eher) geringes Prestige. Fast 30 Prozent wählen die Mittelkategorie. Im Vergleich zu 2017 zeigen sich wiederum keine substantiellen Veränderungen. Ein Ansehensverlust der Bundeswehr ist nicht festzustellen, ihr gesellschaftliches Renommee ist stabil.<sup>31</sup>

<sup>31</sup> Vergleicht man die Werte zum persönlichen Ansehen mit den zuvor berichteten Einstellungen zur Bundeswehr, dann sind die unterschiedlichen Antwortskalen zu beachten. Während die Einstellung (ebenso wie das nachfolgend betrachtete Vertrauen) mit einer 6er-Skala erhoben wird, findet beim persönlichen Ansehen eine 5er-Skala Anwendung. Skalen mit einer geraden Zahl an Antwortmöglichkeiten zwingen die Befragten zur Entscheidung zwischen tendenziell positiven und tendenziell negativen Urteilen. Bei Skalen mit einer ungeraden Zahl an Optionen bietet sich für unentschlossene und ambivalente Befragte die Mittelkategorie an, die beim persönlichen Ansehen von einem knappen Drittel gewählt wird. Im Vergleich dazu generieren Skalen mit einer geraden Zahl an Antworten auf deskriptiver Ebene stets

**Abbildung 6.3: Persönliches Ansehen der Bundeswehr im Zeitvergleich**



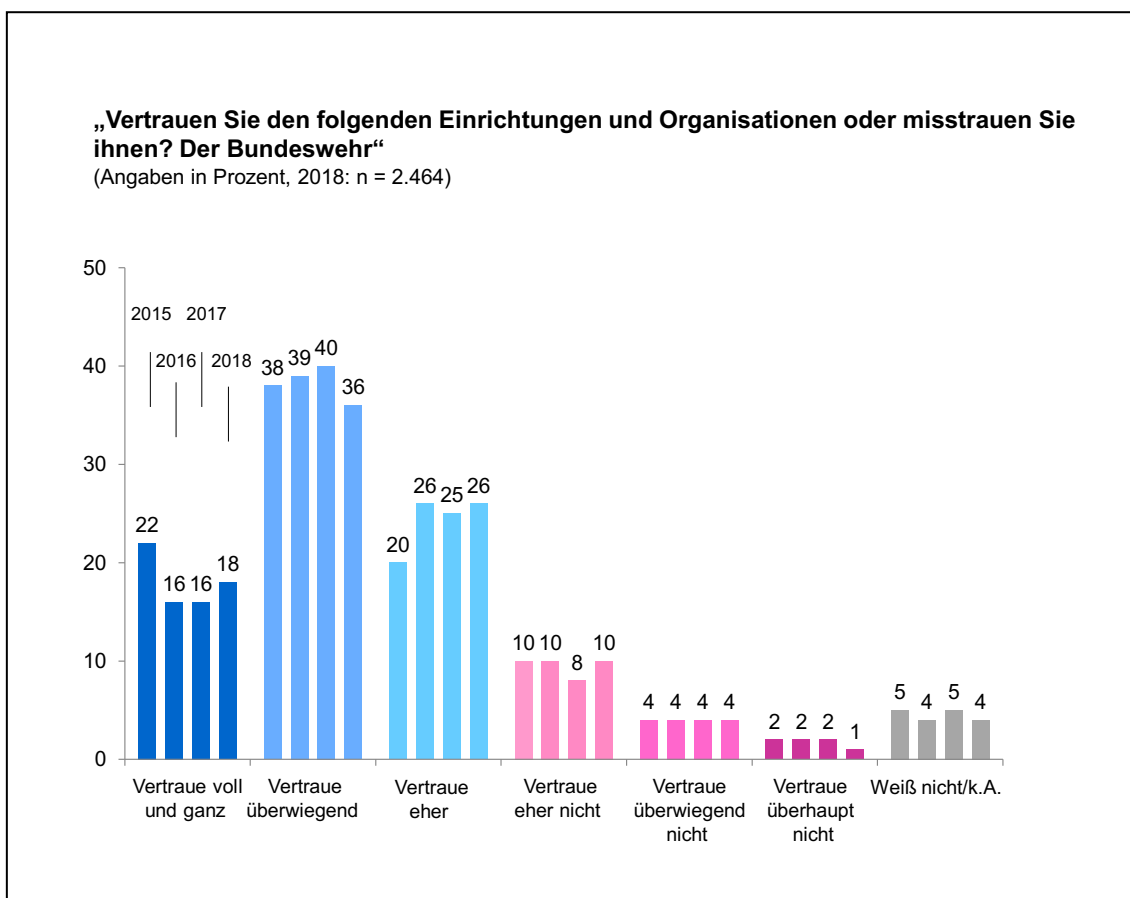
Anmerkungen: Nicht alle Prozentangaben ergeben in der Summe 100 Prozent, da die Einzelwerte gerundet wurden. 2013 wurden nur eingeschränkt vergleichbare Daten erhoben. Die Fragestellung lautete: „Welches Ansehen genießt die Bundeswehr bei Ihnen persönlich?“

Datenbasis: Bevölkerungsbefragungen des ZMSBw 2013–2018.

Dieses Urteil zum Renommee findet Bestätigung, wenn das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die Bundeswehr in den Blick genommen wird. Die Mehrheit der Deutschen vertraut der Bundeswehr (vgl. Abbildung 6.4). 80 Prozent äußern sich entsprechend. Misstrauen hegen nur 15 Prozent. 4 Prozent der Befragten legen sich nicht fest. Im Vergleich zum Vorjahr ist wiederum die Konstanz der Befunde bemerkenswert. Wesentliche Verschiebungen sind nicht zu verzeichnen. Vielmehr bietet sich ein Bild ungebrochenen Vertrauens in die Streitkräfte.

*höhere* Zustimmungswerte für die Bundeswehr. Wie weiterführende Analysen mit multivariaten Verfahren und vereinheitlichter Skalenlänge belegen, bestehen jedoch in der Substanz nur marginale Unterschiede zwischen den verwendeten Skalen. Dies kann angesichts der methodischen Variationen als zusätzlicher Beleg für die Robustheit des hohen gesellschaftlichen Ansehens der Streitkräfte gelten. Für weiterführende Analysen zu diesem Thema siehe Höfig (2015, v.a. 340 f.).

**Abbildung 6.4: Vertrauen in die Bundeswehr im Zeitvergleich**



Anmerkung: Nicht alle Prozentangaben ergeben in der Summe 100 Prozent, da die Einzelwerte gerundet wurden.

Datenbasis: Bevölkerungsbefragungen des ZMSBw 2015–2018.

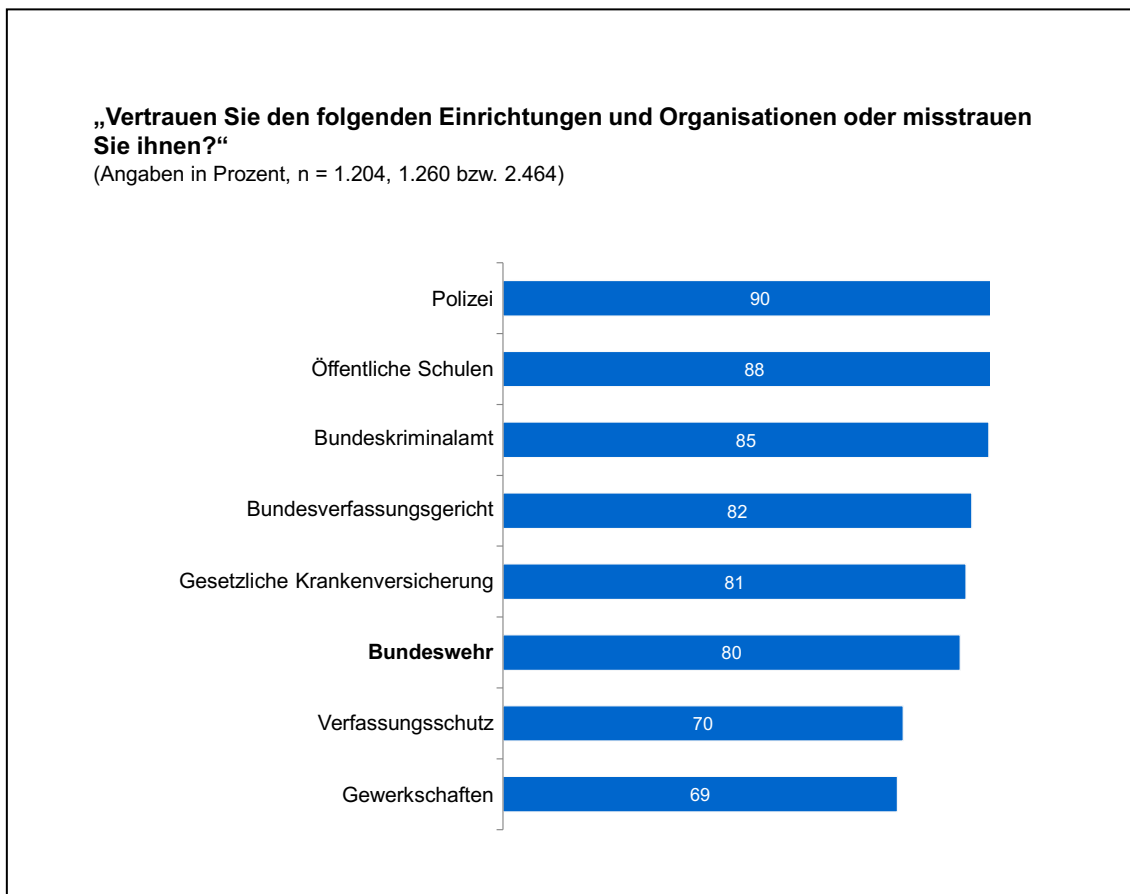
Der hohe und stabile Zuspruch an Vertrauen gewinnt nochmals an Wert, wenn man ihn in Bezug zu anderen Institutionen setzt. Einschränkend ist zunächst anzumerken, dass die Vertrauensbekundungen der dies- und letztjährigen Bevölkerungsbefragungen des ZMSBw für die meisten Institutionen oberhalb des Niveaus liegen, das andere Erhebungen ausweisen (z.B. Infratest dimap 2017; Petersen 2018).<sup>32</sup>

Von dieser Einschränkung unbenommen ist die Abstufung des Vertrauenszuspruchs zu den betrachteten Organisationen: Seit Jahren nimmt die Bundeswehr – wie andere Untersuchungen bestätigen – einen Spitzenplatz im Vertrauensranking der öffentlichen Einrichtungen ein (z.B. Die Welt 2013; Infratest dimap 2016). Die Bundeswehr ist eine der

<sup>32</sup> Mit dem vorhandenen Datenmaterial ist nicht abschließend zu klären, worauf dieses generell hohe Vertrauen zurückzuführen ist. Es ist aber plausibel anzunehmen, dass die verwendete 6-stufige Skala ohne Mittelpunkt (neutrale Antwort) zu systematisch höheren Vertrauenswerten führt. Siehe auch Fußnote 31.

Institutionen, die das stärkste Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger erfahren (vgl. Abbildung 6.5). Die Polizei, die öffentlichen Schulen und das Bundeskriminalamt genießen merklich mehr, das Bundesverfassungsgericht und die gesetzliche Krankenversicherung ein vergleichbares Vertrauen. Dies bestätigt das aus den vergangenen Jahren bekannte Muster (Biehl 2017a). Damit schenkt die Bevölkerung der Bundeswehr ein größeres Vertrauen als vielen anderen Institutionen aus verschiedenen Sektoren (vgl. Abbildung 6.6).

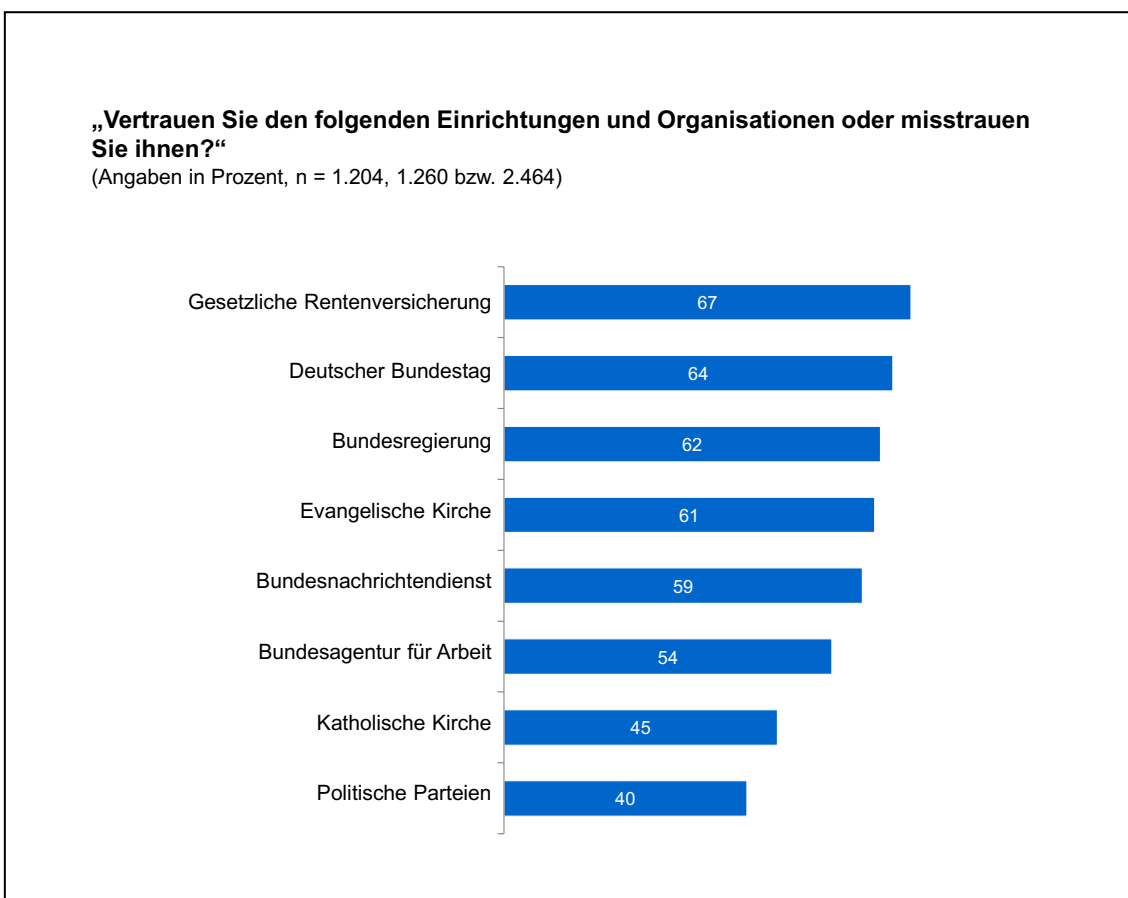
**Abbildung 6.5: Vertrauen in Institutionen in Deutschland, Teil 1**



Anmerkung: Die Fragen dieser Fragebatterie wurden mit Ausnahme des Vertrauens in die Bundeswehr nur einem Teil der Befragten gestellt (Split-Half).

Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des ZMSBw 2018.

**Abbildung 6.6: Vertrauen in Institutionen in Deutschland, Teil 2**



Anmerkung: Die Fragen dieser Fragebatterie wurden mit Ausnahme des Vertrauens in die Bundeswehr nur einem Teil der Befragten gestellt (Split-Half).

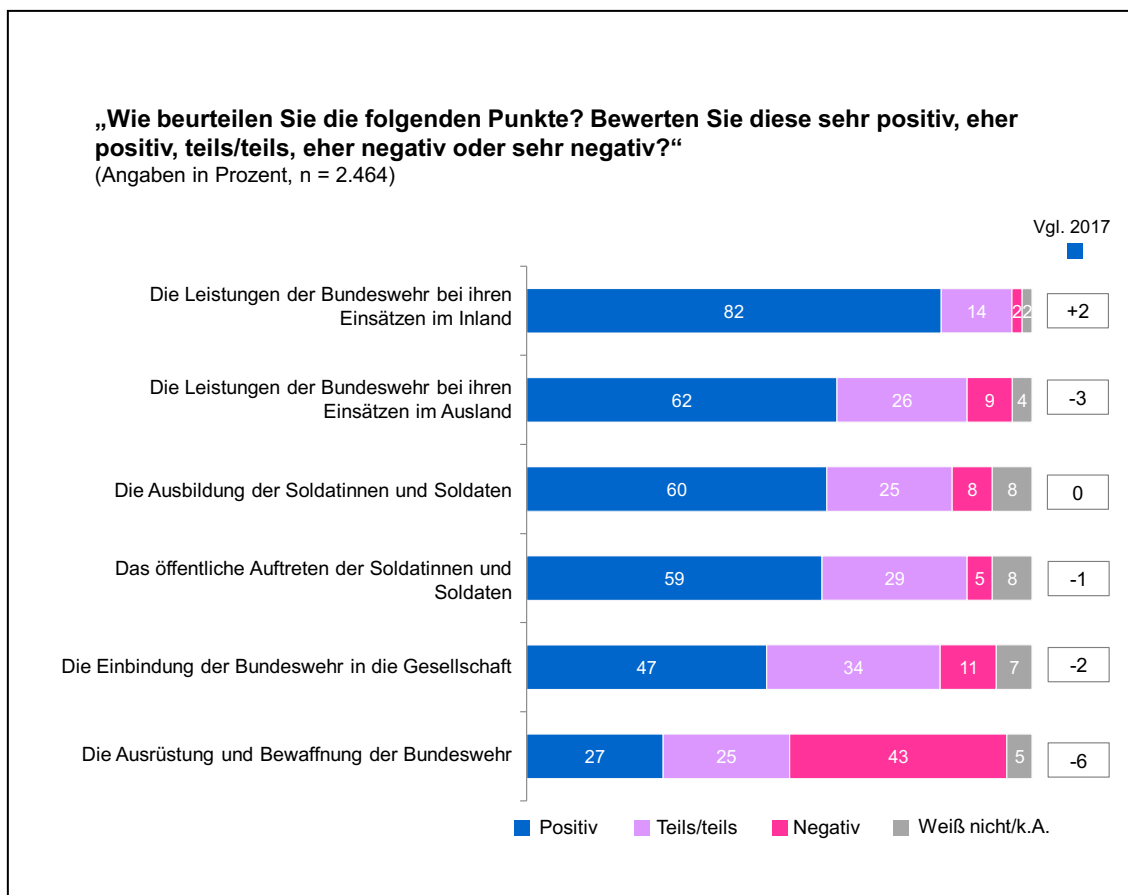
Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des ZMSBw 2018.

### *Spezifische Einstellungen zur Bundeswehr*

Das festgestellte hohe Vertrauen korrespondiert mit einer Wahrnehmung, die der Bundeswehr in weiten Bereichen ungebrochen gute Leistungen attestiert. Die Bürgerinnen und Bürger bringen verschiedenen Aspekten der Bundeswehr ihre Wertschätzung entgegen (vgl. Abbildung 6.7).

Mit 82 Prozent werden die Leistungen der Bundeswehr im Inland am positivsten angesehen. Dahinter folgen die Leistungen in den Auslandseinsätzen, die Ausbildung der Soldatinnen und Soldaten und deren öffentliches Auftreten: Jeweils rund 60 Prozent der Befragten bewerten diese Aspekte positiv und ein (gutes) Viertel ist geteilter Meinung. Etwas weniger als jeder Zehnte schätzt die Leistungen im Ausland und die Ausbildung negativ ein. Beim öffentlichen Auftreten gilt dies nur für fünf Prozent der Befragten.

**Abbildung 6.7: Beurteilungen von verschiedenen Leistungen und Aspekten der Bundeswehr**



Anmerkungen: Nicht alle Prozentangaben ergeben in der Summe 100 Prozent, da die Einzelwerte gerundet wurden. Positiv: Anteile „Sehr positiv“ und „Eher positiv“ zusammengefasst; Negativ: Anteile „Sehr negativ“ und „Eher negativ“ zusammengefasst. Vgl. 2017: Differenz Zustimmung 2018 zu 2017.

Datenbasis: Bevölkerungsbefragungen des ZMSBw 2017 und 2018.

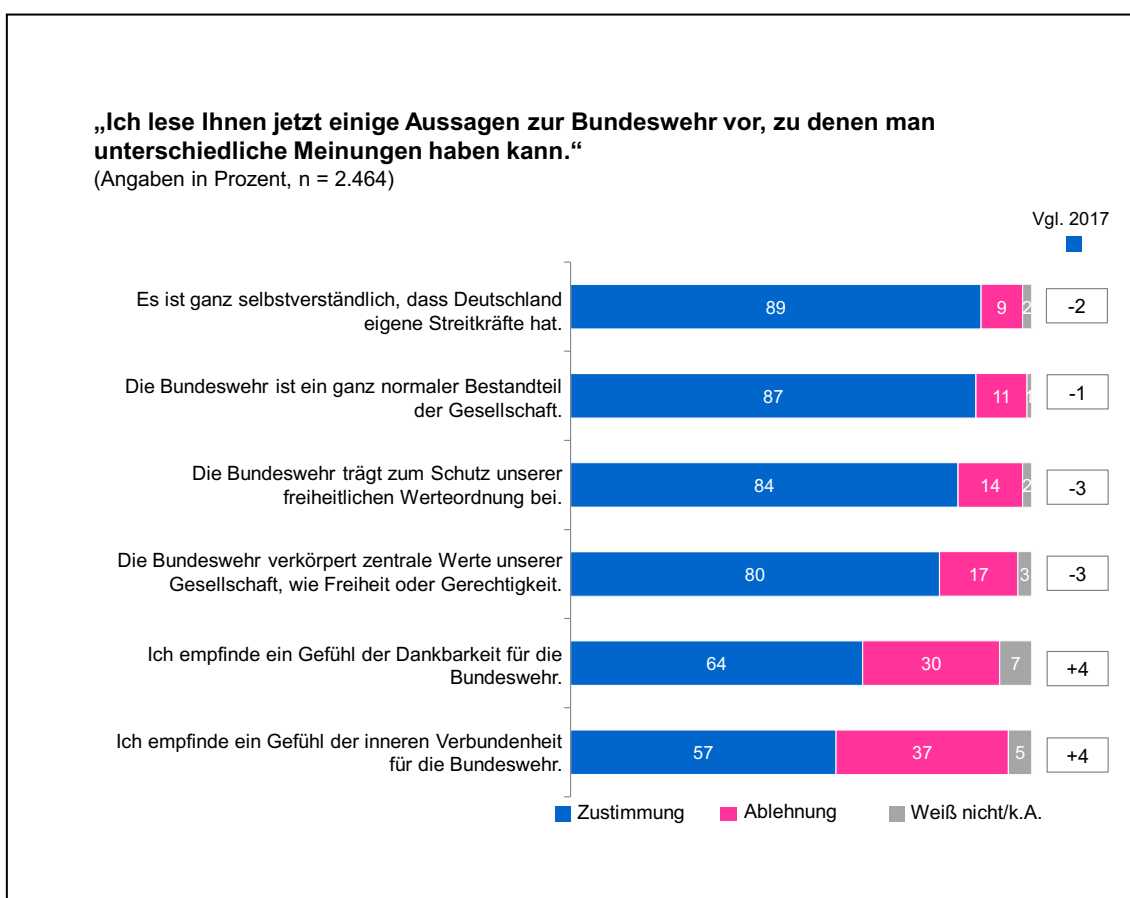
Kritischer fällt das Urteil zur Einbindung der Bundeswehr in die Gesellschaft mit unter 50 Prozent Zustimmung aus – wobei offenbleibt, ob dies als Versäumnis der Streitkräfte oder als gesellschaftliches Manko verstanden wird. Mit Abstand am negativsten bewerten die Bürgerinnen und Bürger Ausrüstung und Bewaffnung der Bundeswehr. Nur ein gutes Viertel sieht diese positiv. Dem steht ein Viertel der Befragten entgegen, die eine neutrale Haltung einnehmen, während 43 Prozent die Ausrüstung negativ bewerten. Bei diesem Aspekt ist im Vergleich zu 2017 die einzige wesentliche Veränderung zu verzeichnen: Der Anteil derjenigen, die die Materialausstattung positiv einschätzen, ist um 6 Prozentpunkte gesunken. Die Mängel im Ausrüstungsstand der Streitkräfte sind in der gesellschaftlichen Wahrnehmung weiterhin präsent, auch wegen der Medienberichterstattung über dieses Thema (vgl. Abschnitt 7).

Für die allermeisten Bürgerinnen und Bürger ist es selbstverständlich, dass die Bundesrepublik Streitkräfte hat (89 Prozent Zustimmung; vgl. Abbildung 6.8) und dass diese ein



normaler Bestandteil der Gesellschaft sind (87 Prozent). Zurückzuführen ist dies auf den Eindruck, dass die Bundeswehr zum Schutz des Gemeinwesens beiträgt (84 Prozent) und dabei zentrale Werte des Staates repräsentiert (80 Prozent). Hinsichtlich dieser Aspekte zeigt sich eine bemerkenswerte Kontinuität im Vergleich zum Vorjahr. Die affektive Verbundenheit zu den Streitkräften ist sogar leicht angestiegen: 64 Prozent der Befragten empfinden ein Gefühl der Dankbarkeit ihr gegenüber, 57 Prozent bekunden ein Gefühl der inneren Verbundenheit. Mithin bestätigt sich in der inhaltlich differenzierten Betrachtung die bemerkenswerte Stabilität des gesellschaftlichen Zuspruchs für die Streitkräfte.

**Abbildung 6.8: Aussagen zum Verhältnis von Bundeswehr und Gesellschaft**



Anmerkungen: Nicht alle Prozentangaben ergeben in der Summe 100 Prozent, da die Einzelwerte gerundet wurden. Zustimmung: Anteile „Stimme völlig zu“ und „Stimme eher zu“ zusammengefasst; Ablehnung: Anteile „Lehne völlig ab“ und „Lehne eher ab“ zusammengefasst. Vgl. 2017: Differenz Zustimmung 2018 zu 2017.

Datenbasis: Bevölkerungsbefragungen des ZMSBw 2017 und 2018.

### *Erklärung der Einstellung und der Haltung zur Bundeswehr*

Während verschiedene Untersuchungen – entgegen einer verbreiteten Skepsis innerhalb der Streitkräfte und in Teilen der Wissenschaft und Öffentlichkeit – wiederholt die positive Einstellung der Bürgerinnen und Bürger nachgewiesen haben (z.B. Biehl 2017a; Reichelt/Meyer 2010: 210; von Bredow 2015: 262f.), ist weniger bekannt, worauf diese beruht. Im Folgenden werden daher die Erklärungsfaktoren und Motive einer wohlwollenden wie einer ablehnenden Haltung zu den Streitkräften beleuchtet. In einem ersten Schritt wird geprüft, inwiefern die soziale Position und die politische Orientierung der Befragten Einfluss auf ihre Bewertung der Bundeswehr (gemessen mithilfe der Einstellung, vgl. Abbildungen 6.1 und 6.2) nimmt. Dazu wird die Einstellung zu den Streitkräften über verschiedene Bevölkerungsgruppen hinweg verglichen (vgl. Tabelle 6.1). Die Verteilung des Ansehens und Vertrauens in die Bundeswehr folgt den gleichen Mustern und wird daher nicht dargestellt.

Die Einstellung zu den Streitkräften ist zum Teil abhängig von der sozialen Position der Befragten. So sind Männer der Bundeswehr gegenüber etwas positiver eingestellt als Frauen. Unterschiede zeigen sich ebenso zwischen den Altersgruppen. Ältere Befragte stehen den Streitkräften wohlgesonnener gegenüber als Jüngere. Von den über 70-Jährigen weisen nur 12 Prozent eine negative Haltung auf, bei den unter 30-Jährigen immerhin 18 Prozent. Allerdings überwiegen über alle Alterskohorten hinweg die Anteile derjenigen mit positiver Einstellung. Bildungs- und Einkommensniveau der Befragten üben keinen statistisch signifikanten Einfluss auf die betrachtete Haltung aus.

Merkliche Abweichungen gibt es zwischen den Anhängerschaften der politischen Parteien. Während die Befürworter der Unionsparteien, der SPD und der FDP den Streitkräften durchweg wohlgesonnen sind, zeigen sich größere Vorbehalte bei den Anhängern der AfD, der Grünen und der Linken. Aber selbst bei diesen Parteien haben mindestens zwei Drittel der Anhänger eine positive Einstellung zur Bundeswehr. Die Nichtwähler bzw. Personen ohne Parteipräferenz weisen ebenfalls ein überwiegend positives Meinungsbild zu den Streitkräften auf.

Daneben bestehen geringfügige regionale Unterschiede: In West- und Süddeutschland findet sich ein freundlicheres Meinungsklima für die Bundeswehr als in Nord- und Ostdeutschland. Keine Differenzen bestehen zwischen Befragten mit und ohne Migrationshintergrund. In der Gesamtschau bleibt festzuhalten, dass zwar einige Differenzen hinsichtlich der sozialstrukturellen Merkmale bestehen, die Bundeswehr jedoch bei allen betrachteten Gruppen auf mehrheitlich positive Einstellungen trifft. Damit bestätigt sich quer durch die betrachteten gesellschaftlichen Bereiche das hohe Ansehen, das die deutschen Streitkräfte gegenwärtig genießen.

**Tabelle 6.1: Einstellung zur Bundeswehr in soziodemografischen Gruppen**

„Wie ist Ihre persönliche Einstellung zur Bundeswehr?“ (Angaben in Prozent)			
	Positiv <sup>1</sup>	Negativ <sup>2</sup>	Weiß nicht/k.A.
<b>Insgesamt</b>	80	16	4
<b>Geschlecht *</b>			
Männer	83	15	(3)
Frauen	78	17	5
<b>Alter ***</b>			
16 bis 29 Jahre	76	18	(6)
30 bis 49 Jahre	80	15	(5)
50 bis 69 Jahre	81	17	(2)
70 Jahre und älter	85	12	(3)
<b>Bildungsniveau <sup>n.s.</sup></b>			
Hochschul- bzw. Fachhochschulreife	79	18	(3)
Realschulabschluss	80	17	(4)
Hauptschulabschluss	82	15	(4)
<b>Haushaltsnettoeinkommen pro Monat <sup>n.s.</sup></b>			
4.001 Euro und mehr	81	17	(2)
2.001 bis 4.000 Euro	82	15	(3)
Bis 2.000 Euro	78	17	(5)
<b>Wahlabsicht Bundestagswahl ***</b>			
CDU/CSU	90	8	(2)
SPD	86	12	(2)
AfD	74	(24)	(1)
FDP	86	(12)	(2)
Die Linke	67	(32)	(1)
Bündnis 90/Die Grünen	68	27	(4)
Keine Parteipräferenz, Nichtwähler, w.n./k.A.	75	16	9
<b>Region **</b>			
Norddeutschland (SH, HH, HB, NI)	76	19	(4)
Ostdeutschland (MV, BB, BE, ST, SN, TH)	76	19	(5)
Süddeutschland (BW, BY)	81	14	(6)
Westdeutschland (NW, RP, HE, SL)	83	14	(2)
<b>Migrationshintergrund <sup>n.s.</sup></b>			
Ja	84	(11)	(6)
Nein	80	16	4

Anmerkungen: 1) Anteile „Sehr positiv“, „Positiv“ und „Eher positiv“ wurden zusammengefasst; 2) Anteile „Sehr negativ“, „Negativ“ und „Eher negativ“ wurden zusammengefasst. Einzelne Prozentangaben ergeben mitunter in der Summe nicht 100 Prozent, da sie gerundet wurden. Chi<sup>2</sup>-Unabhängigkeits-Test, Signifikanzniveau: \*\*\* p < .001; \*\* p < .01; \* p < .05; n.s. = nicht signifikant (p ≥ .05); Werte in Klammern: n ≤ 50.

Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des ZMSBw 2018.

Im Folgenden werden die weiter oben behandelten allgemeinen Indikatoren zur Bundeswehr genauer betrachtet und mit Hilfe multivariater Analysen Größen herausgearbeitet, die deren individuelle Ausprägung erklären können. Für die Einstellung, das Ansehen und das Vertrauen ergibt sich – wie dargestellt – der gleiche Befund: Die Bevölkerung schätzt die Bundeswehr und begegnet ihr wohlwollend. Wie statistische Analysen zeigen, hängen die drei Indikatoren nicht nur konzeptionell, sondern auch empirisch eng zusammen. Die entsprechenden Korrelationen (Pearsons  $r$ ) bewegen sich zwischen 0,70 und 0,73 (alle sind statistisch signifikant auf dem 0,001-Prozent-Niveau; nicht tabellarisch dargestellt). Eine Faktorenanalyse mit den Variablen Einstellung, Ansehen und Vertrauen in die Bundeswehr ergibt eine einfaktorielle Lösung<sup>33</sup> und eine entsprechend konstruierte Skala weist mit einem Cronbachs alpha von 0,88 eine sehr hohe Reliabilität auf. Mithin messen die drei Indikatoren nicht verschiedenartige Konstrukte, sondern gleichermaßen die *grundlegende Haltung* zur Bundeswehr – im Folgenden wird für die zusammengefasste Variable diese Bezeichnung verwendet. In die nachstehenden multivariaten Auswertungen (vgl. Tabelle 6.2) gehen die auf der Faktorenanalyse basierenden Faktorwerte als abhängige Variablen ein. So kann auf eine detaillierte Betrachtung aller drei Indikatoren verzichtet werden.<sup>34</sup>

Es kursieren durchaus Vorstellungen und Annahmen, wer den Streitkräften wohlgesonnener ist und wer ihnen eher mit Distanz begegnet. Wie die Auswertung nach sozialen Gruppen ergeben hat, üben sozialstrukturelle Merkmale einen gewissen Einfluss auf die Einstellung zur Bundeswehr aus (vgl. Tabelle 6.1). Ergänzend wirkt die parteipolitische Präferenz der Befragten. Daneben sollten Erfahrungen in und Kontakte zu den Streitkräften relevant sein. So betonten die Verteidiger der Wehrpflicht durchgehend deren soziale Integrationskraft (Pfaffenzeller 2010: 485). Stimmt diese These, dann sollten Personen, die Erfahrungen in den und mit den Streitkräften aufweisen, diesen positiver gegenüberstehen als Befragte ohne eigene Erfahrungen. Mit dem Übergang zur Freiwilligenarmee treten Begegnungen zwischen Bürgern und Soldaten und die mediale Berichterstattung an die Stelle persönlicher Erfahrungen in den Streitkräften. Daher ist zu betrachten, welche Wirkkraft diese unterschiedlichen Kontaktarten auf die Haltung zur Bundeswehr entfalten. Diese – in Teilen konkurrierenden – Annahmen lassen sich mit dem Variablensatz der Bevölkerungsbefragung 2018 empirisch überprüfen. Dazu werden multiple lineare Regressionsanalysen gerechnet, in die die Haltung zur Bundeswehr als abhängige Variable eingeht. Als Erklärungsgrößen werden zunächst soziale Merkmale (Modell I, Tabelle

---

<sup>33</sup> Ergebnisse der Faktorenanalyse: Eigenwert des Faktors = 2,4. Erklärte Varianz = 80 Prozent. Faktorladungen: Einstellung = 0,90, Ansehen = 0,90, Vertrauen = 0,89.

<sup>34</sup> Vor der Berechnung der Faktorenanalyse wurden alle eingehenden Variablen einheitlich auf einen Wertebereich zwischen 0 (negative Bewertung bzw. Ausprägung) und 1 (positive Bewertung bzw. Ausprägung) rekodiert.

6.2), politische Orientierungen (Modell II) und Erfahrungen bzw. Kontakte mit den Streitkräften (Modell III) getrennt betrachtet. Damit ist es möglich, den Effekt der jeweiligen Indikatoren zu identifizieren und deren Einfluss auf die Haltung zur Bundeswehr separat zu analysieren. Anschließend wird in einer umfassenden Analyse (Modell IV) geprüft, inwieweit sich die Effekte gegenseitig überlagern bzw. aufheben.

**Tabelle 6.2: Determinanten der Haltung zur Bundeswehr**

	Haltung zur Bundeswehr (Faktorwerte)			
	Modell I	Modell II	Modell III	Modell IV
<i>Soziodemografie</i>				
Frauen	-0,08***			-0,01 <sup>n.s.</sup>
Alter	0,03 <sup>n.s.</sup>			-0,02 <sup>n.s.</sup>
Niedrige Bildung	0,06*			0,05*
Hohe Bildung	-0,05*			-0,06*
Haushaltsnettoeinkommen (bis 2.000 Euro)	-0,01 <sup>n.s.</sup>			0,00 <sup>n.s.</sup>
Haushaltsnettoeinkommen (4.001 Euro und mehr)	0,03 <sup>n.s.</sup>			0,02 <sup>n.s.</sup>
Ostdeutschland	-0,01 <sup>n.s.</sup>			0,00 <sup>n.s.</sup>
Migrationshintergrund	0,03 <sup>n.s.</sup>			0,05*
<i>Politische Einstellungen</i>				
Wahlabsicht AfD		-0,06**		-0,07**
Wahlabsicht FDP		-0,01 <sup>n.s.</sup>		-0,00 <sup>n.s.</sup>
Wahlabsicht Die Linke		-0,14***		-0,14***
Wahlabsicht Bündnis 90/Die Grünen		-0,18***		-0,15***
Keine Parteipräferenz/Nichtwähler, w.n./k.A.		-0,12***		-0,10***
<i>Kontakte und Erfahrungen</i>				
Wahrnehmung Bundeswehr im Alltag			0,15***	0,17***
Wahrnehmung Bundeswehr in den Medien			-0,02 <sup>n.s.</sup>	-0,02 <sup>n.s.</sup>
Bin/war Soldat			0,11***	0,08**
Verwandter/Bekannter ist/war Soldat			0,09***	0,08**
Korrigiertes R <sup>2</sup>	0,01	0,05	0,06	0,10
n	2.309	2.309	2.308	2.308

Anmerkungen: Die abhängige Variable sind Faktorwerte (Regressionswerte) der Haltung zur Bundeswehr, gebildet mit den Variablen Einstellung, Ansehen und Vertrauen zur Bundeswehr (s. Text). Wertebereich der abhängigen Variable [-3,3 - negative Haltung zur Bundeswehr; 1,6 - positive Haltung zur Bundeswehr], Mittelwert [0]. Alle erklärenden Variablen mit Ausnahme von Wahrnehmung Bundeswehr im Alltag [0; 3] und Wahrnehmung Bundeswehr in den Medien [0; 4] haben einen Wertebereich von [0; 1]. Analyseverfahren: Multiple lineare Regressionen; standardisierte Regressionskoeffizienten (beta). Signifikanzniveau: \*\*\* p < .001; \*\* p < .01; \* p < .05; n.s. = nicht signifikant (p ≥ .05).

Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des ZMSBw 2018.

Die Auswertungen zeigen die überschaubare Relevanz sozialstruktureller Merkmale eines Befragten für seine Haltung zur Bundeswehr (vgl. Tabelle 6.2, Modell I). So stehen Männer und Personen mit mittlerer Bildung (im Vergleich zu Befragten mit hoher Bildung) – auch unter Kontrolle der anderen Größen – den Streitkräften wohlgesonnener gegenüber. Alter, eine niedrigere Bildung, das Einkommen, ein Wohnort in Ostdeutschland und ein Migrationshintergrund haben hingegen keinen eigenständigen Einfluss auf die Haltung zur Bundeswehr. Die Erklärungskraft der sozialstrukturellen Merkmale ist

mit einem korrigierten  $R^2$  von 0,01 verschwindend gering. Folglich bestätigt sich der bereits aus den Gruppenvergleichen gewonnene Eindruck, dass die Bundeswehr über alle sozialen Gruppierungen hinweg in etwa gleichermaßen positiv bewertet wird.

Diese Einschätzung trifft mit Blick auf die (partei-)politischen Orientierungen so nicht zu (Modell II). Vielmehr übt der Umstand, ob ein Befragter einer Regierungs-, einer Oppositions- oder gar keiner Partei zuneigt, einen merklichen Einfluss auf seine Haltung zu den Streitkräften aus. Dabei wird die zur Zeit der Erhebung geltende politische Konstellation als Maßstab angelegt: Eine Wahlabsicht für Union oder SPD als Regierungsparteien auf Bundesebene bildet die Referenzkategorie. Wie zu erwarten, sind die Anhänger der Grünen und die der Linken der Bundeswehr gegenüber kritischer eingestellt als Regierungsanhänger. Dies gilt ebenso für die Befragten mit einer Wahlabsicht für die AfD. Kein Effekt zeigt sich für die FDP-Anhängerschaft. Zugleich weisen Befragte ohne Parteiaffinität eine negativere Haltung zur Bundeswehr als Befürworter von Union und SPD auf, was als Ausdruck einer generell größeren Distanz zu staatlichen Institutionen und Einrichtungen des politischen Systems verstanden werden kann.

Das Zusammenspiel eigener Erfahrungen in den und mit den Streitkräften, alltäglicher Begegnungen und medialer Wahrnehmungen führt zu einer positiveren Haltung zur Bundeswehr (Modell III). Am wichtigsten sind persönliche Erfahrungen, die jemand als Soldat oder mit Soldaten macht bzw. gemacht hat. Einflussreich sind ebenso alltägliche Berührungspunkte. Wenn Streitkräfte im Alltag der Bürgerinnen und Bürger präsent und sie Gegenstand von Gesprächen und Diskussionen sind, erfahren sie einen höheren gesellschaftlichen Zuspruch. Umgekehrt gilt ebenso: Wenn sich Streitkräfte von der Öffentlichkeit fernhalten, dann schlägt sich dies negativ auf ihr öffentliches Image nieder. Im Unterschied zu den Vorjahren (z.B. Biehl 2017a) übt die mediale Wahrnehmung jedoch keinen Einfluss auf die Bewertung der Bundeswehr aus. Dies bedeutet, dass der Umfang der wahrgenommenen Berichterstattung in Fernsehen, Radio, Printmedien und Internet über die Streitkräfte keine Relevanz für die Haltung des Befragten zur Bundeswehr hat. Es ist folglich nicht alleine die Wehrpflicht, die Streitkräfte in die Bevölkerung einbindet. Es ist die öffentliche Präsenz der Streitkräfte, ihre Zugänglichkeit und Transparenz, die dazu führt, dass sie von den Bürgerinnen und Bürgern Unterstützung erfahren. Die in der und mit der Wehrpflicht gemachten Erfahrungen können folglich zu einem gewissen Grad durch intensive Öffentlichkeitsarbeit, persönliche Begegnungen und authentischen Austausch substituiert werden – was für die Freiwilligenarmee Bundeswehr eine erfreuliche Nachricht ist, sofern daraus Handlungskonsequenzen erwachsen.

In der Gesamtbetrachtung aller Einflussgrößen bestätigt sich überwiegend deren Relevanz (Modell IV) aus den Teilmodellen. D.h. für die Haltung zur Bundeswehr sind persönliche Kontakte bzw. Erfahrungen mit den Streitkräften wesentlich, ergänzend kom-

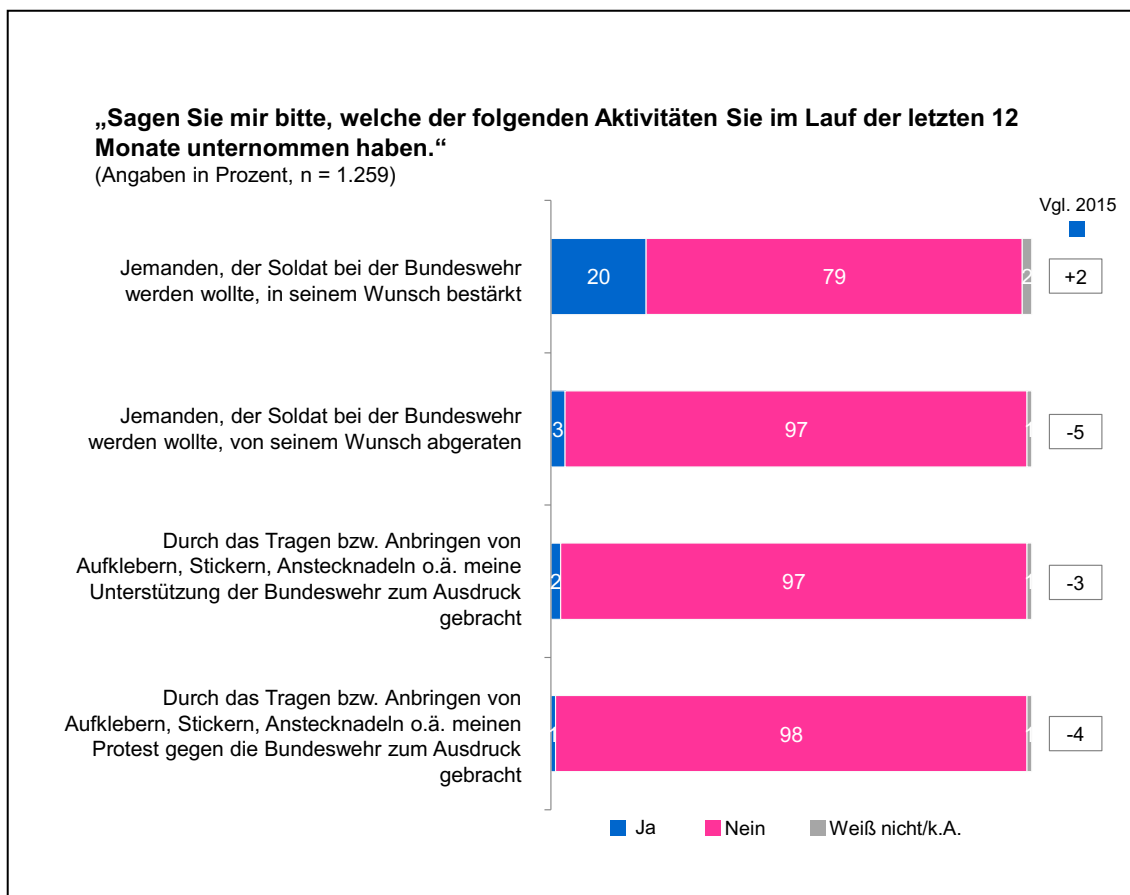
men die politischen Orientierungen hinzu. Die sozialstrukturellen Merkmale der Befragten sind nachrangig. Im Einzelnen zeigt sich, dass bei gleichzeitiger Betrachtung aller Größen weder Geschlecht noch Alter, Einkommen und ein Wohnort in Ostdeutschland einen statistisch signifikanten Einfluss auf die Haltung zur Bundeswehr nehmen. Kleinere Effekte üben ein Migrationshintergrund (positiv) und ein hoher Bildungsabschluss (negativ) aus. Wesentlicher sind die politischen Orientierungen der Befragten und deren Erfahrungen in und mit der Bundeswehr. Die Anhängerschaft zur Union und zur SPD geht ebenso mit einer positiveren Einstellung zur Bundeswehr einher wie Begegnungen mit der Truppe im Alltag. Auch wer selbst Soldat (gewesen) ist oder Soldatinnen und Soldaten kennt, steht den Streitkräften wohlwollender gegenüber.

#### *Aktivitäten der Bürgerinnen und Bürger in Bezug zu den Streitkräften*

In den bisherigen Analysen wurden stets die Haltungen der Bevölkerung zur Bundeswehr betrachtet. Dabei gerieten sowohl kognitive (etwa mit den Fragen zu „Beurteilungen von verschiedenen Leistungen und Aspekten der Bundeswehr“; Abbildung 6.7) als auch affektive (etwa durch das Item „Ich empfinde ein Gefühl der Dankbarkeit für die Bundeswehr“; Abbildung 6.8) Einstellungsdimensionen in den Blick. Die Sozialpsychologie kennt noch eine dritte Facette von Einstellungen, die im Folgenden behandelt wird (Rosenberg/Hovland 1960). Von bloßen Haltungen sind Handlungen zu unterscheiden, bei denen die Bürgerinnen und Bürger aktiv werden und sich konkret zu den Streitkräften bzw. zu den Soldatinnen und Soldaten verhalten – die sogenannte konative Einstellungs-komponente. Diese Aktivitäten können positiv auf die Bundeswehr gerichtet sein und diese unterstützen. Sie können aber auch Formen der Kritik und des Protests einschließen. Um die Handlungen der Bürgerinnen und Bürger mit Bezug auf die deutschen Streitkräfte empirisch zu erfassen, wurde danach gefragt, welche von insgesamt acht Aktivitäten (jeweils vier gespiegelte Handlungen pro und contra Bundeswehr) die Befragten innerhalb der vergangenen zwölf Monate unternommen haben.

Wie zu erwarten, nutzen die Bürgerinnen und Bürger die Verhaltensweisen unterschiedlich oft, um ihrer Haltung zu den Streitkräften Ausdruck zu verleihen (vgl. Abbildungen 6.9 und 6.10). Dabei zeigen sich zwei durchgehende Muster: Zum einen sind Verhaltensweisen, die als Unterstützung der Bundeswehr gelten können, häufiger als Ausdrucksformen der Kritik und des Protests. Zum anderen ist im Vergleich zur letztmaligen Erhebung aus dem Jahr 2015 ein leichter Rückgang der meisten Aktivitäten zu verzeichnen.

Abbildung 6.9: Aktivitäten mit Bezug zur Bundeswehr, Teil 1



Anmerkungen: Nicht alle Prozentangaben ergeben in der Summe 100 Prozent, da die Einzelwerte gerundet wurden. Vgl. 2015: Differenz Bejahung 2018 zu 2015. Die Fragen dieser Fragebatterie wurden nur einem Teil der Befragten gestellt (Split-Half).

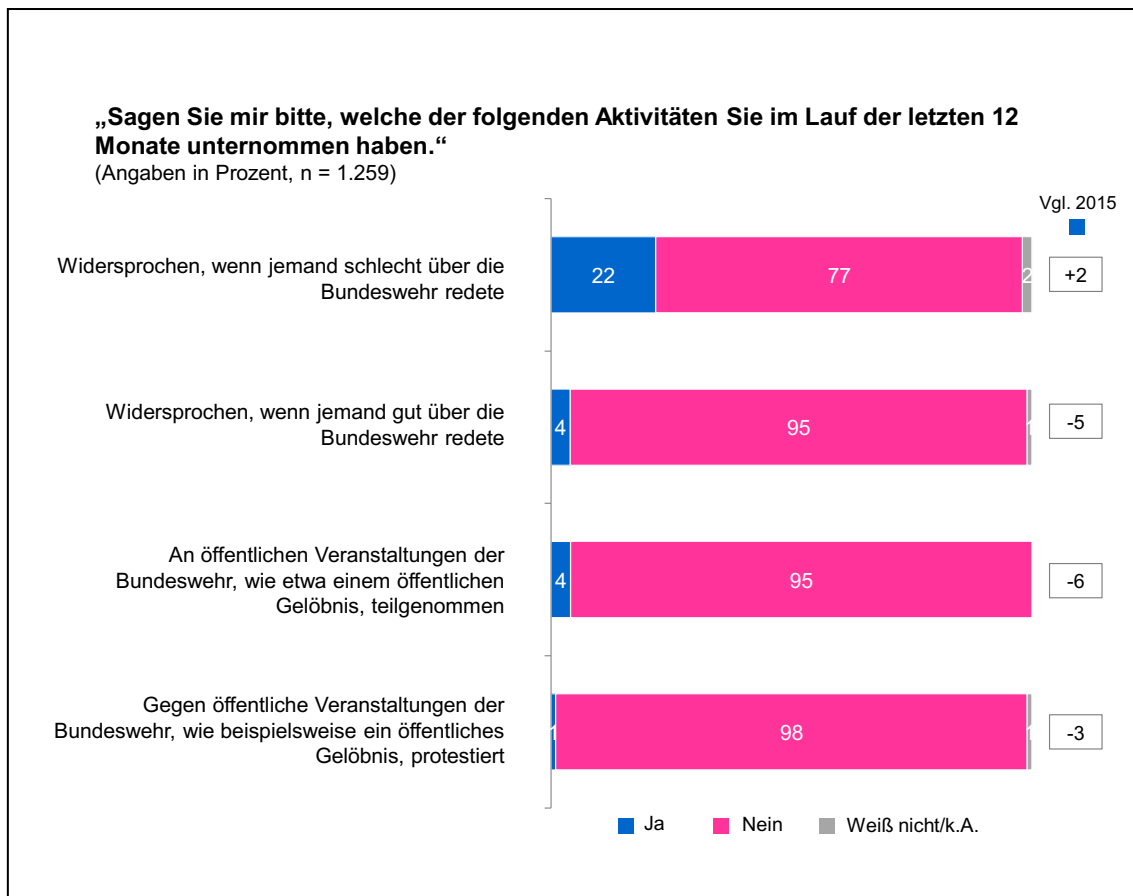
Datenbasis: Bevölkerungsbefragungen des ZMSBw 2015 und 2018.

Widersprochen, wenn jemand schlecht über die Bundeswehr redete, hat nach eigenen Angaben fast jeder vierte Befragte, wohingegen nur jeder zwanzigste Befragte Widerspruch einlegte, wenn positiv über die Streitkräfte geredet wurde. An öffentlichen Veranstaltungen der Bundeswehr haben innerhalb von zwölf Monaten mit sechs Prozent weitaus mehr Bürgerinnen und Bürger teilgenommen als dagegen protestiert.

Die Erfassung der Aktivitäten dokumentiert, dass sich die positive Haltung der Bevölkerung zur Bundeswehr, wenn auch auf geringerem Niveau, in konkreten Aktivitäten und konkreter Unterstützung niederschlägt. Dies unterstreicht nochmals den Wert eines positiven Meinungsbildes für die Streitkräfte.



**Abbildung 6.10: Aktivitäten mit Bezug zur Bundeswehr, Teil 2**



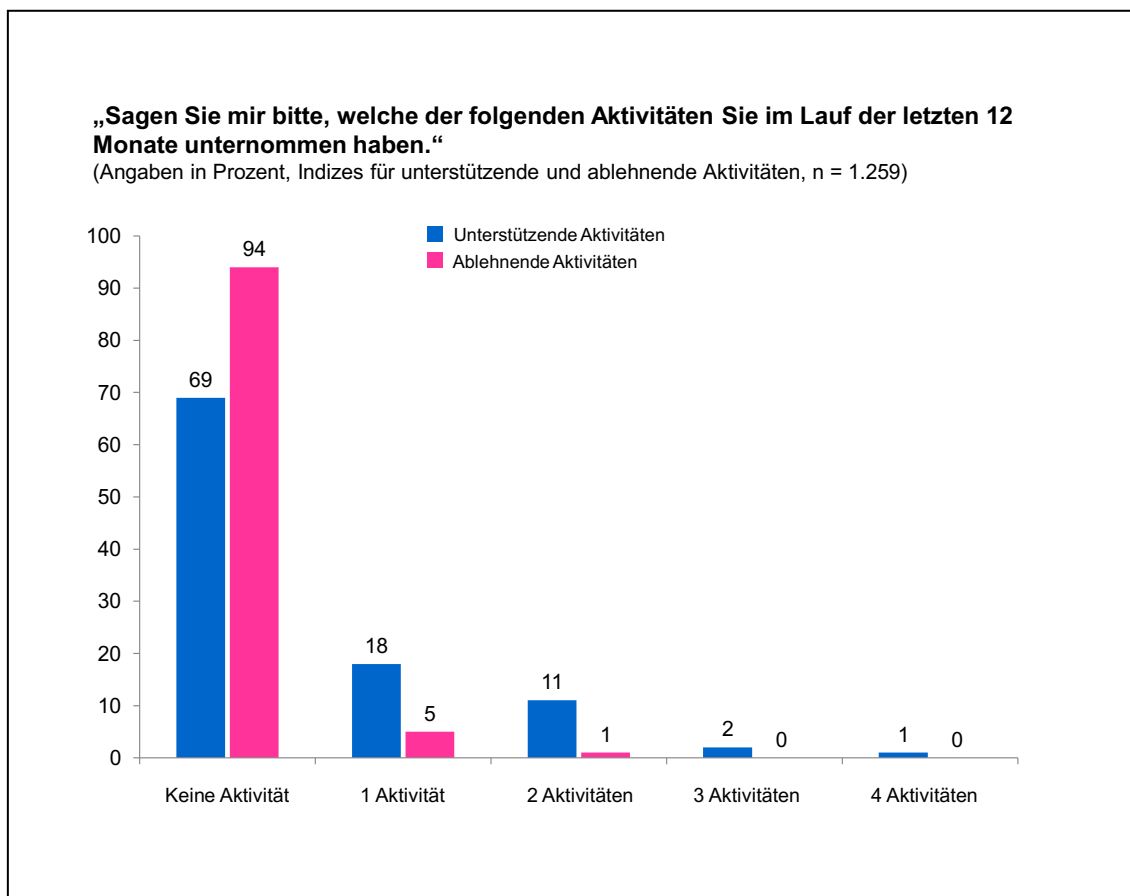
Anmerkungen: Nicht alle Prozentangaben ergeben in der Summe 100 Prozent, da die Einzelwerte gerundet wurden. Vgl. 2015: Differenz Bejahung 2018 zu 2015. Die Fragen dieser Fragebatterie wurden nur einem Teil der Befragten gestellt (Split-Half).

Datenbasis: Bevölkerungsbefragungen des ZMSBw 2015 und 2018.

Im Einzelnen gibt jeder fünfte Befragte an, dass er im vergangenen Jahr jemanden, der Soldat werden wollte, in seinem Wunsch bestärkte. Hingegen hat nur jeder dreiunddreißigste in derselben Situation den gegenteiligen Rat erteilt. Durch das Tragen von Stickern, Aufklebern etc. haben zwei Prozent der Bevölkerung ihre Unterstützung für die Bundeswehr zum Ausdruck gebracht, ein Prozent hat dadurch seine negative Einstellung zu den Streitkräften gezeigt. Wenn jemand schlecht über die Bundeswehr redete, hat nach eigenen Angaben mehr als jeder fünfte Befragte widersprochen – nur jeder fünfundzwanzigste Befragte legte Widerspruch ein, wenn positiv über die Streitkräfte geredet wurde. An öffentlichen Veranstaltungen der Bundeswehr haben innerhalb der letzten zwölf Monate mit vier Prozent weitaus mehr Bürgerinnen und Bürger teilgenommen als dagegen protestiert (1 Prozent).

Fasst man die Aktivitäten zu Zählindizes zusammen, dann zeigt sich, dass innerhalb eines Jahres insgesamt 32 Prozent der Befragten die Bundeswehr in der ein oder anderen Form unterstützt haben (vgl. Abbildung 6.11). Dabei haben 18 Prozent eine einzige unterstützende Aktivität, 11 Prozent zwei, 2 Prozent drei und ein Prozent vier dieser Aktivitäten vollzogen. Insgesamt 6 Prozent der Befragten haben in den letzten zwölf Monaten vor der Erhebung ihren Protest zum Ausdruck gebracht. Dabei sind die meisten nur einmal (5 Prozent aller Befragten) und wenige (1 Prozent aller Befragten) zweimal aktiv geworden. Der Vergleich bestätigt, dass neben der positiven Haltung der Bevölkerung zur Bundeswehr auch aktive Unterstützung vorhanden ist, wenngleich auf wesentlich geringerem Niveau. Inwiefern sich die beiden Dimensionen bedingen, d.h. Haltungen ursächlich für Aktivitäten sind, wird im Folgenden untersucht. Dazu werden die Erklärungsfaktoren für Unterstützung und Ablehnung der Streitkräfte vergleichend betrachtet.

**Abbildung 6.11: Aktivitäten mit Bezug zur Bundeswehr, Indizes**



Anmerkungen: Nicht alle Prozentangaben ergeben in der Summe 100 Prozent, da die Einzelwerte gerundet wurden. Die Fragen dieser Fragebatterie wurden nur einem Teil der Befragten gestellt (Split-Half).

Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des ZMSBw 2018.

In die multivariaten Analysen gehen alle Größen ein, die zur Bestimmung der Haltung zu den Streitkräften betrachtet wurden (vgl. Tabelle 6.2) – mit zwei Ausnahmen: Zum einen wird die Haltung zur Bundeswehr selbst als erklärende Variable in die Berechnungen eingefügt. Dadurch kann der Frage nachgegangen werden, inwieweit sich die Wertschätzung der Streitkräfte durch weite Teile der Bevölkerung in konkrete Handlungen übersetzt. Zum anderen wird aus konzeptionellen Überlegungen auf die persönliche Wahrnehmung der Bundeswehr als Erklärungsgröße verzichtet. Für diese Entscheidung spricht, dass einige der erhobenen Aktivitäten (etwa Teilnahme an bzw. Protest gegen Veranstaltungen der Bundeswehr) zwangsläufig mit Begegnungen mit den Streitkräften einhergehen. Von daher wäre es trivial bis tautologisch, deren persönliche Wahrnehmung als Erklärung besagter Handlungen zu betrachten. Mit der Aufnahme dieser Variable würden die eigentlichen Ursache-Wirkungs-Zusammenhänge eher verdeckt als erhellt. Für die nachstehende Analyse wurde für die Unterstützungsskala eine OLS-Regression gewählt, da die abhängige Variable differenziert verteilt ist. Bei den ablehnenden Aktivitäten wurde eine logistische Regression berechnet, da die abhängige Variable schief verteilt ist und sich bei den Nicht-Aktiven (93 Prozent) konzentriert.

Die Regressionen zeigen, dass die Haltung zur Bundeswehr entscheidend für Aktivitäten mit Bezug zu den Streitkräften ist (vgl. Tabelle 6.3). Sowohl hinsichtlich unterstützender als auch ablehnender Handlungen übt die Haltung zur Bundeswehr den stärksten Einfluss aus. Daneben zeigt sich, dass – unter Kontrolle der anderen Einflüsse – jüngere oder ostdeutsche Befragte häufiger und Personen mit einem mittleren Haushaltseinkommen seltener für die Bundeswehr aktiv werden. Zwar mag auf den ersten Blick überraschen, dass die Wahlabsicht keine Wirkung auf positive Aktivitäten zugunsten der Streitkräfte entfaltet. Aus den vorhergehenden Analysen ist jedoch bekannt (vgl. Tabelle 6.2), dass diese bereits auf die Haltung zu den Streitkräften einwirkt. Über diese Größe wird somit der Einfluss der parteipolitischen Orientierung vermittelt. Ansonsten wirken nur die mediale Wahrnehmung und persönliche Bezüge zur Bundeswehr auf die Teilnahme an Unterstützungsaktionen für die Bundeswehr ein. Dies bedeutet, dass neben den persönlichen Erfahrungen mit den Streitkräften deren Wahrnehmung in den Medien die Wahrscheinlichkeit, unterstützend aktiv zu werden, erhöht. Entsprechend stehen ungeachtet der schwindenden persönlichen Berührungspunkte zwischen Streitkräften und Zivilgesellschaft der Freiwilligenarmee Bundeswehr Möglichkeiten und Wege offen, ihren gesellschaftlichen Rückhalt durch eine offene und offensive Medienpräsenz zu stärken.

**Tabelle 6.3: Determinanten von Aktivitäten mit Bezug zur Bundeswehr**

	Unterstützende Aktivitäten	Ablehnende Aktivitäten
Haltung zur Bundeswehr	0,28***	0,62***
<i>Soziodemografie</i>		
Frauen	-0,01 <sup>n.s.</sup>	1,49 <sup>n.s.</sup>
Alter	-0,09**	1,00 <sup>n.s.</sup>
Niedrige Bildung	-0,06 <sup>n.s.</sup>	0,84 <sup>n.s.</sup>
Hohe Bildung	-0,01 <sup>n.s.</sup>	1,21 <sup>n.s.</sup>
Haushaltsnettoeinkommen (bis 2.000 Euro)	0,10***	1,31 <sup>n.s.</sup>
Haushaltsnettoeinkommen (4.001 Euro und mehr)	0,06 <sup>n.s.</sup>	0,93 <sup>n.s.</sup>
Ostdeutschland	0,10***	1,59 <sup>n.s.</sup>
Migrationshintergrund	-0,02 <sup>n.s.</sup>	0,09*
<i>Politische Einstellungen</i>		
Wahlabsicht AfD	0,02 <sup>n.s.</sup>	2,99*
Wahlabsicht FDP	0,01 <sup>n.s.</sup>	1,05 <sup>n.s.</sup>
Wahlabsicht Die Linke	-0,01 <sup>n.s.</sup>	3,19**
Wahlabsicht Bündnis 90/Die Grünen	0,03 <sup>n.s.</sup>	2,62*
Keine Parteipräferenz/Nichtwähler, w.n./k.A.	0,00 <sup>n.s.</sup>	0,41*
<i>Kontakte und Erfahrungen</i>		
Wahrnehmung Bundeswehr in den Medien	0,20***	1,22 <sup>n.s.</sup>
Bin/war Soldat	0,06 <sup>n.s.</sup>	1,29 <sup>n.s.</sup>
Verwandter/Bekannter ist/war Soldat	0,16***	1,35 <sup>n.s.</sup>
Korrigiertes R <sup>2</sup> /Nagelkerke R <sup>2</sup>	0,20	0,15
n	1.134	1.136

Anmerkungen: Abhängige Variable Unterstützende Aktivitäten ist eine additive Skala, Ablehnende Aktivitäten eine dichotome Variable. Wertebereich der abhängigen Variablen Unterstützende Aktivitäten [0; 4] und Ablehnende Aktivitäten [0; 1] (vgl. Abbildung 6.11 und Text). Alle erklärenden Variablen mit Ausnahme von Wahrnehmung Bundeswehr in den Medien [0; 4] haben einen Wertebereich von [0; 1]. Analyseverfahren: Multiple lineare Regression (für Unterstützende Aktivitäten); standardisierte Regressionskoeffizienten (beta). Für Ablehnende Aktivitäten: Multivariate binär-logistische Regression; Effektkoeffizienten (Exp(b)). Signifikanzniveau: \*\*\* p < .001; \*\* p < .01; \* p < .05; n.s. = nicht signifikant (p ≥ .05).

Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des ZMSBw 2018.

Auch für Proteste gegen die Bundeswehr ist die Haltung zu ihr entscheidend. In diesem Fall sind aber Personen, die die Streitkräfte kritischer bewerten, eher bereit, sich mit Aktivitäten gegen die Bundeswehr zu wenden. Daneben zeigen sich folgende Einflüsse: Befragte mit Migrationshintergrund werden seltener, Anhänger der Linken, der Grünen und der AfD häufiger – wiederum unter Kontrolle der anderen Merkmale – gegen die Bundeswehr aktiv. Kurzum: Wer mit Bezug auf die Bundeswehr öffentlich aktiv ist, tut dies zuvorderst aufgrund seiner Haltung zu ihr. Dieser Befund steht der immer wieder behaupteten Folgenlosigkeit der Einstellung zu den Streitkräften diametral entgegen.

### Fazit

In der Zusammenschau bestätigt sich das seit Jahren gute Renommee, das die Bundeswehr bei den Bürgerinnen und Bürgern genießt. Alle verwendeten Indikatoren weisen in dieselbe Richtung: Die Streitkräfte sind angesehen und erfahren Vertrauen. Dies geht quer durch die gesellschaftlichen Gruppen. Dabei ist eine erstaunliche Konstanz zu den

Vorjahren festzustellen. Sowohl für die Ausprägung des gesellschaftlichen Zuspruchs als auch für dessen Determinanten herrscht weitgehende Kontinuität. Ein Teil der Bürgerinnen und Bürger positioniert sich zudem öffentlich zu den Streitkräften. Im Vergleich ist Unterstützung weitaus verbreiteter als Protest. Wesentlich für jedwede Aktivität ist die Haltung zu den Streitkräften. Wer ihnen positiv gegenübersteht, ist eher bereit, sie zu unterstützen. Wer sie kritisch betrachtet, beteiligt sich häufiger an Protesten.

Angesichts dieser Befunde ist es umso bemerkenswerter, dass sich die eingangs vorgestellte These des freundlichen Desinteresses der Deutschen an ihren Streitkräften weiterhin hoher Popularität erfreut. Dies ist nicht alleine problematisch, weil sie der empirischen Evidenz entgegensteht (dies sollte insbesondere für Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler schon Anlass genug zur Revision sein). Gravierender ist die Tatsache, dass die These von der eigentlichen Problematik im Verhältnis von Gesellschaft, Streitkräften und Politik ablenkt: Die Bevölkerung steht den Auslandseinsätzen und generell dem Einsatz militärischer Mittel als politisches Instrument (außer zu Hilfs- und humanitären Maßnahmen sowie zur Verteidigung) distanziert gegenüber. Dies bestätigen erneut die Befunde der Bevölkerungsbefragung 2018 des ZMSBw (siehe hierzu die Abschnitte 10 und 11). Die dabei zutage tretende Diskrepanz zwischen den politischen Entscheidungen, den Mandaten für die Streitkräfte und dem Willen der Bürgerinnen und Bürger wird durch die These vom freundlichen Desinteresse jedoch nicht erfasst. Im Gegenteil: Indem der Bevölkerung das Bemühen abgesprochen wird, den außen- und sicherheitspolitischen Wandel zu verstehen (so auch bei Brüßler 2018), erfolgt geradezu eine Schuldzuweisung an die Gesellschaft. Demnach habe nicht die Politik den gesellschaftlichen Präferenzen zu folgen, sondern die Bevölkerung sei aufgefordert, die sicherheitspolitischen Entscheidungen nachzuvollziehen.

Diese Auffassung bedient zugleich die unter Soldatinnen und Soldaten verbreitete Wahrnehmung eines unzureichenden gesellschaftlichen Zuspruchs. Für einige Protagonisten ist diese verzerrte Auffassung ein willkommenes Argument, ihre Vorstellung vom Soldatsein – oder in der Diktion der Protagonisten „des Soldatentums“ (Böcker et al. 2013; vgl. auch Bohnert/Reitstätter 2014) – als einer Profession *sui generis* zu reaktivieren und sich gegen die Richtlinien der Inneren Führung zu stellen. Die vorliegenden Befunde der Bevölkerungsbefragung des ZMSBw sowie weiterer Untersuchungen stehen diesen Sichtweisen entgegen. Es wäre daher nicht zuletzt für diejenigen, die sich öffentlich äußern, angezeigt, die Defizite in den zivil-militärischen Beziehungen konkret und korrekt zu benennen, statt der Bevölkerung ein freundliches Desinteresse an ihrer Armee zu unterstellen.

## 7 Wahrnehmung der Bundeswehr in der Öffentlichkeit

*Markus Steinbrecher*

---

Wegen der Verkleinerung der Bundeswehr, der Schließung vieler Standorte und der Aussetzung der Wehrpflicht seit dem Jahr 2011 haben viele Bürgerinnen und Bürger nur noch über die Medien Kontakt mit den Streitkräften. Daher ist es wichtig, zu wissen, in welchem Maße die Medien über die Streitkräfte berichten, weil die Bürgerinnen und Bürger sich nur mithilfe dieser Informationen eigene Positionen und eine eigene Meinung bilden können. Im Rahmen der Bevölkerungsbefragung 2018 wurde wie schon im Vorjahr zeitgleich zum Erhebungszeitraum eine Auswertung der Berichterstattung in ausgewählten deutschen Zeitungen und Fernsehnachrichten sowie auf Internetseiten durchgeführt. Sie kann Anhaltspunkte darüber geben, welche Informationen die Befragten über die Streitkräfte im zeitlichen Umfeld der Befragung (möglicherweise) erhalten haben. Einige ausgewählte Ergebnisse dieser Inhaltsanalyse stehen am Anfang dieses Abschnitts. Danach folgen Analysen zur Häufigkeit der Wahrnehmung der Streitkräfte in den Medien und in der persönlichen Kommunikation sowie der von den Bürgerinnen und Bürgern wahrgenommene Tenor (positiv, neutral, negativ) dieser Kommunikation. Von Belang ist zudem, wie sie den Kontakt zwischen Bundeswehr und Gesellschaft bewerten und welche Möglichkeiten sie sehen, diesen zu verbessern. Hinzu kommt in der Befragung 2018 die Sicht der Bürgerinnen und Bürger auf die Integration von Frauen in die Streitkräfte als besonderer Aspekt der Wahrnehmung der Bundeswehr in der Öffentlichkeit.

### *Medienberichterstattung über die Bundeswehr im Zeitraum der Bevölkerungsbefragung 2018<sup>35</sup>*

Für die Analyse der Berichterstattung deutscher Zeitungen, Fernsehnachrichten und Nachrichtenportale im Internet während des Befragungszeitraums der ZMSBw-Bevölkerungsbefragung 2018 wurden die folgenden Medien ausgewählt: Bild, Süddeutsche Zeitung (SZ), Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ) und Die Welt (WELT) als auflagenstärkste überregionale Tageszeitungen. Hinzu kommen die Hauptnachrichtensendungen von ARD (Tagesschau um 20 Uhr), ZDF (heute um 19 Uhr), RTL (RTL aktuell um 18.45 Uhr) und SAT.1 (SAT.1 Nachrichten um 20 Uhr) sowie die Internetseiten von Focus Online, Bild Online, Welt Online und Spiegel Online. Für diese Auswahl spricht in erster

---

<sup>35</sup> Die Sammlung, Erfassung und Kategorisierung der Medienberichte erfolgte in Zusammenarbeit mit Timo Graf.

Linie, dass es sich bei den genannten Medien um die jeweils auflagen- bzw. reichweitenstärksten Medien ihrer Kategorie handelt. Zudem werden Medien mit unterschiedlicher politischer Ausrichtung, mit nationalem Fokus sowie verschiedene Medientypen (Tageszeitung, Fernsehen, Internetseiten) abgedeckt. Zugleich sind sowohl Boulevard- (Bild, Bild Online) als auch Qualitätsmedien sowie private (RTL, SAT.1) und öffentlich-rechtliche Formate (ARD, ZDF) erfasst. Da es sich bei einigen der Medien (FAZ, SZ, WELT, Bild, Tagesschau, heute, Spiegel Online) um Leitmedien handelt, kann davon ausgegangen werden, dass durch die Analyse ihrer Inhalte ein angemessenes Abbild der Medienberichterstattung in Deutschland im Zeitraum der Bevölkerungsbefragung geboten wird. Aufgrund fehlender personeller Ressourcen und des Mangels an einer geeigneten Analysesoftware ist allerdings eine weitergehende inhaltsanalytische Aufarbeitung der erhobenen Mediendaten nicht möglich (vgl. für das übliche Vorgehen bei Inhaltsanalysen z.B. Brosius et al. 2016: 137–181). Im Vordergrund steht vielmehr, in welchem Ausmaß und mit welcher Tendenz in diesen Medien über die Bundeswehr berichtet wurde. In der Inhaltsanalyse werden alle Beiträge und Artikel berücksichtigt, in denen der Begriff „Bundeswehr“ vorkommt bzw. erwähnt wird. Dies ist das zentrale Auswahlkriterium und bezieht Überschriften, Texte/Berichte und Bildunterschriften ein. Dadurch werden zum Beispiel Berichte über Sicherheits- oder Verteidigungspolitik nicht in die Analyse einbezogen, wenn statt des Begriffs „Bundeswehr“ „deutsche Streitkräfte“ verwendet wird oder nur das BMVg erwähnt wird.

Basierend auf der Medieninhaltsanalyse von Argus Data Insights (2018) für das BMVg wurden die Beiträge in drei Hauptkategorien eingeordnet: 1) Einsätze der Bundeswehr: In diese Kategorie fällt die gesamte Berichterstattung über Einsätze und einsatzgleiche Verpflichtungen der Streitkräfte. Es fällt auf, dass im Untersuchungszeitraum nur wenige Beiträge vorkommen, die sich ausschließlich mit den Einsätzen beschäftigen. Ein gutes Beispiel ist der Beitrag „Werben um eine verbesserte Migrationspolitik“ in der FAZ vom 4. Juli 2018, in dem es um eine Afrika-Reise des französischen Staatspräsidenten Emmanuel Macron geht und in dem auch über die beiden Bundeswehr-Einsätze in Mali berichtet wird. 2) Organisation und Personal der Bundeswehr: Dazu gehören Beiträge zu den Themen Innere Führung, Struktur der Bundeswehr, Höhe der Verteidigungsausgaben oder Attraktivität der Streitkräfte als Arbeitgeber. Die Kategorie schließt dabei Berichte über Ermittlungen wegen möglicher Sexualtaten eines Unteroffiziers („Ermittlungen wegen möglicher Sexualtat abgeschlossen“, WELT Online, 19. Juni 2018), über Manöver der NATO (z.B. zu „Saber Strike“ unter dem Titel „NATO-Manöver ‚Saber Strike‘, Säbelrasseln im Baltikum“ am 3. Juni 2018 auf SPIEGEL Online) oder eine Vertiefung der außen- und sicherheitspolitischen Kooperation in der EU (z.B. in der Tagesschau am 19. Juni 2018 aus Anlass der deutsch-französischen Regierungskonsultationen in Meseberg) ein. 3) Rüstungsfragen sowie Ausrüstung und Bewaffnung der Bundeswehr: Darunter

fallen beispielsweise Berichte zu Problemen bei der Schießausbildung („Keine Schießausbildung für Soldaten“, FAZ, 28. Mai 2018) oder die satirische Nennung der Bundeswehr in einer Aufzählung von Dingen, die laut Bild Online (4. Juli 2018) nach dem ersten Sieg der englischen Nationalmannschaft im Elfmeterschießen bei einer Fußball-WM „jetzt auch möglich“ seien (nämlich, „dass Bundeswehr-Hubschrauber fliegen können“). Zudem wurden Themen, die in keine der drei Kategorien passen, unter 4) Sonstiges eingeordnet: Dies umfasst etwa Berichte dazu, dass der brandenburgische Innenminister Schröter als Kapitänleutnant der Reserve eingeplant worden sei („Innenminister Schröter jetzt Marine-Reservist, Welt Online, 5. Juli 2018) oder zur Aufregung um Überflüge von Kampfflugzeugen der Bundeswehr über Berlin aus Anlass der Kommandoübergabe im Kommando Luftwaffe an den neuen Inspekteur Generalleutnant Gerhartz („Aufregung wegen Überflug, Kampffjets am Himmel über Berlin: Das war der Grund“, Bild Online, 30. Mai 2018).

Nicht immer ist die thematische Zuordnung eindeutig. Derselbe Bericht kann in eine oder in mehrere Kategorien fallen und demnach mehrfach in die Zählung eingehen – so ergibt sich auch die Differenz zwischen der Gesamtzahl der erfassten Berichte (n= 179) und der Zählung in den Tabellen (n= 231). Der Ton der Berichte wird für jeden Beitrag bzw. Artikel berücksichtigt (positiv (1), tendenziell positiv (0,5), neutral (0), tendenziell negativ (-0,5), negativ (-1)). Bei den Zeitungen werden Artikel aus regionalen Beilagen nicht einbezogen. Darunter fällt beispielsweise die Rhein-Main-Zeitung bei der FAZ, aber nicht regionale Schwerpunkt-Seiten wie in der Bild-Zeitung, da sie regulärer Teil der „Hauptbücher“ der Zeitung sind. Sonntagszeitungen bzw. -ausgaben werden nicht betrachtet. Bei den Nachrichtensendungen wird die ganze Sendung einbezogen. Es ist darauf hinzuweisen, dass keine Informationen dazu vorliegen, ob und wie die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Bevölkerungsbefragung entsprechende Berichte wahrgenommen haben – in der Bevölkerungsbefragung wurde nur sehr allgemein nach dem Medienkonsum der Befragten in der letzten Woche vor dem Interview gefragt, ohne einzelne Medien aufzulisten oder gezielt nach dem Konsum politischer Informationen zu fragen.<sup>36</sup>

In der folgenden Analyse werden die Ergebnisse nach Kalenderwochen (22. bis 27. Kalenderwoche; vgl. Tabelle 7.1) und nach Medien zusammengefasst (vgl. Tabelle 7.2). Aus den dargestellten absoluten Häufigkeiten wird deutlich, dass im Erhebungszeitraum 45 Berichte (19 Prozent) die Einsätze der Bundeswehr behandelten. Organisatorische Fragen wurden im Rahmen von 82 Berichten (36 Prozent) thematisiert. Dies ist der am häufigsten vorkommende Themenbereich. In 70 Berichten (30 Prozent) wurden Aspekte rund um

---

<sup>36</sup> 98 Prozent der Befragten haben in der letzten Woche vor dem Interview das Fernsehen genutzt, 94 Prozent das Radio, 88 Prozent Zeitungen und Zeitschriften sowie 82 Prozent das Internet.



das Thema Ausrüstung der Bundeswehr erwähnt bzw. diskutiert. 34 Berichte (15 Prozent) lassen sich keinem der drei Themen zuordnen.

**Tabelle 7.1: Berichterstattung über bundeswehrrelevante Themen im Zeitraum der Datenerhebung für die Bevölkerungsbefragung 2018 nach Wochen**

	KW 22	KW 23	KW 24	KW 25	KW 26	KW 27	Gesamt
Einsätze	3	5	8	15	10	4	45
Organisation	13	14	17	11	17	10	82
Ausrüstung	9	14	23	8	13	3	70
Sonstiges	8	16	1	6	1	2	34
Gesamt	33	49	49	40	41	19	231

Anmerkungen: Dargestellt sind absolute Häufigkeiten. KW: Kalenderwoche.

Datenbasis: Medieninhaltsanalyse des ZMSBw 2018.

Blickt man auf den zeitlichen Verlauf der Häufigkeit der Berichte über die Bundeswehr im Untersuchungszeitraum, zeigt sich der Schwerpunkt der Berichterstattung in den Kalenderwochen 23 bis 26, in denen jeweils mindestens 40-mal die Bundeswehr thematisiert wurde. In Kalenderwoche 27 werden die Streitkräfte hingegen nur 19-mal erwähnt. Für die Häufigkeiten der einzelnen Themen ergeben sich unterschiedliche Verläufe. Der Themenbereich Einsätze kommt in Kalenderwoche 25 am häufigsten vor. Immerhin ein Drittel der Erwähnungen erfolgt in dieser Woche. Der Hintergrund für den Anstieg der Berichterstattung ist der Besuch von Bundeskanzlerin Angela Merkel in Jordanien. In dessen Rahmen traf sie auch die deutschen Soldatinnen und Soldaten auf dem Luftwaffenstützpunkt Al-Azraq, von wo aus Einsätze im Kampf gegen den sogenannten Islamischen Staat geflogen werden. In den Kalenderwochen 22 und 27 wird hingegen in kaum einem der untersuchten Medien über die Einsätze der Bundeswehr berichtet. Für Berichte zum Themenbereich Organisation zeigen sich keine starken Schwankungen. In jeder der sechs Wochen wird dieses Thema in mindestens 10 Berichten berührt. Die häufigsten Nennungen (17) sind in den Kalenderwochen 24 und 26 zu verzeichnen. Dies entspricht jeweils 21 Prozent der Gesamtnennungen zum Themenbereich. Diese Ergebnisse spiegeln die dauernde öffentliche Präsenz der Diskussion um die Höhe der deutschen Verteidigungsausgaben und die Bedeutung des Zwei-Prozent-Ziels der NATO während des Untersuchungszeitraums der Bevölkerungsbefragung 2018 wider.

Das Thema Ausrüstung wird von den untersuchten Medien im betrachteten Zeitraum in sehr unterschiedlichem Maße aufgegriffen. Während es in der 27. Kalenderwoche fast gar nicht vorkommt (3 Nennungen), liegt es in der 24. Kalenderwoche an der Spitze mit 23 Nennungen. Dies entspricht einem Anteil von 33 Prozent aller Nennungen dieses Themas im Untersuchungszeitraum. Ein Grund für diesen hohen Wert ist die relativ intensive Berichterstattung über die Entscheidung des Haushaltsausschusses, bewaffnungsfähige

Drohnen vom Typ Heron TP zu mieten. Ansonsten geht es in den Berichten dieser Themengruppe vor allem um verschiedene Mängel bei Ausrüstung und Bewaffnung oder um Pläne für Neubeschaffungen.

Aus der Darstellung in Tabelle 7.2 wird deutlich, dass es Unterschiede im Ausmaß der Berichterstattung über die Themen zwischen den verschiedenen Medien gibt. In den Fernsehnachrichten wird zwischen der 22. und 27. Kalenderwoche so gut wie überhaupt nicht über die Bundeswehr berichtet. Lediglich in 17 Beiträgen finden die Streitkräfte Erwähnung. Zwischen den Nachrichtensendungen ergeben sich zudem erhebliche Unterschiede: Fast die Hälfte aller Nennungen (8 von 17) wird in der Tagesschau um 20 Uhr gesendet. In den SAT.1 Nachrichten wird überhaupt nicht über die Bundeswehr berichtet.

**Tabelle 7.2: Berichterstattung über bundeswehrrelevante Themen im Zeitraum der Datenerhebung für die Bevölkerungsbefragung 2018 nach Medien**

	Bild	SZ	FAZ	WELT	Gesamt
Einsätze	7	0	9	0	16
Organisation	8	8	22	3	41
Ausrüstung	7	6	25	2	40
Sonstiges	2	3	3	2	10
Gesamt	24	17	59	7	107
	Tagesschau	heute	RTL aktuell	SAT.1 Nachrichten	Gesamt
Einsätze	1	2	1	0	4
Organisation	4	0	3	0	7
Ausrüstung	2	1	2	0	5
Sonstiges	1	0	0	0	1
Gesamt	8	3	6	0	17
	Focus Online	Bild Online	Welt Online	Spiegel Online	Gesamt
Einsätze	0	18	4	3	25
Organisation	3	17	9	5	34
Ausrüstung	1	15	7	2	25
Sonstiges	0	5	14	4	23
Gesamt	4	55	34	14	107

Anmerkung: Dargestellt sind absolute Häufigkeiten.

Datenbasis: Medieninhaltsanalyse des ZMSBw 2018.

Exakt gleich häufig ist die Anzahl der Nennungen der Bundeswehr in Zeitungen und auf Nachrichtenportalen im Internet mit jeweils 107. Allerdings zeigt sich auch hier eine sehr ungleiche Schwerpunktsetzung der einzelnen Medien. Während unter den Zeitungen 55,1 Prozent aller Nennungen in der FAZ zu verzeichnen sind, dominiert unter den Nachrichtenseiten Bild Online mit einem Anteil von 51 Prozent. Kaum über die Bundeswehr wird hingegen auf Focus Online (4 Nennungen, 4 Prozent) und in der WELT (7 Nennungen, 7 Prozent) berichtet. Deutlich häufiger werden die Streitkräfte allerdings auf dem Internetportal Welt Online erwähnt (34 Nennungen, 32 Prozent). Dies ist das einzige Medium, in

dem Berichte zu sonstigen streitkräftebezogenen Themen am häufigsten vorkommen (14 Nennungen, 41 Prozent).

Tabelle 7.3 zeigt, mit welchem Tenor bzw. welcher Tonalität über die Bundeswehr berichtet wird. Es werden Mittelwerte und Standardabweichungen für die einzelnen Wochen, Themen und Medien präsentiert. Für den Vergleich der Mittelwerte zwischen den Kalenderwochen und Medien wurden Varianzanalysen über alle Kategorien berechnet. Aufgrund der Möglichkeit einer Zuordnung auf mehrere Themenbereiche ist eine Varianzanalyse nach Thema jeweils nur zwischen einem Bereich und allen anderen Bereichen möglich – es gibt also für jede Kategorie einen eigenen Signifikanztest. Der Wertebereich des Tenors der Berichte liegt zwischen -1 (negativ) und +1 (positiv). Insgesamt wird mit

**Tabelle 7.3: Tonalität der Berichterstattung über bundeswehrrelevante Themen im Zeitraum der Datenerhebung für die Bevölkerungsbefragung 2018**

	Mittelwert	Standardabweichung
Gesamt	-0,10	0,42
<b>Zeitraum<sup>n.s.</sup></b>		
KW 22	-0,18	0,32
KW 23	-0,01	0,42
KW 24	-0,07	0,34
KW 25	-0,03	0,40
KW 26	-0,19	0,43
KW 27	-0,22	0,65
<b>Thema</b>		
Einsätze*	0,01	0,36
Organisation <sup>n.s.</sup>	-0,13	0,42
Ausrüstung*	-0,19	0,34
Sonstiges <sup>n.s.</sup>	0,00	0,44
<b>Medium<sup>n.s.</sup></b>		
Bild	-0,03	0,21
SZ	-0,18	0,53
FAZ	-0,16	0,33
WELT	-0,25	0,69
Tagesschau	-0,08	0,20
heute	0,33	0,29
RTL aktuell	0,00	0,00
SAT.1 Nachrichten	-	-
Focus Online	0,00	0,41
Bild Online	0,01	0,34
Welt Online	-0,21	0,60
Spiegel Online	-0,11	0,40

Anmerkung: Wertebereich der Tonalität [-1 - negativ; +1 - positiv]. Analyseverfahren: Varianzanalysen, Signifikanzniveau: \*\*\* p < .001; \*\* p < .01; \* p < .05; n.s. = nicht signifikant (p ≥ .05). Der Signifikanztest für die Varianzanalyse gibt an, ob sich der Mittelwert mindestens einer Gruppe von dem Mittelwert mindestens einer anderen Gruppe unterscheidet.

Datenbasis: Medieninhaltsanalyse des ZMSBw 2018.

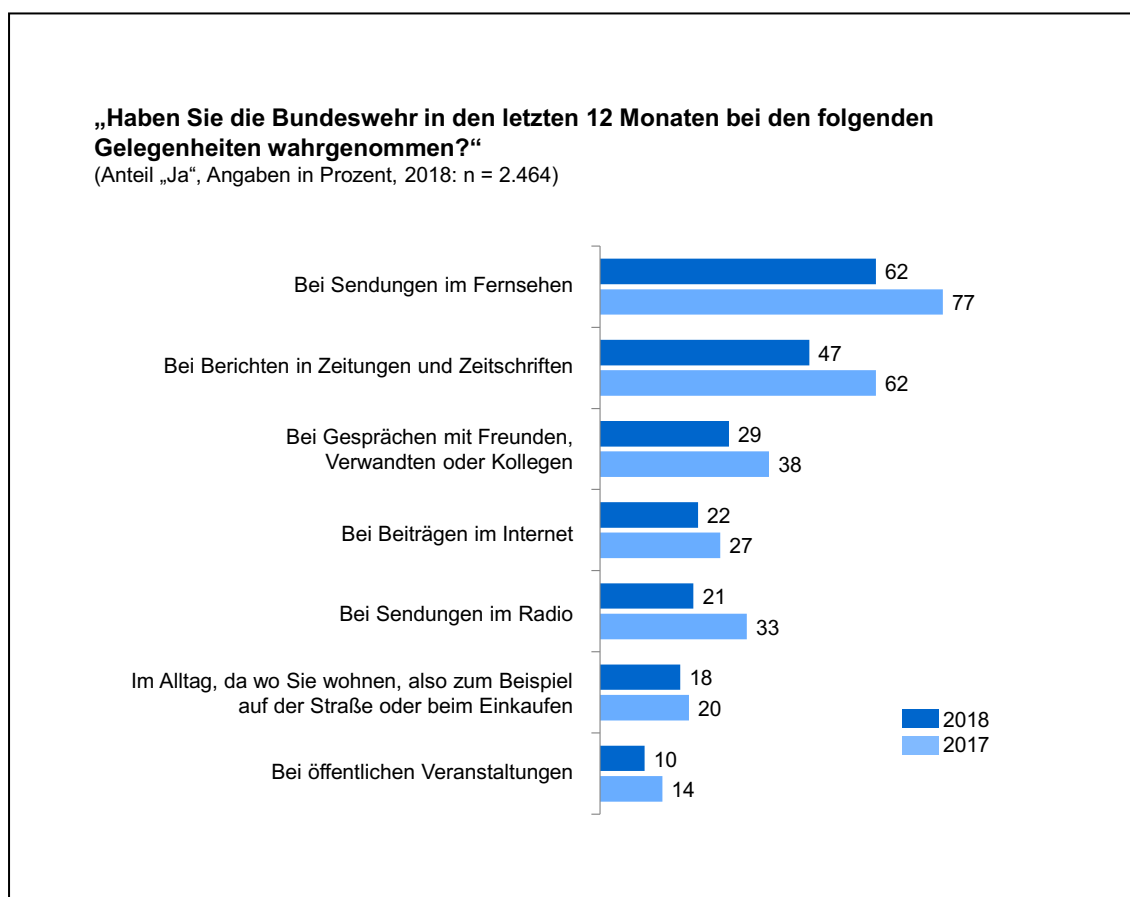
einem Mittelwert von -0,10 leicht negativ über die Bundeswehr berichtet. Die Standardabweichung von 0,42 zeigt allerdings, dass der Tenor der Berichte nicht einheitlich ist, sondern relativ stark auseinandergeht. Zwischen den einzelnen Kalenderwochen gibt es keinen statistisch signifikanten Unterschied hinsichtlich des Tenors der Berichte – die Tendenz der Berichterstattung verändert sich also im Untersuchungszeitraum nicht. Angesichts des Mangels einschneidender Ereignisse mit Bezug zur Bundeswehr oder zur Sicherheitspolitik ist dieser Befund wenig überraschend. Anders ist das Ergebnis für das Thema der Berichte: Über die Einsätze wird mit einem Mittelwert von 0,01 neutral und insgesamt deutlich positiver berichtet als über die anderen Themenbereiche. Berichte über die Ausrüstung der Bundeswehr sind mit einem Mittelwert von -0,19 deutlich im negativen Bereich. Hier zeigt sich mit einer Standardabweichung von 0,34 auch die geringste Streuung, das heißt, der Tenor der Berichte weicht am wenigsten voneinander ab. Die negative Darstellung dieses Themas ist also über alle Berichte hinweg relativ einheitlich (negativ). Zwischen den einzelnen Medien ergeben sich trotz der deskriptiv deutlichen Unterschiede (z.B. WELT -0,25 vs. heute +0,33) aufgrund der geringen Fallzahlen keine statistisch signifikanten Unterschiede im Hinblick auf den Tenor der Berichte über die Bundeswehr.

Setzt man voraus, dass Bürgerinnen und Bürger die genannten Berichte in den Medien wirklich wahrnehmen, kann man aus den präsentierten Ergebnissen schlussfolgern, dass es von Bedeutung für die Wahrnehmung und Einstellungsbildung zu den Streitkräften sowie zu außen- und sicherheitspolitischen Fragen sein kann, welche Medien durch einen Befragten konsumiert werden und zu welchem Zeitpunkt er befragt wird. Hätte jemand im Untersuchungszeitraum nur die SAT.1 Nachrichten geschaut, hätte diese Person überhaupt nichts über die Bundeswehr aus den Massenmedien erfahren. Hätte jemand hingegen Bild Online oder die FAZ gelesen, hätte er sehr umfassende Informationen über die Streitkräfte erhalten. Auch die thematischen Schwerpunkte und der Tenor der Berichterstattung variieren. Zwar können aufgrund der Unzulänglichkeiten der Inhaltsanalyse der Medienberichte und der fehlenden Informationen über die genaue Mediennutzung der Befragten in der Bevölkerungsbefragung 2018 beide Datenquellen nicht unmittelbar verknüpft werden, doch finden sich in den folgenden Ergebnissen einige Hinweise, dass Bürgerinnen und Bürger die Berichterstattung über die Bundeswehr wahrnehmen und in ihre Meinungs- und Urteilsbildung einbeziehen.

### Wahrnehmung und Eindruck von der Bundeswehr bei verschiedenen Gelegenheiten

Im Folgenden geht es nicht mehr um die Ergebnisse der Medieninhaltsanalyse zu bundeswehrspezifischen Themen, sondern um die Wahrnehmung der Bundeswehr in den Medien durch die Teilnehmerinnen und Teilnehmer an der Bevölkerungsbefragung 2018. In dieser Studie wurde untersucht, inwiefern die Befragten die Bundeswehr in den Medien und bei verschiedenen anderen Gelegenheiten während der letzten 12 Monate wahrgenommen haben (vgl. Abbildung 7.1). 62 Prozent der Befragten haben etwas über die Bundeswehr im Fernsehen gesehen. 47 Prozent haben in Zeitungen und Zeitschriften über die Streitkräfte gelesen. 29 Prozent haben in persönlichen Gesprächen mit Freunden, Verwandten oder Kollegen die Bundeswehr thematisiert. Etwa ein Fünftel hat bei Beiträgen im Internet (22 Prozent) oder bei Sendungen im Radio (21 Prozent) etwas über die Soldatinnen und Soldaten erfahren. Die anderen Gelegenheiten werden von weniger als einem Fünftel der Befragten angeführt (im Alltag: 18 Prozent, bei öffentlichen Veranstaltungen: 10 Prozent).

**Abbildung 7.1: Wahrnehmung der Bundeswehr bei verschiedenen Gelegenheiten**



Datenbasis: Bevölkerungsbefragungen des ZMSBw 2017 und 2018.

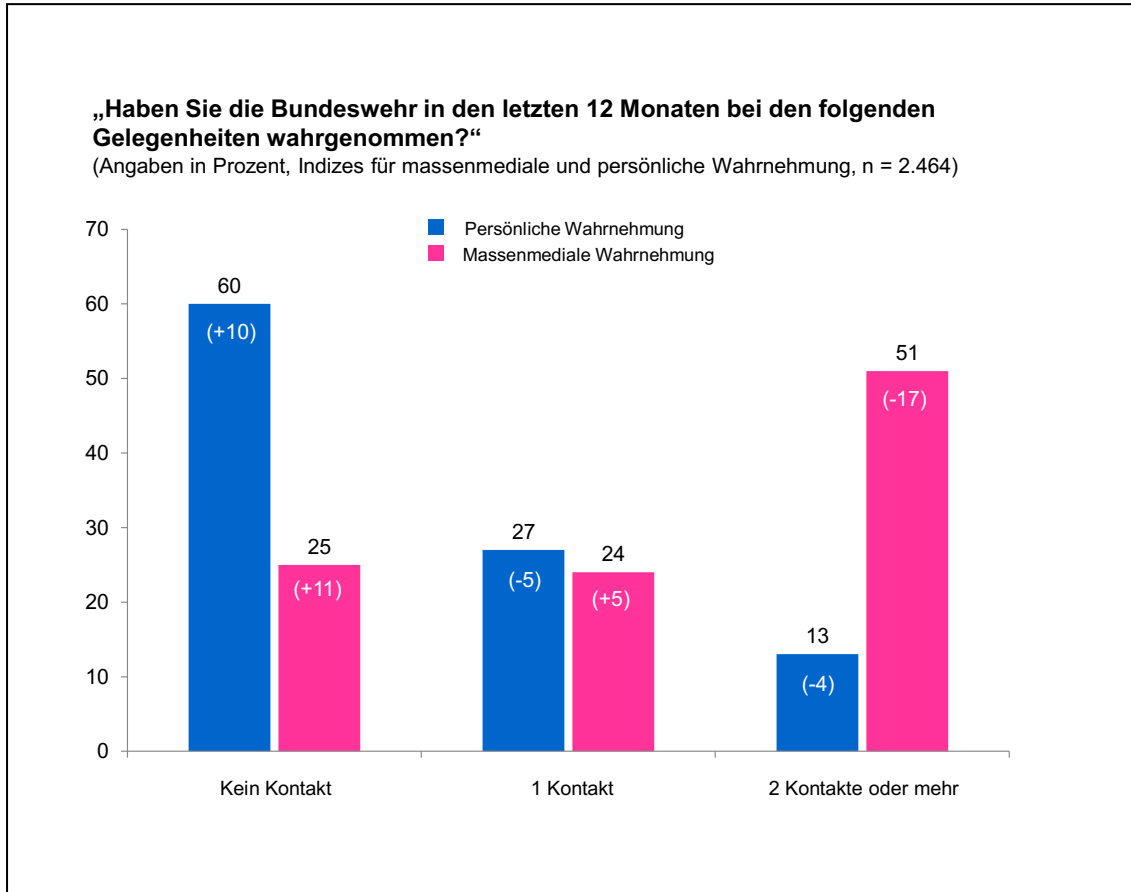
Vergleicht man die Ergebnisse mit denen des Vorjahres, zeigt sich für alle abgefragten Kommunikationswege eine seltenere Wahrnehmung der Streitkräfte. Am stärksten ist die Abnahme bei den massenmedialen Kommunikationsformen: Die Häufigkeit, etwas über die Bundeswehr im Fernsehen zu erfahren, hat von 2017 auf 2018 um 15 Prozentpunkte abgenommen. Auch über Zeitungen und Zeitschriften (-15 Prozentpunkte), Radiosendungen (-12 Prozentpunkte) und das Internet (-5 Prozentpunkte) wird die Bundeswehr seltener wahrgenommen. Im persönlichen Gespräch ist die Bundeswehr ebenfalls seltener Thema (-9 Prozentpunkte). Relativ stabil ist der Kontakt im Alltag und bei öffentlichen Veranstaltungen.

Damit zeigen sich bei allen Kommunikationswegen die Konsequenzen einer im Vergleich zum Vorjahr geringeren medialen Aufmerksamkeit und Berichterstattung. Wurde 2017 vor und während der Bevölkerungsbefragung umfangreich über Vorfälle und (vermeintliche) Skandale in der Bundeswehr sowie die Verlegung deutscher Flugzeuge vom türkischen Stützpunkt Incirlik nach Jordanien berichtet, gab es 2018 kein ähnlich in den Medien präsent Thema mit Bezug zu den Streitkräften. Dies gilt selbst für die relativ häufigen Berichte zur Höhe der Verteidigungsausgaben oder zur (mangelhaften) Ausrüstung und Bewaffnung der Bundeswehr.

Bildet man Zählindizes für die massenmediale (Fernsehen, Radio, Zeitungen und Zeitschriften sowie Internet) sowie die persönliche Wahrnehmung (Gespräche, im Alltag, bei öffentlichen Veranstaltungen) der Bundeswehr und vergleicht die Ergebnisse, wird eine Diskrepanz zwischen den beiden Kategorien deutlich. Da die Anzahl der berücksichtigten Kontaktmöglichkeiten für Massenmedien und persönliche Kontakte nicht identisch ist, werden nur die Kategorien „kein Kontakt“, „1 Kontakt“ und „2 Kontakte oder mehr“ betrachtet (vgl. Abbildung 7.2). Es zeigt sich, dass drei Viertel der Bürgerinnen und Bürger die Bundeswehr über mindestens einen Kanal der Massenmedien wahrgenommen haben – im Vergleich zum Vorjahr ist das eine Abnahme von 12 Prozentpunkten. Im persönlichen Umfeld haben hingegen nur 40 Prozent der Befragten mindestens einmal die Streitkräfte wahrgenommen. Damit hat sich der persönliche Kontakt zu den Streitkräften im Jahresvergleich abgeschwächt (2017: 49 Prozent). Noch größer wird der Kontrast, wenn man die Kategorie „2 Kontakte oder mehr“ betrachtet. Die Differenz zwischen dem Index für persönliche Kontakte (13 Prozent) und dem für massenmediale Kontakte (51 Prozent) beträgt 38 Prozentpunkte (2017: 51 Prozentpunkte). Allerdings ist für die Einordnung dieser Unterschiede darauf hinzuweisen, dass der Aufwand eines Bürgers für die massenmediale Wahrnehmung der Bundeswehr deutlich geringer ist als für die Wahrnehmung im persönlichen Umfeld. Einen Bericht über die Streitkräfte in Radio, Fernsehen oder Zeitung kann man zufällig beim Durchschalten oder Durchblättern erfassen. Und angesichts des hohen Ausmaßes der Mediennutzung in Deutschland (siehe Fußnote 35;

vgl. Breunig/van Eimeren 2015) besteht zwangsläufig eine wesentlich höhere Chance, dass man über diese Informationskanäle etwas über die Bundeswehr erfährt.

**Abbildung 7.2: Persönliche und massenmediale Wahrnehmung der Bundeswehr im Vergleich**



Anmerkungen: Die Prozentangaben ergeben in der Summe nicht 100 Prozent, da die Einzelwerte gerundet wurden. Veränderungen gegenüber 2017 in Klammern.

Datenbasis: Bevölkerungsbefragungen des ZMSBw 2017 und 2018.

Die starke Abnahme der massenmedialen und persönlichen Wahrnehmung der Bundeswehr im Vergleich zum Jahr 2017 wird auch bei einer Betrachtung der Mittelwerte der beiden Indizes deutlich (vgl. Tabelle 7.4). Während der Mittelwert für den Index persönliche Wahrnehmung bei 0,57 liegt (2017: 0,72, 2016: 0,66; Steinbrecher 2016), hat der Mittelwert des Indexes massenmediale Wahrnehmung mit 1,52 deutlich abgenommen (2017: 1,99, 2016: 1,74; Steinbrecher 2016) und sich fast um einen halben Skalenpunkt reduziert.

**Tabelle 7.4: Persönliche und massenmediale Wahrnehmung der Bundeswehr in soziodemografischen Gruppen**

„Haben Sie die Bundeswehr in den letzten 12 Monaten bei den folgenden Gelegenheiten wahrgenommen?“ (Indizes für massenmediale und persönliche Wahrnehmung, Mittelwerte)		
	Index persönliche Wahrnehmung <sup>1</sup>	Index massenmediale Wahrnehmung <sup>2</sup>
<b>Insgesamt</b>	0,57	1,52
<b>Geschlecht</b>	***	***
Männer	0,66	1,71
Frauen	0,48	1,34
<b>Alter</b>	*	***
16 bis 29 Jahre	0,66	1,32
30 bis 49 Jahre	0,56	1,53
50 bis 69 Jahre	0,55	1,54
70 Jahre und älter	0,52	1,66
<b>Bildungsniveau</b>	**	**
Hochschul- bzw. Fachhochschulreife	0,63	1,61
Realschulabschluss	0,60	1,55
Hauptschulabschluss	0,48	1,43
<b>Haushaltsnettoeinkommen pro Monat</b>	n.s.	**
4.001 Euro und mehr	0,57	1,51
2.001 bis 4.000 Euro	0,61	1,59
Bis 2.000 Euro	0,53	1,42
<b>Wahlabsicht Bundestagswahl</b>	**	***
CDU/CSU	0,59	1,75
SPD	0,56	1,50
AfD	0,73	1,66
FDP	0,71	1,73
Die Linke	0,66	1,74
Bündnis 90/Die Grünen	0,57	1,28
Keine Parteipräferenz, Nichtwähler, w.n./k.A.	0,47	1,24
<b>Region</b>	***	***
Norddeutschland (SH, HH, HB, NI)	0,58	1,50
Ostdeutschland (MV, BB, BE, ST, SN, TH)	0,72	1,61
Süddeutschland (BW, BY)	0,60	1,69
Westdeutschland (NW, RP, HE, SL)	0,46	1,33
<b>Migrationshintergrund</b>	n.s.	n.s.
Ja	0,58	1,47
Nein	0,57	1,52

Anmerkungen: 1) Folgende Wahrnehmungsformen wurden zusammengefasst: Gespräche, im Alltag, bei öffentlichen Veranstaltungen, Wertebereich [0; 3]; 2) Folgende Wahrnehmungsformen wurden zusammengefasst: Fernsehen, Radio, Zeitungen und Zeitschriften, Internet, Wertebereich [0; 4]. Analyseverfahren: Varianzanalysen, Signifikanzniveau: \*\*\* p < .001; \*\* p < .01; \* p < .05; n.s. = nicht signifikant (p ≥ .05). Der Signifikanztest für die Varianzanalyse gibt an, ob sich der Mittelwert mindestens einer Gruppe von dem Mittelwert mindestens einer anderen Gruppe unterscheidet.

Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des ZMSBw 2018.



Zwischen den soziodemografischen Gruppen zeigen sich die folgenden Unterschiede: Männer nehmen die Bundeswehr häufiger wahr als Frauen. Die Differenz beträgt 0,18 (persönliche Wahrnehmung) bzw. 0,37 (massenmediale Wahrnehmung). Auch zwischen den Altersgruppen werden Abweichungen deutlich. Während die Wahrnehmung im persönlichen Umfeld mit steigendem Lebensalter abnimmt, zeigt sich für den Zusammenhang zwischen Alter und der massenmedialen Wahrnehmung ein positiver linearer Zusammenhang: Je älter ein Befragter ist, desto eher nimmt er die Bundeswehr über die Massenmedien wahr. Ein höheres Bildungsniveau führt zu einer verstärkten massenmedialen wie persönlichen Wahrnehmung der Bundeswehr. Beim Einkommen nehmen die Befragten mit mittlerem Einkommen die Bundeswehr in etwas stärkerem Maße über die Massenmedien wahr als die beiden anderen Gruppen – für die persönliche Kommunikation zeigen sich keine statistisch signifikanten Unterschiede.

Auch die Wahlabsicht ist relevant. Im Rahmen der persönlichen Kommunikation haben vor allem Personen ohne Wahlabsicht in unterdurchschnittlichem Maße (0,47) Kontakt mit der Bundeswehr. Besonders häufig nehmen Unterstützer von Die Linke (0,66), der FDP (0,71) und AfD (0,73) die Streitkräfte im persönlichen Bereich wahr. Über die Massenmedien erhalten die Anhänger von CDU/CSU (1,75), Die Linke (1,74) und FDP (1,73) in überdurchschnittlicher Weise Informationen über die Bundeswehr. Am wenigsten werden die Befürworter von Bündnis 90/Die Grünen (1,28) und Befragte ohne Parteipräferenz (1,24) von massenmedialen Informationen über die Streitkräfte erreicht. Ob man die Streitkräfte wahrnimmt, ist auch von der Wohnregion abhängig. Ostdeutsche (0,72) reden häufiger über die Bundeswehr bzw. begegnen ihr im Alltag häufiger als Befragte aus anderen Regionen. Besonders selten haben Westdeutsche (0,46) im persönlichen Bereich Kontakt zu den Streitkräften. Bei den Massenmedien liegen die Unterschiede ein wenig anders: Süd- und Norddeutsche sehen, hören oder lesen am häufigsten etwas über die Bundeswehr in den Medien. Das Schlusslicht bilden in dieser Hinsicht die Befragten in Westdeutschland (1,33). Der Migrationshintergrund ist im Hinblick auf die persönliche und massenmediale Wahrnehmung der Bundeswehr irrelevant.

Die wochenweise Betrachtung der beiden Indizes in Tabelle 7.5 ergibt, dass sich die mediale und persönliche Wahrnehmung der Bundeswehr von Woche zu Woche statistisch signifikant voneinander unterscheiden. Für beide Indizes werden die mit Abstand höchsten Werte in der 22. und 26. Kalenderwoche erreicht. Eine einzige Ursache für die erhöhte Aufmerksamkeit für bundeswehrspezifische Themen in den beiden Wochen lässt sich nicht identifizieren. Zudem zeigt sich hier keine parallele Entwicklung im Vergleich zu den Ergebnissen der Medieninhaltsanalyse (vgl. Tabelle 7.1).

**Tabelle 7.5: Persönliche und massenmediale Wahrnehmung der Bundeswehr nach Wochen**

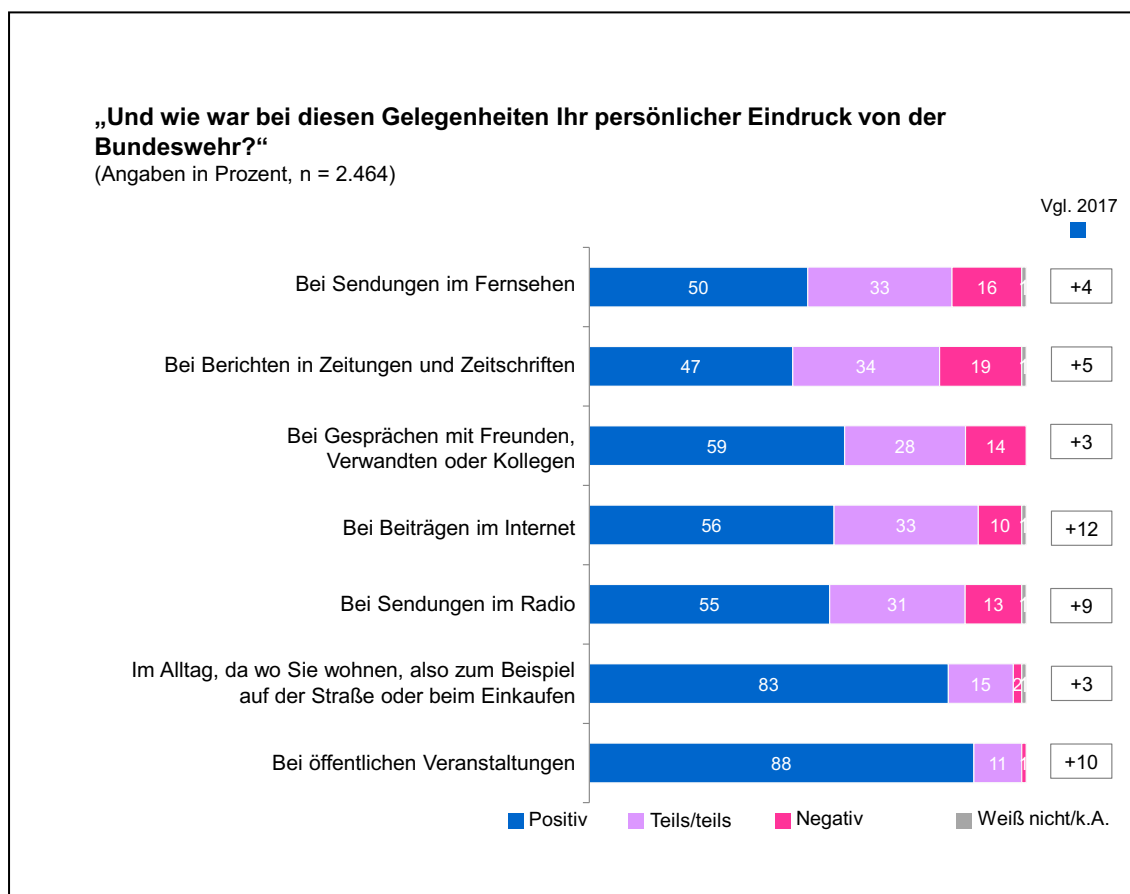
	KW 22	KW 23	KW 24	KW 25	KW 26	KW 27	Gesamt
Index persönliche Wahrnehmung	0,74	0,56	0,55	0,52	0,70	0,52	0,56*
Index massenmediale Wahrnehmung	1,71	1,49	1,39	1,53	1,80	1,53	1,52**

Anmerkungen: Mittelwerte, Wertebereich Index persönliche Wahrnehmung [0; 3], Index massenmediale Wahrnehmung [0; 4]. KW: Kalenderwoche. Analyseverfahren: Varianzanalyse, Signifikanzniveau: \*\*\* p < .001; \*\* p < .01; \* p < .05; n.s.= nicht signifikant (p ≥ .05). Der Signifikanztest für die Varianzanalyse gibt an, ob sich der Mittelwert mindestens einer Gruppe von dem Mittelwert mindestens einer anderen Gruppe unterscheidet.

Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des ZMSBw 2018.

Weiterhin wurden die Befragten nach ihrem persönlichen Eindruck von der Bundeswehr bei der Wahrnehmung über die einzelnen Kommunikationskanäle gefragt (vgl. Abbildung 7.3). Antworten durften nur diejenigen Befragten, welche die Streitkräfte auf den jeweiligen Kanälen wahrgenommen hatten. Es zeigt sich über alle sieben untersuchten Formen hinweg ein grundsätzlich positiver Tenor, der sich nur wenig zwischen den

**Abbildung 7.3: Persönlicher Eindruck der Bundeswehr bei verschiedenen Gelegenheiten**



Anmerkungen: Nicht alle Prozentangaben ergeben in der Summe 100 Prozent, da die Einzelwerte gerundet wurden. Positiv: Anteile „Sehr positiv“ und „Eher positiv“ zusammengefasst; Negativ: Anteile „Sehr negativ“ und „Eher negativ“ zusammengefasst. Vgl. 2017: Differenz Positiv 2018 zu 2017.

Datenbasis: Bevölkerungsbefragungen des ZMSBw 2017 und 2018.

Massenmedien Fernsehen, Zeitungen und Zeitschriften, Radio und Internet unterscheidet (zwischen 47 und 56 Prozent der Befragten haben einen positiven Eindruck). Für Zeitungen und Zeitschriften ergibt sich der schlechteste Eindruck. Allerdings waren auch hier die Wahrnehmungen mit 47 Prozent immer noch eher positiv. Besser ist die Wahrnehmung bei persönlichen Gesprächen mit Freunden, Verwandten oder Kollegen: 59 Prozent haben hier einen positiven Eindruck der Streitkräfte bekommen. Im Alltag und bei öffentlichen Veranstaltungen hinterlässt die Bundeswehr den besten Eindruck (83 bzw. 88 Prozent). Damit ist die Wahrnehmung über die Kanäle am besten, in denen die Bundeswehr persönliche Begegnungen zwischen Bürgern und Soldaten ermöglicht. Allerdings wird sie auf diesen Wegen am seltensten wahrgenommen (vgl. Abbildung 7.1).

Im Vergleich zum Vorjahr zeigen sich deutliche Verbesserungen hinsichtlich des wahrgenommenen Eindrucks bei fünf der sieben Informationskanäle. Bei Berichten in Zeitungen und Zeitschriften hat die positive Wahrnehmung um 5 Prozentpunkte zugenommen, bei Berichten im Fernsehen um 4 Prozentpunkte, bei Beiträgen im Radio um 9 Prozentpunkte und im Internet um 12 Prozentpunkte. Im Rahmen öffentlicher Veranstaltungen hat sich der Anteil positiver Nennungen um 10 Prozentpunkte erhöht. Bei Begegnungen im Alltag und bei Gesprächen mit Freunden, Verwandten oder Kollegen hat der Anteil positiver Wahrnehmungen um 3 Prozentpunkte zugenommen.

Diese positiven Veränderungen sind ein deutliches Indiz, dass sich der Tenor der Berichterstattung über die Bundeswehr im Vergleich zum Vorjahr verbessert hat. Auch die relativ häufigen Berichte über die schlechte Lage bei Ausrüstung und Bewaffnung der Streitkräfte in den Monaten vor und während der Bevölkerungsbefragung 2018 scheinen sich nicht auf die Wahrnehmung der Befragten auszuwirken.

Tabelle 7.6 illustriert die wochenweise Veränderung des Anteils der Befragten mit positivem Eindruck für die sieben massenmedialen und persönlichen Gelegenheiten während der Erhebungsphase der Bevölkerungsbefragung 2018. Für die Bewertung der Berichterstattung im Fernsehen und im Internet, für Begegnungen mit den Streitkräften im Alltag und bei öffentlichen Veranstaltungen sowie in persönlichen Gesprächen zeigen sich keine statistisch signifikanten Unterschiede. Das heißt, der Tenor verändert sich in den Augen der Bürgerinnen und Bürger nicht über die sechs Wochen der Bevölkerungsbefragung hinweg. Für die Tendenz der Berichterstattung im Radio und in Zeitungen und Zeitschriften werden allerdings Veränderungen deutlich. Der Anteil positiver Wahrnehmungen in Zeitungen und Zeitschriften ist mit 55 Prozent in Kalenderwoche 22 am höchsten. Danach sinkt der Anteil positiver Nennungen unter 50 Prozent und erreicht in den Wochen 25 und 26 mit 42 bzw. 43 Prozent den jeweils niedrigsten Wert.

**Tabelle 7.6: Positiver Eindruck der Bundeswehr bei verschiedenen Gelegenheiten nach Wochen**

	KW 22	KW 23	KW 24	KW 25	KW 26	KW 27	Gesamt
Fernsehen	59	51	48	47	(45)	53	50 <sup>n.s.</sup>
Zeitungen und Zeitschriften	55	48	48	42	(43)	(46)	47*
Radio	(76)	52	(47)	69	(67)	(31)	55**
Internet	(55)	52	(51)	64	(53)	(61)	55 <sup>n.s.</sup>
Gespräche	(63)	54	59	68	(56)	(61)	58 <sup>n.s.</sup>
Alltag	(98)	81	83	78	(90)	(78)	83 <sup>n.s.</sup>
Öffentliche Veranstaltungen	(77)	90	(91)	(94)	(91)	(74)	88 <sup>n.s.</sup>

Anmerkungen: Dargestellt sind relative Häufigkeiten. Anteile „Sehr positiv“ und „Eher positiv“ zusammengefasst. KW: Kalenderwoche. Analyseverfahren: Chi<sup>2</sup>-Unabhängigkeits-Test. Der Test bezieht sich auf die vollständige Verteilung mit Positiv, Neutral, Negativ und Weiß nicht/k.A. Signifikanzniveau: \*\*\* p < .001; \*\* p < .01; \* p < .05; n.s.= nicht signifikant (p ≥ .05). Werte in Klammern: n ≤ 50.

Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des ZMSBw 2018.

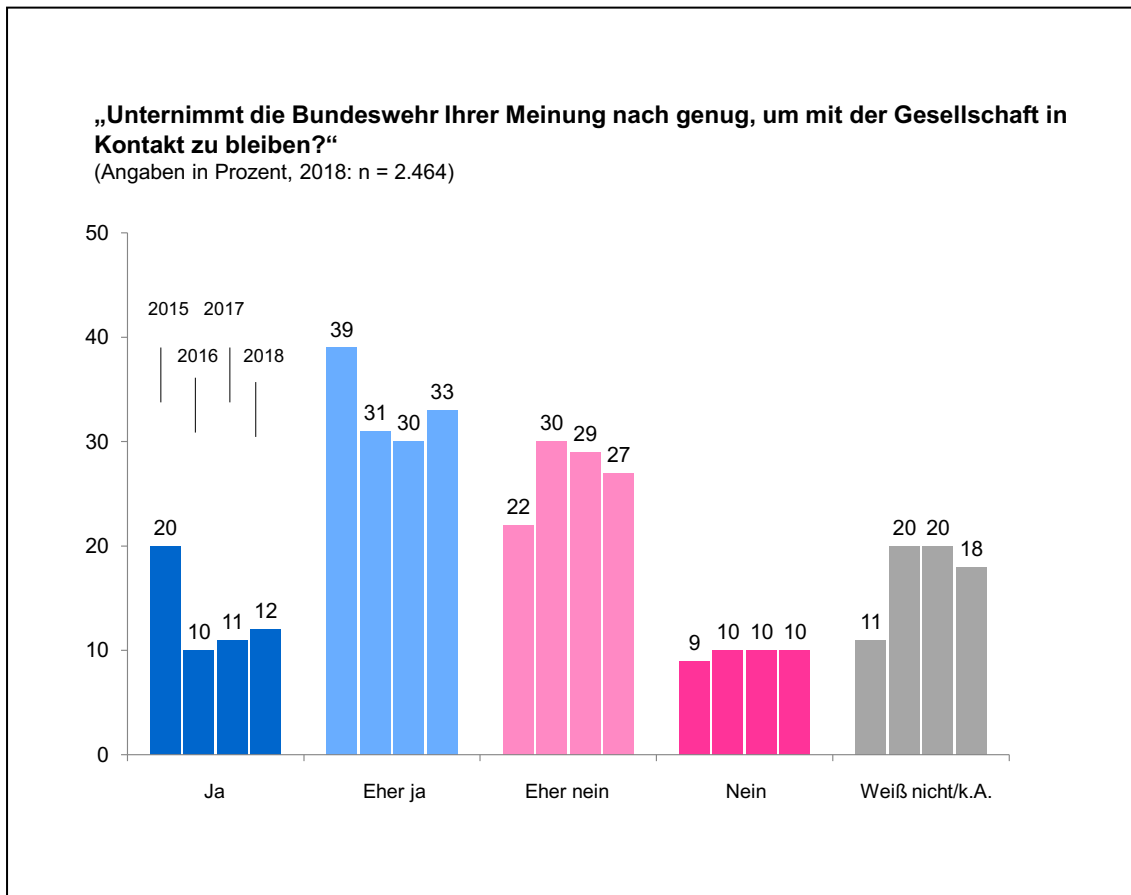
Deutlich stärker sind die Veränderungen bei Radiobeiträgen. Auch hier ist der Tenor in der 22. Woche am besten (76 Prozent), fällt aber in der letzten Woche der Feldphase auf 31 Prozent. Dazwischen variieren die Werte zwischen 47 und 69 Prozent. Die Ursachen für die Veränderungen können mit den hier zur Verfügung stehenden Daten nicht präzise ermittelt werden, da keine umfassenden Informationen über die Inhalte der Berichterstattung zur Verfügung stehen.

#### *Bewertung des Kontakts zwischen Bundeswehr und Gesellschaft*

Die Frage, ob die Streitkräfte genug tun, um mit der Gesellschaft in Kontakt zu bleiben, ist im Vergleich zum Vorjahr positiver beantwortet worden (vgl. Abbildung 7.4). Waren es 2016 und 2017 nur 41 Prozent (Anteile „Ja“ und „Eher ja“ zusammengefasst), die angaben, dass die Bundeswehr für den Kontakt mit der Gesellschaft genug unternimmt, waren es 2018 immerhin 45 Prozent. Damit ist die Zustimmung allerdings deutlich vom Höchstwert von 59 Prozent im Jahr 2015 entfernt. 2018 unternimmt die Bundeswehr in den Augen von 37 Prozent der Bürgerinnen und Bürger nicht genug, um mit der Gesellschaft in Kontakt zu bleiben – 2017 waren es 39 Prozent. Weiterhin traut sich fast einer von fünf Befragten keine Einschätzung dieser Frage zu (18 Prozent machen keine Angabe).

Für alle soziodemografischen Variablen sowie die Wahlabsicht sind statistisch signifikante Unterschiede hinsichtlich der Bewertung des Kontakts zwischen Bundeswehr und Gesellschaft festzustellen (vgl. Tabelle 7.7). Männer bewerten diesen Kontakt mit 48 Prozent besser als Frauen (43 Prozent). Mit wachsendem Alter scheinen mehr Befragte die Auffassung zu teilen, dass die Bundeswehr genug für den Kontakt mit der Gesellschaft unternimmt. Die Unterschiede zwischen den drei Bildungsgruppen sind sehr gering, aber dennoch statistisch signifikant.

**Abbildung 7.4: Bewertung Kontakt zwischen Bundeswehr und Gesellschaft**



Anmerkung: Nicht alle Prozentangaben ergeben in der Summe 100 Prozent, da die Einzelwerte gerundet wurden.

Datenbasis: Bevölkerungsbefragungen des ZMSBw 2015–2018.

Das Einkommen spielt in dieser Hinsicht eine wesentlich bedeutsamere Rolle. Befragte mit hohem Einkommen schätzen den Kontakt zwischen Streitkräften und Gesellschaft um etwa zehn Prozentpunkte schlechter ein als Befragte mit mittlerem oder niedrigem Einkommen. Die Wahlabsicht ist auch bei dieser Frage relevant. Personen mit einer Wahlabsicht für CDU/CSU, SPD und FDP bewerten den Kontakt als überdurchschnittlich gut, Anhänger von Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke und AfD sowie Personen ohne Wahlabsicht als unterdurchschnittlich. Regionale Zugehörigkeiten spielen eine Rolle. Hier fallen vor allem die Norddeutschen auf, die den Kontakt zwischen Gesellschaft und Streitkräften mit 49 Prozent besser bewerten als ihre Mitbürgerinnen und Mitbürger in anderen Regionen. Befragte mit Migrationshintergrund bewerten den Kontakt zwischen Militär und Bürgern ein wenig positiver (50 Prozent) als Personen ohne Migrationshintergrund.

**Tabelle 7.7: Bewertung Kontakt zwischen Bundeswehr und Gesellschaft in soziodemografischen Gruppen**

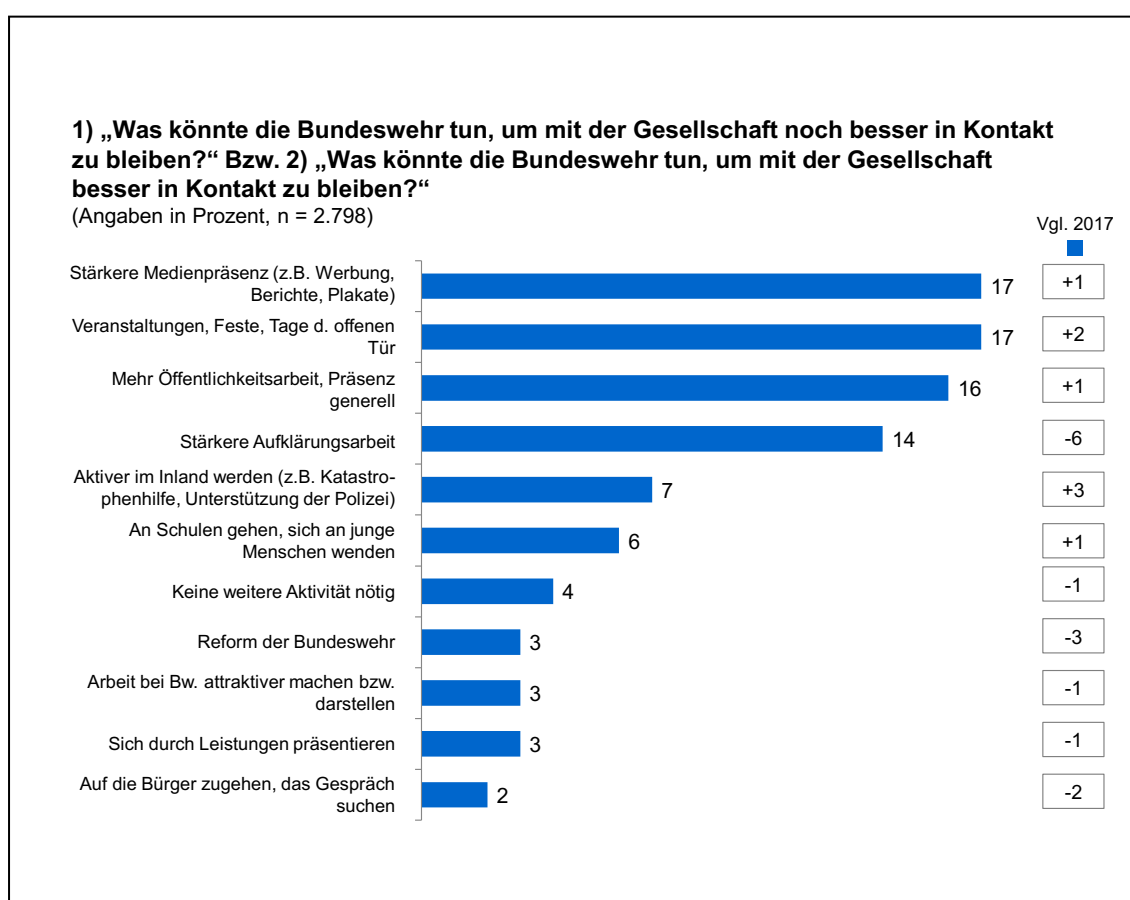
„Unternimmt die Bundeswehr Ihrer Meinung nach genug, um mit der Gesellschaft in Kontakt zu bleiben?“ (Angaben in Prozent)			
	Ja <sup>1</sup>	Nein <sup>2</sup>	Weiß nicht/k.A.
<b>Insgesamt</b>	45	37	18
<b>Geschlecht ***</b>			
Männer	48	38	15
Frauen	43	36	21
<b>Alter **</b>			
16 bis 29 Jahre	41	38	21
30 bis 49 Jahre	47	38	15
50 bis 69 Jahre	44	39	17
70 Jahre und älter	49	31	21
<b>Bildungsniveau *</b>			
Hochschul- bzw. Fachhochschulreife	46	39	15
Realschulabschluss	45	38	17
Hauptschulabschluss	46	34	20
<b>Haushaltsnettoeinkommen pro Monat **</b>			
4.001 Euro und mehr	38	46	(16)
2.001 bis 4.000 Euro	48	36	16
Bis 2.000 Euro	47	35	18
<b>Wahlabsicht Bundestagswahl ***</b>			
CDU/CSU	52	32	15
SPD	52	36	12
AfD	39	49	(11)
FDP	55	(34)	(11)
Die Linke	41	46	(14)
Bündnis 90/Die Grünen	40	43	(17)
Keine Parteipräferenz, Nichtwähler, w.n./k.A.	36	35	30
<b>Region **</b>			
Norddeutschland (SH, HH, HB, NI)	49	36	15
Ostdeutschland (MV, BB, BE, ST, SN, TH)	42	44	14
Süddeutschland (BW, BY)	45	35	20
Westdeutschland (NW, RP, HE, SL)	45	35	20
<b>Migrationshintergrund ***</b>			
Ja	50	30	20
Nein	45	38	18

Anmerkungen: 1) Ja: „Ja“ und „Eher ja“ wurden zusammengefasst; 2) Nein: „Eher nein“ und „Nein“ wurden zusammengefasst. Einzelne Prozentangaben ergeben mitunter in der Summe nicht 100 Prozent, da sie gerundet wurden. Analyseverfahren: Chi<sup>2</sup>-Unabhängigkeits-Test, Signifikanzniveau: \*\*\* p < .001; \*\* p < .01; \* p < .05; n.s. = nicht signifikant (p ≥ .05); Werte in Klammern: n ≤ 50.

Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des ZMSBw 2018.

Im Anschluss an ihre Bewertung der zivil-militärischen Beziehungen wurden die Teilnehmer der Bevölkerungsbefragung 2018 danach gefragt, was die Bundeswehr tun könne, um mit der Gesellschaft (noch) besser in Kontakt zu bleiben. Abbildung 7.5 fasst die Antworten auf die offenen Fragen zusammen. Die Frageformulierung variierte leicht, je nachdem, ob jemand bei der vorangehenden Frage eine positive oder eine negative Antwort gegeben hatte. Von den Interviewern wurden zwei Antworten in Stichworten notiert und im Zuge der Datenaufbereitung durch Ipsos in verschiedene Kategorien gruppiert – ein Vergleich mit dem Vorjahr ist so möglich.

**Abbildung 7.5: Offene Nachfrage zur Verbesserung des Kontakts zwischen Bundeswehr und Gesellschaft**



Anmerkungen: Frageformulierung 1) ging an Befragte, die den Kontakt positiv bewerteten, Frageformulierung 2) an Befragte, die den Kontakt negativ bewerteten. Mehrfachnennungen waren möglich.

Datenbasis: Bevölkerungsbefragungen des ZMSBw 2017 und 2018.

Am häufigsten wird mit 17 Prozent von den Bürgerinnen und Bürgern eine stärkere Präsenz in den Medien vorgeschlagen. Ebenso viele Befragte empfehlen die Durchführung von Veranstaltungen, Festen oder Tagen der offenen Tür als Möglichkeit für eine Verbesserung des Kontakts zwischen Bundeswehr und Bevölkerung. Von 16 Prozent der Befragten werden mehr Öffentlichkeitsarbeit und Präsenz in der Öffentlichkeit angeführt,

eine stärkere Aufklärungsarbeit nennen 14 Prozent der Teilnehmerinnen und Teilnehmer an der Bevölkerungsbefragung 2018. Damit meinen die Befragten zum Beispiel die Bereitstellung von mehr Informationen über die Bundeswehr, ihre Aufgaben und Einsätze, mehr Transparenz und öffentliche Aufklärung. Im Vergleich zum Vorjahr werden diese Aspekte um 6 Prozentpunkte seltener genannt. 7 Prozent der Befragten finden, die Bundeswehr solle im Rahmen von Einsätzen und Amtshilfe im Inland aktiver werden – das sind 3 Prozentpunkte mehr als im Vorjahr. Die anderen Aspekte in Abbildung 7.5 werden nur von wenigen Bürgerinnen und Bürgern genannt (2 bis 6 Prozent). Darunter sind die Vorschläge Reformen der Bundeswehr, verstärkte Aktivitäten an Schulen oder eine Steigerung der Attraktivität einer Tätigkeit bei der Bundeswehr. 4 Prozent der Befragten geben zudem explizit an, dass keine weitere Aktivität notwendig sei.

### *Einstellungen zu Frauen in der Bundeswehr*

Für das Verhältnis zwischen Bundeswehr und Gesellschaft ist die Integration von Frauen in die Streitkräfte eine wichtige Frage. Im Jahr 2001 wurden alle Laufbahnen der Bundeswehr für Frauen geöffnet. Das ZMSBw hat diesen Prozess mit mehreren Studien begleitet, die sich mit der Sicht der Soldatinnen und Soldaten auf diese Frage beschäftigen (Kümmel 2008, 2014; Kümmel/Werkner 2003). Mit der Perspektive auf das Jahr 2001 und die damalige Öffnung der Streitkräfte für Frauen wurde in der Bevölkerungsbefragung 2018 nach der Sicht der Bürgerinnen und Bürger zu diesem Thema gefragt. Dabei wurden einige Fragen verwendet, die in ähnlicher Weise in der Bevölkerungsbefragung 2001 schon einmal abgefragt wurden. Wo der Fragewortlaut hinreichend ähnlich ist, erfolgt daher in der Auswertung ein Vergleich mit der damaligen Befragung oder ein Verweis auf die damaligen Ergebnisse.

Abbildung 7.6 zeigt die relativen Häufigkeiten für die drei Fragen dieses Themenkomplexes, die einen expliziten Bezug zum Jahr 2001 herstellen: 46 Prozent geben an, dass die Öffnung 2001 der Bundeswehr mehr Sympathie und Rückhalt in der Gesellschaft eingebracht hat. 32 Prozent sind geteilter Meinung und 16 Prozent lehnen die Aussage ab. In der Bevölkerungsbefragung 2001 wurde danach gefragt, ob eine weitere Öffnung für Frauen den Rückhalt der Bundeswehr in der Gesellschaft stärken könne. Damals ergab sich ein gespaltenes Meinungsbild. 47 Prozent stimmten dieser Aussage zu, 52 Prozent lehnten sie ab.<sup>37</sup> Auch wenn eine unterschiedliche Skala (2001: 6er-Skala, 2018: 5er-

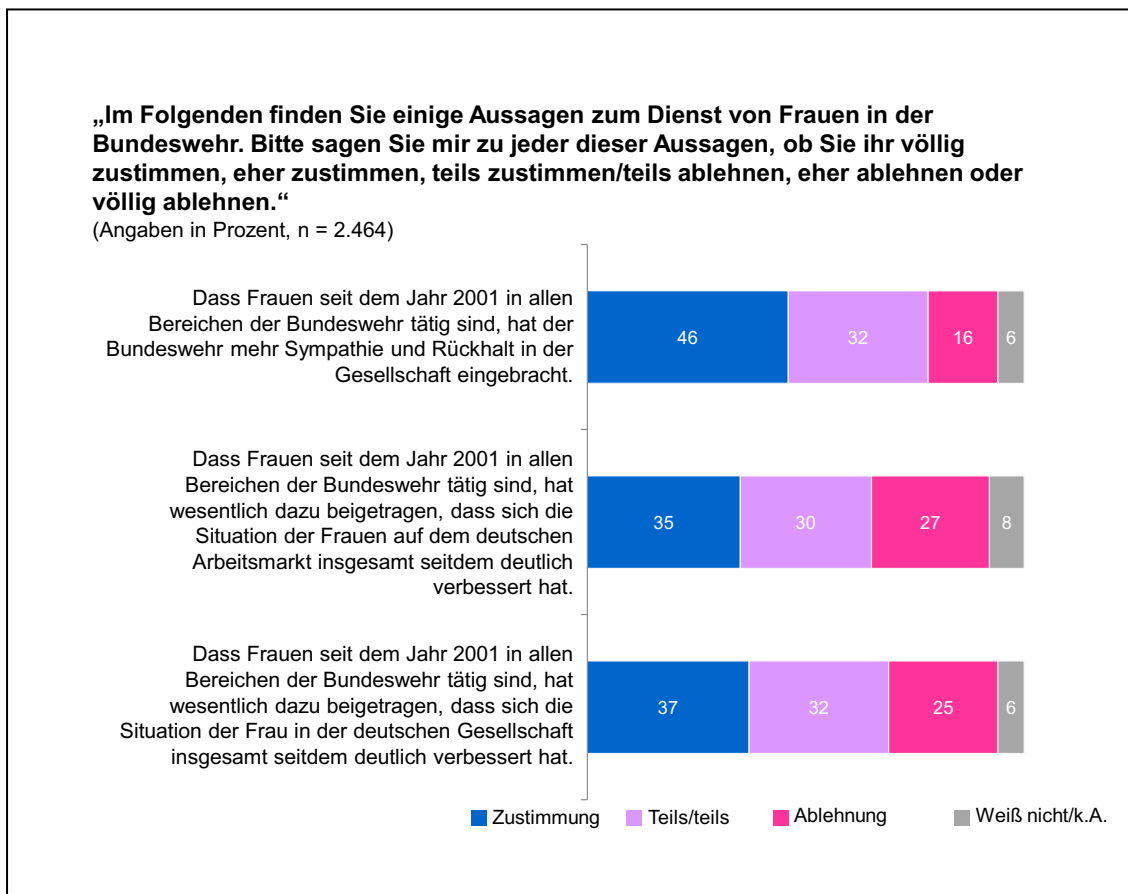
---

<sup>37</sup> Die genaue Fragestellung in der Bevölkerungsbefragung 2001 lautete: „Zum Dienst von Frauen in der Bundeswehr haben wir einige Aussagen zusammengefasst. Wie ist ihre Haltung zu diesen Aussagen? Sagen Sie mir bitte anhand einer Skala von 1 bis 6 inwieweit Sie der jeweiligen Aussage zustimmen oder nicht. Die 1 bedeutet „stimme voll zu“, die 6 bedeutet „stimme überhaupt nicht zu“. Mit den Werten dazwischen können Sie Ihre Meinung abstufen: Die weitere Öffnung der Bundeswehr für Frauen stärkt den Rückhalt der Bundeswehr in der Gesellschaft.“ Genaue Verteilung für 2001: 1: „stimme voll



Skala) verwendet wurde und die Zustimmung- und Ablehnungswerte nicht direkt miteinander vergleichbar sind, zeigt sich hierzu 2018 ein deutlich positiveres Meinungsbild.

**Abbildung 7.6: Einstellungen zu Frauen in der Bundeswehr, Teil 1**



Anmerkungen: Nicht alle Prozentangaben ergeben in der Summe 100 Prozent, da die Einzelwerte gerundet wurden. Zustimmung: Anteile „Stimme völlig zu“ und „Stimme eher zu“ zusammengefasst; Ablehnung: Anteile „Lehne völlig ab“ und „Lehne eher ab“ zusammengefasst.

Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des ZMSBw 2018.

Die Position, dass durch die Öffnung der Bundeswehr für Frauen eine deutliche Verbesserung ihrer Situation auf dem deutschen Arbeitsmarkt eingetreten ist, wird von 35 Prozent unterstützt, 30 Prozent haben dazu eine geteilte Meinung, während 27 Prozent diese Position ablehnen. Fast jeder zehnte Befragte hat zu dieser Aussage keine Meinung. Eine sehr ähnliche Verteilung der Antworten ergibt sich in Bezug auf die dritte Frage: 37 Prozent stimmen zu, dass die Öffnung der Streitkräfte wesentlich dazu beigetragen hat, die Situation der Frau in der deutschen Gesellschaft insgesamt deutlich zu verbessern. Etwa

zu“: 10 Prozent, 2: 14 Prozent, 3: 23 Prozent (Zustimmung: 1 bis 3 zusammengefasst), 4: 20 Prozent, 5: 13 Prozent, 6: „stimme überhaupt nicht zu“: 18 Prozent (Ablehnung: 4 bis 6 zusammengefasst), n= 2.462.

ein Drittel der Befragten hat dazu weder eine zustimmende noch eine ablehnende Meinung. 25 Prozent lehnen diese Aussage ab.

Die Haltung der Befragten zu vier weiteren Fragen zur Öffnung der Bundeswehr für Frauen – ohne expliziten Bezug zum Öffnungsjahr 2001 – ist in Abbildung 7.7 dargestellt. 41 Prozent teilen die Meinung, dass Frauen von Kampffunktionen ausgenommen werden sollten, weil Streitkräfte an Kampfkraft verlieren, wenn Frauen in Kampfeinheiten tätig sind. 30 Prozent sind hinsichtlich dieser Aussage geteilter Meinung und 23 Prozent lehnen diese Position ab. In der Bevölkerungsbefragung 2001 mussten die Befragten ihre eigene Position zu einer ähnlichen Aussage abgeben.<sup>38</sup> Damals stimmten 44 Prozent der Befragten dieser Aussage zu, 56 Prozent lehnten sie ab – eine Mittelkategorie gab es nicht. Die Zustimmung zu dieser Aussage ist zwischen 2001 und 2018 also kaum gesunken, während die Gegner sich nun auf die Mittelkategorie und die ablehnenden Antworten verteilen.

Ein vollkommen geteiltes Meinungsbild ergibt sich 2018 zu der Aussage, dass die Gleichstellung von Frauen und Männern in der Bundeswehr erreicht sei: Zustimmung und Ablehnung halten sich mit jeweils 29 Prozent die Waage, während sich 32 Prozent der Befragten weder für Ablehnung noch für Zustimmung entscheiden können. Jeder Zehnte äußert zu dieser Frage gar keine Meinung. Eine Mehrheit von 51 Prozent denkt, dass Frauen aufgrund ihrer familiären Pflichten in der Bundeswehr nicht die gleichen Karrierechancen haben wie Männer. Nur 17 Prozent sind anderer Meinung, während 26 Prozent keine der beiden Positionen teilen. Die letzte Frage in Abbildung 7.7 zeigt, dass sich 41 Prozent der Befragten leicht vorstellen können, von einer Soldatin mit der Waffe in der Hand verteidigt zu werden. Während 26 Prozent bei dieser Aussage geteilter Meinung sind, können sich 30 Prozent der Bevölkerung nicht leicht vorstellen, von einer Frau verteidigt zu werden. Auch hier kann man die Bevölkerungsbefragung 2001 als Vergleich heranziehen.<sup>39</sup> Damals stimmten 35 Prozent dieser Aussage zu, 65 Prozent lehnten sie ab.

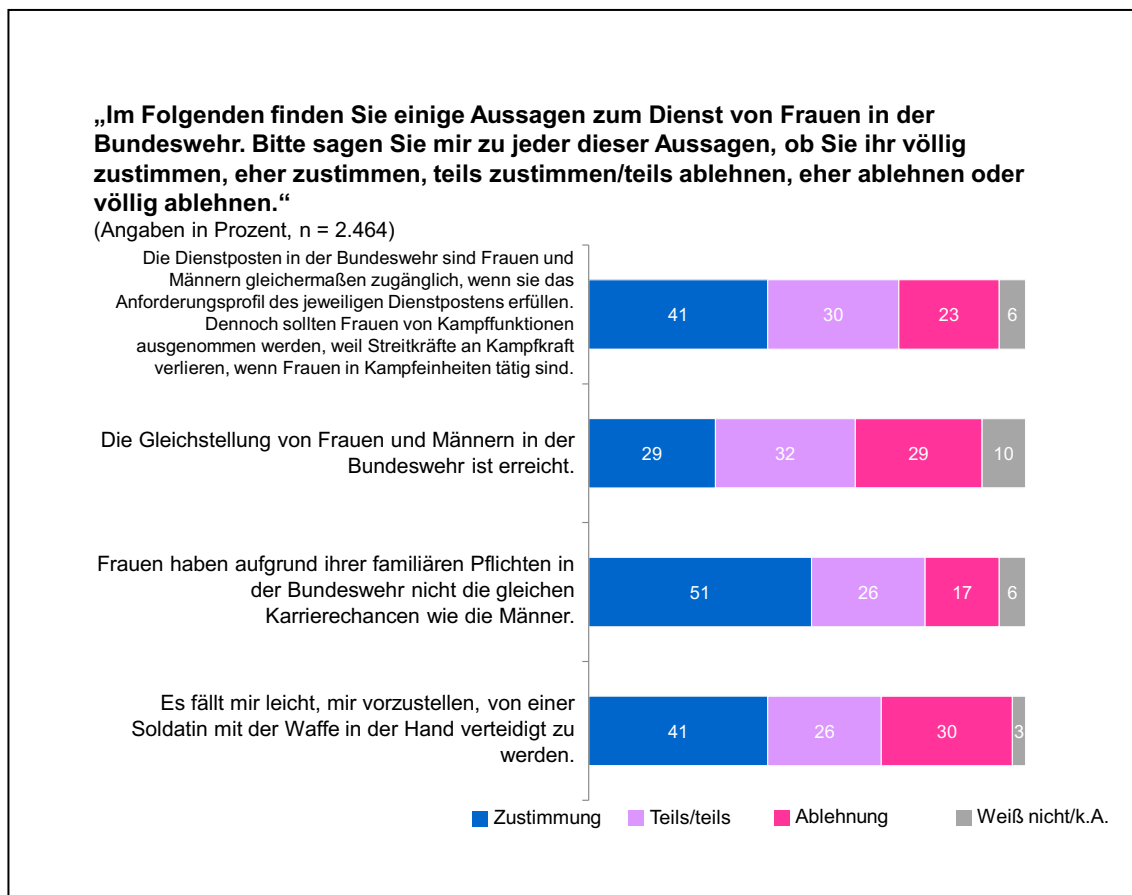
---

<sup>38</sup> Die genaue Fragestellung in der Bevölkerungsbefragung 2001 lautete: „Zum Dienst von Frauen in der Bundeswehr haben wir einige Aussagen zusammengefasst. Wie ist ihre Haltung zu diesen Aussagen? Sagen Sie mir bitte anhand einer Skala von 1 bis 6 inwieweit Sie der jeweiligen Aussage zustimmen oder nicht. Die 1 bedeutet „stimme voll zu“, die 6 bedeutet „stimme überhaupt nicht zu“. Mit den Werten dazwischen können Sie Ihre Meinung abstufen: Wenn Frauen in Kampffunktionen tätig sind, verlieren die Streitkräfte an Kampfkraft.“ Genaue Verteilung: 1: „stimme voll zu“: 13 Prozent, 2: 13 Prozent, 3: 18 Prozent (Zustimmung: 1 bis 3 zusammengefasst), 4: 19 Prozent, 5: 16 Prozent, 6: „stimme überhaupt nicht zu“: 21 Prozent (Ablehnung: 4 bis 6 zusammengefasst), n= 2.462.

<sup>39</sup> Die genaue Fragestellung in der Bevölkerungsbefragung 2001 lautete: „Zum Dienst von Frauen in der Bundeswehr haben wir einige Aussagen zusammengefasst. Wie ist ihre Haltung zu diesen Aussagen? Sagen Sie mir bitte anhand einer Skala von 1 bis 6 inwieweit Sie der jeweiligen Aussage zustimmen oder nicht. Die 1 bedeutet „stimme voll zu“, die 6 bedeutet „stimme überhaupt nicht zu“. Mit den Werten dazwischen können Sie Ihre Meinung abstufen: Es fällt mir leicht, mir vorzustellen, von einer Soldatin mit der Waffe in der Hand verteidigt zu werden.“ Genaue Verteilung: 1: „stimme voll zu“: 9 Prozent, 2: 12 Prozent, 3: 14 Prozent (Zustimmung: 1 bis 3 zusammengefasst), 4: 15 Prozent, 5: 16 Prozent, 6: „stimme überhaupt nicht zu“: 34 Prozent (Ablehnung: 4 bis 6 zusammengefasst), n= 2.462.

Die Zustimmung zu dieser Aussage hat sich also zwischen den beiden Erhebungen um 6 Prozentpunkte vergrößert – allerdings sind die Werte wie erwähnt aufgrund unterschiedlicher Skalen nicht direkt vergleichbar.

**Abbildung 7.7: Einstellungen zu Frauen in der Bundeswehr, Teil 2**



Anmerkungen: Nicht alle Prozentangaben ergeben in der Summe 100 Prozent, da die Einzelwerte gerundet wurden. Zustimmung: Anteile „Stimme völlig zu“ und „Stimme eher zu“ zusammengefasst; Ablehnung: Anteile „Lehne völlig ab“ und „Lehne eher ab“ zusammengefasst.

Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des ZMSBw 2018.

Auf Basis der sieben Fragen zur Integration von Frauen in die Bundeswehr wird ein Integrationsindex gebildet. Dafür wird der Wertebereich der Einzelitems auf eine Skala von 0 (lehne völlig ab) bis 1 (stimme völlig zu) rekodiert und die Variablen so umgeformt, dass höhere Werte eine positivere Haltung zur Integration von Frauen abbilden und niedrigere Werte eine negative Haltung.<sup>40</sup> Dann wird ein Mittelwert über alle Fragen berechnet. Es zeigt sich, dass die Befragten insgesamt die Integration von Frauen in die Bundeswehr ambivalent bewerten (Mittelwert: 0,50) und die Meinungen in diesem Bereich nicht besonders stark variieren (Standardabweichung: 0,16).

Ob es hinsichtlich des Integrationsindex Unterschiede zwischen soziodemografischen Gruppen und Menschen mit unterschiedlicher Wahlabsicht gibt, wird in Tabelle 7.8 abgebildet. Die Ergebnisse zeigen, dass sich die Bewertung der Integration von Frauen in die Bundeswehr nicht zwischen Männern und Frauen, unterschiedlichen Alters-, Bildungs- und Einkommensgruppen, nach regionaler Herkunft oder Migrationshintergrund unterscheidet. Lediglich die Anhänger verschiedener Parteien kommen zu unterschiedlichen Bewertungen. Während Wähler von Union und SPD die Integration von Frauen leicht besser bewerten als der Bevölkerungsdurchschnitt, kommen Unterstützer von AfD, Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen zu leicht negativen Beurteilungen.

---

<sup>40</sup> Cronbachs alpha für den Index beträgt 0,63, d.h. die Reliabilität ist zufriedenstellend.

**Tabelle 7.8: Positionen zur Integration von Frauen in die Bundeswehr in soziodemografischen Gruppen**

	Index Integration von Frauen in die Bundeswehr
<b>Insgesamt</b>	0,50
<b>Geschlecht</b>	n.s.
Männer	0,49
Frauen	0,50
<b>Alter</b>	n.s.
16 bis 29 Jahre	0,51
30 bis 49 Jahre	0,50
50 bis 69 Jahre	0,49
70 Jahre und älter	0,49
<b>Bildungsniveau</b>	n.s.
Hochschul- bzw. Fachhochschulreife	0,49
Realschulabschluss	0,50
Hauptschulabschluss	0,49
<b>Haushaltsnettoeinkommen pro Monat</b>	n.s.
4.001 Euro und mehr	0,48
2.001 bis 4.000 Euro	0,50
Bis 2.000 Euro	0,50
<b>Wahlabsicht Bundestagswahl</b>	***
CDU/CSU	0,52
SPD	0,51
AfD	0,47
FDP	0,50
Die Linke	0,46
Bündnis 90/Die Grünen	0,48
Keine Parteipräferenz, Nichtwähler, w.n./k.A.	0,48
<b>Region</b>	n.s.
Norddeutschland (SH, HH, HB, NI)	0,50
Ostdeutschland (MV, BB, BE, ST, SN, TH)	0,50
Süddeutschland (BW, BY)	0,49
Westdeutschland (NW, RP, HE, SL)	0,50
<b>Migrationshintergrund</b>	n.s.
Ja	0,51
Nein	0,49

Anmerkungen: Wertebereich [0 – gar keine Zustimmung; 1 – volle Zustimmung]; Analyseverfahren: Varianzanalysen, Signifikanzniveau: \*\*\* p < .001; \*\* p < .01; \* p < .05; n.s. = nicht signifikant (p ≥ .05). Der Signifikanztest für die Varianzanalyse gibt an, ob sich der Mittelwert mindestens einer Gruppe von dem Mittelwert mindestens einer anderen Gruppe unterscheidet.

Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des ZMSBw 2018.

## *Fazit*

Insgesamt bieten die Ergebnisse dieses Abschnitts einige Hinweise dafür, dass die Bürgerinnen und Bürger auf Berichterstattung über die Bundeswehr in den Medien reagieren. Im Vergleich zu 2017 zeigen sich in der Analyse der Inhalte ausgewählter Medien 2018 keine dominanten Themen. Es fällt zudem auf, dass verschiedene Medien in sehr unterschiedlichem Ausmaß über die Bundeswehr oder bundeswehrbezogene Themen berichten. Aus den Daten der Bevölkerungsbefragung 2018 wird deutlich, dass die Befragten die Bundeswehr über die Massenmedien und in persönlichen Gesprächen deutlich seltener wahrnehmen. Insgesamt wird die Berichterstattung positiv wahrgenommen: Im Vergleich zu 2017 nehmen die Bürgerinnen und Bürger einen deutlich besseren Medientenor wahr – anders als 2017 gab es keine eindeutig negative und breite Berichterstattung. Bei der Bewertung des Kontakts zwischen Bundeswehr und Gesellschaft sehen viele Befragte noch Verbesserungsmöglichkeiten und machen konkrete Vorschläge.

Die Einstellungen der Bürgerinnen und Bürger zur Öffnung der Bundeswehr für Frauen – ein Aspekt der zivil-militärischen Beziehungen – sind ambivalent. Bei größeren Gruppen der Bevölkerung sind Vorbehalte gegenüber Frauen in den Streitkräften zu erkennen, zudem sind Gleichstellung und Gleichberechtigung von Frauen in der Bundeswehr aus der Perspektive der Befragten noch nicht erreicht. Im Vergleich zu den Ergebnissen der Bevölkerungsbefragung 2001 zeigt sich allerdings eine Verbesserung des Integrationsklimas für Frauen, auch wenn aufgrund geänderter Formulierungen und einer anderen Antwortskala nur ein eingeschränkter Vergleich möglich ist.

## 8 Attraktivität des Arbeitgebers Bundeswehr

*Markus Steinbrecher*

---

Seit der vollständigen Umstellung auf eine Freiwilligenarmee ab 2011 ist es eine besondere Herausforderung für die Bundeswehr, genug Bewerberinnen und Bewerber zu mobilisieren, um den Bedarf an zivilem und militärischem Personal zu decken. In jedem Jahr müssen sich etwa 60.000 junge Menschen, also fast 10 Prozent eines Geburtsjahrgangs, für eine Karriere bei der Bundeswehr interessieren, um die aktuelle Personalstärke zu halten (Fantapié Altobelli et al. 2015: 8). Zum Stichtag 21. August 2018 umfasste die Bundeswehr 179.797 Soldatinnen und Soldaten (Bundesministerium der Verteidigung 2018a) bei einer Sollstärke von 185.000. Im Rahmen der sogenannten Trendwende Personal soll die Bundeswehr bis zum Jahr 2024 auf 198.000 Soldatinnen und Soldaten anwachsen (Bundesministerium der Verteidigung 2017; Personalboard 2017). Eine weitere Erhöhung auf 203.000 Soldatinnen und Soldaten und 66.000 zivile Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bis 2025 wurde am 28. November 2018 beschlossen (Bundesministerium der Verteidigung 2018c). Daher wurde eine Vielzahl von Maßnahmen ins Leben gerufen, um die Anziehungskraft der Bundeswehr als Arbeitgeber zu erhöhen, darunter zum Beispiel die Attraktivitätsagenda („Bundeswehr in Führung – Aktiv. Attraktiv. Anders.“). Zu dem Programm gehören beispielsweise die stärkere Flexibilisierung von Arbeitszeitmodellen, die Reduzierung der Zahl der Versetzungen oder der Ausbau von Kinderbetreuungseinrichtungen. Gleichzeitig erfolgte eine Intensivierung der Personalwerbung, unter anderem im Rahmen der Kampagne „Mach, was wirklich zählt“, mit eigenen Youtube-Serienformaten wie „Die Rekruten“, „Mali“ oder „Die Springer“ sowie eine Bündelung aller Initiativen und Maßnahmen zur Attraktivitätssteigerung in einer Personalstrategie (Bundesministerium der Verteidigung 2016b).

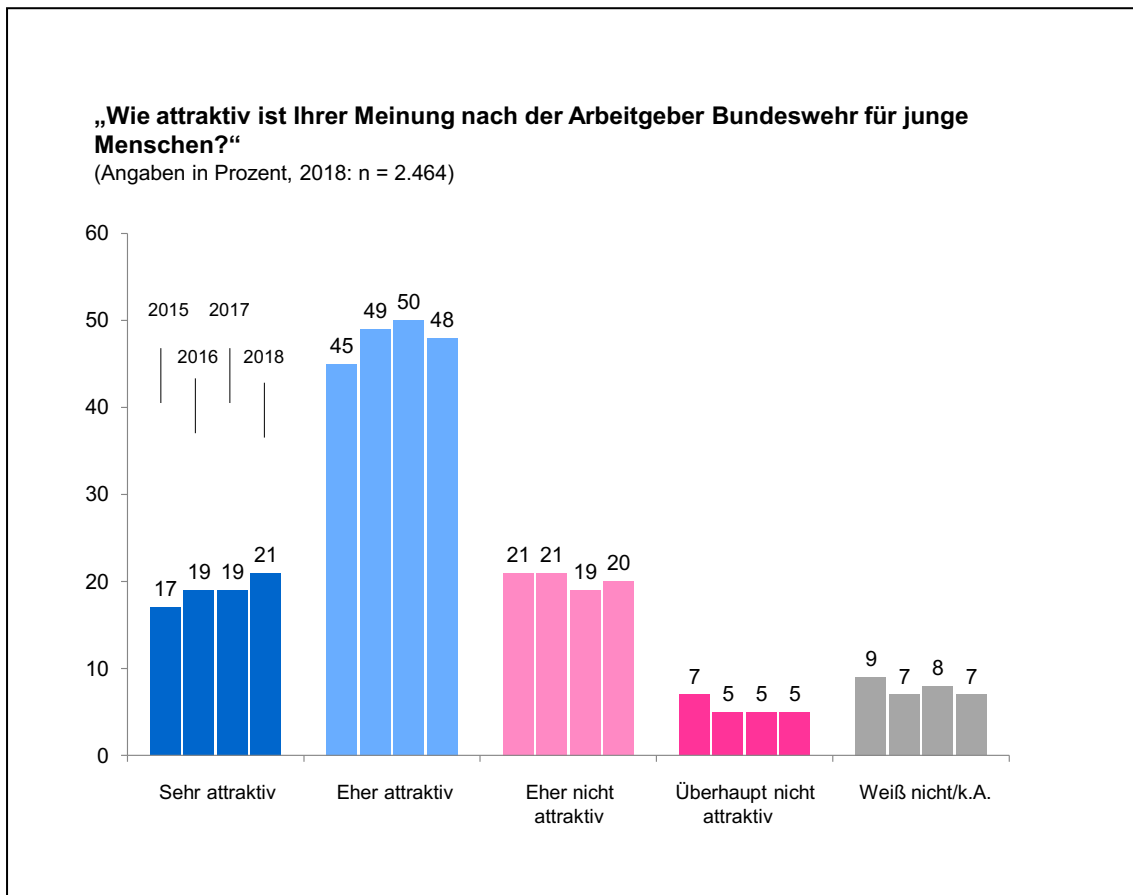
In diesem Abschnitt wird der Blick der Bürgerinnen und Bürger auf die Attraktivität des Arbeitgebers Bundeswehr dargestellt und analysiert. Während zu Beginn deskriptive Statistiken und die Ergebnisse von Gruppenvergleichen präsentiert werden, stehen zum Abschluss des Abschnitts multivariate Analysen zur Erklärung der Attraktivitätswahrnehmung und der Bereitschaft, die Bundeswehr als Arbeitgeber zu empfehlen, im Fokus. So können deren Determinanten genauer herausgearbeitet werden. Bei den Analysen sind drei Fragen besonders wichtig: Inwiefern nehmen die Befragten die Bundeswehr als attraktiven Arbeitgeber wahr? Würden die Bürgerinnen und Bürger Freunden oder Verwandten den Dienst in der Bundeswehr empfehlen? Und unterscheiden sich die Erklärungsfaktoren der Arbeitgeberattraktivität der Bundeswehr und der Bereitschaft, die Bun-

deswehr als Arbeitgeber zu empfehlen, zwischen der Gesamtbevölkerung und der Kernzielgruppe der Personalwerbung der Bundeswehr, den 16- bis 29-Jährigen (Fantapié Altobelli et al. 2015; Hentschel 2013)?

*Wahrnehmungen und Bewertungen der Attraktivitätsagenda der Bundeswehr*

Seit 2015 enthält die Bevölkerungsbefragung einige Fragen zur Attraktivität des Arbeitgebers Bundeswehr. Die Streitkräfte werden 2018 ähnlich attraktiv bewertet wie im Vorjahr (vgl. Abbildung 8.1). 21 Prozent halten die Bundeswehr für einen sehr attraktiven Arbeitgeber für junge Menschen (2017: 19 Prozent), 48 Prozent für eher attraktiv (2017: 50 Prozent). Der Anteil derjenigen, die die Bundeswehr für einen (eher) unattraktiven Arbeitgeber halten, ist mit 25 Prozent im Vergleich zum Vorjahr nahezu unverändert. Gleiches gilt für den Anteil ohne substantielle Meinung (7 Prozent).

**Abbildung 8.1: Attraktivität des Arbeitgebers Bundeswehr für junge Menschen**



Datenbasis: Bevölkerungsbefragungen des ZMSBw 2015–2018.



Betrachtet man die Bewertung der Attraktivität in den soziodemografischen Gruppen, erkennt man einige Unterschiede (vgl. Tabelle 8.1): So beurteilen Männer (73 Prozent)

**Tabelle 8.1: Attraktivität des Arbeitgebers Bundeswehr in soziodemografischen Gruppen**

„Wie attraktiv ist Ihrer Meinung nach der Arbeitgeber Bundeswehr für junge Menschen?“ (Angaben in Prozent)			
	Attraktiv <sup>1</sup>	Nicht attraktiv <sup>2</sup>	Weiß nicht/k.A.
<b>Insgesamt</b>	68	25	7
<b>Geschlecht ***</b>			
Männer	73	23	5
Frauen	64	27	9
<b>Alter n.s.</b>			
16 bis 29 Jahre	68	27	(5)
30 bis 49 Jahre	69	24	8
50 bis 69 Jahre	68	25	(6)
70 Jahre und älter	68	25	(7)
<b>Bildungsniveau n.s.</b>			
Hochschul- bzw. Fachhochschulreife	70	25	(5)
Realschulabschluss	69	25	(6)
Hauptschulabschluss	67	24	9
<b>Haushaltsnettoeinkommen pro Monat n.s.</b>			
4.001 Euro und mehr	72	24	(4)
2.001 bis 4.000 Euro	71	24	5
Bis 2.000 Euro	67	27	(6)
<b>Wahlabsicht Bundestagswahl ***</b>			
CDU/CSU	76	19	(5)
SPD	74	23	(3)
AfD	69	(26)	(5)
FDP	74	(25)	(1)
Die Linke	69	(29)	(2)
Bündnis 90/Die Grünen	57	39	(4)
Keine Parteipräferenz, Nichtwähler	60	26	15
<b>Region ***</b>			
Norddeutschland (SH, HH, HB, NI)	61	31	(8)
Ostdeutschland (MV, BB, BE, ST, SN, TH)	79	17	(5)
Süddeutschland (BW, BY)	66	25	9
Westdeutschland (NW, RP, HE, SL)	68	26	(5)
<b>Migrationshintergrund n.s.</b>			
Ja	71	25	(4)
Nein	68	25	7

Anmerkungen: 1) Anteile „Sehr attraktiv“ und „Eher attraktiv“ zusammengefasst; 2) Anteile „Überhaupt nicht attraktiv“ und „Eher nicht attraktiv“ zusammengefasst. Einzelne Prozentangaben ergeben mitunter in der Summe nicht 100 Prozent, da sie gerundet wurden. Analyseverfahren: Chi<sup>2</sup>-Unabhängigkeits-Test, Signifikanzniveau: \*\*\* p < .001; \*\* p < .01; \* p < .05; n.s. = nicht signifikant (p ≥ .05); Werte in Klammern: n ≤ 50.

Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des ZMSBw 2018.

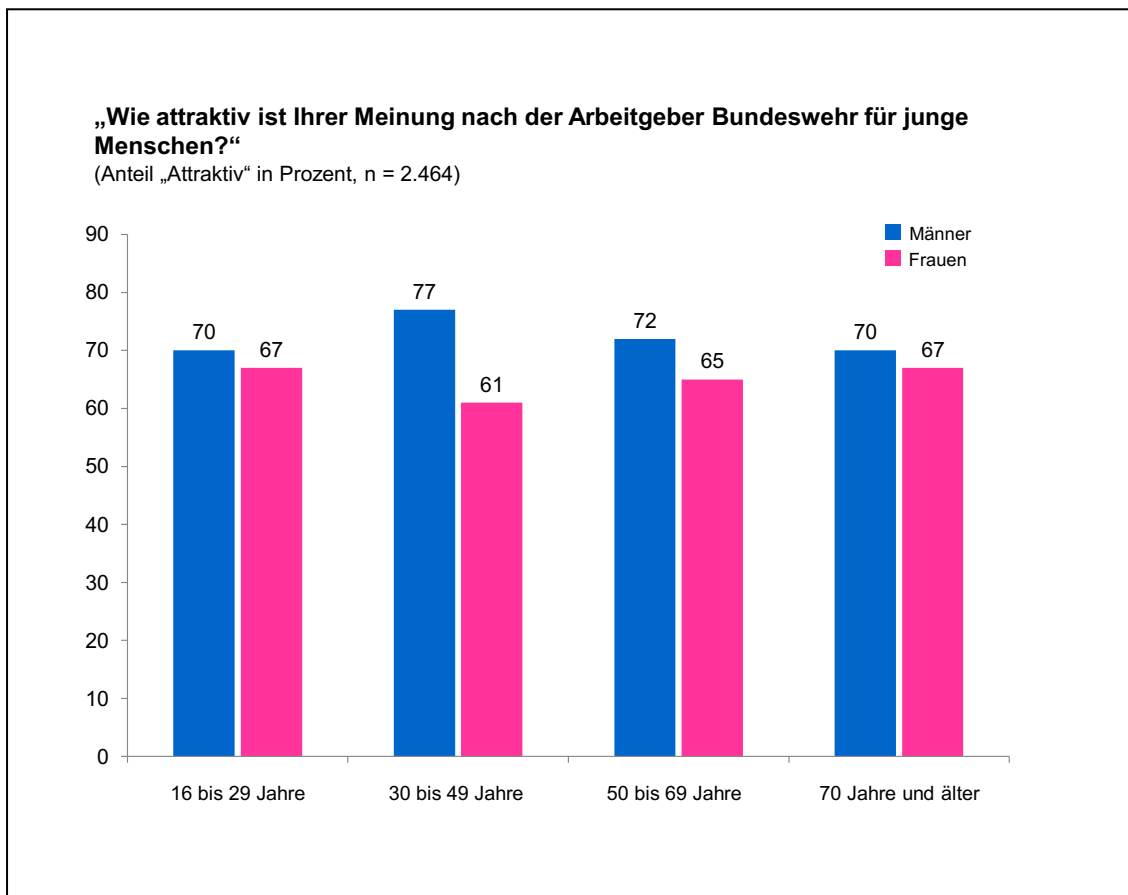
die Bundeswehr deutlich häufiger als sehr oder eher attraktiven Arbeitgeber als Frauen (64 Prozent). Hinsichtlich des Alters oder Bildungsniveaus zeigen sich – anders als im Vorjahr (Steinbrecher 2017a) – keine statistisch signifikanten Gruppenunterschiede. Ebenfalls ohne statistisch signifikanten Einfluss ist das Einkommen oder das Vorliegen eines Migrationshintergrunds. Besonders groß sind die Unterschiede im Hinblick auf die Wahlabsicht der Befragten. Deutlich über dem Gesamtwert aller Bürgerinnen und Bürger liegt die Attraktivitätsbewertung der Anhänger von CDU/CSU (76 Prozent), SPD und FDP (beide 74 Prozent), während diejenigen mit Wahlabsicht für die Grünen (57 Prozent) und Befragte ohne Wahlabsicht (60 Prozent) die Bundeswehr in geringerem Maße, aber immer noch mehrheitlich, als attraktiven Arbeitgeber bewerten. Auch regional gibt es Unterschiede in der Attraktivitätswahrnehmung. Am besten wird die Attraktivität mit 79 Prozent in Ostdeutschland beurteilt. Die Werte für Süd- und Westdeutschland liegen nahe am Gesamtwert für alle Befragten (66 bzw. 68 Prozent). Etwas schlechter wird die Attraktivität der Bundeswehr als Arbeitgeber mit 61 Prozent in Norddeutschland bewertet. Ein Grund für die hohe Attraktivität unter den Ostdeutschen könnte sein, dass die Bundeswehr anders als andere Arbeitgeber ost- und westdeutschen Beschäftigten den gleichen Lohn zahlt.

Abbildung 8.2 konzentriert sich auf die wahrgenommene Attraktivität nach Altersgruppen und Geschlecht. Es wird deutlich, dass in der Kernzielgruppe der Personalwerbung der Bundeswehr – 16- bis 29-Jährige – relativ geringe Unterschiede zwischen Männern (70 Prozent; im Vergleich zum Vorjahr eine Zunahme um 7 Prozentpunkte) und Frauen (67 Prozent; +1 Prozentpunkt) bestehen.<sup>41</sup> Am größten ist die Spanne in der Bewertung zwischen beiden Geschlechtern mit 16 Prozentpunkten in der Gruppe der 30- bis 49-Jährigen. Hier wird für Männer mit 77 Prozent der beste Wert aller Altersgruppen erreicht, für Frauen mit 61 Prozent der schlechteste – möglicherweise spielen hier Bedenken wegen der Vereinbarkeit von Beruf und Familie eine Rolle. Bei den beiden Gruppen ab 50 Jahren schließt sich die Lücke zwischen Männern und Frauen wieder. Blickt man separat auf Männer und Frauen, sind die Unterschiede zwischen den Altersgruppen mit 6 bzw. 7 Prozentpunkten nicht besonders groß.

---

<sup>41</sup> Auch andere Studien zeigen, dass die Bundeswehr bei jungen Menschen einer der attraktivsten potenziellen Arbeitgeber ist. So ergab eine Umfrage des Marktforschungsinstituts Trendence unter 20.000 Schülerinnen und Schülern der Klassen 8 bis 13, dass 12,7 Prozent die Bundeswehr als den attraktivsten Arbeitgeber betrachten (Trendence 2018). Damit liegt die Bundeswehr auf Platz 3 der Umfrage.

**Abbildung 8.2: Attraktivität des Arbeitgebers Bundeswehr für junge Menschen nach Altersgruppen und Geschlecht**



Anmerkung: Anteile „Sehr attraktiv“ und „Eher attraktiv“ zusammengefasst.

Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des ZMSBw 2018.

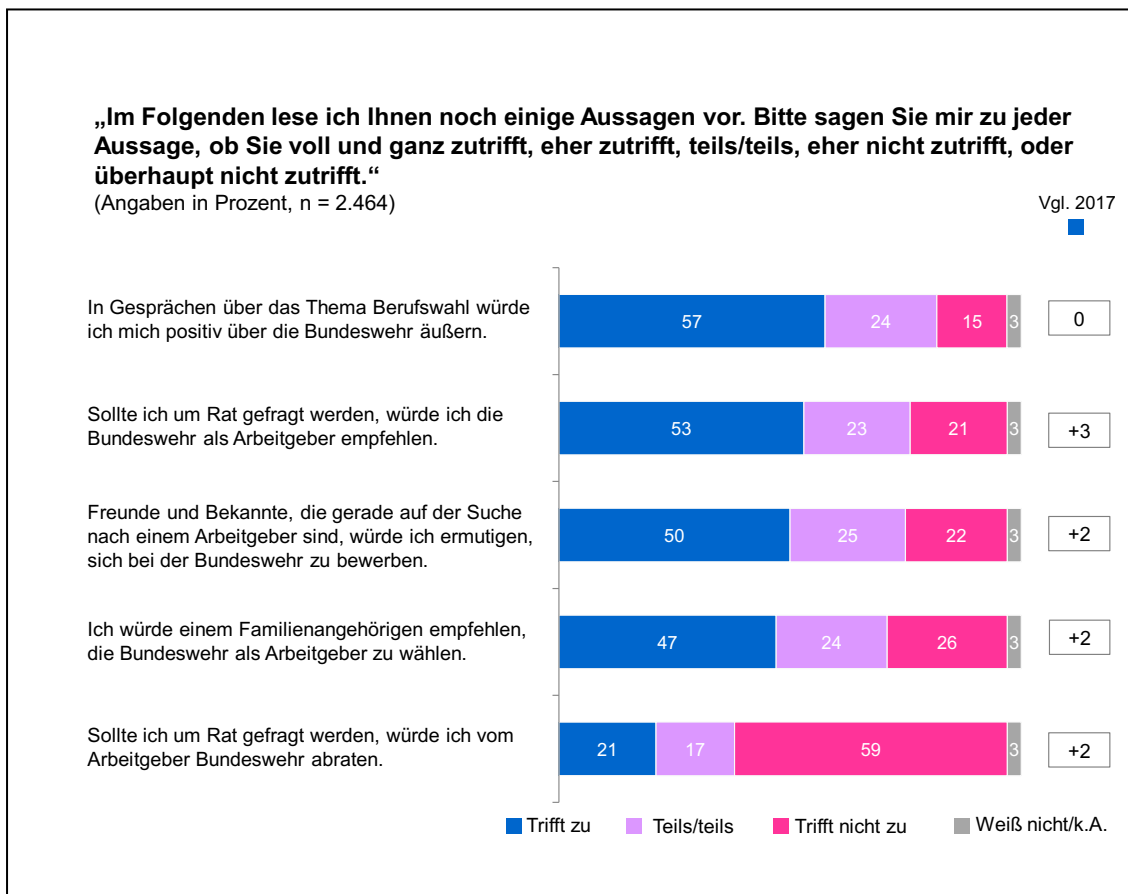
### *Empfehlung der Bundeswehr als Arbeitgeber*

Wenn es darum geht, die Bundeswehr als Arbeitgeber zu empfehlen, sind die Befragten grundsätzlich positiv eingestellt. Die zustimmenden Antworten variieren zwischen 47 und 57 Prozent (vgl. Abbildung 8.3). Die größte Zustimmung erhält mit 57 Prozent die Aussage: „In Gesprächen über das Thema Berufswahl würde ich mich positiv über die Bundeswehr äußern.“ Explizit vom Arbeitgeber Bundeswehr abraten würden nur 21 Prozent der Befragten.

Blickt man auf die Veränderungen zum Vorjahr, zeigt sich bei den positiven Aussagen (obere vier Aussagen in Abbildung 8.3) eine Zunahme von bis zu 3 Prozentpunkten für die Antwortoption „Trifft zu“. Bei der einzigen negativen Aussage (untere Aussage in Abbildung 8.3) nimmt der Anteil derjenigen, die zustimmen, um 2 Prozentpunkte zu. Die durchweg positivere Bewertung bei diesen Empfehlungsfragen könnte ein Indiz für den Erfolg der Werbe- und Öffentlichkeitsmaßnahmen des Arbeitgebers Bundeswehr sein,

liegt aber noch im Bereich der statistischen Fehlertoleranz (vgl. Abschnitt 3 und den Methodenanhang).

**Abbildung 8.3: Empfehlungen für die Bundeswehr als Arbeitgeber**



Anmerkungen: Trifft zu: „Trifft ganz zu“ und „Trifft eher zu“ zusammengefasst; Trifft nicht zu: „Trifft überhaupt nicht zu“ und „Trifft eher nicht zu“ zusammengefasst. Vgl. 2017: Differenz Trifft zu 2018 zu 2017.

Datenbasis: Bevölkerungsbefragungen des ZMSBw 2017 und 2018.

Für die folgenden Analysen werden die fünf Fragen mit ihren jeweils fünf Antwortausprägungen zu einem Index „Empfehlungen für Arbeitgeber Bundeswehr“ zusammengefasst – das letzte Item wurde dafür gedreht, damit es gleichförmig wie die anderen Variablen läuft, d.h. höhere Ausprägungen bedeuten, dass man nicht vom Arbeitgeber Bundeswehr abraten würde. Der Index hat einen Wertebereich von 0 bis 1. Höhere Werte bedeuten, dass ein Befragter die Bundeswehr eher als Arbeitgeber empfehlen würde, niedrigere Werte, dass dies eher nicht der Fall ist. Tabelle 8.2 zeigt die Mittelwerte des Empfehlungsindex in den soziodemografischen Gruppen im Zeitvergleich zwischen 2015 und 2018. Insgesamt ergibt sich eine positive Entwicklung von 0,56 im Jahr 2015 über 0,59 im Jahr 2016 auf 0,61 in den Jahren 2017 und 2018, d.h. die Bereitschaft, die Bundeswehr als Arbeitgeber zu empfehlen, nimmt im Mittel bei allen Befragten zu.

**Tabelle 8.2: Index Empfehlungen für Arbeitgeber Bundeswehr in soziodemografischen Gruppen im Zeitvergleich**

	Index Empfehlungen für Arbeitgeber Bundeswehr (Mittelwerte)			
	2015	2016	2017	2018
<b>Insgesamt</b>	0,56	0,59	0,61	0,61
<b>Geschlecht</b>	***	n.s.	***	***
Männer	0,61	0,59	0,62	0,64
Frauen	0,52	0,58	0,59	0,59
<b>Alter</b>	**	***	**	n.s.
16 bis 29 Jahre	0,53	0,52	0,57	0,60
30 bis 49 Jahre	0,56	0,59	0,61	0,62
50 bis 69 Jahre	0,59	0,62	0,62	0,61
70 Jahre und älter	0,56	0,60	0,61	0,63
<b>Bildungsniveau</b>	n.s.	***	**	n.s.
Hochschul- bzw. Fachhochschulreife	0,56	0,61	0,60	0,60
Realschulabschluss	0,57	0,60	0,63	0,61
Hauptschulabschluss	0,56	0,56	0,60	0,63
<b>Haushaltsnettoeinkommen pro Monat</b>	***	n.s.	n.s.	n.s.
4.001 Euro und mehr	0,60	0,58	0,62	0,62
2.001 bis 4.000 Euro	0,59	0,60	0,62	0,62
Bis 2.000 Euro	0,54	0,59	0,60	0,61
<b>Wahlabsicht Bundestagswahl</b>	***	***	***	***
CDU/CSU	0,60	0,62	0,64	0,67
SPD	0,59	0,64	0,65	0,66
AfD	0,52	0,58	0,65	0,64
FDP	0,60	0,60	0,60	0,65
Die Linke	0,43	0,54	0,54	0,52
Bündnis 90/Die Grünen	0,52	0,56	0,52	0,51
Keine Parteipräferenz, Nichtwähler, w.n./k.A.	0,54	0,54	0,56	0,57
<b>Region</b>	n.s.	**	n.s.	**
Norddeutschland (SH, HH, HB, NI)	0,57	0,56	0,60	0,59
Ostdeutschland (MV, BB, BE, ST, SN, TH)	0,55	0,61	0,63	0,65
Süddeutschland (BW, BY)	0,57	0,60	0,60	0,61
Westdeutschland (NW, RP, HE, SL)	0,57	0,57	0,60	0,61
<b>Migrationshintergrund</b>		n.s.	n.s.	n.s.
Ja	-	0,61	0,63	0,60
Nein	-	0,58	0,60	0,62

Anmerkungen: Wertebereich der abhängigen Variablen ist [0 - keine Empfehlung; 1 - starke Empfehlung]. Analyseverfahren: Varianzanalysen, Signifikanzniveau: \*\*\* p < .001; \*\* p < .01; \* p < .05; n.s. = nicht signifikant (p ≥ .05). Der Signifikanztest für die Varianzanalyse gibt an, ob sich der Mittelwert mindestens einer Gruppe von dem Mittelwert mindestens einer anderen Gruppe unterscheidet.

Datenbasis: Bevölkerungsbefragungen des ZMSBw 2015–2018.

Zwischen weiblichen und männlichen Befragten zeigte sich 2015 ein relativ großer Abstand von 0,09 Punkten, der sich aber 2016 und 2017 deutlich verkleinert hat (0,01 bzw. 0,03 Punkte). 2018 liegt die Differenz zwischen Männern und Frauen bei 0,05 Punkten. Frauen stehen der Bundeswehr als Arbeitgeber ab 2016 deutlich positiver gegenüber als noch 2015 und bleiben in ihrer Bewertung seitdem nahezu konstant. Bei Männern ergibt sich hingegen eine Zunahme des Mittelwerts von 0,59 im Jahr 2016 auf 0,64 im Jahr 2018. Für Alter und Bildung ergeben sich relativ identische positive Entwicklungen des Indexwertes über alle Gruppen hinweg. 2018 haben sich die Teilgruppen in ihrer Bewertung so angeglichen, dass die geringen Unterschiede nicht mehr statistisch signifikant sind: Die verschiedenen Alters- und Bildungsgruppen weichen also in ihrer Bereitschaft, die Bundeswehr als Arbeitgeber zu empfehlen, nicht mehr voneinander ab. Beim Einkommen nimmt vor allem die Empfehlungsbereitschaft derjenigen mit einem Einkommen bis zu 2.000 Euro zu (+0,07 Punkte im Vergleich zu 2015). Auch hier sind die Gruppennittelwerte seit 2016 nicht mehr statistisch voneinander zu unterscheiden. Unter den Parteianhängern weisen die Befürworter der Unionsparteien (0,67), der SPD (0,66), der FDP (0,65) und der AfD (0,64) im Jahr 2018 überdurchschnittliche Werte auf. Deutlich unterdurchschnittlich ist die Empfehlungsbereitschaft unter Anhängern von Bündnis 90/Die Grünen (0,51) und Die Linke (0,52) sowie Befragten ohne Parteipräferenz (0,57). Bei allen Parteigruppen nimmt die Empfehlungsbereitschaft im Zeitverlauf zwischen 2015 und 2018 zu. Die Unterschiede zwischen den Befragten aus den vier Regionen sind zu allen Zeitpunkten gering. Unter den ostdeutschen Befragten nimmt der Wert des Index am stärksten (um 0,10 Punkte) zu. Ein Migrationshintergrund spielt für die Empfehlungsbereitschaft nie eine Rolle.

#### *Multivariate Analysen zur Arbeitgeberattraktivität*

Zum Abschluss dieses Abschnitts sollen mithilfe multivariater Analysen die Erklärungsfaktoren von zwei Indikatoren der wahrgenommenen Attraktivität des Arbeitgebers Bundeswehr untersucht werden. Abhängige Variablen der folgenden Analysen sind zum einen der Empfehlungsindex (vgl. Tabelle 8.2), zum anderen die Frage nach der Attraktivitätswahrnehmung zu Beginn dieses Abschnitts (vgl. Abbildungen 8.1 und 8.2 sowie Tabelle 8.1). Da der Empfehlungsindex eine quasi-metrische Variable ist, werden multivariate lineare Regressionen berechnet. Die Antworten zur Attraktivitätswahrnehmung werden dichotomisiert (1= sehr und eher attraktiv; 0= eher nicht und überhaupt nicht attraktiv, weiß nicht, keine Angabe) und daher als Verfahren multivariate binär-logistische Regressionen verwendet.<sup>42</sup> Als Erklärungsfaktoren gehen soziodemografische Merkmale

---

<sup>42</sup> Für dieses Vorgehen spricht, dass hier vor allem von Interesse ist, die Merkmale und Einstellungen zu bestimmen, die beeinflussen, ob eine Person die Bundeswehr als attraktiven Arbeitgeber bewertet oder

(Ressourcen, Modell I, vgl. Tabelle 8.3), die Wahlabsicht und politische Einstellungen (politisches Interesse, verteidigungspolitische Kompetenzüberzeugung, Bewertung der eigenen und der allgemeinen wirtschaftlichen Lage, Modell II) sowie bundeswehrspezifische Einstellungen (allgemeine Einstellung zur Bundeswehr, spezifische Bewertungen der Leistungen der Bundeswehr und der Soldatinnen und Soldaten sowie die Wahrnehmung der Bundeswehr im persönlichen Bereich und über die Massenmedien, Modelle III und IV) in die Analysen ein. Bei den bundeswehrspezifischen Einstellungen werden zwei separate Modelle berechnet. Eines ohne die Einstellung zur Bundeswehr (Modell III), eines mit dieser Variable (Modell IV). In das Gesamtmodell gehen alle Erklärungsfaktoren ein (Modell V). Durch die schrittweise Vorgehensweise können Wirkungsmechanismen und Einflüsse der einzelnen Variablen besser herausgearbeitet werden. Es wäre sinnvoll gewesen, auch Wertorientierungen und Bedürfnisse als Erklärungsfaktoren einzubeziehen, da sich diese in vorangehenden Untersuchungen zur Arbeitgeberattraktivität als wichtige Erklärungsfaktoren erwiesen haben (Bulmahn/Höfig 2013; Fantapié Altobelli et al. 2015; Richter 2016). In der Bevölkerungsbefragung 2018 wurden diese Aspekte allerdings nicht abgefragt und können daher nicht berücksichtigt werden. Insofern ist davon auszugehen, dass die Effekte der tatsächlich in die Analysen einbezogenen Merkmale und Einstellungen überschätzt werden. Die Analysen für beide abhängigen Variablen werden sowohl für alle Befragten als auch für die 16- bis 29-Jährigen berechnet, da es von besonderem Interesse ist, ob sich die Determinanten in der Kernzielgruppe der Personalwerbung der Bundeswehr von der Grundgesamtheit aller Bürgerinnen und Bürger unterscheiden.

In Tabelle 8.3 sind die Analyseergebnisse aufgeführt, die die Bewertung der Attraktivität des Arbeitgebers Bundeswehr erklären. Werte unter 1 stehen für negative Effekte der jeweiligen Variablen, Werte über 1 repräsentieren im Gegensatz dazu positive Einflüsse. Modell I zeigt, dass Ostdeutsche, Personen mit Migrationshintergrund und Befragte, die bei der Bundeswehr waren oder sind, die Streitkräfte eher als attraktiven Arbeitgeber bewerten. Am stärksten wirkt sich dabei die Region aus.

Unter den politischen Einstellungen und Wahlabsichtsvariablen in Modell II sind die verteidigungspolitische Kompetenzüberzeugung und eine Wahlabsicht für CDU und CSU besonders erklärungsstark – beide wirken sich positiv auf die wahrgenommene Attraktivität aus. Weiterhin zeigen sich bessere Einstufungen der Streitkräfte unter Anhängern der FDP und der SPD. Die anderen Variablen haben keine statistisch signifikanten Effekte.

---

nicht. Zudem kommen ordinal-logistische Regressionsanalysen mit der ursprünglichen Kodierung zu weitgehend identischen Ergebnissen.

In Modell III ergeben sich für eine Vielzahl von Erklärungsfaktoren statistisch signifikante positive Einflüsse auf die Bewertung der Attraktivität des Arbeitgebers Bundeswehr. Besonders erklärungsstark sind die Bewertung der Ausbildung der Soldatinnen und Soldaten und der Einbindung der Bundeswehr in die Gesellschaft (jeweils  $\text{Exp}(b)$ -Werte  $>5$ ). Positiv auf die wahrgenommene Arbeitgeberattraktivität wirken sich auch die Einstufung der Ausrüstung und Bewaffnung der Bundeswehr, die Bewertung der Leistungen der Streitkräfte im Ausland, die Einschätzung des Auftretens der Soldatinnen und Soldaten und die Wahrnehmung der Bundeswehr im persönlichen Bereich und der persönlichen Kommunikation aus. Die Hinzunahme der Einstellung zur Bundeswehr in Modell IV führt nur zu marginalen Veränderungen. Während diese Variable einen relativ starken positiven Effekt hat, schwächen sich die Einflüsse der anderen Faktoren etwas ab.

Für das Gesamtmodell (Modell V) wurden zusätzlich zu den in Tabelle 8.3 dargestellten Koeffizienten die einfacher zu interpretierenden durchschnittlichen marginalen Effekte berechnet (vgl. Tabelle 8.5). Die marginalen Effekte geben Wahrscheinlichkeitsveränderungen für die jeweilige Variable an, während die übrigen Faktoren im Modell konstant gehalten werden. Der Wert in der entsprechenden Zeile repräsentiert die Wahrscheinlichkeitsdifferenz, wenn die jeweilige Variable zwischen Mittelwert minus 2 Standardabweichungen und Mittelwert plus 2 Standardabweichungen variiert wird (metrische Variablen) bzw. das Merkmal vorliegt oder nicht vorliegt (dichotome Variablen). Die anderen Variablen werden auf den Modus (dichotome Variablen) oder Mittelwert gesetzt und so konstant gehalten. Im Gesamtmodell (Modell V in Tabelle 8.3) wird die Dominanz bundeswehrspezifischer Einstellungen deutlich. Aus den beiden anderen Determinantengruppen haben nur drei Variablen einen statistisch signifikanten Effekt. Personen, die in Ostdeutschland wohnen, schätzen mit einer höheren Wahrscheinlichkeit die Bundeswehr als attraktiven Arbeitgeber ein (+13 Prozentpunkte). Gleiches gilt für Anhänger von CDU und CSU (+7 Prozentpunkte) und überraschenderweise für Personen mit Wahlabsicht für Die Linke (+13 Prozentpunkte; vgl. Tabelle 8.5). Es liegt nahe, hinter diesem Effekt vor allem einen Einfluss der Region zu vermuten, weil Die Linke in Ostdeutschland immer noch deutlich populärer ist als in den anderen Teilen des Landes. Insgesamt wird das Modell V allerdings von drei bundeswehrspezifischen Einstellungen dominiert: der Einstellung zur Bundeswehr (+30 Prozentpunkte), der Bewertung der Einbindung der Streitkräfte in die Gesellschaft (+27 Prozentpunkte) sowie der Ausbildung der Soldatinnen und Soldaten (+24 Prozentpunkte).



**Tabelle 8.3: Determinanten der Bewertung der Attraktivität des Arbeitgebers Bundeswehr**

	Bewertung der Attraktivität des Arbeitgebers Bundeswehr				
	Modell I	Modell II	Modell III	Modell IV	Modell V
<i>Ressourcen</i>					
Frauen	0,84 <sup>n.s.</sup>	-	-	-	0,79 <sup>n.s.</sup>
Alter	1,00 <sup>n.s.</sup>	-	-	-	1,00 <sup>n.s.</sup>
Niedrige Bildung	1,04 <sup>n.s.</sup>	-	-	-	0,94 <sup>n.s.</sup>
Hohe Bildung	1,01 <sup>n.s.</sup>	-	-	-	1,27 <sup>n.s.</sup>
Haushaltsnettoeinkommen (bis 2.000 Euro)	0,91 <sup>n.s.</sup>	-	-	-	0,98 <sup>n.s.</sup>
Haushaltsnettoeinkommen (4.001 Euro und mehr)	1,20 <sup>n.s.</sup>	-	-	-	1,35 <sup>n.s.</sup>
Ostdeutschland	2,12 <sup>***</sup>	-	-	-	2,04 <sup>***</sup>
Migrationshintergrund	1,32 <sup>*</sup>	-	-	-	1,21 <sup>n.s.</sup>
Bin/war Soldat	1,70 <sup>***</sup>	-	-	-	1,06 <sup>n.s.</sup>
<i>Politische Einstellungen</i>					
Politisches Interesse	-	1,55 <sup>n.s.</sup>	-	-	1,12 <sup>n.s.</sup>
Verteidigungspolitische Kompetenzüberzeugung	-	1,85 <sup>*</sup>	-	-	0,55 <sup>n.s.</sup>
Eigene wirtschaftliche Lage	-	0,88 <sup>n.s.</sup>	-	-	0,56 <sup>n.s.</sup>
Nationale wirtschaftliche Lage	-	1,52 <sup>n.s.</sup>	-	-	0,83 <sup>n.s.</sup>
Wahlabsicht CDU/CSU	-	1,86 <sup>***</sup>	-	-	1,42 <sup>*</sup>
Wahlabsicht SPD	-	1,69 <sup>***</sup>	-	-	1,18 <sup>n.s.</sup>
Wahlabsicht AfD	-	1,33 <sup>n.s.</sup>	-	-	1,21 <sup>n.s.</sup>
Wahlabsicht FDP	-	1,69 <sup>*</sup>	-	-	1,22 <sup>n.s.</sup>
Wahlabsicht Die Linke	-	1,33 <sup>n.s.</sup>	-	-	2,02 <sup>*</sup>
Wahlabsicht Bündnis 90/Die Grünen	-	0,80 <sup>n.s.</sup>	-	-	1,00 <sup>n.s.</sup>
<i>Bundeswehrspezifische Einstellungen</i>					
Einstellung zur Bundeswehr	-	-	-	5,55 <sup>***</sup>	7,23 <sup>***</sup>
Leistungen Bw im Inland	-	-	0,77 <sup>n.s.</sup>	0,65 <sup>n.s.</sup>	0,54 <sup>n.s.</sup>
Leistungen Bw im Ausland	-	-	3,50 <sup>***</sup>	2,48 <sup>**</sup>	3,11 <sup>***</sup>
Ausrüstung und Bewaffnung Bw	-	-	2,27 <sup>***</sup>	2,01 <sup>**</sup>	2,10 <sup>**</sup>
Einbindung Bw in Gesellschaft	-	-	5,60 <sup>***</sup>	4,81 <sup>***</sup>	5,08 <sup>***</sup>
Auftreten der Soldaten	-	-	3,33 <sup>***</sup>	2,24 <sup>*</sup>	2,13 <sup>*</sup>
Ausbildung der Soldaten	-	-	5,41 <sup>***</sup>	4,09 <sup>***</sup>	4,29 <sup>***</sup>
Index persönliche Wahrnehmung Bw	-	-	1,32 <sup>**</sup>	1,30 <sup>**</sup>	1,28 <sup>**</sup>
Index massenmediale Wahrnehmung Bw	-	-	0,98 <sup>n.s.</sup>	0,97 <sup>n.s.</sup>	0,97 <sup>n.s.</sup>
Konstante	1,75 <sup>***</sup>	0,86 <sup>n.s.</sup>	0,05 <sup>***</sup>	0,05 <sup>***</sup>	0,06 <sup>***</sup>
Nagelkerkes R <sup>2</sup>	0,04	0,05	0,25	0,27	0,30
n	2.464	2.448	2.067	2.041	2.036

Anmerkungen: Wertebereich der abhängigen Variablen [0 - eher nicht und überhaupt nicht attraktiv, weiß nicht, keine Angabe; 1 - sehr und eher attraktiv]. Alle erklärenden Variablen außer Alter [16; 91], Index persönliche Wahrnehmung Bw [0; 3] und Index massenmediale Wahrnehmung Bw [0; 4] haben einen Wertebereich von [0; 1]. Analyseverfahren: Multivariate binär-logistische Regressionen; Effektkoeffizienten (Exp(b)). Signifikanzniveau: \*\*\* p < .001; \*\* p < .01; \* p < .05; n.s. = nicht signifikant (p ≥ .05).

Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des ZMSBw 2018.

Werden diese Aspekte positiv bewertet bzw. ist jemand positiv zu den Streitkräften eingestellt, erhöht sich die Wahrscheinlichkeit deutlich, die Bundeswehr als attraktiven Arbeitgeber wahrzunehmen. Vier weitere Variablen sind noch relevant: Befragte, welche die Leistungen der Bundeswehr bei ihren Einsätzen im Ausland (+19 Prozentpunkte), die

Ausrüstung und Bewaffnung der Streitkräfte (+15 Prozentpunkte) oder das Auftreten der Soldatinnen und Soldaten (+12 Prozentpunkte) positiv bewerten, zeigen eine stärkere Neigung, die Bundeswehr als attraktiven Arbeitgeber für junge Menschen einzuschätzen. Gleiches gilt für Befragte, welche die Bundeswehr über persönliche Kommunikationswege wahrnehmen (+11 Prozentpunkte). Wie schon im Vorjahr (Steinbrecher 2017a) zeigen diese Ergebnisse, dass es die Streitkräfte als Institution und die Soldatinnen und Soldaten als Botschafter ihres Arbeitgebers selbst in der Hand haben, die Meinung der Bevölkerung zur Arbeitgeberattraktivität zu beeinflussen.

Ob diese Zusammenhänge sich in der Zielgruppe der Personalwerbung der Bundeswehr, den 16- bis 29-Jährigen, auch zeigen, geht aus Tabelle 8.4 hervor. Es sei angemerkt, dass aus dieser Altersgruppe insgesamt 478 Personen im Rahmen der Bevölkerungsbefragung 2018 befragt wurden. Diese Fallzahl ist groß genug, um belastbare Aussagen über diese Altersgruppe und mögliche Zusammenhänge bzw. Effekte in der Grundgesamtheit zu treffen, sie sind aber mit einer größeren Unsicherheit belastet. Dies führt einerseits dazu, dass es in den Analysen schwerer ist, übliche Grenzwerte zur Bestimmung der statistischen Signifikanz von Effekten zu übertreffen, andererseits können die Effekte in logistischen Regressionsanalysen instabil sein und sehr kleine oder sehr große Werte annehmen.

In Modell I in Tabelle 8.4 zeigt sich eine Übereinstimmung mit den Analysen für Befragte aller Altersgruppen. Auch unter den 16- bis 29-Jährigen sind Personen mit Wohnsitz in Ostdeutschland eher der Auffassung, dass die Bundeswehr ein attraktiver Arbeitgeber ist. 16- bis 29-Jährige mit niedrigem Einkommen bewerten die Attraktivität hingegen schlechter als Gleichaltrige mit mittlerem Einkommen, die die Kontrollgruppe bilden. Dieser Einkommenseffekt tritt im entsprechenden Modell für alle Altersgruppen nicht auf (vgl. Modell I in Tabelle 8.3).

In Modell II zeigen sich zwei Parallelen zu den Ergebnissen für alle Altersgruppen. Personen, die sich als verteidigungspolitisch kompetent einschätzen, bewerten die Bundeswehr eher als attraktiven Arbeitgeber. Gleiches gilt für Befragte mit einer Wahlabsicht für die Unionsparteien. Anders als in Modell II für die gesamte Bevölkerung (vgl. Tabelle 8.3) gibt es bei den 16- bis 29-Jährigen aber einen positiven Effekt für die Anhänger der AfD.

**Tabelle 8.4: Determinanten der Bewertung der Attraktivität des Arbeitgebers Bundeswehr unter 16- bis 29-jährigen**

	Bewertung der Attraktivität des Arbeitgebers Bundeswehr				
	Modell I	Modell II	Modell III	Modell IV	Modell V
<i>Ressourcen</i>					
Frauen	0,90 <sup>n.s.</sup>	-	-	-	1,00 <sup>n.s.</sup>
Alter	1,02 <sup>n.s.</sup>	-	-	-	1,09 <sup>n.s.</sup>
Niedrige Bildung	0,67 <sup>n.s.</sup>	-	-	-	0,39 <sup>n.s.</sup>
Hohe Bildung	1,10 <sup>n.s.</sup>	-	-	-	2,85*
Haushaltsnettoeinkommen (bis 2.000 Euro)	0,54**	-	-	-	0,42*
Haushaltsnettoeinkommen (4.001 Euro und mehr)	0,98 <sup>n.s.</sup>	-	-	-	1,65 <sup>n.s.</sup>
Ostdeutschland	2,63**	-	-	-	3,84*
Migrationshintergrund	1,42 <sup>n.s.</sup>	-	-	-	1,22 <sup>n.s.</sup>
Bin/war Soldat	1,39 <sup>n.s.</sup>	-	-	-	0,31 <sup>n.s.</sup>
<i>Politische Einstellungen</i>					
Politisches Interesse	-	0,69 <sup>n.s.</sup>	-	-	0,65 <sup>n.s.</sup>
Verteidigungspolitische Kompetenz-überzeugung	-	6,00**	-	-	0,98 <sup>n.s.</sup>
Eigene wirtschaftliche Lage	-	1,23 <sup>n.s.</sup>	-	-	0,10*
Nationale wirtschaftliche Lage	-	1,69 <sup>n.s.</sup>	-	-	1,50 <sup>n.s.</sup>
Wahlabsicht CDU/CSU	-	6,53***	-	-	29,95**
Wahlabsicht SPD	-	1,63 <sup>n.s.</sup>	-	-	0,53 <sup>n.s.</sup>
Wahlabsicht AfD	-	2,41*	-	-	2,12 <sup>n.s.</sup>
Wahlabsicht FDP	-	0,87 <sup>n.s.</sup>	-	-	0,34 <sup>n.s.</sup>
Wahlabsicht Die Linke	-	1,13 <sup>n.s.</sup>	-	-	8,76 <sup>n.s.</sup>
Wahlabsicht Bündnis 90/Die Grünen	-	0,66 <sup>n.s.</sup>	-	-	0,41 <sup>n.s.</sup>
<i>Bundeswehrenspezifische Einstellungen</i>					
Einstellung zur Bundeswehr	-	-	-	6,51 <sup>n.s.</sup>	26,58**
Leistungen Bw im Inland	-	-	0,23*	0,21*	0,06**
Leistungen Bw im Ausland	-	-	24,65***	19,62***	17,78**
Ausrüstung und Bewaffnung Bw	-	-	1,95 <sup>n.s.</sup>	1,89 <sup>n.s.</sup>	2,60 <sup>n.s.</sup>
Einbindung Bw in Gesellschaft	-	-	6,37*	5,44*	13,80*
Auftreten der Soldaten	-	-	3,23 <sup>n.s.</sup>	1,45 <sup>n.s.</sup>	3,77 <sup>n.s.</sup>
Ausbildung der Soldaten	-	-	10,18**	7,88*	9,23*
Index persönliche Wahrnehmung Bw	-	-	1,85**	1,84**	2,19**
Index massenmediale Wahrnehmung Bw	-	-	1,17 <sup>n.s.</sup>	1,16 <sup>n.s.</sup>	1,03 <sup>n.s.</sup>
Konstante	0,86 <sup>n.s.</sup>	0,64 <sup>n.s.</sup>	0,02***	0,02***	0,00***
Nagelkerkes R <sup>2</sup>	0,07	0,15	0,39	0,41	0,57
n	473	468	385	380	378

Anmerkungen: Wertebereich der abhängigen Variablen ist [0 - eher nicht und überhaupt nicht attraktiv, weiß nicht, keine Angabe; 1 - sehr und eher attraktiv]. Alle erklärenden Variablen außer Alter [16; 91], Index persönliche Wahrnehmung Bw [0; 3] und Index massenmediale Wahrnehmung Bw [0; 4] haben einen Wertebereich von [0; 1]. Analyseverfahren: Multivariate binär-logistische Regressionen; Effektkoeffizienten (Exp(b)). Signifikanzniveau: \*\*\* p < .001; \*\* p < .01; \* p < .05; n.s. = nicht signifikant (p ≥ .05).

Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des ZMSBw 2018.

**Tabelle 8.5: Marginale Effekte für Determinanten der Bewertung der Attraktivität des Arbeitgebers Bundeswehr**

	Bewertung der Attraktivität des Arbeitgebers Bundeswehr	
	Alle Befragten	16- bis 29-Jährige
<i>Ressourcen</i>		
Frauen	-5 <sup>n.s.</sup>	+0 <sup>n.s.</sup>
Alter	-3 <sup>n.s.</sup>	+14 <sup>n.s.</sup>
Niedrige Bildung	-1 <sup>n.s.</sup>	-16 <sup>n.s.</sup>
Hohe Bildung	+5 <sup>n.s.</sup>	+9*
Haushaltsnettoeinkommen (bis 2.000 Euro)	+0 <sup>n.s.</sup>	-14*
Haushaltsnettoeinkommen (4.001 Euro und mehr)	+6 <sup>n.s.</sup>	+5 <sup>n.s.</sup>
Ostdeutschland	+13***	+10*
Migrationshintergrund	+4 <sup>n.s.</sup>	+2 <sup>n.s.</sup>
Bin/war Soldat	+1 <sup>n.s.</sup>	-21 <sup>n.s.</sup>
<i>Politische Einstellungen</i>		
Politisches Interesse	+2 <sup>n.s.</sup>	-5 <sup>n.s.</sup>
Verteidigungspolitische Kompetenzüberzeugung	-10 <sup>n.s.</sup>	+0 <sup>n.s.</sup>
Eigene wirtschaftliche Lage	-9 <sup>n.s.</sup>	-23*
Nationale wirtschaftliche Lage	-3 <sup>n.s.</sup>	+4 <sup>n.s.</sup>
Wahlabsicht CDU/CSU	+7*	+14**
Wahlabsicht SPD	+3 <sup>n.s.</sup>	-10 <sup>n.s.</sup>
Wahlabsicht AfD	+4 <sup>n.s.</sup>	+7 <sup>n.s.</sup>
Wahlabsicht FDP	+4 <sup>n.s.</sup>	-19 <sup>n.s.</sup>
Wahlabsicht Die Linke	+13*	+13 <sup>n.s.</sup>
Wahlabsicht Bündnis 90/Die Grünen	+0 <sup>n.s.</sup>	-15 <sup>n.s.</sup>
<i>Bundeswehrspezifische Einstellungen</i>		
Einstellung zur Bundeswehr	+30***	+36**
Leistungen Bw im Inland	-8 <sup>n.s.</sup>	-19**
Leistungen Bw im Ausland	+19***	+36**
Ausrüstung und Bewaffnung Bw	+15**	+12 <sup>n.s.</sup>
Einbindung Bw in Gesellschaft	+27***	+31*
Auftreten der Soldaten	+12*	+13 <sup>n.s.</sup>
Ausbildung der Soldaten	+24***	+23*
Index persönliche Wahrnehmung Bw	+11**	+18**
Index massenmediale Wahrnehmung Bw	+3 <sup>n.s.</sup>	+1 <sup>n.s.</sup>

Anmerkungen: Die marginalen Effekte geben (gerundete) Wahrscheinlichkeitsveränderungen (in Prozent) für die jeweilige Variable an, während die übrigen Faktoren im Modell konstant gehalten werden. Der Wert in der entsprechenden Zeile gibt die Wahrscheinlichkeitsdifferenz an, wenn die jeweilige Variable zwischen Mittelwert minus 2 Standardabweichungen und Mittelwert plus 2 Standardabweichungen variiert wird (metrische Variablen) bzw. das Merkmal vorliegt oder nicht vorliegt (dichotome Variablen). Die anderen Variablen werden auf den Modus (dichotome Variablen) oder Mittelwert gesetzt. Die Werte basieren auf Modell V in den Tabellen 8.3 und 8.4. Signifikanzniveau: \*\*\* p < .001; \*\* p < .01; \* p < .05; n.s. = nicht signifikant (p ≥ .05).

Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des ZMSBw 2018.

Für die Modelle III und IV zeigen sich im Vergleich zwischen jungen und allen Befragten weitgehend identische Ergebnisse: Bewertet jemand die Leistungen im Ausland, die Einbindung in die Gesellschaft sowie die Ausbildung der Soldatinnen und Soldaten besser

und nimmt die Bundeswehr im Rahmen persönlicher Kommunikation wahr, wird die Arbeitgeberattraktivität besser eingeschätzt. Drei Unterschiede sind zu verzeichnen: Die Einstellung zur Bundeswehr hat bei den Jüngeren in Modell IV keinen statistisch signifikanten Einfluss. Dasselbe gilt für die Bewertung von Ausrüstung und Bewaffnung. Diese spielt für die Arbeitgeberattraktivität unter jungen Befragten keine Rolle. Außerdem hat die Bewertung der Leistungen im Inland bei den 16- bis 29-Jährigen einen negativen Effekt auf die Bewertung der Streitkräfte als Arbeitgeber.

Auch in Modell V zeigen sich weitgehende Übereinstimmungen der Ergebnisse für die jungen Befragten und die gesamte Stichprobe. Auch hier soll der Einfachheit halber für die Interpretation der Stärke der Koeffizienten auf die marginalen Effekte in Tabelle 8.5 eingegangen werden: Personen mit Wohnsitz in Ostdeutschland (+10 Prozentpunkte) bewerten die Bundeswehr als attraktiveren Arbeitgeber, genauso wie Anhänger von CDU und CSU (+14 Prozentpunkte). Eine positive Einstellung zu den Streitkräften (+36 Prozentpunkte), bessere Bewertungen der Leistungen der Bundeswehr im Ausland (+36 Prozentpunkte), eine positivere Einschätzung der Einbindung der Streitkräfte in die Gesellschaft (+31 Prozentpunkte) und der Ausbildung der Soldatinnen und Soldaten (+23 Prozentpunkte) führen genauso zu besseren Attraktivitätsbewertungen wie eine stärkere Wahrnehmung der Bundeswehr in der persönlichen Kommunikation (+18 Prozentpunkte). Unterschiede zwischen den 16- bis 29-Jährigen und der Gesamtbevölkerung ergeben sich hinsichtlich Bildung und Einkommen: Personen in der jungen Altersgruppe mit hoher Bildung bewerten die Bundeswehr eher als attraktiven Arbeitgeber (+9 Prozentpunkte). Dies gilt auch für Personen mit mittlerem Einkommen im Vergleich zu Gleichaltrigen mit niedrigem Einkommen (+14 Prozentpunkte). Interessanterweise hat auch die Bewertung der eigenen wirtschaftlichen Lage einen statistisch signifikanten Einfluss: 16- bis 29-Jährige, die ihre eigene Lage positiver einschätzen, sehen die Bundeswehr in geringerem Maße als attraktiven Arbeitgeber (-23 Prozentpunkte). Dieses Ergebnis steht scheinbar im Widerspruch zu dem Effekt für Einkommen, zeigt aber vor allem, dass die subjektiv empfundene wirtschaftliche Lage von größerem Belang ist als objektive ökonomische Indikatoren wie das Einkommen. Stark bemerkbar macht sich auch der negative Effekt für Bewertungen der Leistungen der Bundeswehr im Inland (-19 Prozentpunkte). Diese Unterschiede können allerdings nicht über die weitgehenden Übereinstimmungen hinwegtäuschen. Es ergeben sich fast durchgängig lediglich Differenzen im Ausmaß der Effekte. Fast alle Variablen mit statistisch signifikanten Effekten wirken sich bei den jüngsten Befragten stärker auf die Bewertung der Attraktivität aus als bei allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern der Bevölkerungsbefragung 2018.

In weiteren umfassenden Analysen wird der Empfehlungsindex (aus Tabelle 8.2) als abhängige Variable verwendet, der angibt, ob ein Befragter die Bundeswehr als Arbeitgeber

empfehlen würde. Anders als in den vorherigen Analysen geht es also nicht um eine Bewertung oder Einschätzung, sondern darum, ob jemand aktiv für die Bundeswehr Partei ergreifen und einem Freund oder Verwandten empfehlen würde, sich bei der Bundeswehr zu bewerben bzw. zu arbeiten. Die Ergebnisse sind in den Tabellen 8.6 und 8.7 dargestellt. Die Vorgehensweise erfolgt analog zu den vorangehenden Analysen. Allerdings wird hier mit der linearen Regression ein anderes Verfahren genutzt, so dass die Stärke der Koeffizienten zwischen den Tabellen für die unterschiedlichen abhängigen Variablen nicht miteinander verglichen werden kann. Innerhalb der Tabellen 8.6 und 8.7 ist dieser Vergleich sehr wohl möglich, weil standardisierte Effekte ausgewiesen werden. Demzufolge hat in Modell I (Tabelle 8.6) die militärische Erfahrung (bin/war Soldat) den stärksten Einfluss. Hat jemand diese Erfahrung, erhöht sich der Indexwert um 0,08 Punkte (nicht-standardisierter Effekt, tabellarisch nicht ausgewiesen). Ebenfalls positiv wirken sich der Wohnort eines Befragten in Ostdeutschland und ein niedriges Bildungsniveau aus. Die anderen Variablen in Modell I haben keine statistisch signifikanten Effekte.

Unter den politischen Einstellungen und Verhaltensweisen in Modell II haben vier Variablen ähnlich starke positive Effekte: die verteidigungspolitische Kompetenzüberzeugung, die Bewertung der nationalen wirtschaftlichen Lage sowie eine Wahlabsicht für CDU/CSU oder die SPD. Personen mit einer Wahlabsicht für FDP oder AfD würden ebenfalls die Bundeswehr eher als Arbeitgeber empfehlen, allerdings sind die Effekte für diese beiden Anhängergruppen schwächer. Negativ auf die Empfehlungsbereitschaft wirken sich Wahlabsichten für Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke aus.

Modell III zeigt auch für diese abhängige Variable, dass es vor allem bundeswehrspezifische Einstellungen sind, die Variationen in der Empfehlungsbereitschaft erklären können: Der Anteil erklärter Varianz liegt bei 38 Prozent, alle Variablen im Modell haben statistisch signifikante positive Effekte, d.h. positivere Bewertungen bzw. eine stärkere Wahrnehmung führen zu einer größeren Empfehlungsbereitschaft. Mit Abstand am stärksten wirken sich die Bewertung der Leistungen der Bundeswehr im Ausland sowie der Ausbildung der Soldatinnen und Soldaten aus. Die schwächsten Effekte haben die Bewertung der Leistungen der Streitkräfte im Inland sowie der Index, welcher die massmediale Wahrnehmung der Bundeswehr misst.

In Modell IV ändert sich durch Einbeziehung der Einstellung zur Bundeswehr an diesen positiven Wirkungsmechanismen wenig. Diese Variable ist mit großem Abstand der erklärungsstärkste Einflussfaktor. Nicht mehr statistisch signifikant ist im Vergleich zu Modell III die Leistungsbewertung der Streitkräfte im Inland.

Im Gesamtmodell – Modell V – bestätigen sich diese Ergebnisse weitgehend, vor allem die bundeswehrspezifischen Einstellungen erweisen sich als besonders starke Erklärungsfaktoren, die politischen Einstellungen verlieren weitgehend ihre Bedeutung. Unter den

Ressourcen wirkt sich ein niedriges Bildungsniveau positiv auf den Empfehlungsindex aus, genauso wie ein Wohnort in Ostdeutschland. Militärische Erfahrung hat im Gegensatz zu Modell I keinen statistisch signifikanten Effekt mehr, wohl aber das Alter: Mit zunehmendem Alter würden Befragte die Bundeswehr seltener als Arbeitgeber empfehlen.

Von den politischen Einstellungen haben im Gesamtmodell nur noch drei Variablen statistisch signifikante Effekte. Wähler der Unionsparteien, der SPD und der AfD würden die Bundeswehr eher als Arbeitgeber empfehlen. Mit großem Abstand den stärksten Effekt aller Einflussfaktoren hat die Einstellung zur Bundeswehr. Personen, die den Streitkräften besonders positiv gegenüberstehen, haben eine um 0,41 Punkte höhere Bereitschaft (nicht-standardisierter Effekt, tabellarisch nicht ausgewiesen), die Bundeswehr als Arbeitgeber zu empfehlen als Befragte, die eine sehr negative Einstellung haben. Alle anderen Variablen aus dieser Gruppe, mit Ausnahme der Bewertung der Leistungen der Bundeswehr im Inland, haben einen positiven, statistisch signifikanten Einfluss auf die Empfehlungsbereitschaft.

Die Analysen für den Index Empfehlungsbereitschaft wurden ebenfalls für die 16- bis 29-Jährigen separat berechnet. Tabelle 8.7 zeigt die entsprechenden Ergebnisse. Wie schon für die Attraktivitätsbewertung gilt auch hier, dass durch die deutlich niedrigere Zahl der berücksichtigten Befragten herkömmliche Grenzwerte für die Feststellung der statistischen Signifikanz von Effekten deutlich schwieriger zu überwinden sind. Dies spiegelt sich in der geringeren Zahl an insgesamt statistisch signifikanten Effekten wider. Blickt man auf die einzelnen Modelle, so ist in Modell I lediglich die regionale Herkunft relevant. Auch unter den jungen Befragten würden Personen mit Wohnsitz in Ostdeutschland die Bundeswehr in stärkerem Maße als Arbeitgeber empfehlen. Die Ergebnisse von Modell II für die 16- bis 29-Jährigen entsprechen weitestgehend den Befunden für alle Befragten: Junge Leute mit Wahlabsicht für CDU/CSU, SPD oder AfD würden die Streitkräfte eher als Arbeitgeber empfehlen, solche mit Wahlabsicht für Bündnis 90/Die Grünen würden dies eher nicht tun. Ansonsten würden Befragte mit stärkerer verteidigungspolitischer Kompetenzüberzeugung sowie besserer Bewertung der nationalen wirtschaftlichen Lage die Bundeswehr eher als Arbeitgeber empfehlen. Im Unterschied zu Modell III für alle Befragten sind bei den Analysen für die Kernzielgruppe der Personalwerbung der Bundeswehr weniger Variablen relevant – alle mit statistisch signifikanten Einflüssen haben aber ein positives Vorzeichen. Wird in Modell IV die Einstellung zur Bundeswehr in die Analysen mit aufgenommen, dominiert diese Variable das Modell deutlich (mit einem starken positiven Effekt). Nur eine weitere Variable hat in diesem Modell noch einen statistisch signifikanten (positiven) Effekt: die Bewertung der Ausbildung der Soldatinnen und Soldaten.

**Tabelle 8.6: Determinanten der Empfehlung der Bundeswehr als Arbeitgeber**

	Index Empfehlung der Bundeswehr als Arbeitgeber				
	Modell I	Modell II	Modell III	Modell IV	Modell V
<i>Ressourcen</i>					
Frauen	-0,04 <sup>n.s.</sup>	-	-	-	-0,03 <sup>n.s.</sup>
Alter	0,00 <sup>n.s.</sup>	-	-	-	-0,04*
Niedrige Bildung	0,05*	-	-	-	0,06**
Hohe Bildung	-0,03 <sup>n.s.</sup>	-	-	-	-0,01 <sup>n.s.</sup>
Haushaltsnettoeinkommen (bis 2.000 Euro)	-0,01 <sup>n.s.</sup>	-	-	-	0,01 <sup>n.s.</sup>
Haushaltsnettoeinkommen (4.001 Euro und mehr)	0,01 <sup>n.s.</sup>	-	-	-	0,02 <sup>n.s.</sup>
Ostdeutschland	0,09***	-	-	-	0,07***
Migrationshintergrund	-0,01 <sup>n.s.</sup>	-	-	-	-0,03 <sup>n.s.</sup>
Bin/war Soldat	0,13***	-	-	-	0,01 <sup>n.s.</sup>
<i>Politische Einstellungen</i>					
Politisches Interesse	-	0,01 <sup>n.s.</sup>	-	-	-0,03 <sup>n.s.</sup>
Verteidigungspolitische Kompetenzüberzeugung	-	0,10***	-	-	0,03 <sup>n.s.</sup>
Eigene wirtschaftliche Lage	-	0,03 <sup>n.s.</sup>	-	-	-0,01 <sup>n.s.</sup>
Nationale wirtschaftliche Lage	-	0,10***	-	-	0,00 <sup>n.s.</sup>
Wahlabsicht CDU/CSU	-	0,12***	-	-	0,06*
Wahlabsicht SPD	-	0,12***	-	-	0,05*
Wahlabsicht AfD	-	0,06**	-	-	0,05*
Wahlabsicht FDP	-	0,05*	-	-	0,03 <sup>n.s.</sup>
Wahlabsicht Die Linke	-	-0,06*	-	-	0,00 <sup>n.s.</sup>
Wahlabsicht Bündnis 90/Die Grünen	-	-0,09***	-	-	-0,01 <sup>n.s.</sup>
<i>Bundeswehrspezifische Einstellungen</i>					
Einstellung zur Bundeswehr	-	-	-	0,35***	0,35***
Leistungen Bw im Inland	-	-	0,04*	0,01 <sup>n.s.</sup>	0,01 <sup>n.s.</sup>
Leistungen Bw im Ausland	-	-	0,20***	0,13***	0,13***
Ausrüstung und Bewaffnung Bw	-	-	0,08***	0,05**	0,05*
Einbindung Bw in Gesellschaft	-	-	0,11***	0,07**	0,08***
Auftreten der Soldaten	-	-	0,15***	0,08***	0,07**
Ausbildung der Soldaten	-	-	0,23***	0,15***	0,15***
Index persönliche Wahrnehmung Bw	-	-	0,09***	0,07***	0,07***
Index massenmediale Wahrnehmung Bw	-	-	0,06**	0,05**	0,04*
Korrigiertes R <sup>2</sup>	0,03	0,08	0,38	0,45	0,46
n	2.418	2.410	2.060	2.039	2.038

Anmerkungen: Wertebereich der abhängigen Variablen [0 - keine Empfehlung des Arbeitgebers Bundeswehr; 1 - starke Empfehlung des Arbeitgebers Bundeswehr]. Alle erklärenden Variablen mit Ausnahme von Alter [16; 91], Index persönliche Wahrnehmung Bw [0; 3] und Index massenmediale Wahrnehmung Bundeswehr [0; 4] haben einen Wertebereich von [0; 1]. Analyseverfahren: Multiple lineare Regressionen; standardisierte Regressionskoeffizienten (beta). Signifikanzniveau: \*\*\* p < .001; \*\* p < .01; \* p < .05; n.s. = nicht signifikant (p ≥ .05).

Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des ZMSBw 2018.



**Tabelle 8.7: Determinanten der Empfehlung der Bundeswehr als Arbeitgeber unter 16- bis 29-jährigen**

	Index Empfehlung der Bundeswehr als Arbeitgeber				
	Modell I	Modell II	Modell III	Modell IV	Modell V
<i>Ressourcen</i>					
Frauen	-0,07 <sup>n.s.</sup>	-	-	-	-0,07 <sup>n.s.</sup>
Alter	0,03 <sup>n.s.</sup>	-	-	-	0,02 <sup>n.s.</sup>
Niedrige Bildung	-0,04 <sup>n.s.</sup>	-	-	-	-0,01 <sup>n.s.</sup>
Hohe Bildung	-0,04 <sup>n.s.</sup>	-	-	-	-0,02 <sup>n.s.</sup>
Haushaltsnettoeinkommen (bis 2.000 Euro)	-0,05 <sup>n.s.</sup>	-	-	-	-0,03 <sup>n.s.</sup>
Haushaltsnettoeinkommen (4.001 Euro und mehr)	-0,03 <sup>n.s.</sup>	-	-	-	-0,01 <sup>n.s.</sup>
Ostdeutschland	0,10*	-	-	-	0,05 <sup>n.s.</sup>
Migrationshintergrund	0,01 <sup>n.s.</sup>	-	-	-	-0,05 <sup>n.s.</sup>
Bin/war Soldat	0,09 <sup>n.s.</sup>	-	-	-	0,06 <sup>n.s.</sup>
<i>Politische Einstellungen</i>					
Politisches Interesse	-	-0,05 <sup>n.s.</sup>	-	-	-0,06 <sup>n.s.</sup>
Verteidigungspolitische Kompetenzüberzeugung	-	0,12*	-	-	-0,06 <sup>n.s.</sup>
Eigene wirtschaftliche Lage	-	0,06 <sup>n.s.</sup>	-	-	-0,01 <sup>n.s.</sup>
Nationale wirtschaftliche Lage	-	0,11*	-	-	0,02 <sup>n.s.</sup>
Wahlabsicht CDU/CSU	-	0,15**	-	-	0,07 <sup>n.s.</sup>
Wahlabsicht SPD	-	0,11*	-	-	0,00 <sup>n.s.</sup>
Wahlabsicht AfD	-	0,12*	-	-	0,07 <sup>n.s.</sup>
Wahlabsicht FDP	-	0,01 <sup>n.s.</sup>	-	-	0,01 <sup>n.s.</sup>
Wahlabsicht Die Linke	-	-0,06 <sup>n.s.</sup>	-	-	0,01 <sup>n.s.</sup>
Wahlabsicht Bündnis 90/Die Grünen	-	-0,13**	-	-	-0,04 <sup>n.s.</sup>
<i>Bundeswehrspezifische Einstellungen</i>					
Einstellung zur Bundeswehr	-	-	-	0,40***	0,38***
Leistungen Bw im Inland	-	-	-0,03 <sup>n.s.</sup>	-0,04 <sup>n.s.</sup>	-0,04 <sup>n.s.</sup>
Leistungen Bw im Ausland	-	-	0,17***	0,09 <sup>n.s.</sup>	0,08 <sup>n.s.</sup>
Ausrüstung und Bewaffnung Bw	-	-	0,06 <sup>n.s.</sup>	0,04 <sup>n.s.</sup>	0,03 <sup>n.s.</sup>
Einbindung Bw in Gesellschaft	-	-	0,11*	0,07 <sup>n.s.</sup>	0,11*
Auftreten der Soldaten	-	-	0,22***	0,09 <sup>n.s.</sup>	0,08 <sup>n.s.</sup>
Ausbildung der Soldaten	-	-	0,30***	0,22***	0,21***
Index persönliche Wahrnehmung Bw	-	-	0,10*	0,07 <sup>n.s.</sup>	0,10*
Index massenmediale Wahrnehmung Bw	-	-	0,04 <sup>n.s.</sup>	0,02 <sup>n.s.</sup>	0,01 <sup>n.s.</sup>
Korrigiertes R <sup>2</sup>	0,01	0,09	0,44	0,52	0,52
n	472	468	384	379	378

Anmerkungen: Wertebereich der abhängigen Variablen [0 – keine Empfehlung des Arbeitgebers Bundeswehr; 1 – starke Empfehlung des Arbeitgebers Bundeswehr]. Alle erklärenden Variablen mit Ausnahme von Alter [16; 91], dem Index persönliche Wahrnehmung Bw [0; 3] und dem Index massenmediale Wahrnehmung Bundeswehr [0; 4] haben einen Wertebereich von [0; 1]. Analyseverfahren: Multiple lineare Regressionen; standardisierte Regressionskoeffizienten (beta). Signifikanzniveau: \*\*\* p < .001; \*\* p < .01; \* p < .05; n.s. = nicht signifikant (p ≥ .05).

Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des ZMSBw 2018.

In Modell V sind überhaupt nur noch bundeswehrspezifische Einstellungen analytisch relevant, für die Variablen aus den Kategorien Ressourcen und politische Einstellungen sind überhaupt keine statistisch signifikanten Effekte zu verzeichnen – ein Unterschied zu den Ergebnissen für alle Befragten. Auch das Gesamtmodell wird dabei von der Ein-

stellung zur Bundeswehr dominiert. 16- bis 29-Jährige mit einer sehr positiven Einstellung zur Bundeswehr haben unter Kontrolle der anderen Variablen im Modell eine um 0,44 Punkte höhere Neigung, die Streitkräfte als Arbeitgeber zu empfehlen als Gleichaltrige mit sehr negativer Haltung. Weitere relevante Einflussfaktoren sind die Bewertung der Einbindung der Bundeswehr in die Gesellschaft, der Ausbildung der Soldatinnen und Soldaten sowie die Wahrnehmung der Bundeswehr im persönlichen Umfeld.

### *Fazit*

Betrachtet man alle Ergebnisse dieses Abschnitts in der Gesamtschau, wird klar, dass die Bundeswehr von den meisten Bürgerinnen und Bürgern als attraktiver Arbeitgeber wahrgenommen wird. Viele würden Freunden, Bekannten und Verwandten die Streitkräfte als Arbeitgeber empfehlen. Insgesamt zeigen diese Analysen die große Bedeutung der Soldatinnen und Soldaten als Botschafter der Bundeswehr und die Relevanz der generellen affektiven Haltung zu den Streitkräften. Insofern verdeutlichen auch diese Ergebnisse, dass es die Streitkräfte genauso wie einzelne Soldatinnen und Soldaten selbst in der Hand haben, Bürgerinnen und Bürger für den Dienst in der Bundeswehr zu begeistern. Dass dafür die Grundlagen durch die Maßnahmen der Agenda Attraktivität gelegt sind, zeigen die Ergebnisse der Personalbefragung 2016: Im Vergleich zur Personalbefragung 2013 bewerten deutlich mehr Angehörige der Bundeswehr ihren Arbeitgeber als attraktiv (2013: 39 Prozent, 2016: 59 Prozent) und deutlich mehr würden wieder bei der Bundeswehr anfangen (2013: 43 Prozent, 2016: 56 Prozent) oder Freunden oder Bekannten empfehlen, bei der Bundeswehr anzufangen (2013: 23 Prozent, 2016: 36 Prozent) (Richter 2016). Insofern scheinen die Indikatoren für eine Multiplikatorwirkung der Angehörigen der Streitkräfte in die richtige Richtung zu zeigen.

## 9 Einstellungen zur Höhe der Verteidigungsausgaben sowie zum Personalumfang der Bundeswehr

*Markus Steinbrecher*

---

Zum ersten Mal seit der Wiedervereinigung sind die deutschen Verteidigungsausgaben seit dem Jahr 2017 substantiell gestiegen. Wurden 2016 noch 35,1 Milliarden Euro für Verteidigung ausgegeben, erhöhten sich diese Ausgaben (Einzelplan 14) im Bundeshaushalt 2017 auf etwas mehr als 37,0 Milliarden Euro. 2018 erfolgte eine Erhöhung auf 38,5 Milliarden Euro und 2019 ist ein weiterer Anstieg auf 42,9 Milliarden Euro vorgesehen (Bundesministerium der Finanzen 2018). Die Eckwerteplanung der Bundesregierung sieht bis 2022 ein weiteres Anwachsen auf 43,9 Milliarden Euro vor (Deutscher Bundestag 2018). Diese sogenannte Trendwende Finanzen ist vor dem Hintergrund des 2014 auf dem NATO-Gipfel in Wales durch die Regierungen der Mitgliedsstaaten beschlossenen politischen Ziels der Steigerung der Verteidigungsausgaben auf zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) zu sehen. Diesen Wert haben die deutschen Verteidigungsausgaben zuletzt 1992 erreicht. 2017 lag der Verteidigungsetat Deutschlands bei einer Höhe von 1,22 Prozent des BIP (SIPRI 2018). In der Berichterstattung über die Bundeswehr wurden die Höhe der Verteidigungsausgaben und die Einhaltung des NATO-Ziels im zeitlichen Umfeld der Bevölkerungsbefragung 2018 wiederholt thematisiert (vgl. Abschnitt 7), so dass davon auszugehen ist, dass die Bevölkerung zumindest in den Grundzügen mit der Thematik und den entsprechenden politischen Argumenten vertraut ist.

Neben dem Umschwung in der Entwicklung der Verteidigungsausgaben wächst auch zum ersten Mal seit dem Ende des Kalten Krieges der angestrebte Personalumfang der Bundeswehr. Zum Stichtag 21. August 2018 umfasste die Bundeswehr 179.797 Soldatinnen und Soldaten (Bundesministerium der Verteidigung 2018a), bei einer Sollstärke von 185.000 Männern und Frauen. Im Rahmen der „Trendwende Personal“ soll die Bundeswehr bis zum Jahr 2024 auf 198.000 Soldatinnen und Soldaten anwachsen und 2025 eine Personalstärke von 203.000 erreichen. Zudem wurde die strenge Personalobergrenze abgeschafft und ein „atmender Personalkörper“ geschaffen (Bundesministerium der Verteidigung 2017; Personalboard 2017).

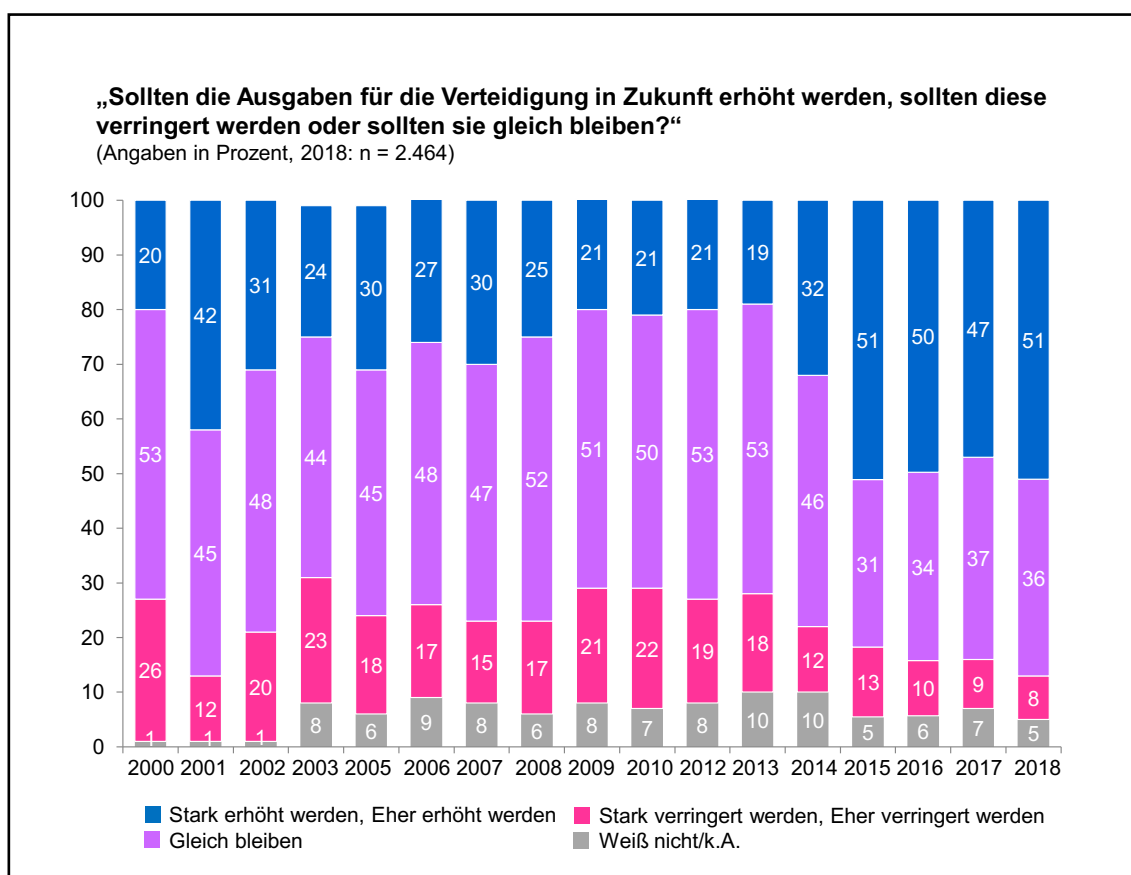
Vor dem Hintergrund dieser veränderten Rahmenbedingungen der Verteidigungsausgaben und der Personalstärke der Bundeswehr ist es von besonderem Interesse, wie sich die Einstellungen der Bürgerinnen und Bürger in Deutschland zu diesen Themen in der Bevölkerungsbefragung 2018 entwickelt haben. Die folgenden Analysen umfassen daher

die langfristige Perspektive und stellen die Entwicklung dieser Einstellungen seit dem Jahr 1981 bzw. 2000 dar. Zudem werden die Erklärungsfaktoren der beiden Einstellungen ausführlich untersucht und herausgearbeitet.

### *Einstellung zu den Verteidigungsausgaben*

Die Bevölkerung positioniert sich 2018 wie in den Vorjahren eindeutig zur Höhe des Verteidigungsetats: Etwas mehr als die Hälfte der Befragten (51 Prozent) ist für eine Erhöhung der Verteidigungsausgaben, etwas mehr als ein Drittel (36 Prozent) stimmt dafür, die Ausgaben gleich zu halten und lediglich 8 Prozent plädieren für eine Verringerung des Verteidigungsbudgets. Im Vergleich zum Vorjahr hat der Anteil der Befürworter einer Ausgabenerhöhung um 4 Prozentpunkte zugenommen, für die beiden anderen Optionen zeigen sich nur geringfügige Veränderungen (vgl. Abbildung 9.1). Auch andere Umfragen im zeitlichen Kontext der Bevölkerungsbefragung 2018 kommen zu

**Abbildung 9.1: Einstellung zu den Verteidigungsausgaben im Zeitvergleich 2000–2018**



Datenbasis: Bevölkerungsbefragungen des ZMSBw 2000–2003, 2005–2010, 2012–2018.

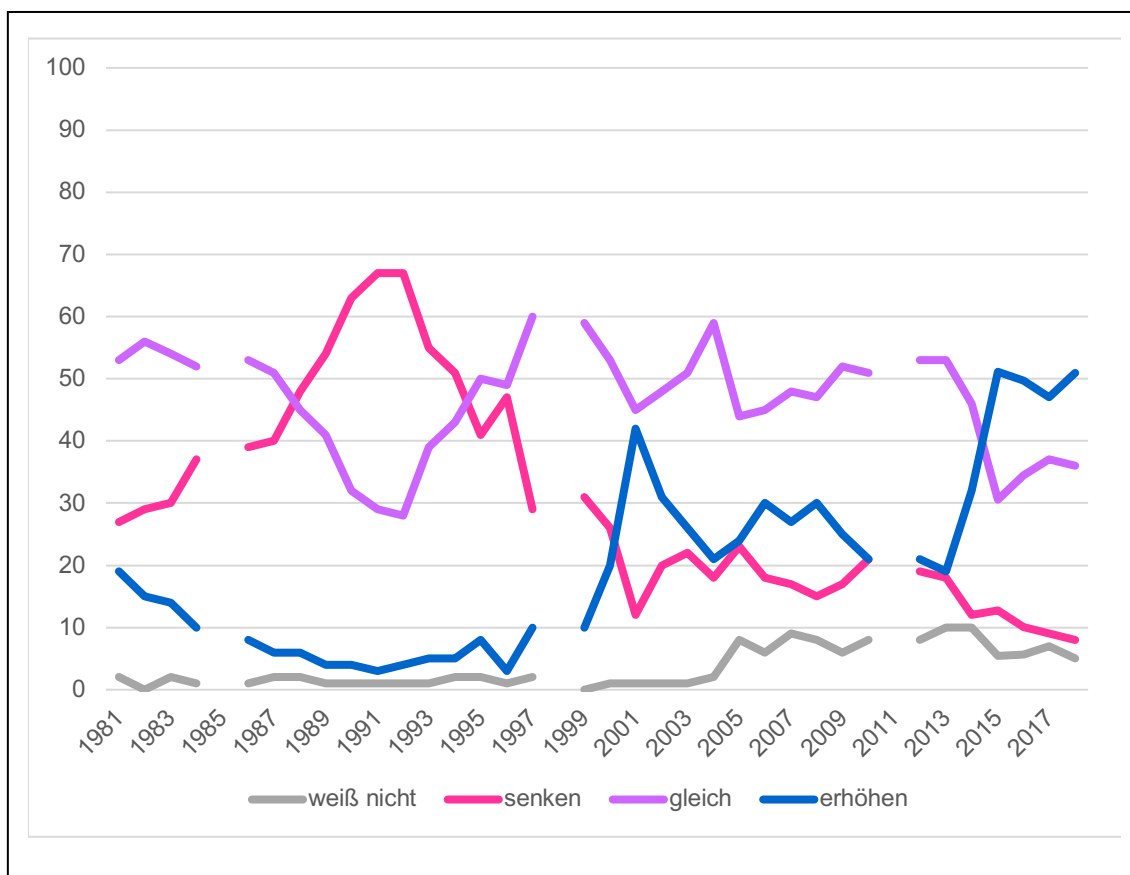
ähnlichen Ergebnissen, wobei unterschiedliche Frageformulierungen, Antwortmöglichkeiten und Datenerhebungsmethoden zu berücksichtigen sind. Im Rahmen einer Umfrage

im Auftrag der Körber-Stiftung sind 43 Prozent der Befragten für eine Erhöhung der Verteidigungsausgaben in Deutschland. 40 Prozent sind dafür, diese Ausgaben auf dem derzeitigen Niveau zu halten, und 14 Prozent plädieren für eine Senkung (Körber-Stiftung 2018b). Des Weiteren spricht sich in einer Umfrage des Instituts für Demoskopie Allensbach im Auftrag der Frankfurter Allgemeinen Zeitung eine relative Mehrheit von 49 Prozent der Befragten sogar für eine Erhöhung der Verteidigungsausgaben auf 2 Prozent des BIP aus, während 36 Prozent nicht noch mehr Geld für Verteidigung ausgeben möchten (Petersen 2018).

Blickt man auf längere zeitliche Entwicklungen mithilfe aller Bevölkerungsbefragungen des ZMSBw bzw. des SOWI seit dem Jahr 2000, so ist über den gesamten Zeitraum betrachtet 2015 und 2018 der höchste Zustimmungswert für eine Erhöhung der Verteidigungsausgaben zu verzeichnen. Wählt man unter Verwendung anderer im Auftrag des Verteidigungsministeriums durchgeführter Umfragen eine längere zeitliche Perspektive ab dem Jahr 1981 (vgl. Abbildung 9.2), zeigt sich in stärkerem Maße der Meinungsumschwung zugunsten höherer Verteidigungsausgaben in der zweiten Hälfte der 2010er Jahre. Der Verlauf der Haltung der Bevölkerung zu dieser Frage ist ein Spiegelbild der Entwicklung der sicherheitspolitischen Lage. Mit der Entspannung in den 1980er Jahren zeigt sich ein Anstieg des Anteils derjenigen, die die Verteidigungsausgaben senken möchten, von 27 Prozent im Jahr 1981 auf 54 Prozent im Jahr 1989. Nach dem Ende des Kalten Krieges spricht sich mit 63 bzw. 67 Prozent in den Jahren 1990 bis 1992 eine deutliche Mehrheit der Deutschen für eine Verringerung der Ausgaben für das Militär aus und zeigt somit den Willen, die sogenannte Friedensdividende einzufahren. Entsprechend nimmt der Anteil derjenigen, welche die Ausgaben erhöhen oder auf dem gleichen Niveau halten wollen, ab. Der jeweils niedrigste Wert für beide Kurven im gesamten Zeitraum wird Anfang der 1990er Jahre erreicht (3 Prozent für Erhöhung im Jahr 1991, 28 Prozent für gleiches Niveau 1992). Ab Mitte der 1990er verschwindet die Mehrheit für eine Senkung des Verteidigungsetats. Stattdessen verschiebt sich die Position der Bevölkerung hin zu einem Erhalt des Niveaus der Verteidigungsausgaben. Zwischen 44 und 59 Prozent der Bürgerinnen und Bürger sprechen sich zwischen 1995 und 2013 für diese Position aus und stellen damit entweder eine relative oder sogar absolute Mehrheit dar. Nur 2001 zeigt sich als Reaktion auf die Anschläge in den USA am 11. September ein starker Anstieg des Anteils derjenigen, die mehr Verteidigungsausgaben befürworten, auf 42 Prozent – dies ist der höchste Wert dieser Kurve zwischen 1981 und 2014. Das Jahr 2014 ist mit dem Beginn des Bürgerkrieges in der Ukraine, dem Erstarken des sogenannten Islamischen Staates in Syrien und im Irak sowie dem starken Fokus des Elitendiskurses in Deutschland auf die gewachsene Verantwortung des Landes (z.B. während der Münchener Sicherheitskonferenz 2014) ein Wendepunkt für die Haltungen zur Entwicklung des Verteidigungsetats: 2014 sprechen sich 32 Prozent für erhöhte Ausgaben aus

(+13 Prozentpunkte im Vergleich zu 2013), während mit 46 Prozent die relative Mehrheit immer noch für einen Erhalt des Ausgabenniveaus ist. Ab 2015 ist dann die relative bzw. absolute Mehrheit der Deutschen für mehr Ausgaben für die Streitkräfte – eine Rolle spielt dabei auch die schlechte Lage der Bundeswehr bei Ausrüstung und Bewaffnung (Steinbrecher 2017b).

**Abbildung 9.2: Einstellung zu den Verteidigungsausgaben im Zeitvergleich 1981–2018**



Anmerkungen: Für die Jahre 1985, 1998 und 2011 stehen keine Daten zur Verfügung. Die Fragestellungen und Antwortskalen variieren, sind aber über den gesamten Befragungszeitraum vergleichbar. In den Befragungen zur Wehrpolitischen Lage wurde die Frage nach der Höhe der Verteidigungsausgaben grundsätzlich mit einer 3er-Skala (senken, gleich bleiben, erhöhen) abgefragt. In den Bevölkerungsbefragungen des ZMSBw und des SOWI wurde die Frage stets mit einer 5er-Skala (siehe Abbildung 9.1) erhoben. Aus Vergleichbarkeitsgründen wurden jeweils die beiden positiven und negativen Antwortausprägungen zusammengefasst.

Datenbasis: Bevölkerungsbefragungen des ZMSBw 2000–2002, 2005–2010, 2012–2018, Wehrpolitische Lage 1981–1984, 1986–1997, 1999, 2003–2004.

Insgesamt zeigt sich also bei der Einstellung zur Veränderung der Verteidigungsausgaben im Zeitverlauf eine beachtliche Volatilität des Meinungsbildes, die sich vor allem durch Ereignisse und Veränderungen der sicherheitspolitischen Lage erklären lässt – ein Beleg für das Konzept der „rationalen Öffentlichkeit“. Dieses besagt, dass die öffentliche Meinung auf der Aggregatebene rational und objektiv nachvollziehbar auf politische Ereignisse und Entscheidungen der Eliten reagiert („rational public“, z.B. Isernia et al. 2002; Page/Shapiro 1992; Shapiro/Page 1988).

Nachdem gezeigt werden konnte, dass es im Zeitverlauf deutliche Verschiebungen der öffentlichen Meinung zur Höhe der Verteidigungsausgaben gibt, ist die Frage, ob sich dabei bestimmte Gruppen der Bevölkerung voneinander unterscheiden. Tabelle 9.1 zeigt die Meinung der Bürgerinnen und Bürger in den soziodemografischen Gruppen und nach ihrer Wahlabsicht in der Bevölkerungsbefragung 2018. Es wird deutlich, dass sich alle dargestellten Merkmale mit Ausnahme des Migrationshintergrundes und des Alters statistisch signifikant auf die Position zu den Verteidigungsausgaben auswirken. Ungeachtet der Unterschiede sprechen sich aber alle betrachteten Gruppen mit teilweise eindeutigen Mehrheiten für eine Steigerung des Etats aus. Maximal ein Fünftel der Bürgerinnen und Bürger ist in einer der Teilgruppen (Personen mit Wahlabsicht für Die Linke sind hier die extreme Gruppe) dafür, die Verteidigungsausgaben zu senken. Blickt man auf beide Geschlechter, so befürworten Männer (56 Prozent) in stärkerem Maße mehr Geld für die Streitkräfte als Frauen (47 Prozent).

Die Unterschiede in der Zustimmung zur Erhöhung zwischen den unterschiedlichen Bildungsniveaus sind mit zwei Prozentpunkten gering, aber immer noch statistisch signifikant. Beim Einkommen sind die Differenzen mit einer Spannweite von 9 Prozentpunkten dagegen deutlich stärker. Ein höheres Einkommen führt zu einer stärkeren Unterstützung für die Erhöhung des Einzelplans 14. Die Wahlabsicht wirkt sich in besonderem Maße auf die Einstellung zu den Verteidigungsausgaben aus: Besonders hoch ist die Unterstützung einer Erhöhung unter Anhängern von Union, SPD und AfD mit Werten um 60 Prozent. Bei Befürwortern der Grünen, der Linken, der FDP sowie bei Befragten ohne Wahlabsicht liegt der Anteil derjenigen, die eine Steigerung des Etats befürworten, zwischen 42 und 48 Prozent und erreicht damit unterdurchschnittliche Werte. Regional ist die Unterstützung für mehr Geld für die Verteidigung im Norden mit 44 Prozent geringer als im Westen (48 Prozent), Osten (53 Prozent) oder Süden (58 Prozent) – überall finden sich aber relative Mehrheiten.

**Tabelle 9.1: Einstellung zu den Verteidigungsausgaben in soziodemografischen Gruppen**

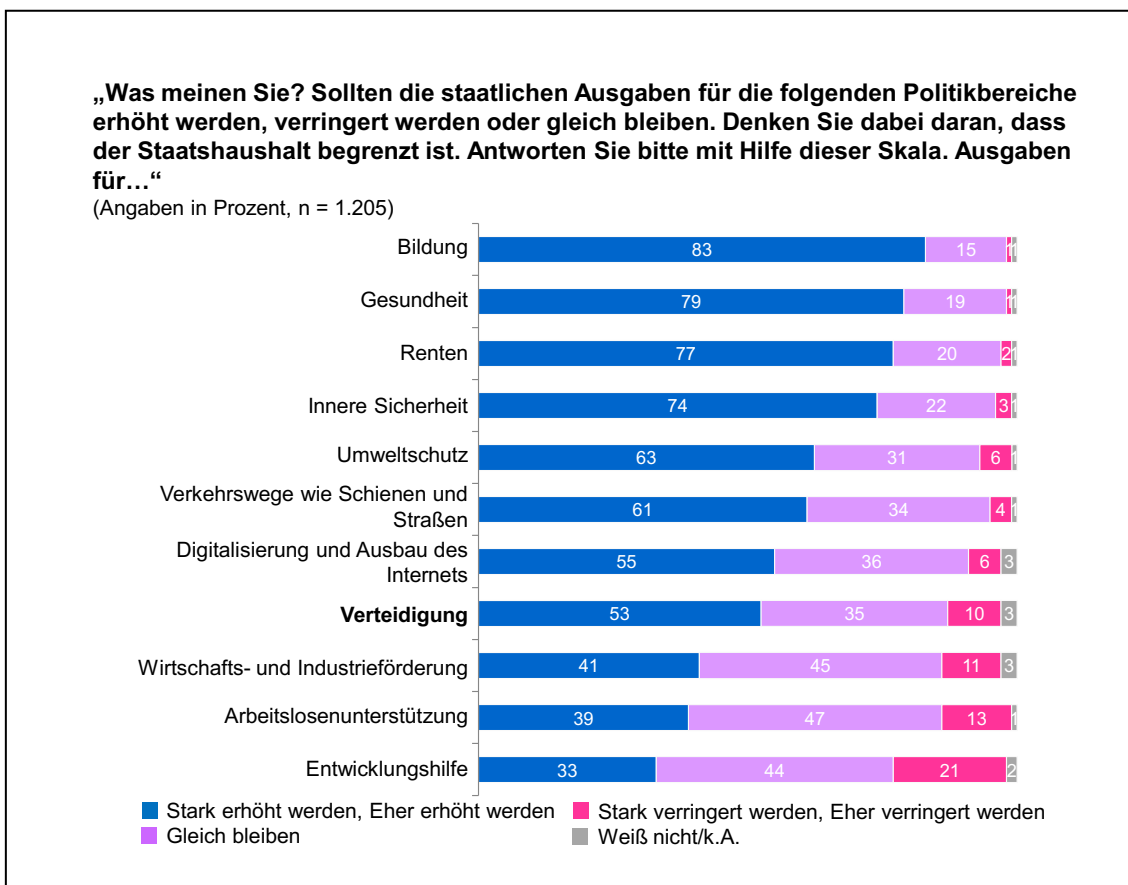
„Sollten die Ausgaben für die Verteidigung in Zukunft erhöht werden, sollten diese verringert werden oder sollten sie gleich bleiben?“ (Angaben in Prozent)				
	Erhöht werden <sup>1</sup>	Gleich bleiben	Verringert werden <sup>2</sup>	Weiß nicht/k.A.
<b>Insgesamt</b>	51	36	8	5
<b>Geschlecht ***</b>				
Männer	56	35	6	(3)
Frauen	47	37	9	7
<b>Alter n.s.</b>				
16 bis 29 Jahre	50	37	(8)	(6)
30 bis 49 Jahre	55	33	7	(5)
50 bis 69 Jahre	50	37	9	(4)
70 Jahre und älter	50	39	(6)	(5)
<b>Bildungsniveau *</b>				
Hochschul- bzw. Fachhochschulreife	53	35	9	(4)
Realschulabschluss	53	34	8	(4)
Hauptschulabschluss	51	37	6	7
<b>Haushaltsnettoeinkommen pro Monat ***</b>				
4.001 Euro und mehr	59	32	(6)	(3)
2.001 bis 4.000 Euro	52	37	8	(3)
Bis 2.000 Euro	50	34	9	(7)
<b>Wahlabsicht Bundestagswahl ***</b>				
CDU/CSU	59	34	(3)	(4)
SPD	59	34	(7)	(1)
AfD	61	34	(3)	(2)
FDP	48	(40)	(12)	(0)
Die Linke	40	37	(21)	(2)
Bündnis 90/Die Grünen	44	36	(15)	(5)
Keine Parteipräferenz, Nichtwähler, w.n./k.A.	42	38	9	11
<b>Region ***</b>				
Norddeutschland (SH, HH, HB, NI)	44	38	13	(4)
Ostdeutschland (MV, BB, BE, ST, SN, TH)	53	34	(10)	(3)
Süddeutschland (BW, BY)	58	29	(6)	(7)
Westdeutschland (NW, RP, HE, SL)	48	42	6	(4)
<b>Migrationshintergrund n.s.</b>				
Ja	47	41	(9)	(3)
Nein	52	35	8	5

Anmerkungen: 1) Die Kategorien „Stark erhöht werden“ und „Eher erhöht werden“ wurden zusammengefasst; 2) Die Kategorien „Stark verringert werden“ und „Eher verringert werden“ wurden zusammengefasst. Einzelne Prozentangaben ergeben mitunter in der Summe nicht 100 Prozent, da sie gerundet wurden. Analyseverfahren: Chi<sup>2</sup>-Unabhängigkeits-Test, Signifikanzniveau: \*\*\* p < .001; \*\* p < .01; \* p < .05; n.s. = nicht signifikant (p ≥ .05); Werte in Klammern: n ≤ 50.

Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des ZMSBw 2018.



**Abbildung 9.3: Einstellungen zu Ausgaben für verschiedene Politikbereiche**



Anmerkungen: Nicht alle Prozentangaben ergeben in der Summe 100 Prozent, da die Einzelwerte gerundet wurden. Die Fragen dieser Fragebatterie wurden nur einem Teil der Befragten gestellt (Split-Half).

Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des ZMSBw 2018.

Während die Frage nach der Veränderung der Verteidigungsausgaben bereits seit Langem Teil der Bevölkerungsbefragungen des ZMSBw ist, wurde 2018 eine umfangreichere Fragebatterie in die Umfrage aufgenommen, die einen Vergleich der Ausgabenpräferenzen über verschiedene Politikfelder hinweg ermöglicht. Die Bürgerinnen und Bürger wurden gefragt, ob sie staatliche Ausgaben für bestimmte Politikbereiche erhöhen oder verringern möchten bzw. ob diese gleich bleiben sollen (vgl. Abbildung 9.3). Hinsichtlich der Präferenz für die Verteidigungsausgaben ergeben sich konsistente Befunde im Vergleich zu den in Abbildung 9.1 dargestellten Ergebnissen der üblichen Frage in den ZMSBw-Bevölkerungsbefragungen: 53 Prozent der Bevölkerung sind dafür, dass die Ausgaben für Verteidigung stark oder eher erhöht werden. 35 Prozent möchten, dass diese auf demselben Niveau gehalten werden. 10 Prozent sprechen sich dafür aus, die Verteidigungsausgaben zu senken. Diese Ergebnisse lassen sich so interpretieren, dass die Einstellung zum Niveau des Verteidigungshaushalts durch die üblicherweise in der ZMSBw-Bevölkerungsbefragung verwendete Fragestellung (vgl. Abbildung 9.1) korrekt gemessen wird.

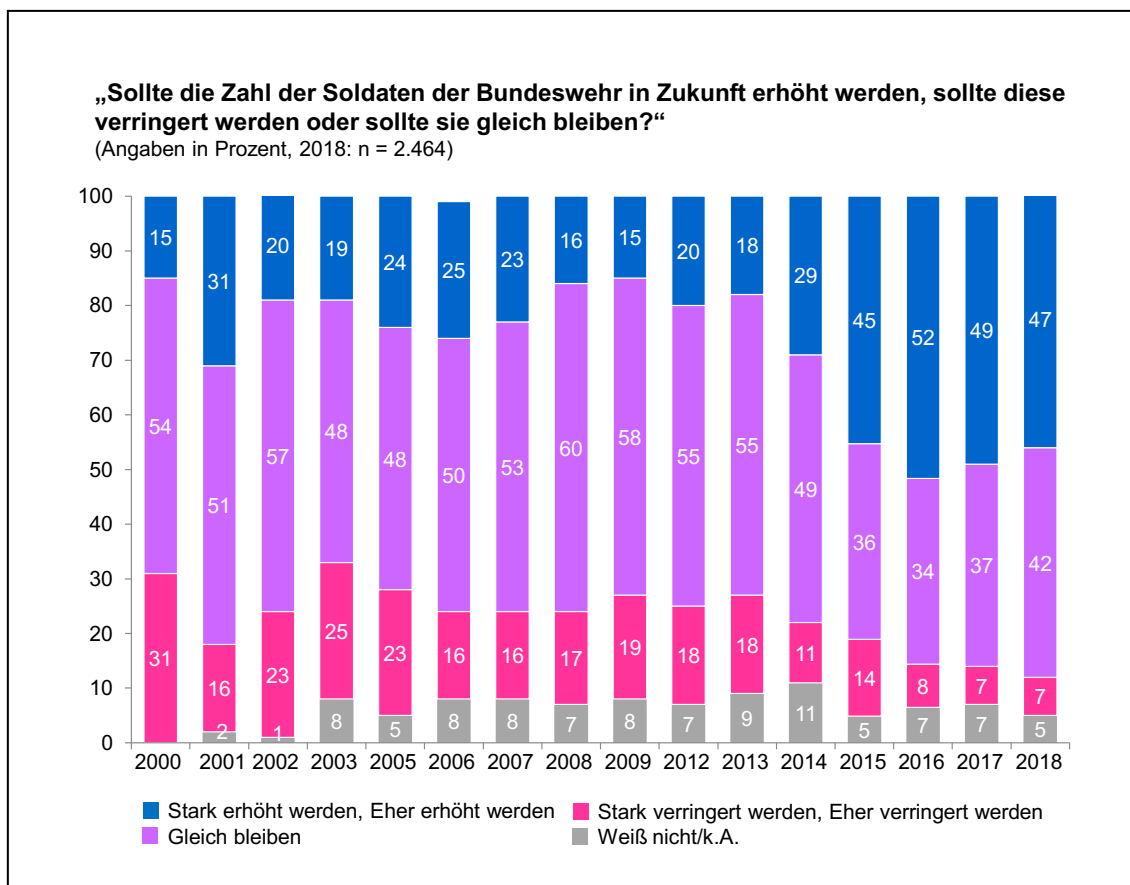
Beide Messinstrumente hängen bei einem Korrelationskoeffizienten  $r$  von 0,67 ( $p < 0,001$ ) stark positiv miteinander zusammen.

Im Vergleich zu anderen Politikfeldern zeigt sich allerdings, dass die Bevölkerung den Etat für bestimmte Bereiche weitaus eher erhöhen möchte als für Verteidigung (Abbildung 9.3). Am größten ist die Zustimmung für Bildung (83 Prozent für Erhöhung der Ausgaben), gefolgt von Gesundheit, Renten und Innere Sicherheit (74 bis 79 Prozent). 63 Prozent der Befragten möchten mehr für Umweltschutz ausgeben und 61 Prozent mehr in Verkehrsinfrastruktur investieren. Mehr Geld für Digitalisierung und Ausbau des Internets wird von 55 Prozent gewünscht. Geringere Zustimmung für Ausgabensteigerungen im Vergleich zur Verteidigungspolitik erhalten die Politikfelder Wirtschafts- und Industrieförderung (41 Prozent), Arbeitslosenunterstützung (39 Prozent) und Entwicklungshilfe (33 Prozent).

#### *Einstellung zum Personalumfang der Bundeswehr*

Neben den Budgetpräferenzen werden die Bürgerinnen und Bürger in der Bevölkerungsbefragung des ZMSBw stets dazu befragt, ob die Zahl der Soldatinnen und Soldaten in Zukunft erhöht, verringert werden oder gleich bleiben sollte (vgl. Abbildung 9.4). Im Jahr 2018 spricht sich erneut eine relative Mehrheit der Deutschen (47 Prozent) dafür aus, dass die Zahl der Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr erhöht werden sollte. Im Vergleich zum Vorjahr sinkt der Anteil der Befürworter einer Vergrößerung des Personals der Bundeswehr damit um 2 Prozentpunkte. 42 Prozent der Deutschen sind dafür, dass die Personalstärke gleich bleiben sollte (+5 Prozentpunkte). Lediglich 7 Prozent votieren für die Verkleinerung des Personalumfangs (keine Veränderung). Die Bürgerinnen und Bürger begrüßen also weiterhin eine Vergrößerung der Streitkräfte. Im Zeitverlauf zwischen 2000 und 2018 wird in diesem Jahr der dritthöchste Wert der ganzen Zeitreihe für diese Antwortmöglichkeit erreicht. Von 2000 bis 2014 sprachen sich relative oder absolute Mehrheiten der Bevölkerung dafür aus, dass der Personalumfang der Bundeswehr gleich bleiben soll. Seit 2015 gibt es wenigstens eine relative Mehrheit für die Vergrößerung des Personalumfangs der Streitkräfte. Die Betrachtung eines längeren Zeitraums wie bei der Frage nach der Höhe der Verteidigungsausgaben ist nicht möglich, da die Frage nach dem Personalumfang in Befragungen vor dem Jahr 2000 nicht enthalten war.

**Abbildung 9.4: Einstellung zum Personalumfang der Bundeswehr im Zeitvergleich**



Anmerkung: Nicht alle Prozentangaben ergeben in der Summe 100 Prozent, da die Einzelwerte gerundet wurden.

Datenbasis: Bevölkerungsbefragungen des ZMSBw 2000–2003, 2005–2009, 2012–2018.

Wie schon bei der Einstellung zu den Verteidigungsausgaben soll auch bei der Frage zum gewünschten Personalumfang der Bundeswehr untersucht werden, ob sich die Angehörigen bestimmter soziodemografischer Gruppen in ihrer Einstellung zur Ausgestaltung des Personalkörpers unterscheiden. Die Ergebnisse in Tabelle 9.2 zeigen, dass sich Männer und Frauen, Personen aus unterschiedlichen Einkommensgruppen, Befragte mit und ohne Migrationshintergrund, Menschen aus verschiedenen Regionen und mit unterschiedlichen politischen Präferenzen statistisch signifikant in ihrer Einstellung zur Veränderung der Personalstärke der Streitkräfte unterscheiden. Für die Alters- und Bildungsgruppen sind keine statistisch signifikanten Differenzen zu verzeichnen.

Insgesamt sind die Muster denjenigen für die Einstellung zum Verteidigungshaushalt ähnlich (vgl. Tabelle 9.1). Männer (51 Prozent) sind in stärkerem Maße der Auffassung, dass der Personalumfang erhöht werden sollte als Frauen (42 Prozent). Mit steigendem Einkommen wächst die Zustimmung für einen größeren Personalkörper, die Differenz zwischen Personen mit niedrigem und hohem Einkommen beträgt in dieser Hinsicht 12 Prozentpunkte. Unter den Parteianhängern weisen die Anhänger der AfD (61 Prozent)

mit Abstand die größte Mehrheit für eine Vergrößerung des Personalumfangs auf. Überdurchschnittliche Werte sind zudem für Befürworter von CDU/CSU (52 Prozent) und SPD (51 Prozent) zu verzeichnen. Unterdurchschnittliche Unterstützung zeigt sich bei Anhängern der Grünen, Personen ohne Wahlabsicht (beide 39 Prozent) und insbesondere bei Befragten mit Wahlabsicht für Die Linke (32 Prozent).

Regional sind die Differenzen in der Befürwortung von mehr Soldatinnen und Soldaten für die Bundeswehr sehr groß. Während in Norddeutschland nur 34 Prozent der Befragten der Auffassung sind, dass der Personalumfang der Bundeswehr vergrößert werden sollte, teilen in Süddeutschland 54 Prozent diese Position. Hinsichtlich des Migrationshintergrunds zeigen sich ebenfalls statistisch signifikante Unterschiede: Personen ohne Migrationshintergrund unterstützen eine Vergrößerung der Zahl der Soldatinnen und Soldaten mit 47 Prozent in höherem Maße als Befragte mit Migrationshintergrund.

**Tabelle 9.2: Einstellung zum Personalumfang der Bundeswehr in soziodemografischen Gruppen**

„Sollte die Zahl der Soldaten der Bundeswehr in Zukunft erhöht werden, sollte diese verringert werden oder sollte sie gleich bleiben?“ (Angaben in Prozent)				
	Erhöht werden <sup>1</sup>	Gleich bleiben	Verringert werden <sup>2</sup>	Weiß nicht/k.A.
<b>Insgesamt</b>	47	42	7	5
<b>Geschlecht ***</b>				
Männer	51	40	5	(3)
Frauen	42	43	9	6
<b>Alter n.s.</b>				
16 bis 29 Jahre	47	40	(8)	(5)
30 bis 49 Jahre	48	40	(7)	(6)
50 bis 69 Jahre	47	42	7	(4)
70 Jahre und älter	42	47	(7)	(4)
<b>Bildungsniveau n.s.</b>				
Hochschul- bzw. Fachhochschulreife	49	39	8	(5)
Realschulabschluss	47	41	8	(4)
Hauptschulabschluss	45	44	(5)	6
<b>Haushaltsnettoeinkommen pro Monat ***</b>				
4.001 Euro und mehr	57	37	(4)	(3)
2.001 bis 4.000 Euro	47	42	8	(3)
Bis 2.000 Euro	45	41	8	(6)
<b>Wahlabsicht Bundestagswahl ***</b>				
CDU/CSU	52	41	(3)	(4)
SPD	51	42	(7)	(0)
AfD	61	34	(3)	(3)
FDP	48	(42)	(9)	(1)
Die Linke	(32)	49	(18)	(2)
Bündnis 90/Die Grünen	39	40	(13)	(8)
Keine Parteipräferenz, Nichtwähler, w.n./k.A.	39	43	(7)	11
<b>Region ***</b>				
Norddeutschland (SH, HH, HB, NI)	34	50	(11)	(5)
Ostdeutschland (MV, BB, BE, ST, SN, TH)	48	40	(8)	(3)
Süddeutschland (BW, BY)	54	34	(5)	(7)
Westdeutschland (NW, RP, HE, SL)	45	45	(5)	(5)
<b>Migrationshintergrund *</b>				
Ja	40	49	(7)	(4)
Nein	47	41	7	5

Anmerkungen: 1) Die Kategorien „Stark erhöht werden“ und „Eher erhöht werden“ wurden zusammengefasst; 2) Die Kategorien „Stark verringert werden“ und „Eher verringert werden“ wurden zusammengefasst. Einzelne Prozentangaben ergeben mitunter in der Summe nicht 100 Prozent, da sie gerundet wurden. Analyseverfahren: Chi<sup>2</sup>-Unabhängigkeits-Test, Signifikanzniveau: \*\*\* p < .001; \*\* p < .01; \* p < .05; n.s.= nicht signifikant (p ≥ .05); Werte in Klammern: n ≤ 50.

Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des ZMSBw 2018.

### *Erklärung von Einstellungen zu den Verteidigungsausgaben und zum Personalumfang*

Zum Abschluss dieses Abschnitts sollen mit Hilfe multivariater linearer Regressionen die Erklärungsfaktoren der beiden Einstellungen untersucht werden. Grundlage für die Auswahl der Faktoren ist die weitestgehend auf die USA zentrierte Literatur zur Erklärung der Einstellung zu den Verteidigungsausgaben (z.B. Bartels 1994; Eichenberg/Stoll 2003, 2017; Wlezien 1995), die Analyseergebnisse mit den Daten der Bevölkerungsbefragung 2017 (Steinbrecher 2017b) sowie allgemeine deutsche Forschungsergebnisse für die Erklärung außen- und sicherheitspolitischer Einstellungen (z.B. Biehl/Schoen 2015; Rattinger et al. 2016). Die genauere Untersuchung der Determinanten ist vor allem deswegen relevant, weil politische Entscheidungen zur Höhe des Verteidigungshaushalts mit den Bevölkerungseinstellungen in einem Wechselverhältnis stehen und wie bei einem Thermostat aufeinander zu reagieren scheinen (Eichenberg/Stoll 2003; Wlezien 1995): Die Höhe der Verteidigungsausgaben ist also (auch) von der Position der Bürgerinnen und Bürger zu dieser Frage abhängig. Wird ein bestimmtes, von der Bevölkerung als angemessen betrachtetes Niveau erreicht, sinkt die Zustimmung für eine weitere Erhöhung der Verteidigungsausgaben. Entsprechendes gilt auch im umgekehrten Fall. Es ist davon auszugehen, dass sich diese Forschungsergebnisse auf die Einstellungen zum Personalumfang übertragen lassen. Daher werden in beiden Analysen die gleichen Erklärungsfaktoren verwendet. Schrittweise werden in sechs Modellen unterschiedliche Determinantengruppen und ihre Wirkung auf die beiden Einstellungen untersucht (vgl. Tabellen 9.3 und 9.4). Die Modelle entsprechen weitgehend den Analysen des Vorjahres. Einige Variablen sind nicht mehr Teil des Modells, weil sie entweder nicht in der Bevölkerungsbefragung 2018 erfasst wurden (Unterstützung der Bündnisverteidigung), nicht relevant (politisches Interesse) oder aber redundant zu anderen in den Analysen enthaltenen Konstrukten (EU- und NATO-Multilateralismus) sind.

Modell I in Tabelle 9.3 konzentriert sich auf Ressourcen bzw. soziodemografische Eigenschaften und kann zeigen, dass sich Befragte mit hohem Einkommen eher für eine Erhöhung der Verteidigungsausgaben aussprechen. Hat ein Befragter militärische Erfahrungen in der Bundeswehr gesammelt (Bin/war Soldat), ist er deutlich stärker für eine Erhöhung des Einzelplans 14 als Personen, die diese Erfahrung nicht gemacht haben.

Modell II betrachtet den Einfluss spezifischer sicherheitspolitischer Einstellungen. Die Ergebnisse machen deutlich, dass die Einschätzung der Sicherheitslage in Deutschland keinen Einfluss auf die abhängige Variable hat. Wohl aber hat die Bewertung der weltweiten Sicherheitslage eine Wirkung: Befragte, die die Lage besser einschätzen, sind eher für eine Verringerung der Ausgaben für die Verteidigung. Bürgerinnen und Bürger, die sich persönlich sicherer fühlen, sprechen sich stärker für eine Steigerung der Ausgaben aus. Ein leichter Einfluss geht auch von den Einstellungen zu Russland aus. Personen, die

Russland kritischer gegenüberstehen, sind eher dafür, die deutschen Streitkräfte finanziell besser auszustatten.

In Modell III werden die Wirkungen bundeswehrspezifischer Einstellungen untersucht. Unter den fünf Modellen, die einzelne Determinantengruppen betrachten, ist es das Modell mit der größten Erklärungskraft: 16 Prozent der Varianz der abhängigen Variable werden durch die Merkmale im Modell erklärt. Mit deutlichem Abstand ist die Einstellung zur Bundeswehr die erklärungsstärkste Variable. Wer allgemein positiver gegenüber den Streitkräften eingestellt ist, möchte auch mehr Geld für diese ausgeben. Bewertungen der Ausrüstung und Bewaffnung sowie des Ausbildungsstandes der Soldatinnen und Soldaten spielen ebenfalls eine Rolle für die Einstellung zu den Verteidigungsausgaben. Personen, welche den Ausbildungsstand positiv bewerten, möchten mehr Geld für die Bundeswehr ausgeben. Wird die Ausrüstung und Bewaffnung schlechter bewertet, führt dies dazu, dass man eher bereit ist, den Streitkräften mehr finanzielle Mittel zur Verfügung zu stellen. Auch persönliche Kontakte mit der Bundeswehr spielen eine Rolle. Hat man die Streitkräfte im persönlichen Umfeld erlebt oder in den Massenmedien etwas über sie erfahren, erhöht sich ebenfalls die Bereitschaft, mehr Geld auszugeben. Hier ist sicherlich auch die Berichterstattung über die schlechte Lage der Bundeswehr bei Ausrüstung und Bewaffnung von Bedeutung (vgl. Abschnitt 7).

Sicherheitspolitische Grundorientierungen (Modell IV; vgl. Abschnitt 5) sind ebenfalls relevant für die Erklärung der Einstellung zu den Verteidigungsausgaben. Personen, die Krieg stärker als ein adäquates Mittel zur Konfliktlösung sehen (Militarismus), sind genauso in größerem Maße für eine Erhöhung des Verteidigungsetats wie Befragte, die unterstützen, dass sich Deutschland stärker in der internationalen Politik engagiert (Internationalismus). Auch Befürworter der Zusammenarbeit mit Deutschlands Bündnispartnern möchten eher mehr für Verteidigung ausgeben. Negativ wirkt sich dagegen Atlantizismus aus, d.h. Befragte, die der transatlantischen Zusammenarbeit zwischen Deutschland und den USA positiver gegenüberstehen, sind eher für eine Verringerung der Verteidigungsausgaben.

Modell V konzentriert sich auf allgemeine politische Einstellungen und Verhaltensweisen. Vor allem die verteidigungspolitische Kompetenzüberzeugung und die Bewertung der nationalen wirtschaftlichen Lage wirken sich aus. Personen, die von sich denken, sie hätten höhere Kompetenzen in der Verteidigungspolitik, möchten mehr Geld für Deutschlands Verteidigung ausgeben. Dies gilt auch für diejenigen, welche die wirtschaftliche Lage des Landes positiver bewerten. CDU/CSU- und AfD-Anhänger wollen (im Vergleich zu Personen ohne Parteipräferenz) mehr Geld für die Verteidigung aufbringen, Befragte mit Wahlabsicht für Die Linke sind dagegen weniger für eine Erhöhung der Ausgaben. Dies gilt auch für Personen, die sich generell politisch links einordnen.

Das Gesamtmodell (Modell VI) hat mit einer Erklärungsleistung von 20 Prozent der Varianz der abhängigen Variablen eine zufriedenstellende Erklärungskraft. Mit großem Abstand erklärungsstärkster Faktor ist die Einstellung zur Bundeswehr. Personen, die der Bundeswehr positiver gegenüberstehen, möchten ihr auch mehr Geld zur Verfügung stellen. Neben der affektiven Nähe spielen auch instrumentelle Erwägungen eine Rolle. In dieser Hinsicht kann der negative Koeffizient für die Bewertung der Sicherheitslage in Deutschland interpretiert werden. Fühlt sich jemand unsicherer, spricht er sich für die Erhöhung der Verteidigungsausgaben aus, d.h. die Bundeswehr bzw. die Erhöhung ihres Etats wird als Möglichkeit betrachtet, die Sicherheitslage in Deutschland zu verbessern (vgl. Abschnitt 4). In ähnlicher Weise sind die Effekte für die drei weiteren bundeswehrspezifischen Einstellungen zu interpretieren, für die statistisch signifikante Effekte zu verzeichnen sind. Mehr Verteidigungsausgaben werden offensichtlich auch als Weg gesehen, die in den Augen der Befragten schlechte Situation der Ausrüstung und Bewaffnung der Bundeswehr (vgl. Abschnitt 6) zu verbessern<sup>43</sup> bzw. den als relativ positiv bewerteten Ausbildungsstand des militärischen Personals zu erhalten (vgl. ebenfalls Abschnitt 6). Massenmediale Kontakte mit den Streitkräften scheinen den Befragten zudem vor Augen zu führen, dass die Bundeswehr mehr finanzielle Mittel benötigt und dementsprechend wirken sich mehr Kontakte positiv auf die Bereitschaft aus, den Einzelplan 14 zu erhöhen. Kontakte im persönlichen Umfeld spielen in Modell VI keine Rolle.

Grundsätzliche außen- und sicherheitspolitische Überlegungen sind ebenfalls für die Erklärung der Einstellung zu den Verteidigungsausgaben im Gesamtmodell relevant. Die positiven Effekte von Internationalismus und kritischer Einstellungen zu Russland kann man so interpretieren, dass den Bürgerinnen und Bürgern durchaus bewusst ist, dass für eine Erfüllung der deutschen Verpflichtungen gegenüber den Bündnispartnern und für ein stärkeres internationales Engagement finanziell besser ausgestattete Streitkräfte notwendig sind. Interessant ist in dieser Hinsicht der negative Koeffizient für Atlantizismus: Personen, die das deutsch-amerikanische Verhältnis positiver einschätzen, sind in geringerem Maße für eine Erhöhung der Verteidigungsausgaben.

---

<sup>43</sup> Eine Betrachtung der Einstellung zur Ausrüstung und Bewaffnung im Zeitvergleich zeigt, dass die Bürgerinnen und Bürger diese von Jahr zu Jahr negativer bewerten. Insofern könnte diese Entwicklung eine der Ursachen für die gestiegene Unterstützung für eine Erhöhung der Verteidigungsausgaben in den letzten Jahren sein. Explizit empirisch untersucht wird dieser Zusammenhang hier allerdings nicht, so dass die Schlussfolgerung nur auf Plausibilitätsüberlegungen basiert.



**Tabelle 9.3: Determinanten der Einstellung zu den Verteidigungsausgaben**

	Einstellung zu den Verteidigungsausgaben					
	Modell I	Modell II	Modell III	Modell IV	Modell V	Modell VI
<i>Ressourcen</i>						
Frauen	-0,04 <sup>n.s.</sup>	-	-	-	-	0,01 <sup>n.s.</sup>
Alter	0,00 <sup>n.s.</sup>	-	-	-	-	-0,03 <sup>n.s.</sup>
Niedrige Bildung	0,01 <sup>n.s.</sup>	-	-	-	-	0,02 <sup>n.s.</sup>
Hohe Bildung	-0,03 <sup>n.s.</sup>	-	-	-	-	-0,02 <sup>n.s.</sup>
Haushaltsnettoeinkommen (bis 2.000 Euro)	0,01 <sup>n.s.</sup>	-	-	-	-	0,04 <sup>n.s.</sup>
Haushaltsnettoeinkommen (4.001 Euro und mehr)	0,06 <sup>**</sup>	-	-	-	-	0,04 <sup>n.s.</sup>
Ostdeutschland	0,01 <sup>n.s.</sup>	-	-	-	-	0,03 <sup>n.s.</sup>
Migrationshintergrund	-0,02 <sup>n.s.</sup>	-	-	-	-	-0,03 <sup>n.s.</sup>
Bin/war Soldat	0,10 <sup>***</sup>	-	-	-	-	0,01 <sup>n.s.</sup>
<i>Sicherheitspolitische Einstellungen</i>						
Kritische Einstellungen zu Russland	-	0,05 <sup>*</sup>	-	-	-	0,06 <sup>**</sup>
Sicherheitslage weltweit	-	-0,06 <sup>*</sup>	-	-	-	-0,01 <sup>n.s.</sup>
Sicherheitslage Deutschland	-	-0,04 <sup>n.s.</sup>	-	-	-	-0,09 <sup>**</sup>
Sicherheitslage persönlich	-	0,07 <sup>**</sup>	-	-	-	0,00 <sup>n.s.</sup>
<i>Bundeswehrspezifische Einstellungen</i>						
Einstellung zur Bundeswehr	-	-	0,28 <sup>***</sup>	-	-	0,25 <sup>***</sup>
Ausrüstung und Bewaffnung Bw	-	-	-0,09 <sup>***</sup>	-	-	-0,07 <sup>**</sup>
Ausbildung der Soldaten	-	-	0,18 <sup>***</sup>	-	-	0,14 <sup>***</sup>
Index persönliche Wahrnehmung Bw	-	-	0,05 <sup>*</sup>	-	-	0,03 <sup>n.s.</sup>
Index massenmediale Wahrnehmung Bw	-	-	0,06 <sup>**</sup>	-	-	0,06 <sup>*</sup>
<i>Sicherheitspolitische Grundorientierungen</i>						
Militarismus	-	-	-	0,07 <sup>**</sup>	-	0,03 <sup>n.s.</sup>
Multilateralismus	-	-	-	0,07 <sup>**</sup>	-	0,01 <sup>n.s.</sup>
Internationalismus	-	-	-	0,12 <sup>***</sup>	-	0,07 <sup>**</sup>
Atlantizismus	-	-	-	-0,09 <sup>***</sup>	-	-0,07 <sup>**</sup>
<i>Politische Einstellungen</i>						
Verteidigungspol. Kompetenzüberzeugung	-	-	-	-	0,13 <sup>***</sup>	0,07 <sup>**</sup>
Eigene wirtschaftliche Lage	-	-	-	-	0,02 <sup>n.s.</sup>	-0,01 <sup>n.s.</sup>
Nationale wirtschaftliche Lage	-	-	-	-	0,14 <sup>***</sup>	0,10 <sup>***</sup>
Wahlabsicht CDU/CSU	-	-	-	-	0,07 <sup>**</sup>	0,02 <sup>n.s.</sup>
Wahlabsicht SPD	-	-	-	-	0,05 <sup>n.s.</sup>	0,01 <sup>n.s.</sup>
Wahlabsicht AfD	-	-	-	-	0,08 <sup>**</sup>	0,06 <sup>*</sup>
Wahlabsicht FDP	-	-	-	-	-0,02 <sup>n.s.</sup>	-0,04 <sup>n.s.</sup>
Wahlabsicht Die Linke	-	-	-	-	-0,09 <sup>***</sup>	-0,09 <sup>***</sup>
Wahlabsicht Bündnis 90/Die Grünen	-	-	-	-	-0,04 <sup>n.s.</sup>	-0,02 <sup>n.s.</sup>
Links-Rechts-Selbsteinstufung	-	-	-	-	0,05 <sup>*</sup>	0,02 <sup>n.s.</sup>
Korrigiertes R <sup>2</sup>	0,02	0,01	0,16	0,03	0,08	0,20
n	2.342	2.333	2.139	2.326	2.132	1.988

Anmerkungen: Wertebereich der abhängigen Variablen [0 - stark verringert werden; 1 - stark erhöht werden]. Alle erklärenden Variablen mit Ausnahme von Alter [16; 91], dem Index persönliche Wahrnehmung Bw [0; 3] und dem Index massenmediale Wahrnehmung Bw [0; 4] haben einen Wertebereich von [0; 1]. Analyseverfahren: Multiple lineare Regressionen; standardisierte Regressionskoeffizienten (beta). Signifikanzniveau: \*\*\* p < .001; \*\* p < .01; \* p < .05; n.s. = nicht signifikant (p ≥ .05).

Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des ZMSBw 2018.

Somit scheinen sie sich eher auf die militärische Unterstützung durch Deutschlands wichtigsten Bündnispartner verlassen zu wollen, als die eigenen Anstrengungen zur Verteidigung zu verstärken.<sup>44</sup> Auch im Gesamtmodell sind Anhänger von Die Linke eher gegen und AfD-Wähler eher für eine Erhöhung der Verteidigungsausgaben. Zuletzt sei noch erwähnt, dass auch in Modell VI für Befragte mit einer positiveren Einschätzung der eigenen verteidigungspolitischen Kompetenz oder bei besserer Bewertung der nationalen wirtschaftlichen Lage stärkere Präferenzen für eine Steigerung der Ausgaben für die Streitkräfte zu verzeichnen sind. Vergleicht man diese Ergebnisse mit den Analysen der Bevölkerungsbefragung 2017, zeigen sich weitestgehend identische Ergebnisse (Steinbrecher 2017b), was für die zeitliche Stabilität der berichteten Zusammenhänge und Wirkungen spricht.

Tabelle 9.4 zeigt die Analysen für die Determinanten der Einstellung zum Personalumfang der Bundeswehr. Da die Ergebnisse der einzelnen Modelle in Bezug auf Richtung, Stärke und statistische Signifikanz der Effekte sehr ähnlich zu den vorangehenden Analysen zur Erklärung der Präferenz für die Verteidigungsausgaben sind, soll vor allem auf die Abweichungen in den Ergebnissen zwischen den beiden abhängigen Variablen eingegangen werden. Für die Einstellung zum Personalumfang spielt in Modell I das Geschlecht eine Rolle: Männer sind eher für eine Vergrößerung des Personalbestands als Frauen. Im Gegensatz zu den Analysen in Tabelle 9.3 spielt die Bewertung der Ausrüstung und Bewaffnung der Bundeswehr für diese abhängige Variable keine Rolle. Dasselbe gilt für die Wahrnehmung der Bundeswehr über die Massenmedien (Modelle III und VI). In Modell V, das politische Einstellungen enthält, ergeben sich drei Unterschiede im Vergleich zu den vorangehenden Analysen: Personen, welche die eigene wirtschaftliche Lage positiv bewerten, sind eher für eine Erhöhung der Zahl der Soldatinnen und Soldaten. Anhänger der Unions-Parteien unterscheiden sich nicht signifikant von Personen ohne Wahlabsicht. Personen mit der Absicht, die Grünen zu wählen, unterstützen eine Vergrößerung der Bundeswehr in geringerem Maße.

---

<sup>44</sup> Auch in Analysen zu den Erklärungsfaktoren der Höhe der Verteidigungsausgaben auf Länderebene zeigt sich ein Zusammenhang zwischen Einbindung in Allianzen und Verteidigungsbudget: Je enger die Verbindung eines Staates mit der stärksten Kraft im internationalen System (den USA), desto geringer sind die Ausgaben für die Verteidigung (Hunter/Robbins 2016).

**Tabelle 9.4: Determinanten der Einstellung zum Personalumfang der Bundeswehr**

	Einstellung zum Personalumfang der Bundeswehr					
	Modell I	Modell II	Modell III	Modell IV	Modell V	Modell VI
<i>Ressourcen</i>						
Frauen	-0,06**	-	-	-	-	-0,01 <sup>n.s.</sup>
Alter	-0,02 <sup>n.s.</sup>	-	-	-	-	-0,03 <sup>n.s.</sup>
Niedrige Bildung	0,02 <sup>n.s.</sup>	-	-	-	-	0,04 <sup>n.s.</sup>
Hohe Bildung	-0,02 <sup>n.s.</sup>	-	-	-	-	-0,01 <sup>n.s.</sup>
Haushaltsnettoeinkommen (bis 2.000 Euro)	0,01 <sup>n.s.</sup>	-	-	-	-	0,04 <sup>n.s.</sup>
Haushaltsnettoeinkommen (4.001 Euro und mehr)	0,07**	-	-	-	-	0,04 <sup>n.s.</sup>
Ostdeutschland	0,00 <sup>n.s.</sup>	-	-	-	-	0,02 <sup>n.s.</sup>
Migrationshintergrund	-0,03 <sup>n.s.</sup>	-	-	-	-	-0,04*
Bin/war Soldat	0,07**	-	-	-	-	-0,02 <sup>n.s.</sup>
<i>Sicherheitspolitische Einstellungen</i>						
Kritische Einstellungen zu Russland	-	0,10***	-	-	-	0,09***
Sicherheitslage weltweit	-	-0,06**	-	-	-	-0,05 <sup>n.s.</sup>
Sicherheitslage Deutschland	-	-0,04 <sup>n.s.</sup>	-	-	-	-0,06*
Sicherheitslage persönlich	-	0,07**	-	-	-	0,02 <sup>n.s.</sup>
<i>Bundeswehrspezifische Einstellungen</i>						
Einstellung zur Bundeswehr	-	-	0,22***	-	-	0,20***
Ausrüstung und Bewaffnung Bw	-	-	-0,03 <sup>n.s.</sup>	-	-	-0,04 <sup>n.s.</sup>
Ausbildung der Soldaten	-	-	0,18***	-	-	0,15***
Index persönliche Wahrnehmung Bw	-	-	0,07**	-	-	0,04 <sup>n.s.</sup>
Index massenmediale Wahrnehmung Bw	-	-	0,03 <sup>n.s.</sup>	-	-	0,01 <sup>n.s.</sup>
<i>Sicherheitspolitische Grundorientierungen</i>						
Militarismus	-	-	-	0,09***	-	0,05 <sup>n.s.</sup>
Multilateralismus	-	-	-	0,04*	-	-0,01 <sup>n.s.</sup>
Internationalismus	-	-	-	0,14***	-	0,10***
Atlantizismus	-	-	-	-0,06**	-	-0,06**
<i>Politische Einstellungen</i>						
Verteidigungspol. Kompetenzüberzeugung	-	-	-	-	0,12***	0,09***
Eigene wirtschaftliche Lage	-	-	-	-	0,06**	0,06*
Nationale wirtschaftliche Lage	-	-	-	-	0,08***	0,03 <sup>n.s.</sup>
Wahlabsicht CDU/CSU	-	-	-	-	0,04 <sup>n.s.</sup>	-0,02 <sup>n.s.</sup>
Wahlabsicht SPD	-	-	-	-	-0,01 <sup>n.s.</sup>	-0,05 <sup>n.s.</sup>
Wahlabsicht AfD	-	-	-	-	0,10***	0,07**
Wahlabsicht FDP	-	-	-	-	-0,02 <sup>n.s.</sup>	-0,03 <sup>n.s.</sup>
Wahlabsicht Die Linke	-	-	-	-	-0,10***	-0,09***
Wahlabsicht Bündnis 90/Die Grünen	-	-	-	-	-0,06*	-0,04 <sup>n.s.</sup>
Links-Rechts-Selbsteinstufung	-	-	-	-	0,03 <sup>n.s.</sup>	0,03 <sup>n.s.</sup>
Korrigiertes R <sup>2</sup>	0,02	0,01	0,13	0,03	0,07	0,18
n	2.342	2.327	2.137	2.325	2.128	1.975

Anmerkungen: Wertebereich der abhängigen Variablen [0 - stark verringert werden; 1 - stark erhöht werden]. Alle erklärenden Variablen mit Ausnahme von Alter [16; 91], dem Index persönliche Wahrnehmung Bw [0; 3] und dem Index massenmediale Wahrnehmung Bw [0; 4] haben einen Wertebereich von [0; 1]. Analyseverfahren: Multiple lineare Regressionen; standardisierte Regressionskoeffizienten (beta). Signifikanzniveau: \*\*\* p < .001; \*\* p < .01; \* p < .05; n.s. = nicht signifikant (p ≥ .05).

Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des ZMSBw 2018.

Blickt man auf das Gesamtmodell (Modell VI), ist auch für die Einstellung zum Personalumfang die Einstellung zur Bundeswehr, und damit die affektive Nähe zu den Streitkräften, die mit Abstand erklärungsstärkste Variable. Zweitstärkster Erklärungsfaktor ist die Bewertung der Ausbildung der Soldatinnen und Soldaten. Hier zeigt sich wie in den Analysen zu den Einstellungen zum Verteidigungsetat ein positiver Einfluss. Von größerer Bedeutung mit standardisierten Effektkoeffizienten um  $\pm 0,10$  sind zudem kritische Einstellungen zu Russland, Internationalismus, die verteidigungspolitische Kompetenzüberzeugung und eine Wahlabsicht für Die Linke.

### *Fazit*

Fasst man die Analyseergebnisse zusammen, zeigen sich sowohl für die Einstellung zu den Verteidigungsausgaben als auch zum Personalumfang der Streitkräfte sehr ähnliche Muster in Bezug auf deskriptive Statistiken sowie Struktur und Stärke der Determinanten. Dies spricht dafür, dass die Befragten beide Fragen als zwei Seiten derselben Medaille sehen. Ersichtlich wird dies an einem starken positiven Zusammenhang zwischen beiden Einstellungen (Korrelationskoeffizient Pearsons  $r = 0,70$ ,  $p < 0,001$ ): Befragte, die sich für mehr Verteidigungsausgaben aussprechen, plädieren auch für eine Steigerung der Personalstärke der Bundeswehr. Die Stabilität der Einstellungen seit 2015 spricht im Sinne des Thermostat-Modells (Eichenberg/Stoll 2003; Wlezien 1995) dafür, dass aus Sicht der Bürgerinnen und Bürger trotz der Steigerungen des Verteidigungsetats und der geplanten Verstärkung der Bundeswehr auf 203.000 Soldatinnen und Soldaten bis 2024, die aus ihrer Sicht optimale Höhe für beide Kennzahlen noch nicht erreicht ist.

Was die Erklärungsfaktoren angeht, zeigen sich weitgehende Übereinstimmungen in den Determinanten beider Einstellungen. Die affektive Nähe zu den Streitkräften spielt eine besonders starke Rolle, genauso wie instrumentelle Erwägungen (Verbesserung der Sicherheitslage, Aufrechterhaltung des positiv bewerteten Ausbildungsstandes der Soldatinnen und Soldaten sowie kritische Einstellungen gegenüber Russland) und parteipolitische Erwägungen. Für die Einstellung zu den Verteidigungsausgaben sind auch die Berichterstattung über Ausrüstungsprobleme und die entsprechende Wahrnehmung der Bürgerinnen und Bürger relevant.

Wie schon im Vorjahr ist für die Einordnung der in diesem Abschnitt präsentierten Ergebnisse der Hinweis wichtig, dass die Befragten durch die verwendete Fragestellung nicht zu einer Abwägung von Ausgaben für verschiedene Politikbereiche gezwungen werden. Aufgrund haushaltsbezogener Restriktionen ist es aber für Parlament und Regierung selbst bei sehr guter Wirtschafts- und Arbeitsmarktlage notwendig, eine solche Abwägung und die Festlegung von Prioritäten für unterschiedliche Politikbereiche oder politische Programme vorzunehmen. Die entsprechende Forschung zeigt, dass Bürgerinnen und Bürger solche Abwägungen ebenfalls durchführen (z.B. Wlezien 1995) und dann das

Politikfeld Verteidigung und Sicherheit im Vergleich zu Sozial- oder Bildungspolitik geringere Prioritäten erhält. Dies spiegelt sich auch in den Ergebnissen zur Frage der Entwicklung des Etats für verschiedene Politikbereiche wider (vgl. Abbildung 9.3). Allerdings sind die dort präsentierten Ergebnisse auch ein Beleg dafür, dass das üblicherweise in der Bevölkerungsbefragung genutzte Instrument die Haltungen der Bürgerinnen und Bürger zur Höhe der Verteidigungsausgaben adäquat wiedergibt.

# 10 Vorstellungen von den Aufgabenbereichen der Bundeswehr

*Markus Steinbrecher*

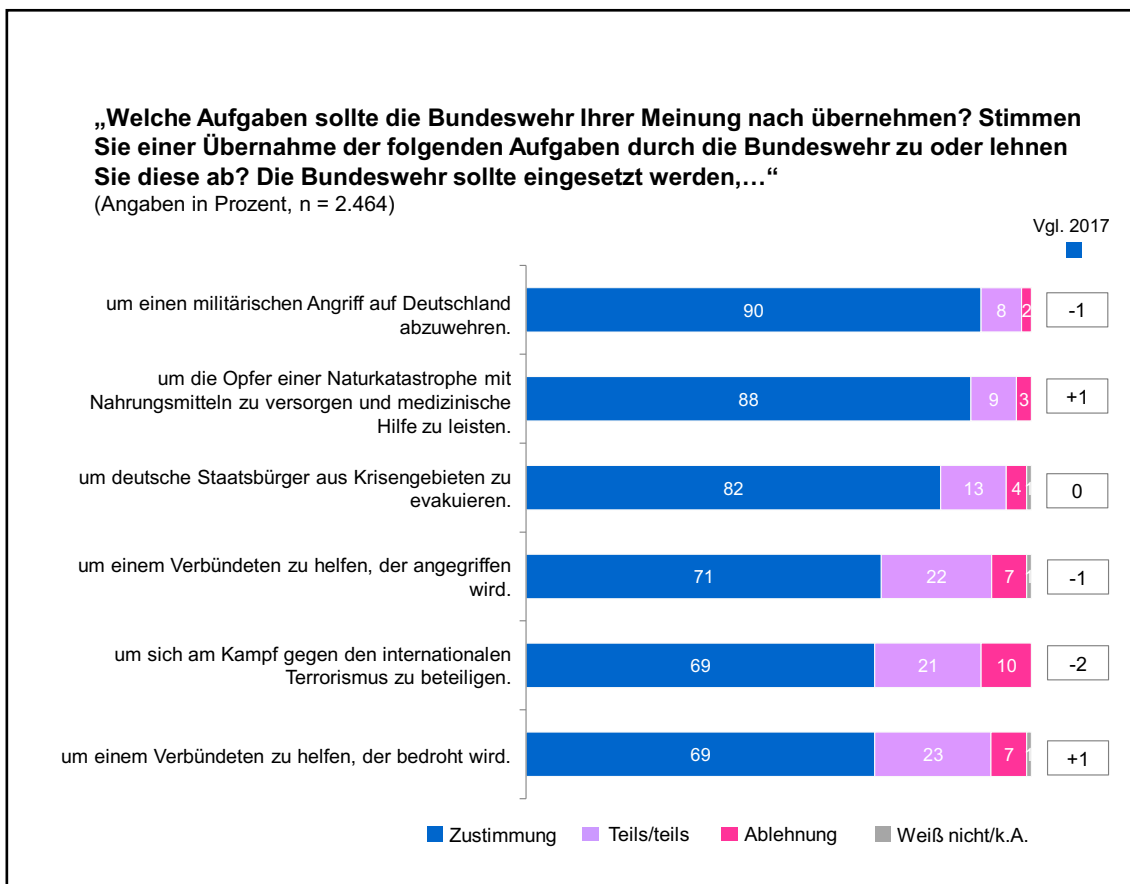
---

Das Weißbuch 2016 zur Sicherheitspolitik und zur Zukunft der Bundeswehr benennt eine Reihe von Aufgaben für die Bundeswehr im Ausland wie im Inland (Bundesministerium der Verteidigung 2016a). Dazu zählen unter anderem die Landes- und Bündnisverteidigung (auf deutschem Gebiet wie auf dem Gebiet der Bündnispartner), die Verteidigung gegen terroristische und hybride Bedrohungen, das internationale Krisenmanagement im Rahmen internationaler Organisationen, von Friedenseinsätzen oder Sanktionsmaßnahmen, der Heimatschutz und subsidiäre Unterstützungsleistungen in Deutschland (z.B. die Überwachung des deutschen Luft- und Seeraums, Hilfeleistungen im Fall von Naturkatastrophen oder schweren Unglücksfällen sowie Beiträge zur Terrorabwehr) sowie Evakuierungen oder Geiselnbefreiungen im Ausland (Bundesministerium der Verteidigung 2016a: 91–93). Diese Aufgaben werden in der Konzeption der Bundeswehr in noch größerem Detail weiter ausgeführt (Bundesministerium der Verteidigung 2018b: 21–34). Im Folgenden geht es darum, welche Vorstellungen die Bürgerinnen und Bürger in Deutschland von den Aufgabenbereichen der Bundeswehr sowohl außerhalb als auch innerhalb Deutschlands haben. Zusätzlich zur Beschreibung des Unterstützungsniveaus für verschiedene Aufgaben sollen die Erklärungsfaktoren für ihre Befürwortung oder Ablehnung herausgearbeitet werden. Da die Aufgaben in der Befragung in zwei getrennten Frageblöcken erhoben werden, wird diese ursprüngliche Aufteilung in der Auswertung beibehalten.

## *Generelle Aufgabenbereiche der Bundeswehr*

Im Rahmen der Bevölkerungsbefragung 2018 wurde die Zustimmung der Bürgerinnen und Bürger zu unterschiedlichen Aufgabenbereichen der Bundeswehr erfragt (vgl. Abbildung 10.1). Neun von zehn Befragten befürworteten den Einsatz der Bundeswehr, um einen militärischen Angriff auf Deutschland abzuwehren (90 Prozent) und um die Opfer einer Naturkatastrophe mit Nahrungsmitteln zu versorgen sowie medizinische Hilfe zu leisten (88 Prozent). 82 Prozent der Bürgerinnen und Bürger unterstützen den Einsatz der Streitkräfte, um deutsche Staatsbürger aus Krisengebieten zu evakuieren. Jeweils etwa sieben von zehn Bundesbürgern befürworteten, die Bundeswehr einzusetzen, um einem Verbündeten zu helfen, der angegriffen wird (71 Prozent), um sich am Kampf gegen den internationalen Terrorismus zu beteiligen und um einem Verbündeten zu helfen, der bedroht wird (jeweils 69 Prozent).

**Abbildung 10.1: Vorstellungen von den Aufgabenbereichen der Bundeswehr, Teil 1**

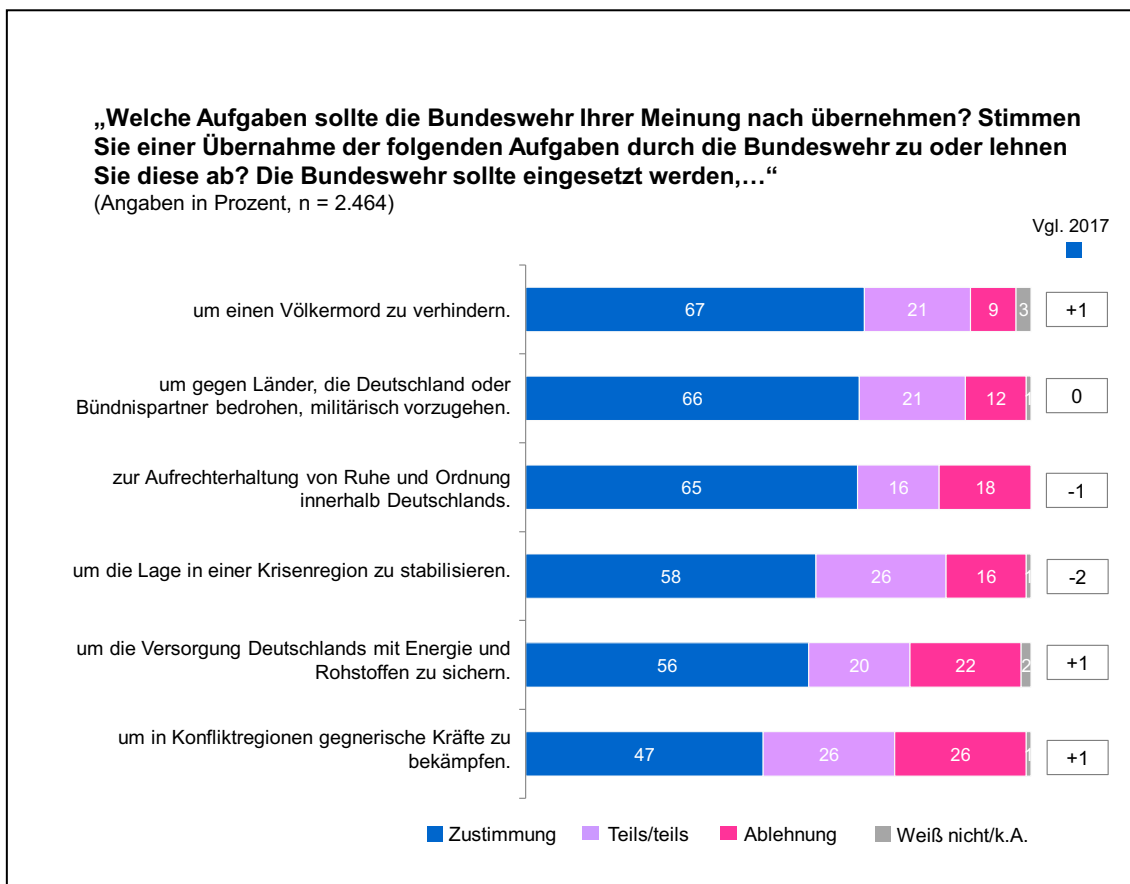


Anmerkungen: Nicht alle Prozentangaben ergeben in der Summe 100 Prozent, da die Einzelwerte gerundet wurden. Zustimmung: Anteile „Stimme völlig zu“ und „Stimme eher zu“ zusammengefasst; Ablehnung: Anteile „Lehne völlig ab“ und „Lehne eher ab“ zusammengefasst. Vgl. 2017: Differenz Zustimmung 2018 zu 2017.

Datenbasis: Bevölkerungsbefragungen des ZMSBw 2017 und 2018.

Über 60 Prozent der Befragten sind für den Einsatz der Streitkräfte, um einen Völkermord zu verhindern (67 Prozent), um gegen Länder, die Deutschland oder seine Bündnispartner bedrohen, militärisch vorzugehen (66 Prozent) oder um Ruhe und Ordnung innerhalb Deutschlands aufrechtzuerhalten (65 Prozent; vgl. Abbildung 10.2). Eine absolute Mehrheit unterstützt zudem die Entsendung der Bundeswehr, um die Lage in einer Krisenregion zu stabilisieren (58 Prozent) und um die Versorgung Deutschlands mit Energie und Rohstoffen zu sichern (56 Prozent). Das einzige Szenario, das nicht von einer absoluten Mehrheit unterstützt wird, ist der Einsatz der Bundeswehr, um in Konfliktregionen gegnerische Kräfte zu bekämpfen (47 Prozent).

**Abbildung 10.2: Vorstellungen von den Aufgabenbereichen der Bundeswehr, Teil 2**



Anmerkungen: Nicht alle Prozentangaben ergeben in der Summe 100 Prozent, da die Einzelwerte gerundet wurden. Zustimmung: Anteile „Stimme völlig zu“ und „Stimme eher zu“ zusammengefasst; Ablehnung: Anteile „Lehne völlig ab“ und „Lehne eher ab“ zusammengefasst. Vgl. 2017: Differenz Zustimmung 2018 zu 2017.

Datenbasis: Bevölkerungsbefragungen des ZMSBw 2017 und 2018.

Von Relevanz erscheinen demnach insbesondere die originären Aufgabenbereiche der Bundeswehr: Landesverteidigung, Katastrophenhilfe sowie der Schutz und die Sicherheit deutscher Staatsbürger. Große Zustimmung findet auch die Bündnisverteidigung. Diese Ergebnisse stehen scheinbar im Widerspruch zu den Befunden hinsichtlich der Unterstützung der NATO-Partner im Baltikum und der entsprechenden einsatzgleichen Verpflichtungen (vgl. Abschnitte 5 und 11). Eine offensichtliche Schlussfolgerung ist, dass die Bürgerinnen und Bürger einer Vielzahl an Aufgaben der Streitkräfte grundsätzlich positiv gegenüberstehen. Wenn es aber um konkrete Einsätze, z.B. in Mali oder Afghanistan, oder um einsatzgleiche Verpflichtungen wie im Baltikum mit entsprechenden Aufgaben geht, ist die Unterstützung deutlich geringer (vgl. Abschnitte 5 und 11).<sup>45</sup> Im Vergleich

<sup>45</sup> Der im Herbst 2018 erschienene Sammelband „Freiheit oder Sicherheit? Ein Spannungsverhältnis aus Sicht der Bürgerinnen und Bürger“ (Steinbrecher et al. 2018c) sowie Biehl et al. (2017) liefern hierzu weitergehende Befunde und Schlussfolgerungen.



zum Vorjahr ergeben sich für alle Aufgabenbereiche lediglich geringfügige Veränderungen im Niveau der Zustimmung. Eine allgemeine Entwicklung ist nicht zu konstatieren, weil die Unterstützung bei einigen Fragen sinkt und bei anderen steigt.

Im Folgenden soll analysiert werden, welche Eigenschaften und Einstellungen die Befürwortung der verschiedenen Aufgaben erklären können. Um die Analysen übersichtlich zu halten, werden die verschiedenen Aufgaben zusammengefasst. Auf der Basis theoretischer Überlegungen ergeben sich fünf Aufgabenbereiche:<sup>46</sup> 1) Landesverteidigung („um einen militärischen Angriff auf Deutschland abzuwehren“), 2) Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung in Deutschland, 3) Bündnisverteidigung („um einem Verbündeten zu helfen, der angegriffen wird“, „um einem Verbündeten zu helfen, der bedroht wird“ und „um gegen Länder, die Deutschland oder Bündnispartner bedrohen, militärisch vorzugehen“), 4) Hilfseinsätze („um die Opfer einer Naturkatastrophe mit Nahrungsmitteln zu versorgen und medizinische Hilfe zu leisten“ und „um deutsche Staatsbürger aus Krisengebieten zu evakuieren“) und 5) Stabilisierungseinsätze („um sich am Kampf gegen den internationalen Terrorismus zu beteiligen“, „um einen Völkermord zu verhindern“, „um die Lage in einer Krisenregion zu stabilisieren“ und „um in Konfliktregionen gegnerische Kräfte zu bekämpfen“). Die zwei Einzelvariablen sowie die drei Indizes haben einen Wertebereich zwischen 0 (gar keine Zustimmung) und 1 (volle Zustimmung). Die Reliabilität der Indizes ist gut (Bündnisverteidigung, Cronbachs alpha: 0,80) bzw. zufriedenstellend (Hilfseinsätze, Cronbachs alpha: 0,63; Stabilisierungseinsätze, Cronbachs alpha: 0,77).

Tabelle 10.1 zeigt die Mittelwerte für die fünf Variablen bzw. Indizes in den bekannten Teilgruppen für soziodemografische Merkmale sowie die Wahlabsicht. Die Landesverteidigung findet mit einem Mittelwert von 0,89 die mit Abstand größte Zustimmung. Wie aus den gruppenspezifischen Mittelwerten hervorgeht, wird die Wahrnehmung dieser Aufgabe durch die Bundeswehr von den meisten Gruppen der Bevölkerung in gleichem Maße unterstützt. Minimale statistisch signifikante Unterschiede sind lediglich zwischen den Parteianhängern und Menschen aus verschiedenen Regionen zu verzeichnen.

Für die anderen Aufgabenbereiche ist die Unterstützung teils deutlich geringer und es gibt sichtbar mehr Gruppenunterschiede. Die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung in Deutschland durch die Bundeswehr findet mit einem Mittelwert von 0,70 breite Unterstützung. Besonders hoch ist die Neigung zur Befürwortung unter Befragten mit Hochschulabschluss (0,74), Anhängern von Union, SPD und AfD (jeweils 0,74 bzw. 0,73) und

---

<sup>46</sup> Eine explorative Faktorenanalyse führt zu einer dreifaktoriellen Lösung, die theoretisch nicht sinnvoll zu interpretieren ist. Daher wird einer theoretisch begründeten Aufteilung der Aufgaben der Bundeswehr der Vorzug gegeben. Die zufriedenstellenden bis guten Reliabilitätswerte der entsprechenden Indexvariablen untermauern die Entscheidung für diese Vorgehensweise. Zudem ist so ein Vergleich mit den Ergebnissen des Vorjahres möglich.

Westdeutschen (0,75). Deutlich unterdurchschnittlich sind die Mittelwerte von hoch Gebildeten (0,66), Befragten ab 70 Jahren (0,66) Anhängern der Grünen (0,64) und von Die Linke (0,59) sowie Norddeutschen (0,64). Allerdings bewerten bei allen festzustellenden Unterschieden alle Gruppen eine Übernahme dieser Aufgabe durch die deutschen Streitkräfte positiv.

Die Bündnisverteidigung als Verpflichtung der Bundeswehr wird von großen Teilen der Bevölkerung unterstützt (0,73). Es gibt leichte Unterschiede zwischen Männern und Frauen, auf Basis des Einkommens, der Wahlabsicht sowie des Wohnorts. Allerdings fallen nur die unterschiedlichen Positionen der Parteianhängerschaften stärker ins Gewicht. Während die Unterstützung für die Bündnisverteidigung unter Anhängern von Die Linke (0,64) und Bündnis 90/Die Grünen (0,67) unterdurchschnittlich ist, befürworten Personen, welche CDU/CSU oder die SPD unterstützen (0,76), die Wahrnehmung dieser Aufgabe durch die Bundeswehr besonders stark.

Hilfseinsätze finden mit einem Mittelwert von 0,85 die breite Unterstützung der Befragten. Die größten Bewertungsunterschiede sind zwischen den Parteianhängern zu verzeichnen. Während Hilfseinsätze durch FDP-Anhänger am wenigsten unterstützt werden (0,82), ist die Positionierung der SPD-Befürworter am positivsten (0,89). Auch für Bildung und Alter sind statistisch signifikante Differenzen in der Bewertung festzustellen, diese erreichen aber maximal 0,03 Skalenpunkte.

Die mittlere Unterstützung für Stabilisierungseinsätze als Aufgabe der Bundeswehr ist mit 0,68 am geringsten, liegt aber immer noch deutlich im positiven Bereich der Skala. Die Einkommensgruppen divergieren leicht in ihrer Bewertung. Besonders deutlich werden abweichende Bewertungen aber hinsichtlich der Wahlabsicht und des Wohnorts. Die Unterstützung ist unter den Anhängern von FDP oder SPD mit 0,71 bzw. 0,72 am höchsten, während potenzielle Wähler von Die Linke (0,62) und der AfD (0,61) am wenigsten positiv gestimmt sind. Norddeutsche (0,62) sind ebenfalls etwas skeptischer, während Süd- und Westdeutsche das größte Unterstützungsniveau aufweisen (0,70).

**Tabelle 10.1: Vorstellungen von den Aufgabenbereichen der Bundeswehr in soziodemografischen Gruppen**

	Landes- verteidi- gung	Ruhe und Ordnung	Bündnis- verteidi- gung	Hilfsein- sätze	Stabilisie- rungsein- sätze
<b>Insgesamt</b>	0,89	0,70	0,73	0,85	0,68
<b>Geschlecht</b>	n.s.	n.s.	*	n.s.	n.s.
Männer	0,90	0,69	0,74	0,86	0,68
Frauen	0,89	0,70	0,72	0,85	0,67
<b>Alter</b>	n.s.	*	n.s.	**	n.s.
16 bis 29 Jahre	0,88	0,69	0,72	0,83	0,68
30 bis 49 Jahre	0,89	0,72	0,73	0,86	0,69
50 bis 69 Jahre	0,90	0,70	0,72	0,86	0,67
70 Jahre und älter	0,89	0,66	0,73	0,85	0,66
<b>Bildungsniveau</b>	n.s.	***	n.s.	**	n.s.
Hochschul- bzw. Fachhoch- schulreife	0,90	0,66	0,72	0,84	0,67
Realschulabschluss	0,90	0,69	0,74	0,86	0,69
Hauptschulabschluss	0,90	0,74	0,73	0,87	0,68
<b>Haushaltsnettoeinkommen pro Monat</b>	n.s.	n.s.	**	n.s.	***
4.001 Euro und mehr	0,89	0,68	0,74	0,85	0,68
2.001 bis 4.000 Euro	0,89	0,71	0,74	0,86	0,70
Bis 2.000 Euro	0,89	0,69	0,70	0,85	0,65
<b>Wahlabsicht Bundestagswahl</b>	*	***	***	***	***
CDU/CSU	0,90	0,73	0,76	0,85	0,70
SPD	0,91	0,74	0,76	0,89	0,72
AfD	0,92	0,73	0,70	0,84	0,61
FDP	0,88	0,69	0,74	0,82	0,71
Die Linke	0,86	0,59	0,64	0,85	0,62
Bündnis 90/Die Grünen	0,87	0,64	0,67	0,84	0,66
Keine Parteipräferenz, Nicht- wähler, w.n./k.A.	0,89	0,68	0,72	0,85	0,66
<b>Region</b>	**	***	***	n.s.	***
Norddeutschland (SH, HH, HB, NI)	0,88	0,64	0,68	0,84	0,61
Ostdeutschland (MV, BB, BE, ST, SN, TH)	0,92	0,65	0,72	0,86	0,66
Süddeutschland (BW, BY)	0,90	0,70	0,75	0,86	0,70
Westdeutschland (NW, RP, HE, SL)	0,89	0,75	0,72	0,85	0,70
<b>Migrationshintergrund</b>	n.s.	n.s.	n.s.	n.s.	n.s.
Ja	0,90	0,69	0,71	0,85	0,67
Nein	0,89	0,70	0,73	0,85	0,68

Anmerkungen: Wertebereich [0 - gar keine Zustimmung; 1 - volle Zustimmung]; Analyseverfahren: Varianzanalysen, Signifikanzniveau: \*\*\* p < .001; \*\* p < .01; \* p < .05; n.s. = nicht signifikant (p ≥ .05). Der Signifikanztest für die Varianzanalyse gibt an, ob sich der Mittelwert mindestens einer Gruppe von dem Mittelwert mindestens einer anderen Gruppe unterscheidet.

Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des ZMSBw 2018.

Die folgenden Analysen gehen über die bisherigen hinaus. Zusätzlich zu soziodemografischen Gruppenzugehörigkeiten bzw. Ressourcen gehen in Anlehnung an die Analysen von Steinbrecher und Wanner (2018) und die generelle Forschung zur Erklärung außen- und sicherheitspolitischer Einstellungen (z.B. Biehl/Schoen 2015) weitere Determinanten ein (vgl. Tabelle 10.2). Darunter sind kognitive Aspekte und Fähigkeiten (etwa das politische Interesse), affektive Bewertungen und Einstellungen (wie die Einstellung zur Bundeswehr oder Sicherheitsbewertungen; vgl. Abschnitt 4), außen- und sicherheitspolitische Grundorientierungen (vgl. Abschnitt 5), Einschätzungen der Performanz der Streitkräfte (bei vorherigen Einsätzen im Ausland) sowie normative und rechtliche Orientierungen (hier mangels anderer Variablen die Einstellung zu den Regelungen des Parlamentsbeteiligungsgesetzes für Auslandseinsätze). Tabelle 10.2 präsentiert die Ergebnisse von linearen Regressionen für die Erklärung der Einstellungen zu den fünf Aufgaben der Bundeswehr. Die Anlage der Analysen ist identisch mit denjenigen aus dem Forschungsbericht zur Bevölkerungsbefragung 2017, so dass die Ergebnisse miteinander verglichen werden können: Es zeigen sich weitgehende Übereinstimmungen und nur wenige Abweichungen in den Erklärungsmustern (Steinbrecher 2017c).

Die Analysen zeigen, dass es unterschiedliche Muster in den Determinantenstrukturen zwischen den einzelnen Aufgaben gibt, es ergeben sich allerdings auch einige Gemeinsamkeiten bzw. übergreifende Muster, auf die im Folgenden eingegangen wird: Als erstes allgemeines Ergebnis lässt sich festhalten, dass kognitive Aspekte und Fähigkeiten genauso wie parteipolitische und ideologische Orientierungen unbedeutend für die Erklärung der Unterstützung der fünf Aufgaben sind oder nur eine untergeordnete Rolle spielen. Zweitens sind Performanzbewertungen besonders wichtig. In allen fünf Fällen hat die Einschätzung der Leistungen der Bundeswehr bei Auslandseinsätzen eine hohe Erklärungskraft – in zwei Analysen ist sie sogar die erklärungsstärkste Variable. Bewertet jemand die Leistungen positiv, führt dies zu größerer Unterstützung einer Übernahme aller fünf hier betrachteten Aufgaben durch die Bundeswehr. Drittens sind die außen- und sicherheitspolitischen Grundorientierungen Militarismus und Multilateralismus (mit unterschiedlicher Wirkungsrichtung wie im Folgenden ausgeführt) in allen fünf Fällen von Bedeutung, während Internationalismus und Atlantizismus sich nur in zwei oder drei Fällen statistisch signifikant auf eine Einstellung zu den Aufgaben der Bundeswehr auswirken. Personen, die militärische Gewaltanwendung unterstützen, befürworten einerseits die Übernahme von Bündnisverteidigung und Stabilisierungseinsätzen in stärkerem Maße, andererseits lehnen sie die Erledigung der anderen drei Aufgaben durch die Bundeswehr eher ab. Multilateralisten sprechen sich stärker für Landesverteidigung, Bündnisverteidigung, Hilfs- und Stabilisierungseinsätze aus, stehen der Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung durch die Streitkräfte innerhalb Deutschlands aber etwas skeptischer gegenüber. Personen, die sich eher für eine enge Zusammenarbeit mit den USA in der

Sicherheitspolitik aussprechen, weisen den Streitkräften eher die Aufgabe der Bündnisverteidigung zu, während sie die Übernahme der Landesverteidigung und von Hilfseinsätzen kritischer sehen.

Viertens hat die affektive Nähe zu den Streitkräften stets einen positiven Einfluss auf die Einstellungen zur Aufgabenerledigung: Hat ein Befragter eine positive Einstellung zur Bundeswehr, unterstützt er die Zuweisung aller fünf Aufgaben in stärkerem Maße. Besonders groß ist dieser Effekt im Fall der Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung und der Landesverteidigung, besonders klein bei Hilfs- und Stabilisierungseinsätzen. Als fünfter übergreifender Befund ist festzustellen, dass Einschätzungen der weltweiten Sicherheitslage in vier von fünf Analysen statistisch signifikante Wirkungen haben. Fühlt sich jemand unsicherer, unterstützt er die Übernahme aller fünf Aufgaben durch die Bundeswehr in stärkerem Maße. Am deutlichsten tritt dieser Effekt bei den Hilfseinsätzen zutage, am schwächsten ist er in Bezug auf die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung. Sechstens ist zu konstatieren, dass normative oder rechtliche Erwägungen in vier von fünf Fällen eine Rolle für die Erklärung der abhängigen Variablen spielen. Befürwortet jemand die Regeln des Parlamentsbeteiligungsgesetzes, dann steht er der Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung in Deutschland und Stabilisierungseinsätzen durch die Bundeswehr deutlich skeptischer gegenüber, befürwortet aber stärker die Übernahme der Landesverteidigung und von Hilfseinsätzen.

Gemessen am korrigierten  $R^2$  kann das Modell insbesondere die Unterschiede in der Position der Bürgerinnen und Bürger für die Übernahme der Aufgaben Bündnisverteidigung, Stabilisierungs- und Hilfseinsätze erklären. Der Anteil erklärter Varianz liegt hier um 30 Prozent, für die anderen beiden Aufgaben bei 21 bzw. 11 Prozent. Angesichts der höheren Varianz der Indexvariablen ist dieser Befund wenig überraschend. Die Ergebnisse zeigen insgesamt die Komplexität der Erklärungsmuster und Determinanten der Einstellungen zu den Aufgaben der Streitkräfte und machen deutlich, dass es die Bundeswehr zum Teil selbst in der Hand hat, Unterstützung für ihre Arbeit und Einsätze zu generieren.

**Tabelle 10.2: Determinanten der Vorstellungen von den Aufgabenbereichen der Bundeswehr**

	Landesverteidigung	Ruhe und Ordnung	Bündnisverteidigung	Hilfseinsätze	Stabilisierungseinsätze
<i>Kognitive Aspekte und Fähigkeiten</i>					
Politisches Interesse	0,05*	0,02 <sup>n.s.</sup>	-0,01 <sup>n.s.</sup>	0,05*	0,01 <sup>n.s.</sup>
Verteidigungspolitische Kompetenzüberzeugung	-0,07**	-0,07*	0,06*	-0,01 <sup>n.s.</sup>	0,03 <sup>n.s.</sup>
<i>Funktionale und performanzbezogene Aspekte</i>					
Leistungsbewertung Bundeswehrein-sätze im Ausland	0,14***	0,15***	0,23***	0,19***	0,29***
Bundeswehr-Standort in der Nähe	0,03 <sup>n.s.</sup>	-0,02 <sup>n.s.</sup>	-0,05**	0,02 <sup>n.s.</sup>	-0,01 <sup>n.s.</sup>
<i>Parteilpolitische und ideologische Orientierungen</i>					
Links-Rechts-Selbsteinstufung	0,01 <sup>n.s.</sup>	0,00 <sup>n.s.</sup>	0,02 <sup>n.s.</sup>	0,02 <sup>n.s.</sup>	0,01 <sup>n.s.</sup>
Wahlabsicht CDU/CSU	0,00 <sup>n.s.</sup>	0,06 <sup>n.s.</sup>	-0,01 <sup>n.s.</sup>	-0,02 <sup>n.s.</sup>	0,02 <sup>n.s.</sup>
Wahlabsicht SPD	0,02 <sup>n.s.</sup>	0,05 <sup>n.s.</sup>	0,01 <sup>n.s.</sup>	0,06*	0,07**
Wahlabsicht AfD	0,05*	0,05 <sup>n.s.</sup>	0,01 <sup>n.s.</sup>	0,00 <sup>n.s.</sup>	-0,03 <sup>n.s.</sup>
Wahlabsicht FDP	-0,02 <sup>n.s.</sup>	0,01 <sup>n.s.</sup>	0,02 <sup>n.s.</sup>	-0,03 <sup>n.s.</sup>	0,05*
Wahlabsicht Die Linke	-0,06*	-0,04 <sup>n.s.</sup>	-0,06**	-0,01 <sup>n.s.</sup>	0,00 <sup>n.s.</sup>
Wahlabsicht Bündnis 90/Die Grünen	-0,02 <sup>n.s.</sup>	-0,01 <sup>n.s.</sup>	-0,06*	0,00 <sup>n.s.</sup>	-0,01 <sup>n.s.</sup>
<i>Normen und Werte</i>					
Zustimmung Beteiligung Bundestag Bundeswehrein-sätze	0,12***	-0,15***	0,02 <sup>n.s.</sup>	0,11***	-0,16***
<i>Affektive Orientierungen</i>					
Einstellung zur Bundeswehr	0,16***	0,15***	0,18***	0,08**	0,09***
Sicherheitsbewertung weltweit	-0,12***	-0,02 <sup>n.s.</sup>	-0,06**	-0,26***	-0,05*
Sicherheitsbewertung national	-0,01 <sup>n.s.</sup>	-0,01 <sup>n.s.</sup>	0,06*	0,04 <sup>n.s.</sup>	0,05*
Sicherheitsbewertung persönlich	0,12***	0,01 <sup>n.s.</sup>	0,01 <sup>n.s.</sup>	0,07**	0,01
Militarismus	-0,07**	-0,06*	0,08***	-0,11***	0,06**
Multilateralismus	0,10***	-0,06**	0,27***	0,08***	0,15***
Internationalismus	-0,02 <sup>n.s.</sup>	0,01 <sup>n.s.</sup>	0,12***	0,01 <sup>n.s.</sup>	0,19***
Atlantizismus	-0,17***	-0,03 <sup>n.s.</sup>	0,05*	-0,19***	0,02 <sup>n.s.</sup>
<i>Ressourcen</i>					
Frauen	0,01 <sup>n.s.</sup>	0,02 <sup>n.s.</sup>	-0,01 <sup>n.s.</sup>	0,01 <sup>n.s.</sup>	0,00 <sup>n.s.</sup>
Alter	-0,03 <sup>n.s.</sup>	-0,08**	0,01 <sup>n.s.</sup>	-0,03 <sup>n.s.</sup>	-0,06**
Niedrige Bildung	0,01 <sup>n.s.</sup>	0,05*	0,01 <sup>n.s.</sup>	0,03 <sup>n.s.</sup>	0,02 <sup>n.s.</sup>
Hohe Bildung	0,01 <sup>n.s.</sup>	-0,01 <sup>n.s.</sup>	-0,03 <sup>n.s.</sup>	-0,04 <sup>n.s.</sup>	-0,02 <sup>n.s.</sup>
Haushaltsnettoeinkommen (bis 2.000 Euro)	0,00 <sup>n.s.</sup>	-0,03 <sup>n.s.</sup>	-0,03 <sup>n.s.</sup>	-0,03 <sup>n.s.</sup>	-0,04*
Haushaltsnettoeinkommen (4.001 und mehr)	-0,04 <sup>n.s.</sup>	-0,02 <sup>n.s.</sup>	0,00 <sup>n.s.</sup>	-0,05*	-0,03 <sup>n.s.</sup>
Ostdeutschland	0,10***	-0,04 <sup>n.s.</sup>	0,11***	0,04 <sup>n.s.</sup>	0,06**
Migrationshintergrund	0,03 <sup>n.s.</sup>	-0,02 <sup>n.s.</sup>	-0,05*	0,01 <sup>n.s.</sup>	-0,04 <sup>n.s.</sup>
Bin/war Soldat	0,07**	-0,04 <sup>n.s.</sup>	0,00 <sup>n.s.</sup>	0,01 <sup>n.s.</sup>	-0,04 <sup>n.s.</sup>
Korrigiertes R <sup>2</sup>	0,21	0,11	0,32	0,27	0,29
n	2.044	2.042	2.043	2.045	2.043

Anmerkungen: Wertebereich der abhängigen Variablen [0 - gar keine Zustimmung; 1 - volle Zustimmung]. Alle erklärenden Variablen mit Ausnahme von Alter [16; 91] haben einen Wertebereich von [0; 1]. Analyseverfahren: Multiple lineare Regressionen; standardisierte Regressionskoeffizienten (beta). Signifikanzniveau: \*\*\* p < .001; \*\* p < .01; \* p < .05; n.s. = nicht signifikant (p ≥ .05).

Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des ZMSBw 2018.

### *Aufgaben der Bundeswehr innerhalb Deutschlands<sup>47</sup>*

Während die innere Sicherheit grundsätzlich in den Aufgabenbereich der Polizei fällt, obliegt es den deutschen Streitkräften, die äußere Sicherheit zu gewährleisten, worunter die Landesverteidigung, also das militärische Vorgehen gegen einen von außen kommenden Angreifer, zu verstehen ist (Artikel 87a Absatz 1 GG; vgl. Tabelle 10.3; Knelangen 2006: 253–256). Im Rahmen des Verteidigungsfalls oder seiner „Vorstufe“, dem sogenannten Spannungsfall (Artikel 80a Absatz 1 GG), der mit einer Erhöhung der militärischen Alarmstufe einhergeht, sind die Streitkräfte berechtigt, soweit dies zur Erfüllung ihres Verteidigungsauftrages erforderlich ist, zivile Objekte zu schützen, Aufgaben der Verkehrsregelung wahrzunehmen sowie polizeiliche Aufgaben zu übernehmen (Artikel 87a Absatz 3 GG).

**Tabelle 10.3: Verfassungsrechtliche und gesetzliche Regeln zum Einsatz der Bundeswehr im Inneren**

Grundlage	Zweck	Aufgabenbereiche der Bundeswehr
Art. 87a (1) GG	Landesverteidigung	Abwehr eines bewaffneten Angriffs auf das Bundes- oder Bündnisgebiet
Art. 87a (3) GG	Landesverteidigung im Spannungs- oder Verteidigungsfall	Schutz ziviler Objekte, Wahrnehmung von Aufgaben der Verkehrsregelung, Unterstützung polizeilicher Maßnahmen
Art. 87a (4) GG	Sicherung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung	Unterstützung von Polizei und Bundesgrenzschutz beim Schutz von zivilen Objekten und zur Bekämpfung organisierter und militärisch bewaffneter Aufständischer
Art. 35 (2) GG	Hilfe im Fall von Naturkatastrophen oder besonders schweren Unglücksfällen (in einem Bundesland)	Aufrechterhaltung und Wiederherstellung öffentlicher Sicherheit und Ordnung, Unterstützung der Polizei
Art 35 (3) GG	Hilfe im Fall von Naturkatastrophen oder besonders schweren Unglücksfällen (in mehr als einem Bundesland)	Aufrechterhaltung und Wiederherstellung öffentlicher Sicherheit und Ordnung, Unterstützung der Polizei
§14 (1) LuftSiG	Schutz vor Angriffen auf die Sicherheit des Luftverkehrs, Flugzeugentführungen, Sabotageakten und terroristischen Anschlägen	Einsatz von Kampfflugzeugen, um entführte Flugzeuge mit Warnschüssen zur Landung zu zwingen oder abzudrängen

Anmerkung: Eigene Darstellung in Anlehnung an Knelangen (2006: 259).

Wie in der Einleitung zu diesem Abschnitt dargestellt, benennt das Weißbuch 2016 zahlreiche Aufgaben der Bundeswehr im Inland. Der Einsatz der Bundeswehr im Inneren jenseits der Landesverteidigung ist in Artikel 87a Absatz 2 GG geregelt: „Außer zur Ver-

<sup>47</sup> Teile der folgenden Ausführungen sind dem Beitrag von Steinbrecher und Wanner (2018) zur Erklärung von Einstellungen zum Einsatz der Bundeswehr im Inneren entnommen.

teidigung dürfen die Streitkräfte nur eingesetzt werden, soweit dieses Grundgesetz es ausdrücklich zulässt.“ Die Notstandsgesetze des Jahres 1968, die das Grundgesetz um Regelungen ergänzten, um die staatliche Handlungsfähigkeit in Krisensituationen zu ermöglichen, präzisierten in Artikel 35 GG mögliche Einsatzszenarien der Bundeswehr im Inneren: die Amtshilfe bei Naturkatastrophen oder besonders schweren Unglücksfällen (Artikel 35 Absatz 2 und 3 GG). Dabei ist Voraussetzung, dass die zivilen Kräfte ohne die Unterstützung durch die Streitkräfte die Aufgabe nicht oder nur unter erheblichen Schwierigkeiten erfüllen könnten. Das Grundgesetz sieht folglich nur eng begrenzte Möglichkeiten für Bundeswehreinsätze im Inneren vor und besagt in der derzeitigen Form, dass ein Einsatz von Soldaten als „Hilfspolizisten“ oder Helfer lediglich bei einer Naturkatastrophe (z.B. während des Elbehochwassers im Jahr 2002) oder bei besonders schweren Unglücksfällen (z.B. beim Bahnunglück in Eschede im Jahr 1998) rechtlich abgesichert ist. Weitere Handlungsmöglichkeiten der Bundeswehr im Inneren sieht das Grundgesetz für den Fall vor, dass die freiheitlich-demokratische Grundordnung des Bundes oder eines Landes gefährdet ist (innerer Notstand). In diesem Fall werden den deutschen Streitkräften Handlungsoptionen im Bereich der Unterstützung von Polizei und Bundespolizei beim Schutz von zivilen Objekten und bei der Bekämpfung organisierter und militärisch bewaffneter Aufständischer zugesprochen (Artikel 87a Absatz 4 GG).

Neben der Frage, in welchen Situationen und zu welchem Zweck die Streitkräfte im Inneren zum Einsatz kommen dürfen, ist auch der potenzielle Einsatz militärischer Kampfmittel auf deutschem Territorium gesetzlich geregelt. Als eine Konsequenz aus den Terroranschlägen am 11. September 2001 und einem Zwischenfall im Jahr 2003 im Luftraum von Frankfurt am Main, bei dem ein geistig verwirrter Mann mit einem Motorsegler über dem Bankenviertel kreiste und drohte, sich mit seinem Flugzeug in eines der Hochhäuser zu stürzen (Frankfurter Allgemeine Zeitung Online 2003), bündelte der Deutsche Bundestag am 11. Januar 2005 wesentliche Sicherheitsvorschriften im sogenannten Luftsicherheitsgesetz (LuftSiG). Dieses dient vorrangig dem Zweck, Attentate wie die Terroranschläge am 11. September durch entführte Flugzeuge (Renegades) zu verhindern. Dazu ermächtigte und verpflichtete das Gesetz die Luftsicherheitsbehörden, die Fluggesellschaften und die Flughafensbetreiber, bestimmte Sicherheitsmaßnahmen zu ergreifen. Ferner wurde geregelt, wie im Falle einer Flugzeugentführung ein möglicher Einsatz der Streitkräfte erfolgen sollte. In § 14 (1) wurde festgehalten, dass die Streitkräfte in einem solchen Fall zum Einsatz kommen können, um den Eintritt eines besonders schweren Unglücksfalls zu verhindern und, dass sie ein entführtes Flugzeug mit Warnschüssen zur Landung zwingen oder abdrängen dürfen. Der mögliche Einsatz militärischer Kampfmittel in einem solchen Szenario wurde ursprünglich ebenfalls im Rahmen des Luftsicherheitsgesetzes geregelt: „Die unmittelbare Einwirkung mit Waffengewalt ist nur zulässig, wenn nach den Umständen davon auszugehen ist, dass das Luftfahrzeug gegen das Leben

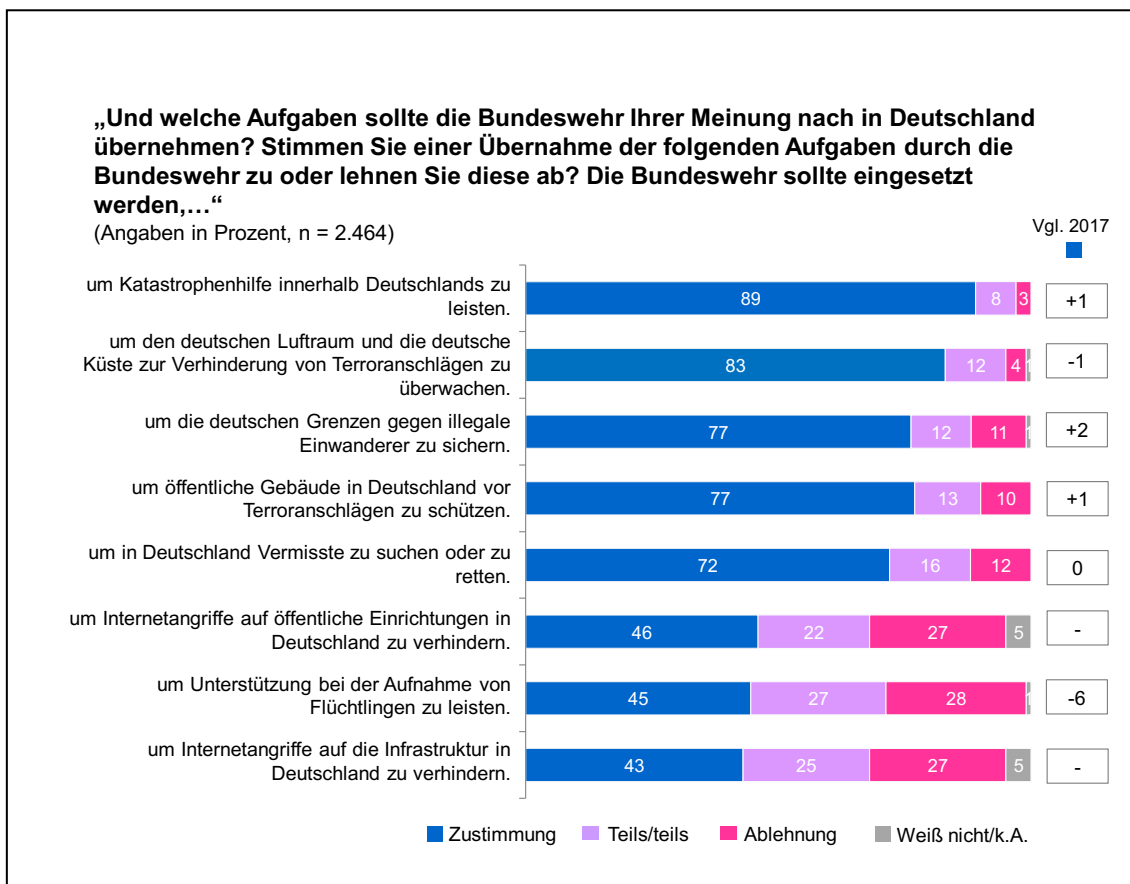


von Menschen eingesetzt werden soll, und sie das einzige Mittel zur Abwehr dieser gegenwärtigen Gefahr ist.“ (LuftSiG § 14 Abs. 3). Dieser Absatz wurde jedoch in einem Urteil des Bundesverfassungsgerichts am 15. Februar 2006 für verfassungswidrig und nichtig erklärt, da der damit ermöglichte Einsatz gegen das Leben von Menschen gegen die Menschenwürde verstößt. Auch in anderen möglichen Einsatzszenarien der Bundeswehr im Inneren wurde die Verwendung spezifisch militärischer Waffen bis zu einem Beschluss des Bundesverfassungsgerichts im Jahr 2012 generell ausgeschlossen. Dieser besagt, dass die Bundeswehr bei Einsätzen im Inneren in Ausnahmefällen militärische Mittel zur Abwehr von Gefahren katastrophalen Ausmaßes einsetzen darf. Allerdings muss stets die gesamte Bundesregierung über einen solchen Inlandseinsatz der Bundeswehr entscheiden (Klasen 2012). Insgesamt setzen die gesetzlichen Regelungen also enge Grenzen für den Einsatz der Bundeswehr innerhalb Deutschlands.

### *Einstellungen zum Einsatz der Bundeswehr im Inland*

Wie schon in den beiden Vorjahren enthielt die Bevölkerungsbefragung 2018 einen Satz von Fragen, der die Einstellung der Deutschen zu möglichen Einsatzszenarien der Bundeswehr im Inneren beleuchtet (vgl. Abbildung 10.3). Neun von zehn Befragten würden einem Einsatz der Bundeswehr im Inland zustimmen, um Katastrophenhilfe innerhalb Deutschlands zu leisten (89 Prozent). Etwas geringer ist die Unterstützung für einen Einsatz der Streitkräfte, um den deutschen Luftraum und die deutsche Küste zur Verhinderung von Terroranschlägen zu überwachen (83 Prozent). Mehr als drei Viertel der Befragten sprechen sich außerdem dafür aus, die Bundeswehr im Inland einzusetzen, um die deutschen Grenzen gegen illegale Einwanderer zu sichern oder öffentliche Gebäude vor Terroranschlägen zu schützen (jeweils 77 Prozent). Dass die Bundeswehr in Deutschland Vermisste sucht oder rettet, wird von 72 Prozent der Bürgerinnen und Bürger befürwortet. Während die bisher benannten Einsatzmöglichkeiten hypothetischer Natur sind, hat die Bundeswehr seit dem Herbst 2015 tatsächlich Unterstützung bei der Aufnahme von Flüchtlingen in Deutschland geleistet. Dies wird von 45 Prozent der Deutschen befürwortet. Im Vergleich zum Vorjahr zeigt sich eine Abnahme der Unterstützung um 6 Prozentpunkte. Hinzu kommt, dass dieser Einsatz von allen abgefragten Szenarien am häufigsten abgelehnt wird (28 Prozent). Im Vergleich zum Vorjahr ergeben sich für die übrigen Einsatzszenarien lediglich Veränderungen in der Zustimmung von maximal 2 Prozentpunkten.

**Abbildung 10.3: Vorstellungen zu den Aufgabenbereichen der Bundeswehr im Inland**



Anmerkungen: Nicht alle Prozentangaben ergeben in der Summe 100 Prozent, da die Einzelwerte gerundet wurden. Zustimmung: Anteile „Stimme völlig zu“ und „Stimme eher zu“ zusammengefasst; Ablehnung: Anteile „Lehne völlig ab“ und „Lehne eher ab“ zusammengefasst. Vgl. 2017: Differenz Zustimmung 2018 zu 2017.

Datenbasis: Bevölkerungsbefragungen des ZMSBw 2017 und 2018.

Zwei Einsatzmöglichkeiten für die Bundeswehr im Inneren wurden 2018 erstmals abgefragt: 46 Prozent unterstützen den Einsatz der Bundeswehr, um Internetangriffe auf öffentliche Einrichtungen in Deutschland zu verhindern und 43 Prozent unterstützen den Einsatz zur Verhinderung von Internetangriffen auf die Infrastruktur in Deutschland. Insgesamt werden diese beiden öffentlich diskutierten Aktivitäten des 2017 eingerichteten Organisationsbereichs Cyber- und Informationsraum (CIR) damit nur von einer relativen Mehrheit befürwortet.

Im Folgenden soll es wie bereits bei den Analysen zu den generellen Aufgaben der Streitkräfte darum gehen, Erklärungsfaktoren für Einstellungen zum Einsatz der Bundeswehr im Inneren herauszuarbeiten. Dafür werden die abgefragten Einsatzmöglichkeiten zu drei theoretisch begründbaren Gruppen zusammengefasst:<sup>48</sup> 1) Schutzaufgaben („um den

<sup>48</sup> Eine explorative Faktorenanalyse zeigt, dass die acht Aufgaben auf zwei Faktoren laden. In diesem Fall wird einer theoretisch begründeten Aufteilung in drei Dimensionen der Vorzug gegeben.

deutschen Luftraum und die deutsche Küste zur Verhinderung von Terroranschlägen zu überwachen“, „um öffentliche Gebäude in Deutschland vor Terroranschlägen zu schützen“ und „um die deutschen Grenzen gegen illegale Einwanderer zu sichern“), 2) Hilfsaufgaben („um Katastrophenhilfe innerhalb Deutschlands zu leisten“, „um in Deutschland Vermisste zu suchen oder zu retten“ und „um Unterstützung bei der Aufnahme von Flüchtlingen zu leisten“) sowie 3) Cyberaufgaben („um Internetangriffe auf die Infrastruktur in Deutschland zu verhindern“ und „um Internetangriffe auf öffentliche Einrichtungen in Deutschland zu verhindern“). Die drei Indizes haben einen Wertebereich zwischen 0 (gar keine Zustimmung) und 1 (volle Zustimmung). Die Reliabilität der Indizes ist gut (Cyberaufgaben, Cronbachs alpha: 0,88), zufriedenstellend (Schutzaufgaben, Cronbachs alpha: 0,73) bzw. verbesserungsfähig (Hilfsaufgaben, Cronbachs alpha: 0,52).

Tabelle 10.4 präsentiert die Unterschiede in den Vorstellungen von den Aufgabenbereichen der Bundeswehr im Inland in den bekannten soziodemografischen Gruppen. Insgesamt zeigt sich, dass die Übernahme von Schutzaufgaben mit einem Mittelwert von 0,80 am stärksten unterstützt wird. Dass die Bundeswehr Hilfsaufgaben erledigt, wird in fast ähnlichem Maße befürwortet (0,74). Deutlich geringer ist der Rückhalt für die Erledigung von Aufgaben im Cyber- und Informationsraum (0,58). Geschlecht und Migrationshintergrund haben keine statistisch signifikanten Effekte auf die betrachteten Formen des Einsatzes im Inneren. Im Hinblick auf die Übernahme von Hilfsaufgaben sind bei den Altersgruppen die jüngsten Befragten ein wenig kritischer als die Angehörigen der anderen Gruppen. Für das Bildungsniveau ergibt sich ein negativer Zusammenhang: Höher Gebildete sind somit ein wenig skeptischer gegenüber der Erledigung von Hilfsaufgaben im Inland durch die Streitkräfte. Bei den Parteianhängern fällt vor allem die klar niedrigere Befürwortung der AfD-Anhänger ins Auge (0,65), der stärkste Rückhalt kommt von SPD-Anhängern (0,78). Regional zeigt sich die höchste Zustimmung in Westdeutschland (0,77), die geringste in Ostdeutschland (0,69).

**Tabelle 10.4: Vorstellungen zu den Aufgabenbereichen der Bundeswehr im Inland in soziodemografischen Gruppen**

	Hilfsaufgaben	Schutzaufgaben	Cyberaufgaben
<b>Insgesamt</b>	0,74	0,80	0,58
<b>Geschlecht</b>	n.s.	n.s.	n.s.
Männer	0,73	0,81	0,58
Frauen	0,74	0,80	0,58
<b>Alter</b>	***	*	n.s.
16 bis 29 Jahre	0,71	0,79	0,58
30 bis 49 Jahre	0,73	0,81	0,59
50 bis 69 Jahre	0,76	0,81	0,58
70 Jahre und älter	0,73	0,78	0,55
<b>Bildungsniveau</b>	***	**	**
Hochschul- bzw. Fachhochschulreife	0,72	0,79	0,54
Realschulabschluss	0,74	0,81	0,59
Hauptschulabschluss	0,76	0,81	0,60
<b>Haushaltsnettoeinkommen pro Monat</b>	n.s.	n.s.	*
4.001 Euro und mehr	0,73	0,81	0,55
2.001 bis 4.000 Euro	0,74	0,80	0,60
Bis 2.000 Euro	0,73	0,80	0,58
<b>Wahlabsicht Bundestagswahl</b>	***	***	***
CDU/CSU	0,73	0,82	0,57
SPD	0,78	0,83	0,62
AfD	0,65	0,85	0,61
FDP	0,70	0,79	0,57
Die Linke	0,76	0,75	0,62
Bündnis 90/Die Grünen	0,74	0,76	0,50
Keine Parteipräferenz, Nichtwähler, w.n./k.A.	0,73	0,78	0,56
<b>Region</b>	***	***	n.s.
Norddeutschland (SH, HH, HB, NI)	0,74	0,74	0,58
Ostdeutschland (MV, BB, BE, ST, SN, TH)	0,69	0,82	0,58
Süddeutschland (BW, BY)	0,72	0,82	0,58
Westdeutschland (NW, RP, HE, SL)	0,77	0,80	0,58
<b>Migrationshintergrund</b>	n.s.	n.s.	n.s.
Ja	0,74	0,80	0,57
Nein	0,74	0,80	0,58

Anmerkungen: Wertebereich [0 - gar keine Zustimmung; 1 - volle Zustimmung]; Analyseverfahren: Varianzanalysen, Signifikanzniveau: \*\*\* p < .001; \*\* p < .01; \* p < .05; n.s. = nicht signifikant (p ≥ .05). Der Signifikanztest für die Varianzanalyse gibt an, ob sich der Mittelwert mindestens einer Gruppe von dem Mittelwert mindestens einer anderen Gruppe unterscheidet.

Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des ZMSBw 2018.

Für die Übernahme von Schutzaufgaben durch die Bundeswehr ergibt sich unter Angehörigen der mittleren Altersgruppen eine leicht höhere Zustimmung. Mit steigendem Bildungsniveau nimmt die Unterstützung einer Übernahme von Schutzaufgaben im Inland durch die Bundeswehr ab. Unter den Parteianhängern äußern sich die potenziellen Wähler

der AfD (0,85) besonders positiv, während die Anhänger von Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen (0,75 bzw. 0,76) etwas kritischer gestimmt sind. Regional fällt vor allem die klar unter dem Mittelwert liegende Befürwortung der Norddeutschen auf (0,74).

Hinsichtlich der Übernahme von Cyberaufgaben sind nur drei der sieben untersuchten Gruppenunterschiede statistisch signifikant. Mit steigendem Bildungsniveau sprechen sich die Befragten in geringerem Maße für Aktivitäten der Bundeswehr im Cyberraum aus. Beim Einkommen ergibt sich ein U-förmiger Effekt: Befragte mit mittlerem Einkommen stimmen am stärksten zu (0,60). Bei der Wahlabsicht zeigt sich das höchste Unterstützungsniveau bei Anhängern von SPD, Die Linke und AfD (0,62 bzw. 0,61), am skeptischsten sind die Befürworter der Grünen (0,50).

Im Folgenden soll im Rahmen von multivariaten Regressionsanalysen mit einer Einbeziehung weiterer Determinanten untersucht werden, welche politischen Einstellungen zusätzlich zu soziodemografischen Gruppenzugehörigkeiten oder parteipolitischen Orientierungen die Einstellungen zur Übernahme von Aufgaben im Inneren durch die Bundeswehr erklären können. Die Modelle sind dabei ähnlich aufgebaut wie die Analysen zu den generellen Aufgaben (vgl. Tabelle 10.2) und schließen kognitive Aspekte und Fähigkeiten, affektive Bewertungen und Einstellungen, Einschätzungen der Performanz der Streitkräfte (bei vorherigen Einsätzen im Inland) sowie normative und rechtliche Orientierungen ein. Unterschiede zu den Analysen in Tabelle 10.2 bestehen darin, dass die außen- und sicherheitspolitischen Grundorientierungen nicht berücksichtigt werden, sehr wohl aber ausgewählte Bedrohungswahrnehmungen. Tabelle 10.5 präsentiert die Ergebnisse von linearen Regressionen für die Erklärung der Einstellungen zu den drei (möglichen) Einsatzformen der Bundeswehr innerhalb Deutschlands.

Zunächst soll auf die übergreifenden Erklärungsmuster eingegangen werden. Erstens sind für alle untersuchten Einsatzarten vergangene Erfahrungen mit Einsätzen der Streitkräfte in Deutschland von größter Bedeutung. Bewertet man die Leistungen der Bundeswehr im Inland positiv, führt dies zu einer deutlich stärkeren Unterstützung der Erledigung von Hilfs-, Schutz- und Cyberaufgaben innerhalb des Landes. In den Modellen zur Erklärung der Einstellung zu Hilfs- und Schutzaufgaben ist dies die erklärungsstärkste Variable. Zweitens sind Bewertungen der weltweiten Sicherheitslage in allen drei Modellen relevant. Bewertet jemand die Situation schlechter, unterstützt er in höherem Maße die Übernahme von Hilfs- und Schutzaufgaben durch die Bundeswehr. Ein umgekehrter Zusammenhang zeigt sich für die dritte abhängige Variable: Personen, welche die weltweite Sicherheitslage positiver bewerten, sind in größerem Maße dafür, dass die Bundeswehr Aufgaben im Cyberraum übernimmt. Drittens spielt die Bedrohungswahrnehmung im Hinblick auf die Zuwanderung in allen Modellen eine Rolle. Der Effekt im Modell für Hilfsaufgaben ist negativ, d.h. Personen, die sich stärker durch Zuwanderung bedroht

fühlen, sind eher gegen eine Wahrnehmung von Hilfsaufgaben im Inland durch die Bundeswehr. In den beiden anderen Modellen ist der Koeffizient positiv: Personen, die sich in stärkerem Maße von Zuwanderung bedroht fühlen, sind eher dafür, dass die Bundeswehr Schutz- und Cyberaufgaben übernimmt. Viertens sind militärische Erfahrungen in allen Modellen relevant: War oder ist jemand bei der Bundeswehr (gewesen), so spricht er sich eher gegen die Erledigung aller drei Aufgabenbereiche durch die Streitkräfte aus.

Ansonsten zeigen sich teils deutliche Unterschiede in den Determinantenstrukturen. Kognitive Aspekte und Fähigkeiten spielen für die Erklärung der Einstellung für die Übernahme von Schutz- und Hilfsaufgaben keine Rolle. Für die Erledigung von Cyberaufgaben ist aber die verteidigungspolitische Kompetenzüberzeugung hochgradig relevant – in diesem Modell ist sie die erklärungsstärkste Variable. Bewertet jemand sich als kompetenter im Hinblick auf Verteidigungspolitik, dann begrüßt er es in stärkerem Maße, wenn die Bundeswehr Aufgaben im Cyberraum übernimmt.

Für die Einstellung zu Hilfs- und Schutzeinsätzen sind eigene Erfahrungen mit Katastrophenhilfe relevant. Hat ein Befragter bereits Hilfe durch die Bundeswehr, z.B. bei einem Hochwasser, erfahren, unterstützt er umso mehr den Einsatz der Streitkräfte für solche Aufgaben. Parteipolitische und ideologische Orientierungen sind nur in wenigen Fällen von Bedeutung. Es fällt auf, dass Personen, die sich eher im rechten politischen Spektrum einordnen, sowohl in geringerem Maße für die Erledigung von Hilfs- als auch von Cyberaufgaben durch die Streitkräfte sind.

Normen und Werte sind nur in einem Fall von Bedeutung: Personen, die sich für die Regeln des Parlamentsbeteiligungsgesetzes aussprechen, sind eher gegen die Übernahme von Schutzaufgaben durch die Bundeswehr. Angesichts der Verortung dieser Aufgaben in der verfassungsrechtlichen Grauzone ist das wenig verwunderlich. Im Gegensatz zu vielen anderen Analysen in diesem Forschungsbericht hat die affektive Nähe zu den Streitkräften in den Modellen zur Erklärung der Einstellungen zum Bundeswehreinsatz im Inneren nur eine nachrangige Bedeutung. In zwei Fällen ist der Effekt nicht einmal statistisch signifikant, für die Übernahme von Schutzaufgaben hat die Variable einen positiven Effekt, d.h. Befragte, welche die Bundeswehr positiver bewerten, sprechen sich in stärkerem Maße für die Erledigung von Schutzaufgaben durch die Streitkräfte aus.

Zuletzt sollen noch die Einflüsse von zwei Variablen hervorgehoben werden. Bedrohungswahrnehmungen von Naturkatastrophen sind in zwei Modellen der zweitstärkste Faktor: Fühlt sich jemand stärker von Katastrophen bedroht, möchte diese Person in stärkerem Maße, dass die Bundeswehr Hilfs- und Cyberaufgaben übernimmt. Regionale Unterschiede spielen in zwei Modellen eine Rolle: Ostdeutsche sprechen sich im Vergleich zu den Befragten aus anderen Regionen eher gegen die Erledigung von Hilfsaufgaben

durch die Bundeswehr aus, sind aber in etwas größerem Maße für die Übernahme von Schutzaufgaben.

Zusammengefasst lässt sich festhalten, dass die Übernahme fast aller abgefragten Aufgaben durch die Bundeswehr – sowohl außerhalb als auch innerhalb Deutschlands – von deutlichen Mehrheiten der Bürger unterstützt wird. Die Ergebnisse zu den Erklärungsfaktoren der Unterstützung zeigen, dass eine Vielzahl von Determinanten eine Rolle spielt. Als übergreifendes Resultat ist aber festzuhalten, dass sowohl funktionale als auch affektive Bewertungen der Streitkräfte die Zuweisung von Aufgaben durchgehend stark beeinflussen. Bewertet jemand die Leistungen der Bundeswehr besser oder sieht sie insgesamt positiv, führt dies generell zu einer stärkeren Präferenz, dass die genannten Aufgaben auch durch Soldatinnen und Soldaten erledigt werden sollen. Insofern bestätigt sich in diesen Analysen, dass es die Streitkräfte selbst in der Hand haben, für sich und ihre aktuellen wie potenziellen Aufgaben Rückhalt in der Bevölkerung zu schaffen.

**Tabelle 10.5: Determinanten der Vorstellungen von den Aufgabenbereichen der Bundeswehr im Inland**

	Hilfsaufgaben	Schutzaufgaben	Cyberaufgaben
<i>Kognitive Aspekte und Fähigkeiten</i>			
Politisches Interesse	-0,01 <sup>n.s.</sup>	0,03 <sup>n.s.</sup>	-0,05 <sup>n.s.</sup>
Verteidigungspolitische Kompetenzüberzeugung	0,03 <sup>n.s.</sup>	0,01 <sup>n.s.</sup>	0,15 <sup>***</sup>
<i>Funktionale und performanzbezogene Aspekte</i>			
Bundeswehr hat in der Nähe Katastrophenhilfe geleistet	0,06 <sup>**</sup>	0,06 <sup>**</sup>	0,04 <sup>n.s.</sup>
Leistungsbewertung Bundeswehreinräte im Inland	0,27 <sup>***</sup>	0,22 <sup>***</sup>	0,08 <sup>**</sup>
Bundeswehr-Standort in der Nähe	-0,01 <sup>n.s.</sup>	-0,04 <sup>n.s.</sup>	-0,03 <sup>n.s.</sup>
<i>Parteilpolitische und ideologische Orientierungen</i>			
Links-Rechts-Selbsteinstufung	-0,09 <sup>***</sup>	0,00 <sup>n.s.</sup>	-0,06 <sup>*</sup>
Wahlabsicht CDU/CSU	-0,02 <sup>n.s.</sup>	0,06 <sup>*</sup>	-0,03 <sup>n.s.</sup>
Wahlabsicht SPD	0,04 <sup>n.s.</sup>	0,09 <sup>**</sup>	0,01 <sup>n.s.</sup>
Wahlabsicht AfD	-0,06 <sup>*</sup>	0,04 <sup>n.s.</sup>	0,02 <sup>n.s.</sup>
Wahlabsicht FDP	-0,03 <sup>n.s.</sup>	0,00 <sup>n.s.</sup>	-0,01 <sup>n.s.</sup>
Wahlabsicht Die Linke	0,04 <sup>n.s.</sup>	-0,03 <sup>n.s.</sup>	0,02 <sup>n.s.</sup>
Wahlabsicht Bündnis 90/Die Grünen	0,00 <sup>n.s.</sup>	-0,02 <sup>n.s.</sup>	-0,08 <sup>**</sup>
<i>Normen und Werte</i>			
Zustimmung Beteiligung Bundestag Bundeswehreinräte	0,04 <sup>n.s.</sup>	-0,08 <sup>***</sup>	0,00 <sup>n.s.</sup>
<i>Affektive Orientierungen</i>			
Einstellung zur Bundeswehr	0,04 <sup>n.s.</sup>	0,13 <sup>***</sup>	0,03 <sup>n.s.</sup>
Sicherheitsbewertung weltweit	-0,11 <sup>***</sup>	-0,16 <sup>***</sup>	0,12 <sup>***</sup>
Sicherheitsbewertung national	0,12 <sup>***</sup>	0,06 <sup>*</sup>	0,03 <sup>n.s.</sup>
Sicherheitsbewertung persönlich	-0,03 <sup>n.s.</sup>	0,06 <sup>*</sup>	0,01 <sup>n.s.</sup>
Bedrohungswahrnehmung Naturkatastrophe	0,16 <sup>***</sup>	0,01 <sup>n.s.</sup>	0,12 <sup>***</sup>
Bedrohungswahrnehmung Terrorismus	-0,01 <sup>n.s.</sup>	0,04 <sup>n.s.</sup>	0,06 <sup>*</sup>
Bedrohungswahrnehmung Zuwanderung	-0,08 <sup>**</sup>	0,21 <sup>***</sup>	0,06 <sup>*</sup>
<i>Ressourcen</i>			
Frauen	-0,02 <sup>n.s.</sup>	0,01 <sup>n.s.</sup>	0,00 <sup>n.s.</sup>
Alter	0,03 <sup>n.s.</sup>	-0,05 <sup>*</sup>	-0,02 <sup>n.s.</sup>
Niedrige Bildung	0,01 <sup>n.s.</sup>	0,02 <sup>n.s.</sup>	0,01 <sup>n.s.</sup>
Hohe Bildung	-0,03 <sup>n.s.</sup>	-0,02 <sup>n.s.</sup>	-0,05 <sup>n.s.</sup>
Haushaltsnettoeinkommen (bis 2.000 Euro)	-0,05 <sup>*</sup>	-0,02 <sup>n.s.</sup>	-0,04 <sup>n.s.</sup>
Haushaltsnettoeinkommen (4.001 Euro und mehr)	-0,01 <sup>n.s.</sup>	0,01 <sup>n.s.</sup>	-0,04 <sup>n.s.</sup>
Ostdeutschland	-0,12 <sup>***</sup>	0,05 <sup>*</sup>	0,00 <sup>n.s.</sup>
Migrationshintergrund	-0,01 <sup>n.s.</sup>	0,04 <sup>*</sup>	0,00 <sup>n.s.</sup>
Bin/war Soldat	-0,08 <sup>**</sup>	-0,06 <sup>*</sup>	-0,06 <sup>*</sup>
Korrigiertes R <sup>2</sup>	0,17	0,21	0,06
n	2.064	2.065	2.015

Anmerkungen: Wertebereich der abhängigen Variablen [0 - gar keine Zustimmung; 1 - volle Zustimmung]. Alle erklärenden Variablen mit Ausnahme von Alter [16; 91] haben einen Wertebereich von [0; 1]. Analyseverfahren: Multiple lineare Regressionen; standardisierte Regressionskoeffizienten (beta). Signifikanzniveau: \*\*\* p < .001; \*\* p < .01; \* p < .05; n.s. = nicht signifikant (p ≥ .05).

Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des ZMSBw 2018.



# 11 Einstellungen zu den Auslandseinsätzen der Bundeswehr

*Heiko Biehl*

---

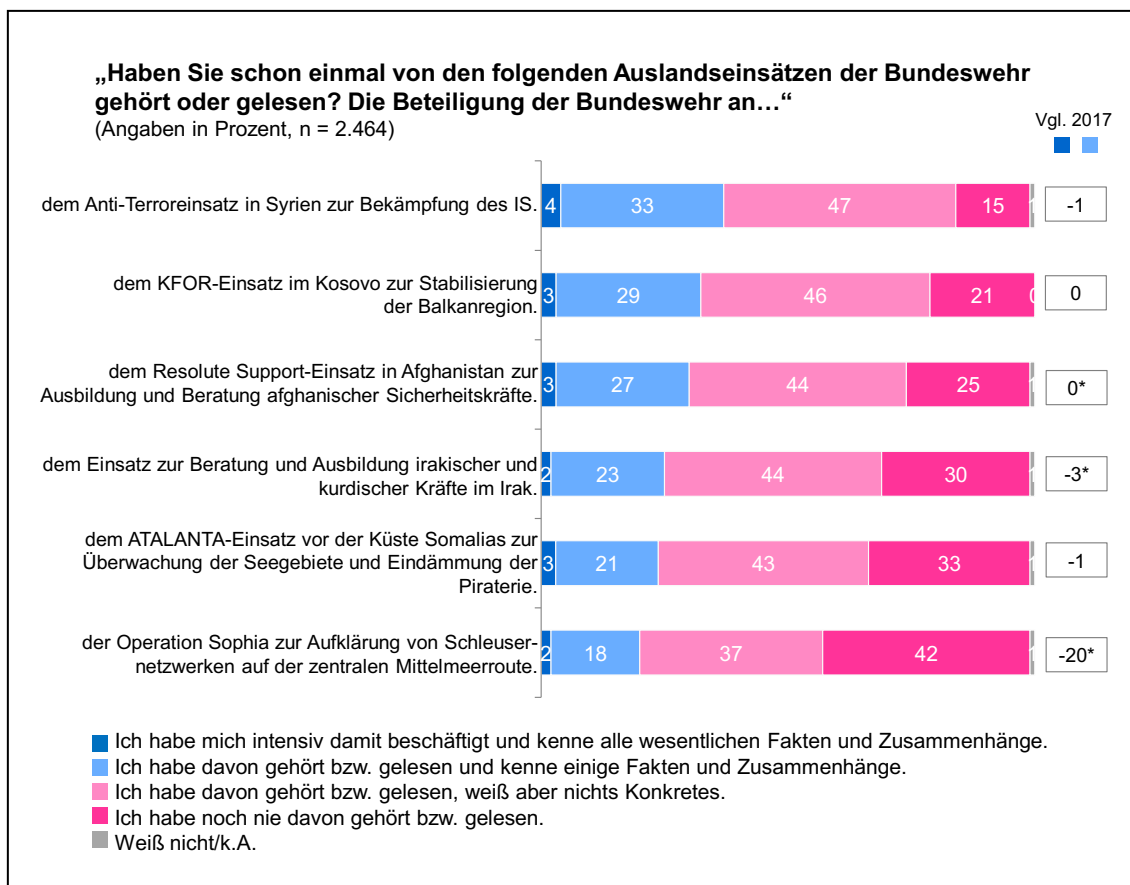
Seit der Besetzung der Krim durch russische Truppen und der Entfaltung des Ukraine-Konflikts im Jahr 2014 findet eine Umorientierung der deutschen Sicherheits- und Verteidigungspolitik statt. Neben den fortlaufenden Einsätzen, wie in Afghanistan, Mali und im Mittelmeer, binden Verpflichtungen im Rahmen der Bündnisverteidigung mehr und mehr die Aufmerksamkeit und die Ressourcen der Bundeswehr (Bundesministerium der Verteidigung 2016a: 90–93). Seit Anfang 2017 beteiligen sich die deutschen Streitkräfte mit etwa 550 Soldatinnen und Soldaten am NATO-Gefechtsverband in Litauen im Rahmen der Enhanced Forward Presence (deutsch: Verstärkte Vornepräsenz). Zeitgleich haben im Jahr 2018 Einheiten der Luftwaffe bereits zum wiederholten Male die Luftraumüberwachung (englisch: Air Policing) zur Sicherung des baltischen Luftraums übernommen. Diese Engagements dienen der Rückversicherung der Bündnispartner und sollen die Verteidigungsbereitschaft der Allianz demonstrieren. Durch ihre Beiträge hat die Bundeswehr ihr Aufgabenspektrum erweitert und beteiligt sich mit konkreten Maßnahmen an der Revitalisierung der Bündnisverteidigung. Mit dieser sicherheitspolitischen Neuausrichtung ging zuweilen die Hoffnung einher, dass der Rückhalt der deutschen Bevölkerung für die ergriffenen Maßnahmen höher sein würde, als dies mit Blick auf die Auslandsmissionen allzu oft der Fall gewesen ist (Lange 2018: 5). Ein Grund für diese Erwartung war die durchgängig hohe Zustimmung der Bundesbürger zur Bündnisverteidigung (als Überblicke: Rattinger/Holst 1998: 92–117; Biehl et al. 2017; Steinbrecher et al. 2018b). Seit Jahrzehnten sprechen sich in Umfragen Mehrheiten für den Beistand durch Deutschland und die Bundeswehr für Partner in der Allianz aus. Dies bestätigt die ZMSBw-Bevölkerungsbefragung 2018, in der Maßnahmen der Bündnisverteidigung eine Unterstützung von mindestens zwei Dritteln erfahren (vgl. Abschnitt 10). Wie bereits die Auswertungen der Bevölkerungsbefragung des ZMSBw 2017 zeigten, sind die gehegten Erwartungen jedoch nicht eingetreten (Biehl 2017b). Im Gegenteil: Das Engagement der Bundeswehr im Baltikum ist kaum bekannt und erfährt bei den Bürgerinnen und Bürgern ein bestenfalls geteiltes Echo. An diesen Befunden hat sich im laufenden Jahr nichts geändert. Die große Mehrheit der Befragten hat keine weitergehende Kenntnis von den Engagements in Litauen und im baltischen Luftraum. Im Vergleich ist der Informationsstand noch geringer als zu den meisten Auslandseinsätzen, obwohl nur ein geringer Teil der Bevölkerung überhaupt wesentliche Fakten der verschiedenen Missionen kennt.

Im Folgenden wird zunächst detailliert die Bekanntheit der unterschiedlichen Engagements der deutschen Streitkräfte betrachtet. Daran anknüpfend wird dargestellt, wie die Befragten zu diesen Einsätzen stehen: Unterstützen sie diese Missionen oder lehnen sie diese eher ab? Im letzten Schritt werden diese beiden Perspektiven zusammengeführt und geprüft, inwiefern die Bekanntheit eines Einsatzes Einfluss auf die Einstellung der Befragten zu diesem nimmt. Dies wird zunächst bivariat und anschließend mit mehreren Modellen multivariat analysiert.

### *Bekanntheit der Auslandseinsätze der Bundeswehr*

Hinsichtlich der Auslandseinsätze der Bundeswehr sollten die Befragten zunächst einschätzen, wie gut sie über die einzelnen Einsätze Bescheid wissen. Im Folgenden werden die Antwortmöglichkeiten „Ich habe mich intensiv damit beschäftigt und kenne alle wesentlichen Fakten und Zusammenhänge“ sowie „Ich habe davon gehört bzw. gelesen und kenne einige Fakten und Zusammenhänge“ zusammengefasst. Es wird davon ausgegangen, dass Personen, die eine der beiden Antworten wählen, über einen grundlegenden Kenntnisstand verfügen. Die Frage nach der Kenntnis der unterschiedlichen Auslandsmissionen innerhalb der Bevölkerung zeigt, dass der Anti-Terroreinsatz in Syrien zur Bekämpfung des IS (37 Prozent) der bekannteste Auslandseinsatz der Bundeswehr ist (vgl. Abbildung 11.1). Jeweils etwa drei von zehn Befragten geben zudem an, dass sie Fakten und Zusammenhänge rund um den auslaufenden KFOR-Einsatz im Kosovo zur Stabilisierung der Balkanregion (32 Prozent) und den Resolute Support-Einsatz in Afghanistan zur Ausbildung und Beratung afghanischer Sicherheitskräfte (30 Prozent) kennen. Es folgen die Mission zur Beratung und Ausbildung irakischer und kurdischer Kräfte im Irak (25 Prozent) sowie der ATALANTA-Einsatz vor der Küste Somalias zur Überwachung der Seegebiete und Eindämmung der Piraterie (24 Prozent). Im Vergleich zum Vorjahr geben mit 20 Prozent nur noch halb so viele Befragte an, dass sie das Engagement der Marine im Mittelmeer zur Aufklärung von Schleusernetzwerken (Operation Sophia) kennen. Dieser Rückgang dürfte seine Ursache vor allem in der veränderten Frageformulierung haben: Bis 2017 wurde nach dem Seenotrettungseinsatz der Bundeswehr im Mittelmeer gefragt. 2018 erfolgte in der Befragung eine Anpassung an die offizielle Bezeichnung und die modifizierte Zielsetzung der Mission.

**Abbildung 11.1: Bekanntheit der Auslandseinsätze der Bundeswehr, Teil 1**



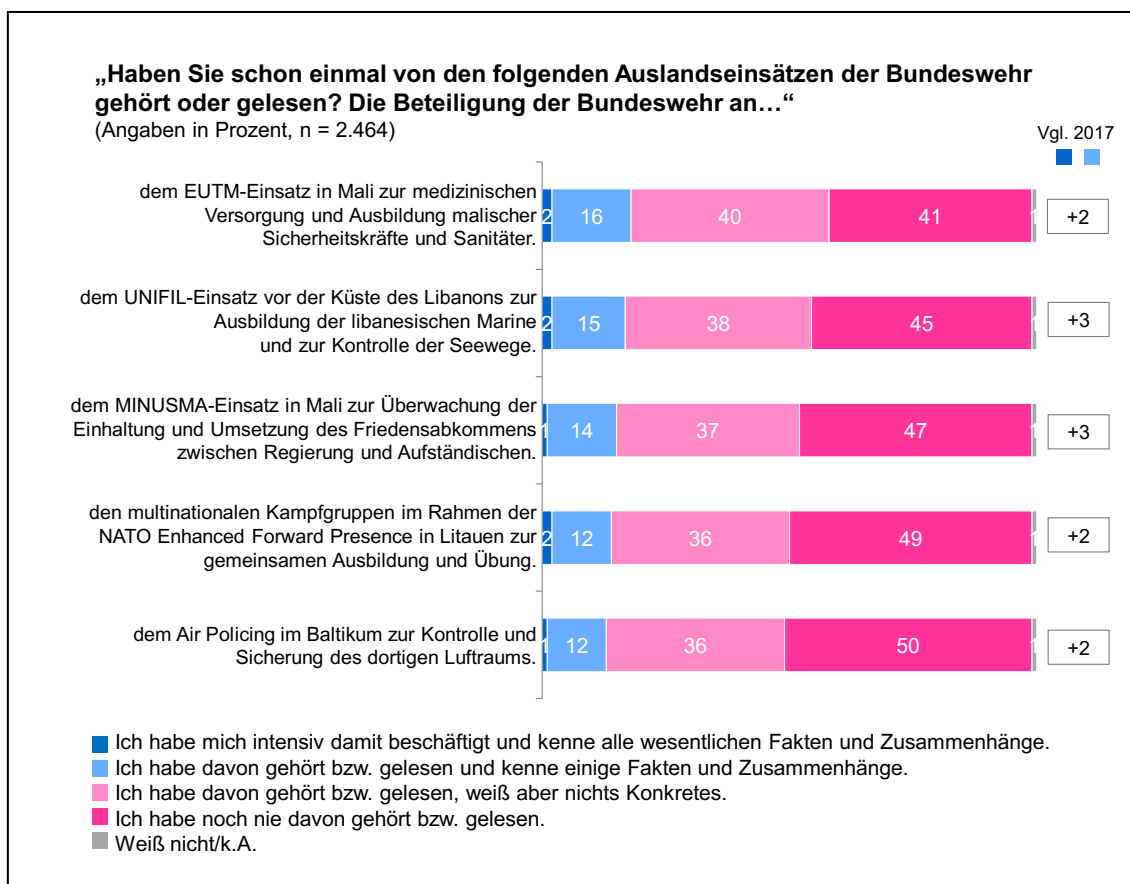
Anmerkungen: Nicht alle Prozentangaben ergeben in der Summe 100 Prozent, da die Einzelwerte gerundet wurden. Vgl. 2017: Differenz „Ich habe mich intensiv damit beschäftigt und kenne alle wesentlichen Fakten und Zusammenhänge“ und „Ich habe davon gehört bzw. gelesen und kenne einige Fakten und Zusammenhänge“ 2018 zu 2017. \*: Formulierung und Beschreibung des Einsatzes im Vergleich zum Vorjahr geändert.

Datenbasis: Bevölkerungsbefragungen des ZMSBw 2017 und 2018.

Weniger bekannt sind den Deutschen die UNIFIL-Mission vor der Küste des Libanons zur Ausbildung der libanesischen Marine und zur Kontrolle der Seewege (17 Prozent; vgl. Abbildung 11.2) sowie die beiden Einsätze in Mali (EUTM-Einsatz zur medizinischen Versorgung und Ausbildung malischer Sicherheitskräfte und Sanitäter: 18 Prozent; MINUSMA-Einsatz zur Überwachung der Einhaltung und Umsetzung des Friedensabkommens zwischen Regierung und Aufständischen: 15 Prozent). Am Ende der Bekanntheitsskala rangieren die Verpflichtungen im Rahmen der Bündnisverteidigung: Die Aktivitäten in Litauen im Rahmen der NATO Enhanced Forward Presence sind 14 Prozent der Befragten vertraut, das Air Policing im Baltikum nur 13 Prozent. Damit sind es ausgerechnet die beiden Engagements zur Rückversicherung der Bündnispartner, die die geringste Bekanntheit aufweisen. Zu beachten ist allerdings, dass es sich hierbei um neuere Missionen handelt. Die Beteiligung am NATO-Gefechtsverband in Litauen startete erst 2017. Die Luftraumüberwachung übernehmen die Bündnispartner bereits seit 2004 für die baltischen Staaten. Dabei erfüllt Deutschland – wie die Partnernationen – stets nur für

einen gewissen Zeitraum diese Aufgabe. Die letzte Beteiligung der Bundeswehr vor der Erhebung erfolgte Anfang 2017. Insgesamt wird deutlich, dass das Wissen der Deutschen rund um die unterschiedlichen internationalen Missionen der Bundeswehr begrenzt ist. Dabei sind die langjährigen Auslandseinsätze im Mittel bekannter als die Engagements im Rahmen der Bündnisverteidigung.

**Abbildung 11.2: Bekanntheit der Auslandseinsätze der Bundeswehr, Teil 2**



Anmerkungen: Nicht alle Prozentangaben ergeben in der Summe 100 Prozent, da die Einzelwerte gerundet wurden. Vgl. 2017: Differenz „Ich habe mich intensiv damit beschäftigt und kenne alle wesentlichen Fakten und Zusammenhänge“+ „Ich habe davon gehört bzw. gelesen und kenne einige Fakten und Zusammenhänge“ 2018 zu 2017.

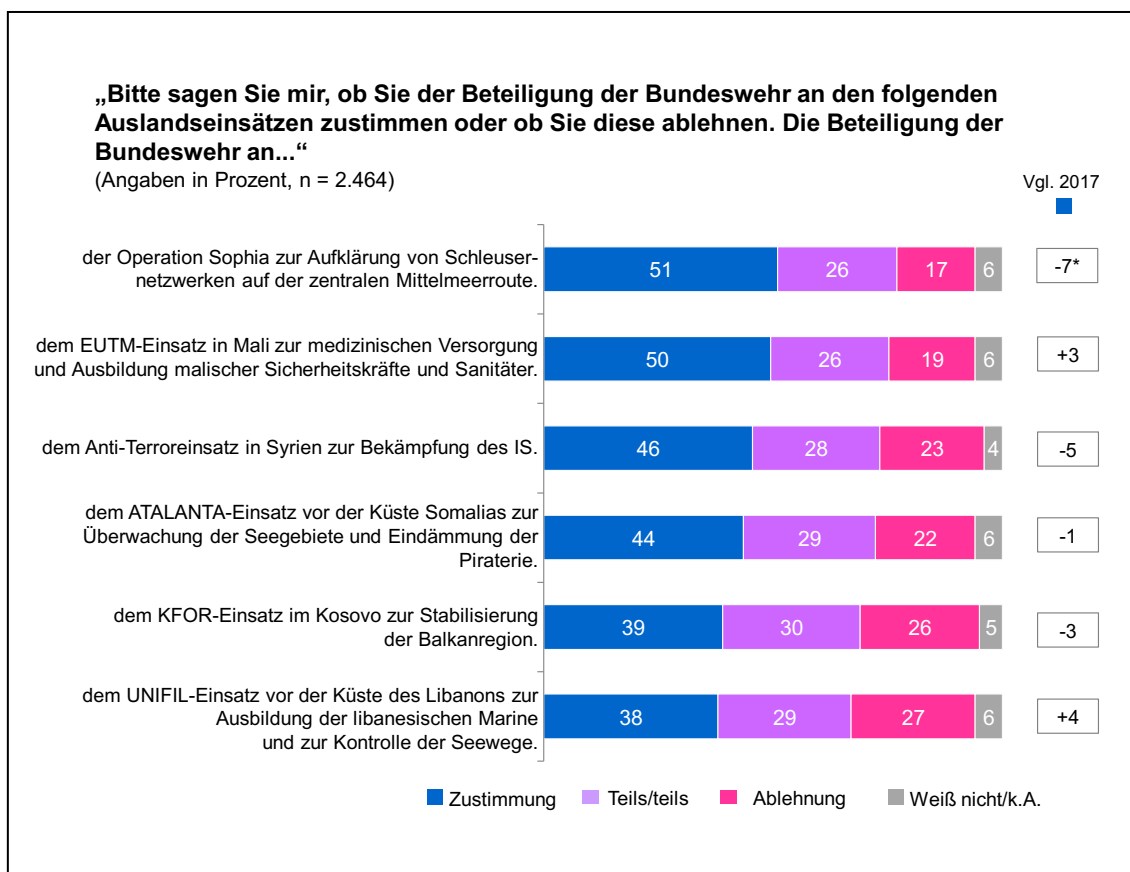
Datenbasis: Bevölkerungsbefragungen des ZMSBw 2017 und 2018.

### *Zustimmung zu den Auslandseinsätzen der Bundeswehr*

Die vergleichende Betrachtung der Zustimmungswerte zu den Auslandseinsätzen der Bundeswehr zeigt: Die Operation Sophia zur Aufklärung von Schleusernetzwerken auf der zentralen Mittelmeerroute und der EUTM-Einsatz in Mali erhalten von der deutschen Bevölkerung mit Abstand die größte Zustimmung. Jeweils die Hälfte der Befragten befürwortet diese Bundeswehreinsätze (vgl. Abbildung 11.3). Im Jahresvergleich ist ein substanzieller Rückgang der Unterstützung von 7 Prozentpunkten für den Marineeinsatz

Operation Sophia zu verzeichnen, was in Teilen wiederum auf die veränderte Formulierung zurückzuführen sein könnte. Von einer relativen Mehrheit unterstützt werden außerdem das Engagement der Bundeswehr im Rahmen des Anti-Terroreinsatzes in Syrien (46 Prozent), der ATALANTA-Einsatz vor der Küste Somalias (44 Prozent), der auslaufende KFOR-Einsatz (39 Prozent) und die UNIFIL-Mission (38 Prozent).

**Abbildung 11.3: Zustimmung zu den Auslandseinsätzen der Bundeswehr, Teil 1**



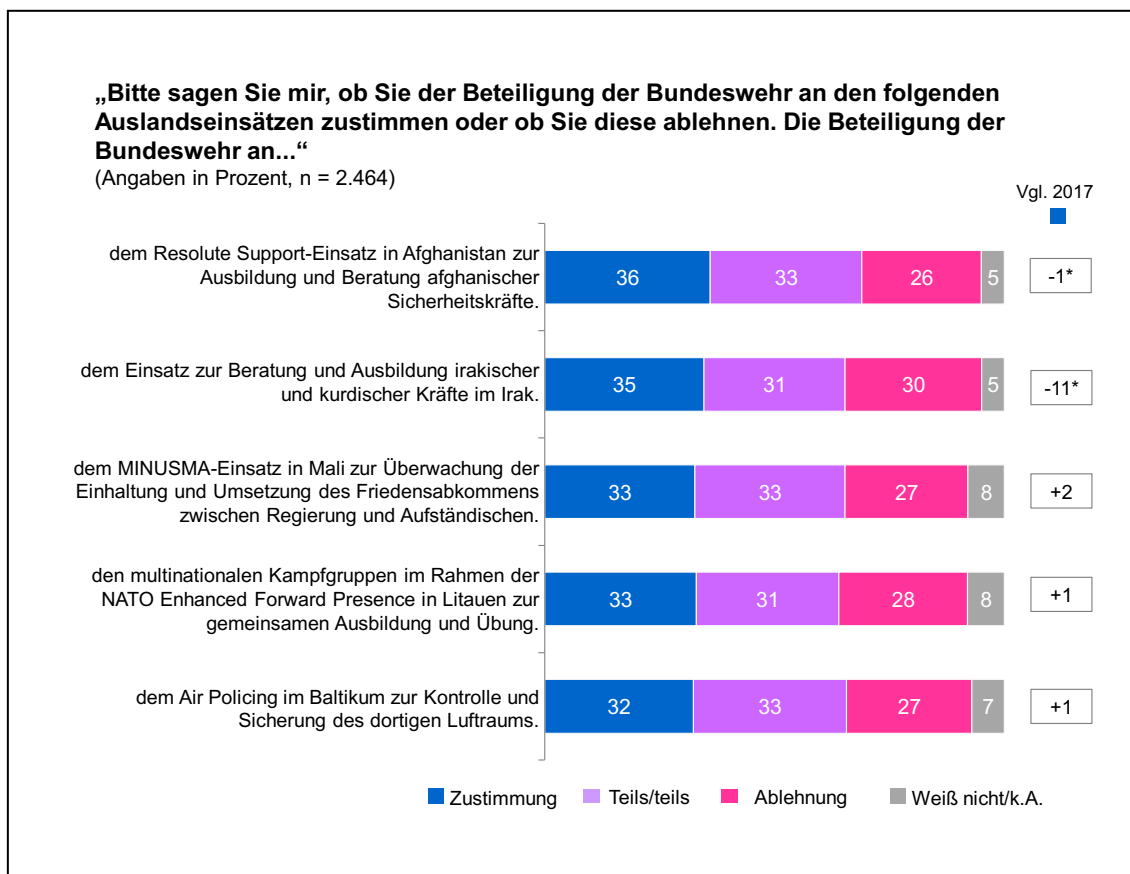
Anmerkungen: Nicht alle Prozentangaben ergeben in der Summe 100 Prozent, da die Einzelwerte gerundet wurden. Zustimmung: Anteile „Stimme völlig zu“ und „Stimme eher zu“ zusammengefasst; Ablehnung: Anteile „Lehne völlig ab“ und „Lehne eher ab“ zusammengefasst. Vgl. 2017: Differenz Zustimmung 2018 zu 2017. \*: Formulierung und Beschreibung des Einsatzes im Vergleich zum Vorjahr geändert.

Datenbasis: Bevölkerungsbefragungen des ZMSBw 2017 und 2018.

Jeweils nur rund ein Drittel der Bundesbürger spricht sich für den Einsatz der Bundeswehr im Rahmen von Resolute Support in Afghanistan (36 Prozent) sowie für die MINUSMA-Mission in Mali (33 Prozent) aus (vgl. Abbildung 11.4). Deutlich an Zuspruch verloren hat die Ausbildungshilfe für kurdische und irakische Kräfte, die bei etwas mehr als einem Drittel der Befragten auf Zustimmung und bei knapp einem weiteren Drittel auf Ablehnung trifft. Zur Einordnung dieses Rückgangs ist zu bedenken, dass die Frageformulierung verändert wurde. Fand sich im Erhebungsjahr 2017 noch der Hinweis auf die „Bekämpfung des IS“, fehlt dieser Bezug in der Befragung 2018. Ebenfalls gering ist

die Unterstützung für die Aktivitäten der Bundeswehr im Rahmen der Bündnisverteidigung im Baltikum, die unverändert jeweils nur von rund einem Drittel (Enhanced Forward Presence in Litauen sowie Air Policing im Baltikum) gutgeheißen werden.

**Abbildung 11.4: Zustimmung zu den Auslandseinsätzen der Bundeswehr, Teil 2**



Anmerkungen: Nicht alle Prozentangaben ergeben in der Summe 100 Prozent, da die Einzelwerte gerundet wurden. Zustimmung: Anteile „Stimme völlig zu“ und „Stimme eher zu“ zusammengefasst; Ablehnung: Anteile „Lehne völlig ab“ und „Lehne eher ab“ zusammengefasst. Vgl. 2017: Differenz Zustimmung 2018 zu 2017. \*: Formulierung und Beschreibung des Einsatzes im Vergleich zum Vorjahr geändert.

Datenbasis: Bevölkerungsbefragungen des ZMSBw 2017 und 2018.

Das für die Bekanntheit der Einsätze festgestellte Muster wiederholt sich beim Blick auf die Haltung zu den Auslandsmissionen: Die Verpflichtungen im Baltikum sind am wenigsten bekannt und finden die geringste Zustimmung. Insgesamt wird deutlich, dass die Deutschen sich am ehesten für die Einsätze aussprechen, die als Hilfseinsätze wahrgenommen werden oder der Terrorismusbekämpfung dienen. Die Unterstützung für die Aufgaben der Bündnisverteidigung ist merklich geringer.

Zugleich zeigt sich, wie in den Vorjahren, der Einfluss des Informationsgrades (z.B. Biehl 2017b; vgl. Tabelle 11.1). Je mehr Kenntnisse die Befragten ihrer eigenen Meinung nach über eine Mission haben, desto stärker stimmen sie ihr zu. Diese Zusammenhänge ergeben sich gleichermaßen für die klassischen Auslandseinsätze wie für die Engagements im

Baltikum. Die Unterschiede in den Meinungsbildern von mehr und weniger informierten Bürgerinnen und Bürgern sind erheblich. Bei denjenigen mit geringeren Kenntnissen erfährt keine Mission eine mehrheitliche Zustimmung. Sämtliche Einsätze finden allenfalls die Unterstützung von knapp der Hälfte der Bürger mit geringerem Informationsstand. Damit konzentriert sich ein Großteil der Vorbehalte und Ablehnung der Auslandseinsätze bei den Bevölkerungsteilen, die weniger über die Bundeswehrengagements wissen – und dies trifft ausweislich der vorangehenden Auswertungen (vgl. Abbildungen 11.1 und 11.2) auf die meisten Bundesbürgerinnen und Bundesbürger zu. Ganz anders sind die Ansichten derjenigen, die nach eigener Auskunft über breites Wissen über die Einsätze verfügen. Von ihnen spricht sich stets über die Hälfte für die Engagements aus. Die Ablehnung fällt bei Befragten mit hohem subjektiven Wissen deutlich geringer aus und erreicht nur in Einzelfällen (Enhanced Forward Presence in Litauen) knapp ein Viertel. Damit erweist sich der Informiertheitsgrad durchweg als eine entscheidende Größe für die Haltung zu den Auslandsmissionen.

#### *Multivariate Analysen der Determinanten der Einstellung zu den Auslandseinsätzen der Bundeswehr*

Im Folgenden wird betrachtet, worauf die Haltung zu den Auslandseinsätzen der Bundeswehr zurückzuführen ist und welche Rolle dem Grad der Informiertheit in diesem Zusammenhang zukommt. Ein Einwand gegen dessen Relevanz könnte lauten, dass der subjektive Informationsgrad kein geeigneter Erklärungsfaktor der Einstellung zu den Einsätzen ist, da sich im Sinne eines sicherheitspolitischen Themenpublikums diejenigen eher über die Auslandsengagements informiert halten, die diesen und den Streitkräften ohnehin wohlwollender begegnen. Demnach würden sich nur die Befürworter der Bundeswehr und ihrer Einsätze für deren Missionen interessieren, weshalb eine umfassendere Information keinen Einfluss auf diejenigen haben sollte, die den Streitkräften und ihren Einsätzen ohnehin kritisch gegenüberstehen. Der in Tabelle 11.1 ausgewiesene Zusammenhang sollte demnach verschwinden, wenn man ihn auf die Haltung zu den Streitkräften und weitere wesentliche (sicherheits-)politische Orientierungen kontrolliert. Im Folgenden wird geprüft, inwiefern diese Vermutung zutrifft und der Wissensstand über die Einsätze einen eigenständigen Einfluss auf die Haltung zu ihnen ausübt. Dazu werden Regressionsanalysen berechnet, in die die Haltung zu den Einsätzen als abhängige Variable eingeht.

**Tabelle 11.1: Einstellungen zu den Auslandseinsätzen der Bundeswehr – Bedeutung von Wissen**

„Bitte sagen Sie mir, ob Sie der Beteiligung der Bundeswehr an den folgenden Missionen zustimmen oder ob Sie diese ablehnen?“ (Angaben in Prozent)				
	Stimme zu <sup>1</sup>	Teils/teils	Lehne ab <sup>2</sup>	Weiß nicht/ k.A.
<b>Operation Sophia (Mittelmeer) ***</b>				
Wissen vorhanden <sup>3</sup>	73	16	10	(0)
Wissen nicht vorhanden <sup>4</sup>	46	29	19	7
<b>EUTM (Mali) ***</b>				
Wissen vorhanden	66	21	12	(1)
Wissen nicht vorhanden	46	27	21	7
<b>Anti-IS-Einsatz (Syrien) ***</b>				
Wissen vorhanden	64	21	14	(1)
Wissen nicht vorhanden	35	31	28	5
<b>ATALANTA (Somalia) ***</b>				
Wissen vorhanden	68	18	14	(0)
Wissen nicht vorhanden	37	32	24	7
<b>KFOR (Kosovo) ***</b>				
Wissen vorhanden	55	24	21	(1)
Wissen nicht vorhanden	32	32	29	8
<b>UNIFIL (Libanon) ***</b>				
Wissen vorhanden	57	22	20	(1)
Wissen nicht vorhanden	34	30	29	7
<b>Resolute Support (Afghanistan) ***</b>				
Wissen vorhanden	51	29	20	(0)
Wissen nicht vorhanden	30	34	29	7
<b>Ausbildungsmision (Irak) ***</b>				
Wissen vorhanden	54	25	21	(1)
Wissen nicht vorhanden	28	33	33	6
<b>MINUSMA (Mali) ***</b>				
Wissen vorhanden	55	28	17	(1)
Wissen nicht vorhanden	29	33	29	8
<b>Enhanced Forward Presence (Litauen) ***</b>				
Wissen vorhanden	54	22	24	(1)
Wissen nicht vorhanden	30	32	29	9
<b>Air Policing (Baltikum) ***</b>				
Wissen vorhanden	51	28	21	(1)
Wissen nicht vorhanden	29	34	29	8

Anmerkungen: 1) Anteile „Stimme völlig zu“ und „Stimme eher zu“ zusammengefasst; 2) Anteile „Lehne völlig ab“ und „Lehne eher ab“ zusammengefasst; 3) Anteile „Kenne alle wesentlichen Fakten und Zusammenhänge“ und „Kenne einige Fakten und Zusammenhänge“ zusammengefasst; 4) Anteile „Habe noch nie davon gehört oder gelesen“ und „Habe davon gehört oder gelesen, weiß aber nichts Konkretes“ zusammengefasst. Einzelne Prozentangaben ergeben mitunter in der Summe nicht 100 Prozent, da sie gerundet wurden. Analyseverfahren: Chi<sup>2</sup>-Unabhängigkeits-Test, Signifikanzniveau: \*\*\* p < .001; \*\* p < .01; \* p < .05; n.s. = nicht signifikant (p ≥ .05); Werte in Klammern: n ≤ 50.

Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des ZMSBw 2018.



Wie eine Faktorenanalyse zeigt, weist die Einstellung zu den Auslandsengagements der Bundeswehr eine einfaktorielle Struktur auf (Eigenwert= 6,4; erklärte Varianz= 58 Prozent; tabellarisch nicht dargestellt). Dabei zeigt sich – wie im Vorjahr (Biehl 2017b) – kein Unterschied zwischen den typischen Auslandseinsätzen und den Maßnahmen im Rahmen der Bündnisverteidigung. Als Erklärungsgröße wird im ersten Schritt alleine das Informationsniveau über die Einsätze herangezogen. Dieses besitzt wiederum eine einfaktorielle Struktur (Eigenwert= 5,9; erklärte Varianz= 54 Prozent; tabellarisch nicht dargestellt). In weiteren Schritten werden soziale Merkmale, politische Orientierungen, Erfahrungen bzw. Kontakte mit den Streitkräften sowie sicherheitspolitische Grundhaltungen getrennt berücksichtigt. Damit ist es möglich, den Effekt der jeweiligen Indikatoren auf die Haltung zu den Einsätzen separat zu schätzen (Biehl 2012; Fiebig 2012; Mader 2017). Anschließend wird umfassend getestet, inwieweit sich diese wechselseitig überlagern bzw. aufheben und ob das Informationsniveau einen eigenständigen Einfluss auf die Haltung zu den Einsätzen ausübt, wenn alle anderen relevanten Größen betrachtet werden (vgl. Tabelle 11.2).

In der Einzelbetrachtung bestätigt sich die Einsicht, dass der Informationsgrad eines Befragten einen wesentlichen Einfluss auf seine Haltung zu den Auslandsmissionen nimmt (vgl. Tabelle 11.2). Alleine durch diese Größe sind immerhin 11 Prozent der vorhandenen Varianz zu erklären (Modell I). Demgegenüber schlägt sich der soziale Hintergrund der Befragten kaum auf ihre Haltung zu den internationalen Engagements nieder (Modell II). Frauen, Geringverdiener sowie Ostdeutsche lehnen diese – unter Kontrolle der anderen sozialstrukturellen Größen – eher ab. Bei Alter, Bildung und Migrationshintergrund zeigen sich keine Effekte. Der parteipolitischen Ausrichtung kommt demgegenüber eine merkliche Bedeutung zu: Anhänger der Grünen, der Linken und insbesondere der AfD sowie Nichtwähler neigen im Vergleich zu Wählern der Parteien der Großen Koalition (als Referenzkategorie) eher zur Ablehnung der Auslandseinsätze (Modell III). Die durch die parteipolitische Orientierung erklärte Varianz beträgt 5 Prozent. Wer die Bundeswehr kennt und diese wahrnimmt, stimmt ihren Engagements hingegen eher zu (Modell IV). Entgegen einer verbreiteten Position (Feaver/Kohn 2001; Franke 2012; Pfaffenzeller 2010), die die Relevanz eigener Erfahrungen in den und mit den Streitkräften betont, kommt der Medienwahrnehmung im Vergleich eine bedeutendere Rolle zu. Am wichtigsten für die Haltung der Befragten zu den Auslandseinsätzen sind jedoch deren sicherheitspolitische Überzeugungen (Modell V). Wer einer internationalen, multilateral eingebundenen und transatlantisch orientierten Sicherheitspolitik das Wort redet, befürwortet die Einsätze stärker. Interessanterweise hat eine Haltung, die grundlegend den Einsatz militärischer Gewalt in der internationalen Politik gutheißt – der sogenannte Militarismus (vgl. Abschnitt 5) – keine eigenständige Wirkung.

**Tabelle 11.2: Determinanten der Einstellung zu den Auslandseinsätzen der Bundeswehr**

	Einstellung zu den Auslandseinsätzen der Bundeswehr					
	I	II	III	IV	V	VI
Informationsgrad Einsätze der Bundeswehr	0,33***					0,28***
<i>Soziodemografie</i>						
Alter		0,02 <sup>n.s.</sup>				-0,04 <sup>n.s.</sup>
Frauen		-0,10***				-0,03 <sup>n.s.</sup>
Niedrige Bildung		-0,01 <sup>n.s.</sup>				0,01 <sup>n.s.</sup>
Hohe Bildung		0,00 <sup>n.s.</sup>				-0,03 <sup>n.s.</sup>
Haushaltsnettoeinkommen (bis 2.000 Euro)		-0,09***				-0,03 <sup>n.s.</sup>
Haushaltsnettoeinkommen (4.001 Euro und mehr)		-0,01 <sup>n.s.</sup>				-0,02 <sup>n.s.</sup>
Ostdeutschland		-0,06**				-0,01 <sup>n.s.</sup>
Migrationshintergrund		0,00 <sup>n.s.</sup>				0,01 <sup>n.s.</sup>
<i>Politische Einstellungen</i>						
Wahlabsicht Bündnis90/Die Grünen			-0,05*			-0,01 <sup>n.s.</sup>
Wahlabsicht Die Linke			-0,13***			-0,07***
Wahlabsicht FDP			-0,03 <sup>n.s.</sup>			-0,03 <sup>n.s.</sup>
Wahlabsicht AfD			-0,18***			-0,12***
Keine Parteipräferenz/Nichtwähler, w.n./k.A.			-0,15***			-0,05*
<i>Kontakte und Erfahrungen</i>						
Wahrnehmung Bundeswehr im Alltag				0,05*		0,00 <sup>n.s.</sup>
Wahrnehmung Bundeswehr in den Medien				0,11***		0,04 <sup>n.s.</sup>
Bin/war Soldat				0,04 <sup>n.s.</sup>		-0,07**
Verwandter/Bekannter ist/war Soldat				0,07**		0,02 <sup>n.s.</sup>
<i>Sicherheitspolitische Grundhaltungen</i>						
Militarismus					0,01 <sup>n.s.</sup>	0,00 <sup>n.s.</sup>
Internationalismus					0,21***	0,16***
Multilateralismus					0,21***	0,17***
Atlantizismus					0,05*	0,07***
Haltung zur Bundeswehr					0,26***	0,22***
Korrigiertes R <sup>2</sup>	0,11	0,02	0,05	0,03	0,20	0,29
n	2.129	2.146	2.146	2.144	2.044	2.033

Anmerkungen: Die abhängige Variable sind Faktorwerte (Regressionswerte) für die Einstellungen zu den Einsätzen der Bundeswehr, Wertebereich von [-2,5 - sehr negative Einstellung; 2,1 - sehr positive Einstellung], s. Text. Alle erklärenden Variablen mit Ausnahme von Wahrnehmung Bundeswehr im Alltag [0; 3], Wahrnehmung Bundeswehr in den Medien [0; 4], Informationsgrad Einsätze der Bundeswehr [-1,5; 3,8; Faktorwerte (Regressionswerte) mit den Variablen aus Abb. 11.3 und 11.4] und Haltung zur Bundeswehr [-3,3; 1,6; Faktorwerte (Regressionswerte) mit den Variablen Einstellung, Ansehen und Vertrauen zur Bundeswehr] haben einen Wertebereich von [0; 1]. Analyseverfahren: Multiple lineare Regressionen; standardisierte Regressionskoeffizienten (beta). Signifikanzniveau: \*\*\* p < .001; \*\* p < .01; \* p < .05; n.s. = nicht signifikant (p ≥ .05).

Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des ZMSBw 2018.

Dies könnte zum einen auf den weitgehend behutsamen Einsatz militärischer Mittel in den Engagements der Bundeswehr zurückzuführen sein, der den Überzeugungen derjenigen entgegensteht, die eine Lösung internationaler Konflikte mittels militärischer Gewalt bevorzugen. Zum anderen könnten sich hier Messdefizite bei den verwendeten und in der Literatur üblichen Instrumenten zur Erhebung der außen- und sicherheitspolitischen

Grundhaltungen bemerkbar machen. Eine positive Haltung zu den deutschen Streitkräften ist wiederum entscheidend für eine Unterstützung der Auslandsmissionen. In der Gesamtschau aller Einflussgrößen (Modell VI) bleiben die in der Einzelbetrachtung zutage tretenden Muster weitgehend bestehen. Die soziodemografischen Merkmale weisen jedoch allesamt keinen signifikanten Einfluss auf. Der zentrale Stellenwert des Informationsgrades bestätigt sich ebenso wie derjenige der sicherheitspolitischen Grundorientierungen. Daneben kommt nur der parteipolitischen Orientierung eine gewisse Relevanz zu: Anhänger der Linken und der AfD sowie Befragte ohne Wahlabsicht sind – unter Kontrolle der anderen Größen – weniger bereit, die Einsätze zu unterstützen. Eigene Erfahrungen als Soldat schlagen sich – wiederum bei Betrachtung sämtlicher Faktoren – negativ auf die Meinung zu den Engagements nieder.

In der Bilanz bestätigt die Analyse zum wiederholten Male den zentralen Stellenwert, den die Haltung zur Bundeswehr für sämtliche Facetten sicherheitspolitischer Meinungen einnimmt (vgl. Abschnitt 6). Im Unterschied zu den Stimmen, die das gute gesellschaftliche Ansehen der Streitkräfte für wenig substanziell und folgenlos halten (Reichelt/Meyer 2010: 210; von Bredow 2015: 262f.), konnte nachgewiesen werden, dass die Einstellung der Befragten zur Bundeswehr wesentlich für ihre Haltung zu den Einsätzen ist. Zugespielt formuliert: Zwar trifft es zu, dass die Bundeswehr auf ein weithin wohlwollendes Meinungsklima trifft, während die Bevölkerung den Einsätzen mit Vorbehalten, Skepsis und teilweise Ablehnung begegnet. Die multivariaten Analysen weisen jedoch darauf hin, dass dies kein Widerspruch ist. Vielmehr stabilisieren die positiven Einstellungen zur Bundeswehr die Meinungen zu den Auslandsmissionen. D.h. ein schlechteres Ansehen der deutschen Streitkräfte würde zu einer noch ausgeprägteren Ablehnung der Auslandseinsätze führen.

Zudem unterstreichen die vorstehenden Auswertungen die Relevanz von Information und Kommunikation. Ist es gewollt, dass die Engagements der Bundeswehr – seien es die Auslandseinsätze oder die Verpflichtungen im Rahmen der Bündnisverteidigung – auf breiten gesellschaftlichen Zuspruch treffen, dann sollte über diese stärker und besser informiert werden. Selbst wenn der ein oder andere Bericht kritische Aspekte der Missionen aufgreift und der ein oder andere Kontakt nicht so verläuft, wie sich das die politisch und militärisch Verantwortlichen wünschen. Die hier präsentierten Befunde legen eine ausgreifende, aktive und engagierte Öffentlichkeitsarbeit zu den Einsätzen nahe – frei nach dem Motto: Auch ein kritischer Bericht über die Missionen ist besser als keiner. In diesem Sinne ist der Bundeswehr angeraten, die Realität der Einsätze authentisch und transparent in die Gesellschaft zu kommunizieren.

## Literaturverzeichnis

---

- Alfaro-Beracoechea, Laura/Puente, Alicia/Da Costa, Silvia/Ruvalcaba, Norma/Páez, Darío (2018): Effects of Fear of Crime on Subjective Well-being: A Meta-analytic Review. In: *The European Journal of Psychology Applied to Legal Context* 10: 2, 89–96.
- Altheide, David. L. (1997): The News Media, the Problem Frame, and the Production of Fear. In: *The Sociological Quarterly* 38: 4, 647–668.
- Altheide, David. L. (2002): *Creating Fear: News and the Construction of Crisis*. New York: Routledge.
- Argus Data Insights (2018): *Medienanalyse 1. Januar – 31. Dezember 2017. Jahresanalyse Positionierung der Bundeswehr in deutschen Medien*. Unveröffentlichte Powerpoint-Präsentation.
- Asmus, Ronald D./Everts, Philip P./Isernia, Pierangelo (2005): The Transatlantic Gap in Public Opinion. In: Jäger, Thomas/Höse, Alexander/Oppermann, Kai (Hg.): *Transatlantische Beziehungen. Sicherheit – Wirtschaft – Öffentlichkeit*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 397–424.
- Balmas, Meital (2018): Tell Me Who Is Your Leader, and I Will Tell You Who You Are: Foreign Leaders' Perceived Personality and Public Attitudes toward Their Countries and Citizenry. In: *American Journal of Political Science* 62: 2, 499–514.
- Bardes, Barbara A./Oldendick, Robert W. (1990): Public Opinion and Foreign Policy. A Field in Search of Theory. In: Long, Samuel (Hg.): *Research in Micropolitics. A Research Annual*. London: Jai Press, 227–247.
- Bartels, Larry M. (1994): The American Public's Defense Spending Preferences in the Post-Cold War Era. In: *The Public Opinion Quarterly* 58: 4, 479–508.
- Baur, Nina/Blasius, Jörg (Hg.) (2014): *Handbuch Methoden der empirischen Sozialforschung*. Wiesbaden: Springer Fachmedien.
- Biehl, Heiko (2012): United We Stand, Divided We Fall? Die Haltungen europäischer Bevölkerungen zum ISAF-Einsatz. In: Langer, Phil C./Pietsch, Carsten/Seiffert, Anja (Hg.): *Der Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan: Sozial- und politikwissenschaftliche Perspektiven*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 169–186.
- Biehl, Heiko (2017a): Haltungen der Bürgerinnen und Bürger zur Bundeswehr. In: Steinbrecher, Markus/Biehl, Heiko/Rothbart, Chariklia: *Sicherheits- und verteidigungspolitisches Meinungsbild in der Bundesrepublik Deutschland. Ergebnisse und Analysen der Bevölkerungsbefragung 2017*. Forschungsbericht 117. Potsdam: Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr, 63–77.
- Biehl, Heiko (2017b): Einstellungen zu den Auslandseinsätzen der Bundeswehr. In: Steinbrecher, Markus/Biehl, Heiko/Rothbart, Chariklia: *Sicherheits- und verteidigungspolitisches Meinungsbild in der Bundesrepublik Deutschland. Ergebnisse und Analysen der Bevölkerungsbefragung 2017*. Potsdam: Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr, 166–178.
- Biehl, Heiko/Keller, Jörg (2016): Ein anderer Blick auf den Einsatz. Die Forschung des SOWI zu Auslandseinsätzen. In: Dörfler-Dierken, Angelika/Kümmel, Gerhard (Hg.): *Am Puls der Bundeswehr. Militärsoziologie in Deutschland zwischen Wissenschaft, Politik, Bundeswehr und Gesellschaft*. Wiesbaden: Springer VS, 189–205.

- Biehl, Heiko/Rothbart, Chariklia/Steinbrecher, Markus (2017): Cold War Revisited? Die deutsche Bevölkerung und die Renaissance der Bündnisverteidigung. In: Hartmann, Uwe/von Rosen, Claus (Hg.): Jahrbuch Innere Führung 2017. Die Wiederkehr der Verteidigung in Europa und die Zukunft der Bundeswehr. Berlin: Carola Hartmann Miles-Verlag, 137–154.
- Biehl, Heiko/Schoen, Harald (Hg.) (2015): Sicherheitspolitik und Streitkräfte im Urteil der Bürger. Theorien, Methoden, Befunde. Wiesbaden: Springer VS.
- Böcker, Martin/Kempf, Larsen/Springer, Felix (Hg.) (2013): Soldatentum. Auf der Suche nach Identität und Berufung der Bundeswehr heute. München: Olzog.
- Bohnert, Marcel/Reitstätter, Lukas J. (Hg.) (2014): Armee im Aufbruch. Zur Gedankenwelt junger Offiziere in den Kampftruppen der Bundeswehr. Berlin: Miles.
- Breunig, Christian/van Eimeren, Birgit (2015): 50 Jahre „Massenkommunikation“: Trends in der Nutzung und Bewertung der Medien. In: Media Perspektiven 11/2015, 505–525.
- Brosius, Hans-Bernd/Haas, Alexander/Koschel, Friederike (2016): Methoden der empirischen Kommunikationsforschung. Wiesbaden: Springer VS.
- Brüßler, Lisa (2018): Im Auftrag der Deutschen. Das Verhältnis zwischen der Gesellschaft und „ihrer“ Armee gestaltet sich nach wie vor schwierig. In: Das Parlament 34–35, 10.
- Brunner, Otto (Hg.) (1984): Geschichtliche Grundbegriffe: Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland. Band 5: Pro – Soz. Stuttgart: Klett Cotta.
- Bulmahn, Thomas/Höfig, Chariklia (2013): Ergebnisse der repräsentativen Bundeswehrumfrage zur Attraktivität des Arbeitgebers Bundeswehr. Ergebnispräsentation am 22. Oktober 2013 im BMVg, Berlin (PowerPoint-Präsentation).
- Bundesministerium der Finanzen (2018): Haushaltsentwurf 2019 und Finanzplanung bis 2022 – Zukunftsorientiert, gerecht und verantwortungsvoll (06.07.2018). <<https://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Pressemitteilungen/Finanzpolitik/2018/07/2018-07-06-PM-Haushalt2019.html>> [06.12.2018].
- Bundesministerium der Verteidigung (2008): Zentrale Dienstvorschrift A 2600/1 Innere Führung. Selbstverständnis und Führungskultur der Bundeswehr. Bonn.
- Bundesministerium der Verteidigung (2016a): Weißbuch 2016. Zur Sicherheitspolitik und der Zukunft der Bundeswehr. Berlin.
- Bundesministerium der Verteidigung (2016b): Personalstrategie der Bundeswehr. Berlin.
- Bundesministerium der Verteidigung (2017): Arbeitgeber Bundeswehr im Visier. Ausgabe 05, Sommer 2017. Berlin.
- Bundesministerium der Verteidigung (2018a): Stärke: Militärisches Personal der Bundeswehr (21.08.2018). <[https://www.bundeswehr.de/portal/a/bwde/start/streitkraefte/grundlagen/staerke/%21ut/p/z1/hZBPS8QwEMU\\_i4dcO2nqn1UQS VcQpUIXi7a5yOx2TKsxKUla\\_fhm2aMuzm3ee\\_zmMaCgBWVxGTxG0V k0ae\\_U-Wu5qppKXArR1Otbfv9YlGW-EeLuOYeX\\_wIq2fzISA5PPUGXGB fHGM0mhUCBescFv7PJ-WgoZrjbN4RuQNSbqt1OHOQHUNq47aG6tNtipUF 5eiNPPpt9kocYpyvGGcdZk9XksSecQ2YpMj7antKRYboJ1zX5sH9Ci-CxfFyyXp\\_6D\\_sIOLkRof-Ng-my\\_eHFmlkqe\\_ABdok4C/dz/d5/L2dBI-SEvZ0FBIS9nQSEh/#Z7\\_B8LTL2922TPCD0IM3BB1Q22TQ0](https://www.bundeswehr.de/portal/a/bwde/start/streitkraefte/grundlagen/staerke/%21ut/p/z1/hZBPS8QwEMU_i4dcO2nqn1UQS VcQpUIXi7a5yOx2TKsxKUla_fhm2aMuzm3ee_zmMaCgBWVxGTxG0V k0ae_U-Wu5qppKXArR1Otbfv9YlGW-EeLuOYeX_wIq2fzISA5PPUGXGB fHGM0mhUCBescFv7PJ-WgoZrjbN4RuQNSbqt1OHOQHUNq47aG6tNtipUF 5eiNPPpt9kocYpyvGGcdZk9XksSecQ2YpMj7antKRYboJ1zX5sH9Ci-CxfFyyXp_6D_sIOLkRof-Ng-my_eHFmlkqe_ABdok4C/dz/d5/L2dBI-SEvZ0FBIS9nQSEh/#Z7_B8LTL2922TPCD0IM3BB1Q22TQ0)> [22.08.2018].
- Bundesministerium der Verteidigung (2018b): Konzeption der Bundeswehr. Berlin.

- Bundesministerium der Verteidigung (2018c): Bundeswehr soll weiter wachsen – Personalboard 2018 hat getagt (29.11.2018). <<https://www.bmvg.de/de/aktuelles/bundeswehr-soll-weiter-wachsen-29414>> [06.12.2018].
- Burstein, Paul (2006): Why Estimates of the Impact of Public Opinion on Public Policy Are Too High: Empirical and Theoretical Implications. In: *Social Forces* 84: 4, 2273–2289.
- Chittick, William O./Billingsley, Keith R./Travis, Rick (1995): A Three-Dimensional Model of American Foreign Policy Beliefs. In: *International Studies Quarterly* 39: 3, 313–331.
- Comer, Jonathan S./Furr, Jami M./Beidas, Rinad S./Babyar, Heather M./Kendall, Phillip C. (2008): Media Use and Children’s Perception of Societal Threat and Personal Vulnerability. In: *Journal of Clinical Child and Adolescent Psychology* 37: 3, 622–630.
- Daase, Christopher (2010): National, Societal, and Human Security: On the Transformation of Political Language. In: *Historical Social Research* 35: 4, 22–37.
- Daase, Christopher (2012): Sicherheitskultur als interdisziplinäres Forschungsprogramm. In: Daase, Christopher/Offermann, Philipp/Rauer, Valentin (Hg.): *Sicherheitskultur: Soziale und politische Praktiken der Gefahrenabwehr*. Frankfurt a. M.: Campus, 23–44.
- Dake, Karl (1992): Myths of Nature: Culture and the Social Construction of Risk. In: *Journal of Social Issues* 48: 4, 21–37.
- Dal Bó, Ernesto/Hernández, Pablo/Mazzuca, Sebastián (2016): The Paradox of Civilization: Pre-Institutional Sources of Security and Prosperity. National Bureau of Economic Research Working Paper No. 21829.
- Deutscher Bundestag (2018): Unterrichtung durch die Bundesregierung. Finanzplan des Bundes 2018 bis 2022. Drucksache 19/3401 (10.08.2018). Berlin.
- Diekmann, Andreas (2016): *Empirische Sozialforschung. Grundlagen, Methoden, Anwendungen*. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt.
- Die Welt (2013): Diesen Institutionen vertrauen die Deutschen (06.02.2013). <<https://www.welt.de/wirtschaft/article113432065/Diesen-Institutionen-vertrauen-die-Deutschen.html>> [06.12.2016].
- Eichenberg, Richard C./Stoll, Richard (2003): Representing Defense: Democratic Control of the Defense Budget in the United States and Western Europe. In: *The Journal of Conflict Resolution* 47: 4, 399–422.
- Eichenberg, Richard C./Stoll, Richard J. (2017): The Acceptability of War and Support for Defense Spending: Evidence from Fourteen Democracies, 2004–2013. In: *Journal of Conflict Resolution* 61: 4, 788–813.
- Eisenman, David P./Glik, Deborah/Ong, Michael/Zhou, Qiong/Tseng, Chi-Hong/Long, Anna/Fielding, Jonathan/Asch, Steven (2009): Terrorism-Related Fear and Avoidance Behavior in a Multiethnic Urban Population. In: *American Journal of Public Health* 99: 1, 168–174.
- Eisinga, Rob/Te Grotenhuis, Manfred/Pelzer, Ben (2013): The Reliability of a Two-Item Scale: Pearson, Cronbach, or Spearman-Brown? In: *International Journal of Public Health* 58: 4, 637–642.
- Endres, Fabian (2018): *Öffentliche Meinung und strategische Kulturen. Außenpolitische Überzeugungen in Deutschland, Frankreich und Großbritannien*. Wiesbaden: Springer VS.

- Endreß, Christian/Petersen, Nils (2012): Die Dimensionen des Sicherheitsbegriffs. In: Bundeszentrale für Politische Bildung (Hg.): Dossier Innere Sicherheit. (14.6.2012). <<http://www.bpb.de/politik/innenpolitik/innere-sicherheit/76634/dimensionen-des-sicherheitsbegriffs?p=all>> [24.1.2019].
- Endreß, Christian/Schattschneider, Leonard (2010): Was ist Sicherheit? Interdisziplinäre Betrachtung einer unklaren Begrifflichkeit. In: Notfallvorsorge: 2, 8–9.
- European Union (2016): Shared Vision, Common Action: A Stronger Europe. A Global Strategy for the European Union's Foreign and Security Policy.
- Fantapié Altobelli, Claudia/Hensel, David/Langhinrichs, Birthe/Mühlbach, Cordelia/Znanewitz, Judith (2015): Trendforschung zur Optimierung und Sicherstellung der externen Personalbedarfsdeckung der Bundeswehr. 1. Zwischenbericht: Ergebnisse der Referenzstudie. Hamburg: Helmut-Schmidt-Universität.
- Feaver, Peter D./Kohn, Richard H. (Hg.) (2001): Soldiers and Civilians. The Civil-Military Gap and American National Security. Cambridge: MIT Press.
- Feldman, Stanley (1988): Structure and Consistency in Public Opinion: The Role of Core Beliefs and Values. In: American Journal of Political Science 32: 2, 416–440.
- Fiebig, Rüdiger (2012): Die Deutschen und ihr Einsatz. Einstellungen der Bevölkerung zum ISAF-Einsatz. In: Langer, Phil C./Pietsch, Carsten/Seiffert, Anja (Hg.): Der Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan: Sozial- und politikwissenschaftliche Perspektiven. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 187–204.
- Fiebig, Rüdiger/Pietsch, Carsten (2009): Die Deutschen und ihre Streitkräfte. In: Aus Politik und Zeitgeschichte 48/2009, 36–41.
- Franke, Jürgen (2012): Wie integriert ist die Bundeswehr? Eine Untersuchung zur Integrationssituation der Bundeswehr als Verteidigungs- und Einsatzarmee. Baden-Baden: Nomos.
- Frankfurter Allgemeine Zeitung Online (2003): Irrflug versetzt Frankfurt in Angst und Schrecken (05.01.2003). <<http://www.faz.net/aktuell/gesellschaft/flugzeug-entfuehrung-irrflyg-versetzt-frankfurt-in-angst-und-schrecken-189977.html>> [12.07.2016].
- Ghanem, Salma (1997): Filling in the Tapestry: The Second Level of Agenda Setting. In: McCombs, Maxwell/Shaw, Donald L./Weaver, David H. (Hg.): Communication and Democracy: Exploring the Intellectual Frontiers in Agenda-Setting Theory. Mahwah: Lawrence Erlbaum, 3–14.
- Goodwin, Robin/Willson, Michelle/Stanley, Gaines (2005): Terror Threat Perception and Its Consequences in Contemporary Britain. In: British Journal of Psychology 96: 4, 389–406.
- Haverkamp, Rita (2014): Grundzüge eines Sicherheitsbarometers in Deutschland. In: Hoch, Hans/Zoche, Peter (Hg.): Sicherheiten und Unsicherheiten. Münster: Lit Verlag, 15–30.
- Hentschel, Katrin (2013): Ergebnisse der Jugendstudie 2011. Berufswahl Jugendlicher und Einstellungen zum Arbeitgeber Bundeswehr. Forschungsbericht 100. Potsdam: Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr.
- Höfig, Chariklia (2015): Meinung oder Methodenartefakt? Zum Einfluss der Antwortskalierung bei der Messung sicherheitspolitischer Einstellungen. In: Biehl, Heiko/Schoen, Harald (Hg.): Sicherheitspolitik und Streitkräfte im Urteil der Bürger. Theorien, Methoden, Befunde. Wiesbaden: Springer VS, 323–348.

- Höfig, Chariklia (2016): Subjektive Sicherheit. In: Steinbrecher, Markus/Biehl, Heiko/Höfig, Chariklia/Wanner, Meike: Sicherheits- und verteidigungspolitisches Meinungsklima in der Bundesrepublik Deutschland. Ergebnisse und Analysen der Bevölkerungsbefragung 2016. Forschungsbericht 114. Potsdam: Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr, 15–28.
- Holsti, Ole R. (1992): Public Opinion and Foreign Policy: Challenges to the Almond-Lippmann Consensus. In: *International Studies Quarterly* 36: 4, 439–466.
- Holsti, Ole R. (1998/99): A Widening Gap Between the Military and Civilian Society? Some Evidence 1976–1996. In: *International Security* 23: 3, 5–42.
- Hummelsheim-Doss, Dina (2017): Objektive und subjektive Sicherheit in Deutschland. Eine wissenschaftliche Annäherung an das Sicherheitsgefühl. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 32–33/2017, 34–39.
- Hunter, Lance Y./Robbins, Joseph W. (2016): Military Spending and Electoral Systems: A Reconsideration. In: *Armed Forces & Society* 42: 1, 51–74.
- Hurwitz, Jonathon M./Peffley, Mark A. (1987): How Are Foreign Policy Attitudes Structured? A Hierarchical Model. In: *American Political Science Review* 81, 1099–1119.
- Hurwitz, Jonathon M./Peffley, Mark A./Seligson, Mitchell A. (1993): Foreign Policy Belief Systems in Comparative Perspective: The United States and Costa Rica. In: *International Studies Quarterly* 37, 245–270.
- Infratest dimap (2016): ARD-DeutschlandTREND Januar 2016. Eine Studie im Auftrag der tagesthemen. <<https://www.tagesschau.de/inland/deutschlandtrend-469.pdf>> [06.12.2016].
- Infratest dimap (2017): ARD-DeutschlandTREND Mai 2017. Berlin. <<https://www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/bundesweit/ard-deutschland-trend/2017/mai/>> [07.11.2017].
- Irondele, Bastien/Mérand, Frédéric/Foucault, Martial (2015): Public Support for European Defence: Does Strategic Culture Matter? In: *European Journal of Political Research* 54: 2, 363–383.
- Isernia, Pierangelo/Juhász, Zoltán/Rattinger, Hans (2002): Foreign Policy and the Rational Public in Comparative Perspective. In: *Journal of Conflict Resolution* 46: 2, 201–224.
- Jacobs, Lawrence R./Page, Benjamin I. (2005): Who Influences U.S. Foreign Policy? In: *American Political Science Review* 99: 1, 107–123.
- Kasperson, Roger E./Renn, Ortwin/Slovic, Paul/Brown, Hallina S./Emel, Jacque/Goble, Robert/Kasperson, Jeanne X./Ratick, Samuel (1988): The Social Amplification of Risk: A Conceptual Framework. In: *Risk Analysis* 8: 2, 177–187.
- Klasen, Oliver (2012): Was sich mit der Karlsruher Entscheidung ändert. In: *Süddeutsche Zeitung Online* (17.08.2012). <<http://www.sueddeutsche.de/politik/einsatz-der-bundeswehr-im-inneren-was-sich-mit-der-karlsruher-entscheidung-aendert-1.1443366>> [13.07.2016].
- Knelangen, Wilhelm (2006): Innere Sicherheit als neue Aufgabe für die Bundeswehr? In: Krause, Joachim/Irlenkäuser, Jan C. (Hg.): *Bundeswehr – Die nächsten 50 Jahre: Anforderungen an deutsche Streitkräfte im 21. Jahrhundert*. Opladen: Barbara Budrich, 253–273.
- Köhler, Horst (2005): Einsatz für Freiheit und Sicherheit. Rede von Bundespräsident Horst Köhler bei der Kommandeurtagung der Bundeswehr am 10. Oktober 2005 in Bonn. Berlin: Bundespräsidialamt.



- Körper-Stiftung (2018a): *The Berlin Pulse 2018/19. German Foreign Policy in Perspective*. Hamburg: Körper-Stiftung.
- Körper-Stiftung (2018b): *Einmischen oder zurückhalten? Eine repräsentative Umfrage im Auftrag der Körper-Stiftung zur Sicht der Deutschen auf die Außenpolitik*. Hamburg: Körper-Stiftung.
- Krasmann, Susanne/Kreissl, Reinhard/Kühne, Sylvia/Paul, Bettina/Schlepper, Christina (2014): *Die gesellschaftliche Konstruktion von Sicherheit. Zur medialen Vermittlung und Wahrnehmung der Terrorismusbekämpfung*. Berlin: Forschungsforum Öffentliche Sicherheit.
- Kümmel, Gerhard (2008): *Truppenbild mit Dame. Eine sozialwissenschaftliche Begleituntersuchung zur Integration von Frauen in die Bundeswehr*. Forschungsbericht 82. Strausberg: Sozialwissenschaftliches Institut der Bundeswehr.
- Kümmel, Gerhard (2014): *Truppenbild ohne Dame? Eine sozialwissenschaftliche Begleituntersuchung zum aktuellen Stand der Integration von Frauen in die Bundeswehr*. Forschungsbericht 106. Potsdam: Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr.
- Kümmel, Gerhard/Werkner, Ines-Jacqueline (Hg.) (2003): *Soldat, weiblich, Jahrgang 2001. Sozialwissenschaftliche Begleituntersuchungen zur Integration von Frauen in die Bundeswehr – erste Befunde*. Forschungsbericht 76. Strausberg: Sozialwissenschaftliches Institut der Bundeswehr.
- Lange, Philipp (2018): *Gesamtverteidigung 2.0 Wie sollte Landes- und Bündnisverteidigung gesamtstaatlich umgesetzt werden? BAKS-Arbeitspapier Sicherheitspolitik, Nr. 2/2018*. Berlin: Bundesakademie für Sicherheitspolitik.
- Mader, Matthias (2015): *Grundhaltungen zur Außen- und Sicherheitspolitik in Deutschland*. In: Biehl, Heiko/Schoen, Harald (Hg.): *Sicherheitspolitik und Streitkräfte im Urteil der Bürger. Theorien, Methoden, Befunde*. Wiesbaden: Springer VS, 69–96.
- Mader, Matthias (2017): *Öffentliche Meinung zu Auslandseinsätzen der Bundeswehr. Zwischen Antimilitarismus und transatlantischer Orientierung*. Wiesbaden: Springer VS.
- Maslow, Abraham (1943): *A Theory of Human Motivation*. In: *Psychological Review* 50: 4, 370–396.
- McCombs, Maxwell (2013): *Setting the Agenda: The Mass Media and Public Opinion*. Cambridge: Polity Press.
- McCombs, Maxwell/Shaw, Donald L. (1972): *The Agenda-Setting Function of Mass Media*. In: *Public Opinion Quarterly* 36: 2, 176–187.
- Meier, Ernst-Christoph/Nelte, Klaus-Michael/Huhn, Walter (Hg.) (2008): *Wörterbuch zur Sicherheitspolitik. Deutschland in einem veränderten internationalen Umfeld*. Hamburg et al.: Mittler & Sohn.
- Nellis, Ashley M. (2009): *Gender Differences in Fear of Terrorism*. In: *Journal of Contemporary Criminal Justice* 25: 3, 322–340.
- Nellis, Ashley M./Savage, Joanne (2012): *Does Watching the News Affect Fear of Terrorism? The Importance of Media Exposure on Terrorism Fear*. In: *Crime & Delinquency* 58: 5, 748–768.
- Noll, Heinz-Herbert (1994): *Zustand der öffentlichen Sicherheit beeinträchtigt Wohlbefinden der Bürger: Befunde zur subjektiven Wahrnehmung und Bewertung der öffentlichen Sicherheit*. In: *Informationsdienst Soziale Indikatoren* 12, 5–8.

- Page, Benjamin I./Shapiro, Robert Y. (1983): Effects of Public Opinion on Policy. In: *The American Political Science Review* 77: 1, 175–190.
- Page, Benjamin I./Shapiro, Robert Y. (1992): *The Rational Public: Fifty Years of Trends in Americans' Policy Preferences*. Chicago: University of Chicago Press.
- Peffley, Mark A./Hurwitz, Jonathon M. (1993): Models of Attitude Constraint in Foreign Affairs. In: *Political Behavior* 15, 61–90.
- Personalboard (2017): *Question & Answer Paper*. Berlin.
- Petersen, Thomas (2018): Bedingt abwehrbereit. In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, Nr. 188, 15. August 2018, 8.
- Pew Research Center (2017): *U.S. Image Suffers as Publics Around the World Question Trump's Leadership*. Washington D.C.
- Pfaffenzeller, Stephan (2010): Conscription and Democracy. The Mythology of Civil-Military Relations. In: *Armed Forces & Society* 36: 3, 481–504.
- Rahbek-Clemmensen, Jon/Archer, Emerald M./Barr, John/Belkin, Aaron/Guerrero, Mario/Hall, Cameron/Swain, Katie E. O. (2012): Conceptualizing the Civil-Military Gap: A Research Note. In: *Armed Forces & Society* 38: 4, 669–678.
- Rapoport, Anatol (1988): Risiko und Sicherheit in der heutigen Gesellschaft: Die subjektiven Aspekte des Risikobegriffs. In: *Leviathan* 16: 1, 123–136.
- Rattinger, Hans/Holst, Christian (1998): *Strukturen und Determinanten außen- und sicherheitspolitischer Einstellungen in der Bundesrepublik*. Bamberg.
- Rattinger, Hans/Schoen, Harald/Endres, Fabian/Jungkunz, Sebastian/Mader, Matthias/Pötzschke, Jana (2016): *Old Friends in Troubled Waters: Policy Principles, Elites, and U.S.-German Relations at the Citizen Level After the Cold War*. Baden-Baden: Nomos.
- Reichelt, Julian/Meyer, Jan (2010): *Ruhet in Frieden, Soldaten! Wie Politik und Bundeswehr die Wahrheit über Afghanistan vertuschten*. Köln: Fackelträger.
- Reuband, Karl-Heinz (2009): Kriminalitätsfurcht. In: Lange, Hans-Jürgen/Ohly, H. Peter/Reichert, Jo (Hg.): *Auf der Suche nach neuer Sicherheit: Fakten, Theorien und Folgen*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 233–251.
- Richter, Gregor (2016): *Wie attraktiv ist die Bundeswehr als Arbeitgeber? Ergebnisse der Personalbefragung 2016*. Forschungsbericht 113. Potsdam: Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr.
- Rill, Leslie A./Davis, Corey B. (2008): Testing the Second Level of Agenda Setting: Effects of News Frames on Reader-Assigned Attributes of Hezbollah and Israel in the 2006 War in Lebanon. In: *Journalism and Mass Communication Quarterly* 85: 3, 609–624.
- Risse-Kappen, Thomas (1991): Public Opinion, Domestic Structure, and Foreign Policy in Liberal Democracies. In: *World Politics* 43: 4, 479–512.
- Rosenberg, Milton J./Hovland, Carl I. (1960): Cognitive, Affective and Behavioral Components of Attitudes. In: Rosenberg, Milton J./Hovland, Carl I./McGuire, William J./Abelson, Robert P./Brehm, Jack W. (Hg.): *Attitude Organisation and Change: An Analysis of Consistency Among Attitude Components*. New Haven: Yale University Press, 1–14.
- Rosenthal, Claudius (2000): Zur medialen Konstruktion von Bedrohung. In: Schatz, Heribert/Holtz-Bacha, Christina/Nieland, Jörg-Uwe (Hg.): *Migranten und Medien*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 196–206.

- Rothbart, Chariklia (2017): Subjektive Sicherheit. In: Steinbrecher, Markus/Biehl, Heiko/Rothbart, Chariklia: Sicherheits- und verteidigungspolitisches Meinungsbild in der Bundesrepublik Deutschland: Ergebnisse und Analysen der Bevölkerungsbefragung 2017. Potsdam: Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr, 18–35.
- Rüland, Jürgen (2018): “Principled Multilateralism” versus “Diminished Multilateralism:” Some general Reflections. In: Echle, Christian/Rüppel, Patrick/Sarmah, Megha/Hwee, Yeo Lay (Hg.): Multilateralism in a Changing World Order. Singapore: Konrad-Adenauer-Stiftung, 1–12.
- R+V Infocenter (2018): Die Ängste der Deutschen. <<https://www.ruv.de/presse/aengsteder-deutschen>> [24.1.2019].
- Scheufele, Dietram A./Tewksbury, David (2007): Framing, Agenda Setting, and Priming: The Evolution of Three Media Effects Models. In: *Journal of Communication* 57: 1, 9–20.
- Schnell, Rainer/Hill, Paul B./Esser, Elke (2018): Methoden der empirischen Sozialforschung. München/Wien: Oldenbourg Verlag.
- Schoen, Harald (2008): Identity, Instrumental Self-Interest and Institutional Evaluations. Explaining Public Opinion on Common European Policies in Foreign Affairs and Defence. In: *European Union Politics* 9: 1, 5–29.
- Shapiro, Robert Y./Page, Benjamin I. (1988): Foreign Policy and the Rational Public. In: *Journal of Conflict Resolution* 32: 2, 211–247.
- SIPRI (2018): SIPRI Military Expenditure Database 2018. <<https://www.sipri.org/databases/milex>> [21.08.2018].
- Skitka, Linda J./Bauman, Christopher W./Aramovich, Nicholas P./Morgan, G. Scott (2006): Confrontational and Preventative Policy Responses to Terrorism: Anger Wants a Fight and Fear Wants ‘Them’ to Go Away. In: *Basic and Applied Social Psychology* 28: 4, 375–384.
- Sobel, Richard (2001): The Impact of Public Opinion on U.S. Foreign Policy Since Vietnam. New York: Oxford University Press.
- Sönmez, Sevil F./Graefe, Alan R. (1998): Influence of Terrorism Risk on Foreign Tourism Decision. In: *Analysis of Tourism Research* 25: 1, 112–144.
- Soroka, Stuart N. (2003): Media, Public Opinion, and Foreign Policy. In: *The International Journal of Press/Politics* 8: 1, 27–48.
- Steinbrecher, Markus (2016): Wahrnehmung der Bundeswehr in der Öffentlichkeit. In: Steinbrecher, Markus/Biehl, Heiko/Höfig, Chariklia/Wanner, Meike: Sicherheits- und verteidigungspolitisches Meinungsklima in der Bundesrepublik Deutschland. Ergebnisse und Analysen der Bevölkerungsbefragung 2016. Forschungsbericht 114. Potsdam: Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr, 82–91.
- Steinbrecher, Markus (2017a): Attraktivität des Arbeitgebers Bundeswehr. In: Steinbrecher, Markus/Biehl, Heiko/Rothbart, Chariklia: Sicherheits- und verteidigungspolitisches Meinungsbild in der Bundesrepublik Deutschland. Ergebnisse und Analysen der Bevölkerungsbefragung 2017. Forschungsbericht 117. Potsdam: Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr, 99–128.

- Steinbrecher, Markus (2017b): Einstellungen zur Höhe der Verteidigungsausgaben sowie zum Personalumfang der Bundeswehr. In: Steinbrecher, Markus/Biehl, Heiko/Rothbart, Chariklia: Sicherheits- und verteidigungspolitisches Meinungsbild in der Bundesrepublik Deutschland. Ergebnisse und Analysen der Bevölkerungsbefragung 2017. Forschungsbericht 117. Potsdam: Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr, 129–147.
- Steinbrecher, Markus (2017c): Vorstellungen von den Aufgabenbereichen der Bundeswehr. In: Steinbrecher, Markus/Biehl, Heiko/Rothbart, Chariklia: Sicherheits- und verteidigungspolitisches Meinungsbild in der Bundesrepublik Deutschland. Ergebnisse und Analysen der Bevölkerungsbefragung 2017. Forschungsbericht 117. Potsdam: Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr, 148–165.
- Steinbrecher, Markus (2017d): Einstellungen zum außen- und sicherheitspolitischen Engagement Deutschlands. In: Steinbrecher, Markus/Biehl, Heiko/Rothbart, Chariklia: Sicherheits- und verteidigungspolitisches Meinungsbild in der Bundesrepublik Deutschland. Ergebnisse und Analysen der Bevölkerungsbefragung 2017. Forschungsbericht 117. Potsdam: Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr, 36–62.
- Steinbrecher, Markus (2018): Einigkeit macht stark! Erklärung von Einstellungen zur Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU. In: Steinbrecher, Markus/Biehl, Heiko/Bytzeck, Evelyn/Rosar, Ulrich (Hg.): Freiheit oder Sicherheit? Ein Spannungsverhältnis aus Sicht der Bürgerinnen und Bürger. Wiesbaden: Springer VS, 217–251.
- Steinbrecher, Markus/Biehl, Heiko (2017): Die Legende vom fehlenden Wissen. Verteidigungspolitische Kenntnisse in Deutschland. In: *if – Zeitschrift für Innere Führung* 60: 4, 53–59.
- Steinbrecher, Markus/Biehl, Heiko (2018): Military Know-Nothings or (At Least) Military Know-Somethings? Knowledge of Defense Policy in Germany and Its Determinants. In: *Armed Forces & Society*, DOI: 10.1177/0095327X18811384.
- Steinbrecher, Markus/Biehl, Heiko/Bytzeck, Evelyn/Rosar, Ulrich (Hg.) (2018c): Freiheit oder Sicherheit? Ein Spannungsverhältnis aus Sicht der Bürgerinnen und Bürger. Wiesbaden: Springer VS.
- Steinbrecher, Markus/Biehl, Heiko/Graf, Timo (2018a): Sicherheits- und verteidigungspolitisches Meinungsbild in der Bundesrepublik Deutschland. Erste Ergebnisse der Bevölkerungsbefragung 2018. Potsdam: Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr.
- Steinbrecher, Markus/Biehl, Heiko/Rothbart, Chariklia (2018b): Wachsamkeit als Preis von Sicherheit und Freiheit? Einstellungen der deutschen Bevölkerung zur Bündnisverteidigung. In: Steinbrecher, Markus/Biehl, Heiko/Bytzeck, Evelyn/Rosar, Ulrich (Hg.): Freiheit oder Sicherheit? Ein Spannungsverhältnis im Urteil der Bürgerinnen und Bürger. Wiesbaden: Springer VS, 177–216.
- Steinbrecher, Markus/Höfig, Chariklia (2017): Aktiv, aber auch Attraktiv und Anders? Ausgewählte Einstellungen der deutschen Bevölkerung zur Attraktivität der Bundeswehr als Arbeitgeber. In: *if – Zeitschrift für Innere Führung* 60: 1, 54–59.

- Steinbrecher, Markus/Wanner, Meike (2018): Dein Schützer, Freund und Helfer? Einstellungen der deutschen Bevölkerung zum Einsatz der Bundeswehr im Inneren. In: Steinbrecher, Markus/Biehl, Heiko/Bytzek, Evelyn/Rosar, Ulrich (Hg.): Freiheit oder Sicherheit? Ein Spannungsverhältnis im Urteil der Bürgerinnen und Bürger. Wiesbaden: Springer VS, 141–176.
- Trendence (2018): Arbeitgeberranking von Trendence. Die beliebtesten Arbeitgeber der Schüler. <<https://www.trendence.com/arbeitgeberrankings/schueler.html>> [10.08.2018].
- von Bredow, Winfried (2015): Sicherheit, Sicherheitspolitik und Militär. Deutschland seit der Vereinigung. Wiesbaden: Springer VS.
- Wanta, Wayne/Golan, Guy/Lee, Cheolhan (2004): Agenda Setting and International News: Media Influence on Public Perceptions of Foreign Nations. In: *Journalism and Mass Communication Quarterly* 81: 2, 364–377.
- Wilcox, Pamela/Ozer, Murat M./Gunbeyi, Murat/Gundogdu, Tarkan (2009): Gender and Fear of Terrorism in Turkey. In: *Journal of Contemporary Criminal Justice* 25: 3, 341–357.
- Windzio, Michael/Simonson, Julia/Pfeiffer, Christian/Kleimann, Matthias (2007): Kriminalitätswahrnehmung und Punitivität in der Bevölkerung. Welche Rolle spielen die Massenmedien? Ergebnisse der Befragungen zu Kriminalitätswahrnehmung und Strafeinstellungen 2004 und 2006. Hannover: Kriminologisches Forschungsinstitut Niedersachsen e.V.
- Wittkopf, Eugene R. (1990): *Faces of Internationalism: Public Opinion and American Foreign Policy*. Durham: Duke University Press.
- Wlezien, Christopher (1995): The Public as Thermostat: Dynamics of Preferences for Spending. In: *American Journal of Political Science* 39: 4, 981–1000.
- Wolf, Christof/Best, Henning (Hg.) 2010: *Handbuch der sozialwissenschaftlichen Datenanalyse*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

# Methodenanhang

---

Seit der ZMSBw-Bevölkerungsumfrage 2017 enthält der ausführliche Forschungsbericht umfassende Informationen zur methodischen Vorgehensweise, die in diesem Anhang zusammengefasst sind. Der Anhang richtet sich an Leserinnen und Leser, die sich umfassender mit Umfragedesign und Analysemethoden beschäftigen möchten. Abschnitt 3 enthält im Gegensatz dazu einige Informationen, die für das grundlegende Verständnis der Analyseergebnisse in den Abschnitten 4 bis 11 hilfreich sind. Einige kleinere Dopplungen sind durch die verschiedene Zielrichtung von Abschnitt 3 und Methodenanhang nicht zu vermeiden.

Der Methodenanhang gliedert sich in Abschnitt 1 zu Stichproben, Datenaufbereitung und Güte, Abschnitt 2 zu Messung und Datenmodifikation und Abschnitt 3 zu Methoden der Datenauswertung. Für weitergehende Informationen sei auf die Auswahlbibliografie am Ende des Methodenanhangs verwiesen.

## **1 Stichproben, Datenaufbereitung und Güte**

### **1.1 Individual- und Aggregatdaten**

#### *Individualdaten*

Daten, die Ausprägungen der Merkmale von Individuen oder Untersuchungseinheiten (Objekten) darstellen, nennt man Individualdaten. Sie werden in den Sozial- und Verhaltenswissenschaften – wie in der Bevölkerungsbefragung 2018 – typischerweise aus Befragungen, aber auch durch Experimente, Beobachtungen oder anderen Quellen gewonnen. In der Mehrebenenanalyse können Individualdaten (Mikroebene: Erklärung der abhängigen Variable durch Individual- und Kontextvariablen) mit Aggregatdaten (Makroebene: Merkmale des Kontextes) verbunden und die Interaktion dieser beiden Ebenen modelliert werden (Cross-Level-Interaktion). Oft dienen Individualdaten als Basis für Aggregatdaten (siehe Eintrag Aggregatdaten).

#### *Aggregatdaten*

Aggregatdaten sind nach bestimmten Regeln zusammengefasste Daten, d.h. aggregierte Einheiten für eine Gruppe von Merkmalsträgern. Aggregatdaten findet man typischerweise als Raten, Quoten, Anteilswerte oder als Mittelwerte (z.B. in den Abbildungen 4.4 oder 6.2). Durch die Verbreitung des Internets sind zunehmend aggregierte Informationen zu wirtschaftlichen, politischen, sozialen Aspekten sowie Einstellungsstrukturen verfügbar, welche von Behörden, Forschungseinrichtungen, Organisationen oder Unternehmen

bereitgestellt oder verbreitet werden. Mithilfe von Aggregatdaten werden oft Länder miteinander verglichen. Beachtet werden sollte dabei die oft eingeschränkte Vergleichbarkeit der Einheiten. So können unterschiedliche Berechnungen, verschiedene Erhebungsmethoden, aber auch divergierende Datenquellen mit spezifischen Forschungs- oder auch Täuschungsabsichten die Vergleichbarkeit einschränken (siehe 1.5 Vergleichbarkeit). Außerdem muss bei der Analyse mit Aggregatdaten auf Multikollinearität (hohe Korrelation von Variablen in einem Modell) sowie auf Validitäts- und Operationalisierungsprobleme (keine passenden Indikatoren bzw. keine direkte Messung der interessierenden Variablen für die Fragestellung) geachtet werden.

## **1.2 Grundgesamtheit**

In den Sozial- und Verhaltenswissenschaften ist die Grundgesamtheit oder auch Population die Gesamtheit von Personen, die ein Merkmal oder Merkmalskombinationen aufweist und Ziel der empirischen Untersuchung ist. In der Bevölkerungsbefragung 2018 ist bspw. die Grundgesamtheit definiert als deutschsprachige Bevölkerung ab 16 Jahren in Privathaushalten in Deutschland. Über diese Gruppe sollen generalisierbare Aussagen getroffen werden, d.h. die Untersuchungsergebnisse sollen für sie gültig sein. Werden alle Elemente der definierten Grundgesamtheit untersucht, d.h. in einer Umfrage befragt, spricht man von einer Vollerhebung – ein Beispiel dafür wäre eine Volkszählung. Dementsprechend werden keine inferenzstatistischen Analysen benötigt. Ist es (bspw. aufgrund der hohen Zahl der Elemente der Grundgesamtheit) nicht möglich, alle Elemente zu erfassen, so wird eine Auswahl getroffen, also eine Stichprobe gezogen (siehe 1.3 Stichprobe). Um eine Auswahl treffen bzw. eine Stichprobe ziehen zu können, muss die Grundgesamtheit vorab exakt definiert werden.

## **1.3 Stichprobe**

Eine Stichprobe ist eine Teilmenge bzw. eine Auswahl von Elementen einer definierten Grundgesamtheit nach bestimmten Regeln. Sie soll exakte Schätzungen über die Objekte bzw. die Merkmalsverteilungen (Parameter) in der Grundgesamtheit liefern. Die Stichprobe muss der Grundgesamtheit möglichst ähnlich sein, damit generalisierbare Aussagen bezüglich der relevanten Merkmale möglich sind und der dabei gemachte Fehler bestimmt werden kann (Stichprobenfehler). Es gibt verschiedene Möglichkeiten, nach denen die Auswahl der Elemente getroffen werden kann (siehe Eintrag Stichprobenziehung). Für die Bevölkerungsbefragung 2018 wurden 2.464 Befragte zufällig ausgewählt – zur genauen Vorgehensweise siehe Abschnitt 3 und die Einträge Stichprobenziehung, Zufallsstichprobe sowie Stichprobenfehler.

### *Stichprobenziehung*

Es gibt verschiedene Möglichkeiten, nach denen die Auswahl oder Ziehung der Elemente der Grundgesamtheit getroffen werden kann: zufällig und nicht-zufällig (willkürliche oder bewusste Auswahl nach bestimmten Kriterien entsprechend der Fragestellung). In der Bevölkerungsbefragung 2018 des ZMSBw wurde eine zufällige Stichprobe aus der zuvor definierten Grundgesamtheit gezogen (siehe Abschnitt 3).

### *Zufallsstichprobe*

In einer Zufallsstichprobe haben alle Elemente der Grundgesamtheit eine Chance größer null, in die Auswahl zu gelangen. Idealerweise sollte diese Wahrscheinlichkeit für alle Elemente der Grundgesamtheit identisch sein. Es gibt einstufige (einfache Zufalls- oder Klumpenstichprobe) und mehrstufige Auswahlverfahren (disproportional geschichtete vs. proportional geschichtete Stichproben). Nur Zufallsstichproben erlauben inferenzstatistische Analysen bzw. Aussagen. In der Bevölkerungsbefragung 2018 wurden die Befragten daher in einem mehrstufig geschichteten Verfahren aus der Grundgesamtheit ausgewählt (siehe Abschnitt 3).

### *Stichprobenfehler*

Da sowohl der Mittelwert eines interessierenden Merkmals als auch die Streuung des Mittelwertes in der Grundgesamtheit meist nicht bekannt sind, werden diese aus der bzw. durch die Stichprobe geschätzt. Den dabei gemachten Fehler nennt man Stichprobenfehler ( $\sigma(\hat{\vartheta})$  oder auch  $\hat{\sigma}_{\bar{x}}$ ). Dieser auch als Standardfehler bezeichnete Fehler ist die geschätzte Streuung der Stichprobenkennwerte (gemessene Merkmale/Antworten) um den wahren Wert in der Grundgesamtheit (Parameter  $\vartheta$ ). Er ist abhängig einerseits vom Stichprobenumfang (Fallzahl  $n$ ) und andererseits von der tatsächlichen Streuung der Werte in der Grundgesamtheit. Demnach gilt: Je größer die Stichprobe und je kleiner die Streuung in der Grundgesamtheit ist, desto kleiner ist auch der Stichprobenfehler. Neben dem Standardfehler für den Mittelwert gibt es auch einen Standardfehler des Medians, der Standardabweichung und des Anteilswertes eines Merkmals (siehe Abschnitt 3 sowie Tabelle 3.2).

$$\hat{\sigma}_{\bar{x}} = \sqrt{\frac{\sigma^2}{n}} = \sqrt{\frac{\sum_{i=1}^n (x_i - \bar{x})^2}{n \cdot (n-1)}}$$

### *Statistische Signifikanz*

Da die empirische Sozialforschung in der Regel nur mit Stichproben arbeiten kann, ist es notwendig, Informationen darüber bereitzustellen, mit welcher Sicherheit man die aus der Stichprobe gewonnenen Informationen auf die Grundgesamtheit übertragen kann. Als



statistisch signifikant wird das Ergebnis eines statistischen Tests bezeichnet, wenn die Stichprobendaten so stark von einer vorher festgelegten Annahme – der Nullhypothese – abweichen, dass diese Annahme nach einer vorher festgelegten Regel verworfen wird. Bei den Analysen zur Bevölkerungsbefragung 2018 ist die zu testende Annahme bzw. Hypothese in der Regel, dass es keinen Zusammenhang zwischen den Variablen (z.B. beim Chi<sup>2</sup>-Unabhängigkeitstest oder beim t-Test für Mittelwerte) bzw. keinen Effekt von einer unabhängigen auf eine abhängige Variable (z.B. bei Regressionsanalysen) gibt. Will man Befunde von der Stichprobe auf die Grundgesamtheit übertragen, kann es zu Fehlern kommen. Beim Fehler 1. Art wird eine richtige Nullhypothese, dass es keinen Zusammenhang zwischen zwei Merkmalen gibt, irrtümlicherweise verworfen. Man geht also auf Basis der Stichprobe fälschlicherweise davon aus, dass es beispielsweise einen Einfluss des Einkommens auf die Einstellung zur Bundeswehr gibt, obwohl dieser in der Grundgesamtheit nicht besteht. Die Wahrscheinlichkeit dieses Fehlers kann man mit dem Signifikanzniveau angeben. Der Fehler 2. Art tritt dann auf, wenn eine falsche Nullhypothese nicht verworfen wird. Eine Wahrscheinlichkeit für diesen Fehler kann in der Regel nicht ermittelt werden.

Für die Angabe des Signifikanzniveaus bzw. der Sicherheit, mit der die Nullhypothese (kein Zusammenhang/Effekt) verworfen werden kann, haben sich verschiedene Konventionen entwickelt. Diese werden in den Tabellen dieses Forschungsberichts mit ein bis drei Sternen dargestellt. Ein Stern steht für ein Signifikanzniveau kleiner als 5 Prozent, d.h. die Wahrscheinlichkeit dafür, dass man irrtümlich einen Zusammenhang bzw. einen Effekt feststellt, obwohl dieser in der Grundgesamtheit nicht existiert, ist kleiner als 5 Prozent. Zwei Sterne repräsentieren im vorliegenden Bericht ein Signifikanzniveau kleiner als 1 Prozent und drei Sterne eines kleiner als 0,1 Prozent. Dies bedeutet, dass die Ergebnisse von Tests bzw. Analysen, welche eines dieser Signifikanzniveaus erreichen, mit einer größeren Wahrscheinlichkeit auf die Grundgesamtheit übertragen werden können.

Statistische Signifikanz von berichteten Ergebnissen bedeutet nicht automatisch, dass der berichtete Zusammenhang oder Effekt wirklich kausaler Natur ist oder praktische Relevanz hat. Um wirklich von einem kausalen Effekt ausgehen zu können, muss der festgestellte Zusammenhang oder Effekt auch bei Kontrolle durch andere Variablen/Merkmale bestehen bleiben. Zudem muss eine plausible Beziehung zwischen den beiden Variablen/Merkmalen theoretisch begründet werden können. Und beide müssen in einer Ursache-Wirkungs-Beziehung stehen, d.h. die unabhängige geht der abhängigen Variable zeitlich voraus.

Die statistische Signifikanz ist von zwei Faktoren abhängig, der Größe der jeweiligen Stichprobe sowie der Stärke des Effekts. Bei einer großen Stichprobe ist eine wesentlich

bessere Schätzung möglich, so dass selbst sehr schwache Effekte oder kleine Zusammenhänge den Schwellenwert zur statistischen Signifikanz überschreiten. Dies kann auch bedeuten, dass sich wie in Tabelle 4.4 die ökonomischen Bedrohungswahrnehmungen von Männern und Frauen zwar statistisch signifikant um 0,02 Skalenpunkte unterscheiden. Große inhaltliche Relevanz hat dieser Unterschied aufgrund der kleinen Differenz allerdings nicht. Umgekehrt kann es bei kleinen Stichproben auch passieren, dass sehr große Unterschiede zwischen Gruppen gemessen werden, diese sich aber nicht auf die Grundgesamtheit übertragen lassen, also nicht statistisch signifikant sind.

#### **1.4 Umfrage- und Datenqualität**

Umfragequalität ist ein komplexes, multidimensionales Konzept. In der Literatur gibt es teilweise recht unterschiedliche Auffassungen darüber, was eine gute Umfrage ausmacht, und der Terminus Datenqualität wird teils recht unterschiedlich definiert.

##### *Klassische Gütekriterien*

Allgemein klassische Gütekriterien für die Qualität von standardisierten Umfragen sind Objektivität (Unabhängigkeit der Ergebnisse von den Interviewern und Forschern), Reliabilität (Zuverlässigkeit der Messung, d.h. Messergebnisse müssen reproduzierbar sein; siehe 2.1) und Validität (Gültigkeit der Messung). Bei der Validität wird zudem zwischen der inhaltlichen Validität (messen die Items tatsächlich die Eigenschaft bzw. Einstellung, die man messen möchte), der Kriteriumsvalidität (inwieweit hängt die Skala mit einem anderen, nicht gemessenen, objektiven Kriterium zusammen) und der Konstruktvalidität (wie gut hängen die einzelnen Items miteinander und mit der zu messenden Dimension zusammen) unterschieden.

##### *Totaler Umfragefehler*

Neben der Erfüllung der klassischen Gütekriterien determinieren andere methodische Aspekte die Qualität der in Umfragen gemessenen Daten. Diese sind im Konzept des totalen Umfragefehlers (Total Survey Error) systematisiert. Darin wird meist zwischen zwei Arten von Fehlern unterschieden: Fehlern aufgrund der Stichprobe (englisch: sampling error) und sogenannten Nicht-Stichprobenfehlern (englisch: non-sampling error). Manche Arbeiten unterscheiden auch zwischen Fehlern, welche die Repräsentativität und Fehlern, welche die Messung beeinflussen. Unabhängig von der Systematisierung finden sich die gleichen Fehlerquellen bzw. Fehlerarten: Rahmenfehler, Stichprobenfehler, Ausfallfehler, Validität, Messfehler und Prozessfehler. Dabei sind Messfehler Fehler aufgrund von Eigenschaften des Befragten, des Interviewers, der Situation und des verwendeten Messinstruments. Zu letzterem zählen unter anderem die verwendete Datenerhebungsmethode

und der Datenerhebungsmodus, der verwendete Fragebogen (Fragen und Antworten). Messfehler beeinflussen die Qualität der Umfragedaten negativ, wenn sie dazu führen, dass die Messungen vom „wahren“ Wert, also der tatsächlichen Einstellung der Befragten, abweichen. In der Umfrageforschung werden daher zur Überprüfung der Datenqualität häufig verschiedene Aspekte untersucht und berichtet wie bspw. die Anzahl der Wörter bei offenen Fragen, Antwortreaktionszeiten, fehlende Werte (Antwortverweigerungen und „weiß nicht“-Antworten), Antwortraten bei sensiblen Fragen, Antwortmuster (Zustimmungstendenz, extremes Antworten, sozial erwünschtes Antworten usw.) sowie auch die Meinung der Befragten selbst zur durchgeführten Befragung. Von den angesprochenen Punkten werden im Rahmen dieses Berichts konsequent die sogenannten fehlenden Werte ausgewiesen.

### **1.5 Vergleichbarkeit von Umfragen**

In standardisierten Umfragen wie der Bevölkerungsbefragung des ZMSBw erhalten die Befragten dieselben Fragen und Antwortmöglichkeiten. Durch diese Vereinheitlichung der Reize soll die Vergleichbarkeit der Antworten zwischen den Befragten erreicht werden. In der Folge sollen Differenzen im Antwortverhalten bzw. Unterschiede zwischen den Interviewten auf deren individuelle Merkmale zurückführbar sein. Wie die Umfrageforschung zeigt, verarbeiten die Befragten die unterschiedlichen Reize im Interview aber individuell und einzigartig. Die Vergleichbarkeit der Daten bzw. der Antworten der Befragten selbst innerhalb der gleichen Studie kann daher nicht allein durch die Konstanthaltung der Fragen und Antworten gewährleistet, sondern muss durch die Kontrolle (möglichst aller) Reize im Interview erhöht werden. Noch wesentlich problematischer ist die Vergleichbarkeit von unterschiedlichen Studien.

Oft werden in und von den Medien Zahlen oder Prozentangaben verschiedener Studien zum gleichen Thema wiedergegeben, die sich mitunter widersprechen. Die Gründe hierfür sind vielfältig und basieren zumeist auf Aspekten des Totalen Umfragefehlers (siehe 1.4 Umfrage- und Datenqualität). So können z.B. die Grundgesamtheiten in verschiedenen Studien unterschiedlich definiert worden sein. In der Folge beziehen sich die gemessenen Meinungen oder Merkmalsausprägungen mitunter auf unterschiedliche Bevölkerungsgruppen und weichen daher voneinander ab. Auch verschiedene Stichprobenverfahren und ungleiche Ausschöpfungsquoten bzw. Ausfallfehler können dazu führen, dass sich Umfrageergebnisse unterscheiden. Werden Ergebnisse von Studien mit verschiedenen Messzeitpunkten verglichen, so können die Differenzen das Resultat kurzzeitiger Veränderungen der Meinung durch bestimmte Ereignisse oder längerfristige Einstel-

lungsänderungen über einen längeren Zeitraum sein. Auch unterschiedlich große Messfehler können dazu führen, dass Befragungsergebnisse verschiedener Studien voneinander abweichen.

Viele Untersuchungen zu Fragebögen haben gezeigt, dass Unterschiede bezüglich des Formates, der Formulierung, der Länge und Position einer Frage sowie die Anzahl, Reihenfolge und Formulierung von Antwortmöglichkeiten das Antwortverhalten der befragten Personen und damit die Untersuchungsergebnisse verändern. So können bspw. Antwortvorgaben zur Interpretation der Frage und als Vergleichskriterium verwendet werden. Bei Untersuchungen in unterschiedlichen Ländern kommen sprachliche und kulturelle Unterschiede hinzu, die die Vergleichbarkeit der Erhebungen beeinträchtigen können. Aus den genannten Gründen könnten die Forschungsergebnisse des ZMSBw zum sicherheits- und verteidigungspolitischen Meinungsbild in der Bundesrepublik Deutschland von den Ergebnissen anderer Studien zu ähnlichen Themen abweichen. Ein gutes Beispiel für die Effekte unterschiedlicher Frageformulierungen und Antwortskalen innerhalb derselben Studie bieten die Fragen zum Ausmaß internationaler Aktivität in Abschnitt 5 (vgl. die Abbildungen 5.2 und 5.4).

## **1.6 Soziale Erwünschtheit**

Sozial erwünschtes Antworten ist eine Form der inhaltsbezogenen Verzerrung. Gemeint ist dabei die Neigung eines Befragten im Interview, bei (sensiblen) Fragen nur vermeintlich akzeptierte Antworten zu geben und damit den „wahren“ Wert (also die tatsächliche Meinung oder Merkmalsausprägung) zu verschleiern. Die Gründe für dieses Verhalten sind vielschichtig. Sozial erwünschtes Antworten kann als Befriedigungsversuch des Bedürfnisses nach sozialer Anerkennung vom Befragten und demnach als Persönlichkeitsmerkmal, oder aber als situationsspezifische Reaktion auf die Datenerhebung und die damit verbundenen Folgen und Konsequenzen interpretiert werden. Unabhängig von den Beweggründen werden von den Befragten demzufolge Angaben im Interview gemacht, von denen er oder sie annimmt, dass sie den sozialen Normen und Werten der Gesellschaft oder aber des Interviewers entsprechen. Dies kann im Interview eher unbewusst (Selbsttäuschung) oder bewusst (Fremdtäuschung) geschehen.

Zufällige Antwortfehler der Befragten sind für die Datenqualität eher unproblematisch, da sie in beide Richtungen um den „wahren“ Wert streuen. Antworten aber viele Befragte sozial erwünscht, also systematisch anders als der „wahre“ Wert, sind die erhobenen Daten in der Folge in eine Richtung verzerrt. Bei heiklen Fragen können daher bestimmte sozial unerwünschte Merkmale, Einstellungen oder Verhaltensweisen für die untersuchte Population systematisch unterschätzt werden. Wie die Umfrageforschung zeigt, ist der

Effekt der sozialen Erwünschtheit, aufgrund der Anwesenheit des Interviewers, in mündlichen und vor allem in persönlichen Interviews – wie der Bevölkerungsbefragung 2018 – am stärksten.

### **1.7 Repräsentativität**

Der Begriff der Repräsentativität einer Umfrage oder der repräsentativen Stichprobe wird zwar in fast allen empirischen Arbeiten verwendet, wird aber in der Umfrageforschung stark diskutiert. Bis heute gibt es keine allgemein akzeptierte Definition, da die Markt- und Meinungsforschung, wissenschaftliche Befragungen und amtliche Erhebungen meist unterschiedliche Ansprüche an die Messung und dementsprechend an die Verwendung des Begriffs haben. Allgemein gehört die Repräsentativität einer Umfrage oder Stichprobe neben Objektivität, Validität und Reliabilität der Messung bzw. des Messvorgangs, zu den Gütekriterien der empirisch-quantitativen Forschung. Um Rückschlüsse aus einer Stichprobe auf die Grundgesamtheit ziehen zu können, muss die Stichprobe die Grundgesamtheit bezüglich bestimmter relevanter Merkmale möglichst gut widerspiegeln. Wenn die Stichprobe hinsichtlich dieser Merkmale möglichst ähnlich bzw. strukturgleich ist, können die interessierenden Merkmale (Parameter) – zumindest annähernd – unverzerrt geschätzt werden. Repräsentativität ist aber eher als Zielvorgabe zu verstehen, da es in der Praxis schwierig ist, ein exaktes Abbild der Grundgesamtheit in einer Stichprobe zu erhalten. In der Markt- und Meinungsforschung werden meist soziodemografische Merkmale wie Alter, Geschlecht und Bildung verwendet, um den Grad der Repräsentativität zu bestimmen, weil die Verteilung dieser Merkmale in der Grundgesamtheit (durch den Mikrozensus oder die Volkszählung) bekannt ist. Oft wird Repräsentativität dabei als gegeben angesehen, wenn die Stichprobe die Grundgesamtheit bezüglich dieser festgelegten Merkmale exakt abbildet. Repräsentativ ist eine Stichprobe strenggenommen aber immer nur hinsichtlich dieser Eigenschaften oder Zielvorgaben. Da die Daten der Bevölkerungsbefragung 2018 nach den Merkmalen Alter, Geschlecht, Bildung und Ortsgröße gewichtet wurden, ist die Stichprobe repräsentativ bezüglich dieser Merkmale (siehe 1.8 Gewichtung). Eigenschaften der Zielpersonen können auch nicht-soziodemografische Aspekte wie bspw. Persönlichkeitseigenschaften, Einstellungen, Motive o.Ä. sein. Eine wissenschaftliche Definition des Begriffs muss aber mehr berücksichtigen, da die Repräsentativität einer Umfrage durch verschiedenste Aspekte bestimmt bzw. beeinflusst wird. Dazu zählen das Stichprobendesign (Stichprobenverfahren, Schätzmethode, Stichprobenumfang) sowie methodische Aspekte wie Teilnahmeverweigerungen (Nonresponse), Antwortausfälle (Item-Nonresponse) und Falschangaben.

## **1.8 Gewichtung**

Die Auswahl einer Stichprobe von Befragten soll ein repräsentatives Bild der Grundgesamtheit darstellen. D.h., die Befragten sollen sich ebenso zusammensetzen wie die Gruppe aller potenziell zu Befragenden (siehe 1.2 Grundgesamtheit, 1.3 Stichprobe und 1.7 Repräsentativität). In der Praxis ist dies jedoch nicht immer passgenau der Fall. Manche Gruppen – etwa männliche und ältere Befragte oder solche mit höherem Bildungsgrad – sind typischerweise bei persönlichen Befragungen wie der Bevölkerungsbefragung 2018 mit höheren Anteilen in der Stichprobe vertreten, als es ihrem Anteil in der Grundgesamtheit aller möglichen Befragten (für die vorliegende Untersuchung die deutschsprachige Bevölkerung Deutschlands ab 16 Jahren; vgl. aber Tabelle 3.3) entspricht. Gewichtungen korrigieren diese Verzerrungen von Stichproben mit dem Ziel, dass sich die Stichprobe hinsichtlich ausgewählter Kriterien genauso zusammensetzt wie die Gesamtpopulation, aus der die Stichprobe gezogen wurde. Die Korrektur von Stichprobenfehlern konzentriert sich in der Praxis auf soziodemografische Variablen, da diese für die Gesamtpopulation exakt zu bestimmen sind (siehe 1.7 Repräsentativität).

In der vorliegenden Untersuchung wird die Stichprobe mittels Gewichtung unter Einbeziehung von Geschlecht, Alter, Bildung und Ortsgröße korrigiert (vgl. Abschnitt 3). Dazu gehen die Angaben jedes einzelnen Befragten entsprechend seiner sozialstrukturellen Merkmale mit einer spezifischen Gewichtungsgröße in die Analysen ein. Durch Gewichtungen soll vermieden werden, dass Unter- und Überrepräsentationen von sozialstrukturellen Gruppen unter den Befragten zu verzerrten Befragungsergebnissen führen.

Einschränkend ist zu berücksichtigen, dass die Verteilung der im Mittelpunkt der Bevölkerungsbefragung 2018 stehenden außen- und sicherheitspolitischen Einstellungen zu meist nicht bekannt ist und daher auch nicht durch Gewichtungen korrigiert werden kann. Dennoch beeinflusst der Einsatz von Gewichten auf der Basis von soziodemografischen Merkmalen die Verteilung der anderen, nicht in die Berechnung der Gewichtungsfaktoren eingehenden Variablen (etwa die Verteilung von Einstellungsvariablen).

## **2 Messung und Datenmodifikation**

### **2.1 Reliabilität**

Reliabilität ist ein Gütekriterium für Messverfahren in den Sozialwissenschaften. Reliabel sind wissenschaftliche Instrumente und Skalen, wenn ihre Messergebnisse reproduzierbar sind, d.h., sie zeigen bei wiederholten Messungen unter den gleichen Bedingungen dasselbe Ergebnis. Reliabilität ist ein zentrales Kriterium für die Zuverlässigkeit einer Messung. Eine in der Literatur übliche und in diesem Forschungsbericht wiederholt verwendete Kennzahl zur Bestimmung der Reliabilität ist Cronbachs alpha.

### *Cronbachs alpha*

Cronbachs alpha ist eine in den Sozialwissenschaften übliche Kennzahl, um die Reliabilität einer Skala auszuweisen. Cronbachs alpha bestimmt die interne Konsistenz einer Skala und berechnet, inwieweit die Variablen einer Skala miteinander zusammenhängen. Bei der Verwendung von Cronbachs alpha wird stets von einer eindimensionalen Struktur der Skala ausgegangen. Im Gegensatz hierzu bestimmen Faktorenanalysen (siehe Eintrag Faktorenanalyse) empirisch, welche Dimensionalität eine Skala aufweist, d.h., es werden unter Umständen mehrere Dimensionen ermittelt. Cronbachs alpha kann Werte zwischen minus unendlich und 1 annehmen. In der Literatur hat sich als Konvention etabliert, dass ein Cronbachs alpha zwischen 0,6 oder 0,7 auf eine ausreichende Reliabilität einer Skala verweist. Werte größer als 0,8 zeigen eine hohe, Werte größer als 0,9 eine sehr hohe Reliabilität an. Skalen mit einem Cronbachs alpha kleiner als 0,6 gelten als wenig reliabel. Ihre Verwendung – wie etwa bei der Skala zu den sicherheitspolitischen Grundorientierungen (vgl. Abschnitt 5) – sollte nur bei theoretisch zwingenden Argumenten oder zu Vergleichszwecken mit anderen Erhebungen erfolgen. Bei der Einordnung von Cronbachs alpha ist zu berücksichtigen, dass diese Kennzahl abhängig von der Anzahl der berücksichtigten Variablen ist. Je mehr Variablen in eine Skala eingehen, desto höher ist – bei sonst gleichen Bedingungen – der Wert von Cronbachs alpha.

## **2.2 Kodierung**

Unter Kodierung ist die Zuweisung von Angaben und Antworten der Befragten zu bestimmten Variablenwerten zu verstehen (siehe 3.1 Skalenniveau). In der Praxis werden qualitative Angaben, etwa das Geschlecht oder der Bildungsgrad der Befragten ebenso wie deren Haltungen und Einstellungen, in quantitative Angaben überführt. Als Beispiele: Aus der Angabe des Geschlechts des Befragten wird im Datensatz die Variable *Geschlecht* mit den Ausprägungen  $0 = \text{Mann}$  und  $1 = \text{Frau}$ . Ebenso werden aus der persönlichen Haltung zur Bundeswehr, die auf einer sechsstufigen Skala von sehr positiv bis zu sehr negativ reichen kann, die Ausprägungen:  $1 = \text{sehr positiv}$ ,  $2 = \text{positiv}$ ,  $3 = \text{eher positiv}$ ,  $4 = \text{eher negativ}$ ,  $5 = \text{negativ}$  und  $6 = \text{sehr negativ}$ . Diese Angaben werden zur besseren statistischen Handhabung und zur weiteren Vereinheitlichung über verschiedene Variablen hinweg in folgende Werte rekodiert:  $1 = \text{sehr positiv}$ ,  $0,8 = \text{positiv}$ ,  $0,6 = \text{eher positiv}$ ,  $0,4 = \text{eher negativ}$ ,  $0,2 = \text{negativ}$  und  $0 = \text{sehr negativ}$ . Diese Transformationen von Inhalten zu Zahlen sind Voraussetzung, um statistische Auswertungen durchzuführen.

Für die Auswertungen in diesem Forschungsbericht sind vielfältige Kodierungen durchgeführt worden. In Kurzform finden sich Angaben zur Kodierung in der Regel in den Anmerkungen unter den jeweiligen Tabellen. Im Forschungsbericht werden wiederholt

Vergleiche zwischen den Haltungen verschiedener soziodemografischer Gruppen bzw. nach der Wahlabsicht der Befragten durchgeführt (etwa in den Tabellen 4.1 und 6.1). Die diesen Auswertungen zugrunde liegenden Kodierungen werden nachstehend detailliert dokumentiert:

*Geschlecht:*

Interviewerangabe zum Befragten: 0: Männer, 1: Frauen.

*Bildungsniveau:*

Frage: Welchen höchsten Bildungsabschluss haben Sie oder streben Sie an? 1: Hauptschulabschluss (Volksschulabschluss) oder Abschluss polytechnische Oberschule 8. oder 9. Klasse, 2: Mittlere Reife, Realschulabschluss, Fachschulreife oder Abschluss polytechnische Oberschule 10. Klasse, 3: Fachhochschulreife, Abschluss einer Fachoberschule, 4: Abitur (INT.: allgemeine oder fachgebundene Hochschulreife), 5: Hochschul- oder Fachhochschulabschluss, 6: Einen anderen Schulabschluss und zwar: \*OFFEN, 7: noch Schüler, 97: keinen Abschluss, 98: Weiß nicht, 99: Keine Antwort.

Rekodierung: Hauptschulabschluss: Ausprägungen 1 und 97 zusammengefasst, Realschulabschluss: Ausprägung 2, Hochschul- bzw. Fachhochschulreife: Ausprägungen 3 bis 5 zusammengefasst, alle anderen Ausprägungen wurden als fehlende Werte definiert.

*Alter:*

Frage: Bitte Sagen Sie mir, wie alt Sie sind.

Rekodierung: 1: 16 bis 29 Jahre, 2: 30 bis 49 Jahre, 3: 50 bis 69 Jahre, 4: 70 Jahre und älter.

*Haushaltsnettoeinkommen pro Monat:*

Frage: Wie hoch ist etwa das monatliche Netto-Einkommen, das Sie alle zusammen im Haushalt haben, nach Abzug von Steuern und der Sozialversicherung? Alle Einnahmequellen zusammen genommen: In welche der folgenden Netto-Einkommensgruppen fällt dann Ihr Haushalt? 1: unter 500 Euro, 2: 501 – 1.000 Euro, 3: 1.001 – 2.000 Euro, 4: 2.001 – 3.000 Euro, 5: 3.001 – 4.000 Euro, 6: 4.001 – 5.000 Euro, 7: 5.001 oder mehr, 99: Keine Antwort.

Rekodierung: Bis 2.000 Euro: Ausprägungen 1 bis 3 zusammengefasst, 2.001 bis 4.000 Euro: Ausprägungen 4 und 5 zusammengefasst, 4.001 Euro und mehr: Ausprägungen 6 und 7 zusammengefasst, alle anderen Ausprägungen wurden als fehlende Werte definiert.



*Wahlabsicht:*

Frage: Wenn am nächsten Sonntag Bundestagswahl wäre, welche der folgenden Parteien würden sie dann wählen? 1: CDU/CSU, 2: SPD, 3: Bündnis 90/Die Grünen, 4: Die Linke, 5: FDP, 6: AfD, 7: Piratenpartei, 8: Andere Partei und zwar, 9: Keine Partei, würde nicht wählen gehen, 10: Die Partei, 97: Nicht wahlberechtigt, 98: Weiß nicht, 99: Keine Antwort, 100: Freie Wähler, 101: Tierschutzpartei.

Rekodierung: Andere Partei: Ausprägungen 7, 8, 10, 100 und 101 zusammengefasst, keine Parteipräferenz, Nichtwähler: Ausprägungen 9 sowie 97 bis 99 zusammengefasst, die Ausprägungen für CDU/CSU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke, FDP und AfD wurden beibehalten.

*Region:*

Interviewerangabe zum Bundesland des Befragten. 1: Schleswig-Holstein, 2: Hamburg, 3: Niedersachsen, 4: Bremen, 5: Nordrhein-Westfalen, 6: Hessen, 7: Rheinland-Pfalz, 8: Baden-Württemberg, 9: Bayern, 10: Saarland, 11: Berlin, 12: Brandenburg, 13: Mecklenburg-Vorpommern, 14: Sachsen, 15: Sachsen-Anhalt, 16: Thüringen.

Rekodierung: Norddeutschland: Ausprägungen 1 bis 4 zusammengefasst, Ostdeutschland: Ausprägungen 11 bis 16 zusammengefasst, Süddeutschland: Ausprägungen 8 und 9 zusammengefasst, Westdeutschland: Ausprägungen 5 bis 7 sowie 10 zusammengefasst.

*Migrationshintergrund:*

Frage S14: Sind Sie im Gebiet des heutigen Deutschland geboren? (Intervieweranweisung: ES IST DEUTSCHLAND IN DEN GRENZEN VON 1990 GEMEINT. IST JEMAND AUF EHEMALIGEM DEUTSCHEM GEBIET GEBOREN, Z.B. IN SCHLESISIEN ODER OSTPREUSSEN, BEDEUTET DAS „NEIN, IM AUSLAND“) 1: Ja, im Gebiet des heutigen Deutschland, 2: Nein, im Ausland, 98: Weiß nicht, 99: Keine Antwort.

Frage S15: \*\*Filter: WENN S14 = 2 (wenn im Ausland). Bitte sagen Sie mir, wo Sie geboren wurden. 1: frühere deutsche Ostgebiete (z.B. Schlesien, Pommern, Ostpreußen), 2: Türkei, 3: Polen, 4: Italien, 5: Rumänien, 6: Griechenland, 7: Russland, Russische Föderation, ehemalige Sowjetunion (UdSSR), 8: Kroatien, Serbien, Bosnien und Herzegowina, Kosovo, ehemaliges Jugoslawien, 9: Österreich, 10: Schweiz, 11: Frankreich, 12: USA, 13: Anderes Land, und zwar \_\_\_\_\_, 98: Weiß nicht, 99: Keine Antwort.

Frage S16: Wurden Ihre Eltern im Gebiet des heutigen Deutschland geboren? (Intervieweranweisung: ES IST DEUTSCHLAND IN DEN GRENZEN VON 1990 GEMEINT. IST JEMAND AUF EHEMALIGEM DEUTSCHEM GEBIET GEBOREN, Z.B. IN

SCHLESISIEN ODER OSTPREUSSEN, BEDEUTET DAS „NEIN, IM AUSLAND“.) 1: Ja, im Gebiet des heutigen Deutschland, 2: Nein, Mutter im Ausland geboren, 3: Nein, Vater im Ausland geboren, 4: Nein, Mutter und Vater im Ausland geboren, 98: Weiß nicht, 99: Keine Antwort.

Frage S17: \*\*Filter: WENN S16 = 2, 4 (wenn im Ausland). Bitte sagen Sie mir, wo Ihre Mutter geboren wurde. Länderliste wie bei S15.

Frage S18: \*\*Filter: WENN S16 = 3, 4 (wenn im Ausland). Bitte sagen Sie mir, wo Ihr Vater geboren wurde. Länderliste wie bei S15.

Rekodierung: Migrationshintergrund: 1: Wenn S14 gleich 2 und S15 ungleich 1 und S16 ungleich 1. Wenn S16 ungleich 1 und S17 ungleich 1. Wenn S16 ungleich 1 und S18 ungleich 1. 0: alle anderen Befragten. Das heißt, Befragte, die im Ausland (Ausnahme: deutsche Ostgebiete) oder bei denen mindestens ein Elternteil im Ausland (Ausnahme: deutsche Ostgebiete) geboren ist, haben einen Migrationshintergrund.

### **3 Methoden der Datenauswertung**

#### **3.1 Skalenniveau**

Das Skalenniveau ist eine Eigenschaft einer Variablen und beschreibt ihren Informationsgehalt. Bei einer Messung werden Zahlen zu Objekten auf der Grundlage von verschiedenen mathematischen Merkmalen zugeordnet. In der vorliegenden Befragung wurde bspw. die Variable Geschlecht mit den Ausprägungen „männlich“ und „weiblich“ gemessen. Allen befragten Männern wurde dabei die Zahl „0“ zugeordnet, die befragten Frauen wurden mit „1“ kodiert. Die zugeordneten Zahlenwerte haben dabei keine empirische Bedeutung und dienen nur der Unterscheidung der Befragten in Gruppen. Je nach Skalenniveau der gemessenen Variablen sind unterschiedliche Rechenoperationen bei der Messung und bei der Datenanalyse zulässig (siehe 3.2 univariate Maßzahlen, 3.3 bivariate Zusammenhangsmaße und Verfahren sowie 3.4 multivariate Verfahren).

#### *Nominalskalen*

Das niedrigste Messniveau haben nominale Daten. Beim Messen werden den Objekten (in der Bevölkerungsbefragung 2018: Befragte) Zahlen (im Interview: Merkmalsausprägungen) zugeordnet. Für die unterschiedlichen Merkmalsausprägungen werden dabei beliebige, voneinander verschiedene Zahlen verwendet. Teilt man die Befragten – wie im vorliegenden Bericht – nach ihrem Geschlecht auf, so erhalten alle Männer eine „0“, alle Frauen hingegen eine „1“. Diese numerischen Skalenwerte können nur nach Kategorien unterschieden (gleich/ungleich), nicht aber in eine bestimmte Rangfolge gebracht werden. Beispiele für nominalskalierte Merkmale, die in der Befragung erhoben wurden, sind

Nationalität, Wohnort oder Parteipräferenz. Für diese Variablen können Häufigkeitsverteilungen berichtet werden. In der gewichteten Stichprobe dieser Umfrage sind z.B. 49 Prozent der Befragten männlich und 51 Prozent weiblich (vgl. Tabelle 3.3).

### *Ordinalskalen*

Im Vergleich zur Nominalskala besitzen ordinale Daten ein höheres Skalenniveau. Wie bei der Nominalskala können Objekte kategorisiert werden. Zusätzlich können diese Kategorien oder Merkmalsausprägungen in einer Rangfolge geordnet werden. Die Abstände zwischen den Kategorien sind jedoch nicht gleich, daher kann man nur „Größer-kleiner“- bzw. „Besser-schlechter“-Aussagen über die Merkmalswerte treffen. Beispiele für Merkmale mit ordinalem Skalenniveau aus dem vorliegenden Bericht sind der Schulabschluss und das (klassiert abgefragte) Einkommen der Befragten. Strenggenommen besitzen die meisten in dieser Umfrage gemessenen verteidigungs- und sicherheitspolitischen Einstellungen, wie z.B. das Sicherheitsempfinden, die Einstellung zum außen- und sicherheitspolitischen Engagement Deutschlands oder die Haltung zur Bundeswehr ordinale Skalenniveaus, da sie mit einer Antwortskala mit mehreren vollständig gelabelten Antwortmöglichkeiten gemessen wurden (sogenannte Likert-Skala). In der Forschungspraxis werden solche und andere ordinale Einstellungsvariablen allerdings meist als metrische oder quasi-metrische Merkmale verwendet. Dementsprechend können dann statistische Verfahren für dieses höhere Skalenniveau verwendet werden. So wurde bspw. für das Sicherheitsempfinden der Befragten das arithmetische Mittel gebildet, um mithilfe von statistischen Tests (Mittelwerttest und Varianzanalyse) das Sicherheitsgefühl zwischen verschiedenen Gruppen vergleichen (vgl. Tabelle 4.1) oder aber mit multivariaten Verfahren erklären zu können (vgl. Tabelle 4.5).

### *Metrische Skalen*

Metrische Daten haben das höchste Skalenniveau, wobei hier nach Verhältnis-, Intervall- und Absolutskala unterschieden wird. Bei Intervallskalen können Objekte, ebenso wie bei ordinalen Daten, kategorisiert und geordnet werden. Darüber hinaus sind die Abstände der Merkmalsausprägungen (Intervalle) gleich groß. Ein Beispiel für Intervallskalenniveau ist die Messung der Temperatur (in Grad Celsius). Im Kontrast dazu besitzt eine Verhältnisskala zusätzlich einen natürlichen Nullpunkt (gleichbedeutend mit der Abwesenheit des Merkmals), der es erlaubt, Aussagen über Größenverhältnisse bzw. Differenzen zu machen. So kann der Umsatz eines Geschäfts beispielsweise doppelt so groß sein wie der Umsatz des Nachbarladens. Andere Beispiele einer Verhältnisskala sind Länge, Gewicht, Sehvermögen, Einkommen (nicht wie im vorliegenden Bericht in Klassen gemessen) oder das in der Befragung erfasste Alter der Befragten in Jahren. Haben

die Merkmale zusätzlich eine natürliche Maßeinheit, wie beispielsweise die Anzahl von Kindern, so spricht man von einer Absolutskala.

### 3.2 Univariate Maßzahlen

Univariate Maßzahlen beziehen sich immer nur auf eine Variable bzw. ein Merkmal. Sie beschreiben die zentrale Lage (z.B. Mittelwert) oder die Streuung (z.B. Varianz bzw. Standardabweichung) einer Merkmalsverteilung in der Stichprobe. Neben dieser reinen Beschreibung der Daten (deskriptive Statistik) lassen andere univariate Kennzahlen wie der Standardfehler (Güte der Schätzung des Mittelwertes) und Konfidenzintervalle (Bereich von möglichen wahren Mittelwerten der Grundgesamtheit) zusätzlich Aussagen über die Grundgesamtheit zu (Inferenzstatistik).

#### *Lage- und Streuungsmaße*

Je nach Skalenniveau (siehe 3.1 Skalenniveau) der Daten können unterschiedliche Lage- und Streuungsmaße verwendet werden.

#### *Modus*

Der Modus oder Modalwert ist der häufigste Wert bzw. die am häufigsten vorkommende Ausprägung eines Merkmals in einer Stichprobe. Die Anwendung des Modus ist ab nominalem Skalenniveau, also für alle Arten von empirischen Variablen, möglich. Da der Modus nur die häufigste Merkmalsausprägung ist, wird er nicht von ungewöhnlichen Werten in der Stichprobe (Ausreißer oder Extremwerte) beeinflusst bzw. verzerrt. Der Diversitätsindex als Streuungsmaß für nominale Daten beschreibt, wie stark sich die Objekte (bei der Bevölkerungsbefragung 2018 die Befragten der Stichprobe) auf die Merkmalsausprägungen verteilen.

#### *Median*

Beim Median, auch Zentralwert genannt, werden die Daten der Rangfolge nach geordnet und die so erzeugte Datenreihe in der Mitte geteilt. 50 Prozent der Messwerte liegen dann über und 50 Prozent unter dem mittleren Messwert, dem Median. Bei einer geraden Anzahl von Objekten (Befragten) wird der Mittelwert aus den beiden Datenpunkten gebildet, die in der Mitte liegen. Durch diese Art der Berechnung ist der Median wenig von Ausreißern und Extremwerten beeinflusst. Er kann für Daten ab ordinalem Skalenniveau verwendet werden. Die Streuung von ordinalen Daten kann durch Ranginformationen, wie

die Spannweite oder den Quartilsabstand aufgezeigt werden. Dieser beschreibt die Differenz zwischen dem ersten Quartil (25 Prozent der Messwerte sind kleiner) und dem dritten Quartil (75 Prozent der Messwerte sind kleiner).

#### *Arithmetisches Mittel/Mittelwert*

Das arithmetische Mittel (meist einfach Mittelwert ( $\bar{x}$ ) genannt) sollte strenggenommen nur bei metrischem Skalenniveau berechnet werden. Dabei wird die Summe der beobachteten Ausprägungen eines Merkmals ( $x_i$ ) durch die Anzahl der Beobachtungen ( $n$ ) geteilt (umgangssprachlich: Durchschnitt). Da alle Messwerte in die Berechnung für das arithmetische Mittel einfließen, können Ausreißer und Extremwerte den Mittelwert verzerren. Daher ist es wichtig, neben dem Mittelwert auch die Streuung der Werte in der Stichprobe, also die Stichprobenverteilung, zu berücksichtigen (siehe Eintrag Standardabweichung).

Die Formel für die Berechnung des Mittelwerts lautet:

$$\bar{x} = \frac{1}{n} \sum_{i=1}^n x_i$$

#### *Standardabweichung*

Die üblichsten Maße, um die Streuung von metrischen Daten zu bestimmen, sind die Varianz und die Standardabweichung ( $s$ ). Berechnet wird die Varianz, indem die Summe der quadrierten Abweichungen der beobachteten Werte ( $x_i$ ) vom arithmetischen Mittel ( $\bar{x}$ ) durch die Anzahl der Beobachtungen ( $n$ ) dividiert wird. Da die Varianz nicht entsprechend der Maßeinheit des gemessenen Merkmals interpretiert werden kann, wird die Quadratwurzel aus ihr gezogen. Im Ergebnis erhält man die Standardabweichung, welche die Streuung der Werte in der tatsächlichen Maßeinheit beschreibt. Die Formel für die Berechnung der Standardabweichung lautet:

$$s = \sqrt{\frac{1}{n} \sum_{i=1}^n (x_i - \bar{x})^2}$$

### **3.3 Bivariate Zusammenhangsmaße und Verfahren**

Bivariate Maße beschreiben bzw. testen den Zusammenhang zwischen zwei Merkmalen. Basierend auf theoretischen Annahmen kann bei bivariaten Koeffizienten kausal zwischen der abhängigen (AV) und unabhängigen Variable (UV) unterschieden werden. Angenommen wird dabei, dass die UV auf die AV wirkt.

### *Chi-Quadrat ( $\chi^2$ )*

Chi-Quadrat gehört zu den nominalskalierten Zusammenhangs- bzw. Assoziationsmaßen und bildet die Basis für andere nominalskalierte Maße. Mit dem Chi-Quadrat-Test nach Pearson wird die stochastische Unabhängigkeit von zwei nominalskalierten empirischen Merkmalen geprüft (Unabhängigkeitstest). Dabei wird die Abweichung der beobachteten Zellohäufigkeiten (Merkmalskombinationen) in einer Kreuztabelle (Kontingenztafel) von den bei statistischer Unabhängigkeit der Merkmale zu erwartenden Zellohäufigkeiten verglichen. Chi-Quadrat testet die Annahme, dass es keinen Zusammenhang zwischen den beiden Merkmalen in der Grundgesamtheit gibt (Nullhypothese). Die sogenannte Alternativhypothese geht davon aus, dass ein Zusammenhang besteht, d.h., dass Gruppenunterschiede oder Zusammenhänge in der Grundgesamtheit bestehen. Ist der Chi-Quadrat-Wert statistisch signifikant, dann kann die Nullhypothese mit einer gewissen Irrtumswahrscheinlichkeit (meist 5%) verworfen werden. Chi-Quadrat ist allerdings stark abhängig von der Fallzahl ( $n$ ) der Stichprobe und hat einen Wertebereich von  $[0; n]$ . Demnach kann statistisch nur ermittelt werden, ob ein Zusammenhang zweier Merkmale besteht, nicht aber, wie stark dieser ist. Darüber hinaus sind keine Aussagen über die Richtung des Zusammenhangs (positiv oder negativ) oder über die kausale Beziehung (UV, AV) der beiden untersuchten Merkmale möglich.

### *Korrelationskoeffizient $r$*

Der Korrelationskoeffizient von Bravais-Pearson zeigt die Stärke eines linearen Zusammenhangs zwischen zwei metrischen Variablen. Er kann nur für metrische Variablen verwendet werden, die normalverteilt (Wahrscheinlichkeitsverteilung) sind. Der Wertebereich des Korrelationskoeffizienten liegt bei  $[-1; +1]$ , wobei  $-1$  eine perfekt negative lineare Korrelation und  $+1$  eine perfekt positive lineare Korrelation zeigt. Bei einem positiven Zusammenhang gehen höhere Werte der einen Variable ( $X$ ) mit höheren Werten der anderen Variable ( $Y$ ) einher. So zeigt sich in den verwendeten Befragungsdaten z.B. mit einem  $r$  von  $0,70$  ein starker positiver Zusammenhang zwischen der Einstellung der Befragten zu den Verteidigungsausgaben und zum Personalumfang der Streitkräfte (vgl. Abschnitt 9). Die Zusammenhänge zwischen zwei Variablen können allerdings auch nicht-linear, beispielsweise exponentiell oder u-förmig sein. Daher bedeutet ein Korrelationskoeffizient um null nicht automatisch, dass kein Zusammenhang zwischen den beiden Merkmalen besteht. Darüber hinaus können Ausreißer und Extremwerte den Korrelationskoeffizienten beeinflussen. Daher sollte man immer auch das Streudiagramm, also die grafische Darstellung der Messwertepaare überprüfen. Der Korrelationskoeffizient erlaubt nur Aussagen über einen möglichen Zusammenhang der betrachteten Variablen, nicht aber über eine kausale Beziehung.

### *Mittelwerttest*

In der Inferenzstatistik gibt es verschiedene Arten von Mittelwerttests. Der Einstichproben-t-Test untersucht, ob die Schätzung des Mittelwertes der Stichprobe mit einer bestimmten Irrtumswahrscheinlichkeit auch für die Grundgesamtheit gilt. Der Mittelwerttest für zwei Stichproben untersucht Unterschiede bzw. Beziehungen zwischen zwei unabhängigen (t-Test bei unabhängigen Stichproben) bzw. abhängigen (t-Test bei abhängigen Stichproben) Gruppen. Dabei wird getestet, ob sich die Mittelwerte zwischen unterschiedlichen Gruppen bzw. zwischen zwei unterschiedlichen Zeitpunkten (beispielsweise nach einem Ereignis oder einer Maßnahme) unterscheiden. Mittelwerttests können nur für metrische, normalverteilte Daten verwendet werden. Möchte man Mittelwerte zwischen mehr als zwei Gruppen vergleichen, kann man Varianzanalysen (siehe Eintrag Varianzanalyse) durchführen. Im vorliegenden Bericht werden t-Tests bei unabhängigen Stichproben bzw. Varianzanalysen zum Beispiel verwendet, um Einstellungen oder Wahrnehmungen der Befragten nach soziodemografischen Gruppen vergleichen zu können (vgl. z.B. Tabelle 7.4).

## **3.4 Multivariate Verfahren**

### *Varianzanalyse*

Die Varianzanalyse ist im Grunde eine Erweiterung des Mittelwerttests (siehe Eintrag Mittelwerttest). Im Gegensatz zum Mittelwerttest können hier die Mittelwerte von zwei und mehr Gruppen miteinander verglichen werden. Zudem kann der Einfluss nur einer Gruppenvariable (einfaktorielle Varianzanalyse) oder der gleichzeitige Effekt mehrerer Gruppenvariablen (mehrfaktorielle Varianzanalyse) untersucht werden. Für die Gruppenvariable genügt nominales Skalenniveau, für die Variable, deren Mittelwerte analysiert werden sollen, wird metrisches Skalenniveau vorausgesetzt. Die Nullhypothese der Varianzanalyse geht davon aus, dass es keine Mittelwertunterschiede zwischen den betrachteten Gruppen gibt. Kann die Nullhypothese verworfen werden, gibt es Mittelwertunterschiede zwischen einer und mindestens einer anderen Gruppe. Welche Gruppen sich genau in ihrem Mittelwert unterscheiden, kann erst mithilfe von sogenannten Post-hoc-Vergleichen (z.B. einem Scheffé-Test) ermittelt werden. Mit diesem Verfahren werden die Mittelwerte aller Gruppen miteinander verglichen und getestet, ob sie sich unterscheiden. Ein Beispiel für die in diesem Forschungsbericht einzig verwendeten einfaktoriellen Varianzanalysen findet sich in Tabelle 7.4. Auf die Betrachtung der Stärke des Einflusses der Gruppenzugehörigkeit auf die Ausprägung der abhängigen Variablen mit den Maßen  $\eta$  oder  $\eta^2$  wird bei den vorliegenden Analysen verzichtet, so dass nicht darauf eingegangen werden muss.

## *Lineare Regression*

Die lineare Regression ist ein Verfahren zur Erklärung von Zusammenhängen zwischen einer (einfache oder bivariate Regression) oder mehreren unabhängigen Variablen (multivariate Regression) und einer abhängigen Variable. Für ihre Anwendung sollte man vorab theoretische Erwartungen zu kausalen Wirkungsmechanismen haben. Für die unabhängigen Variablen spielt das Skalenniveau keine Rolle, die abhängige Variable sollte metrisches Skalenniveau haben. Das Verfahren testet, inwiefern es einen linearen Einfluss der unabhängigen Variablen auf die abhängige Variable gibt. So werden beispielsweise in Tabelle 10.5 die Determinanten von Einstellungen zum Einsatz der Bundeswehr im Inneren analysiert.

Zentraler Teil von Regressionsanalysen sind Regressionskoeffizienten für jede einzelne im Modell berücksichtigte unabhängige Variable. Diese Koeffizienten geben an, ob und wenn ja, wie stark und in welcher Weise sich ein Erklärungsfaktor auf die abhängige Variable auswirkt. Aufgrund des Tests von linearen Zusammenhängen kann man für den Einfluss der unabhängigen Variablen auf die abhängige Variable ab mindestens ordinalem Skalenniveau „Je-desto-Aussagen“ aufstellen. Ergibt sich ein statistisch signifikanter negativer Effekt für eine unabhängige Variable, bedeutet dies, dass die abhängige Variable kleiner wird, wenn die unabhängige Variable zunimmt. In Tabelle 10.5 trifft dies etwa für den Einfluss der weltweiten Sicherheitsbewertung auf die Haltung zur Wahrnehmung von Schutz- und Hilfsaufgaben durch die Bundeswehr als abhängige Variable zu: Fühlt sich jemand unsicherer, befürwortet er den Einsatz der Bundeswehr im Inneren für Schutz- und Hilfsaufgaben stärker. Im Falle eines statistisch signifikanten positiven Effekts einer unabhängigen Variablen gibt es einen gleichgerichteten Effekt, d.h. nimmt die unabhängige Variable zu, nimmt auch die abhängige Variable zu. In Tabelle 10.5 gilt dies beispielsweise für die Leistungsbewertung von bisherigen Bundeswehreinsätzen im Inland. Bewertet jemand die Leistungen der Bundeswehr positiver, ist er auch stärker für den zukünftigen Einsatz der Streitkräfte innerhalb Deutschlands. Ist die unabhängige Variable nicht ordinal oder metrisch, sondern nominal, erfolgt in der Regel eine Dichotomisierung, d.h. es werden Variablen gebildet, die angeben, ob ein bestimmtes Merkmal bei einem Befragten vorliegt oder nicht, wie bei den Wahlabsichtsvariablen oder Bildungsvariablen in Tabelle 10.5. So kann der Effekt des Vorliegens oder Nicht-Vorliegens eines Merkmals getestet werden. Der negative Koeffizient für Personen mit niedrigem Einkommen im Modell zur Erklärung der Einstellung zur Übernahme von Hilfsaufgaben durch die Bundeswehr in Tabelle 10.5 bedeutet daher, dass Befragte dieser Gruppe den Einsatz der Bundeswehr für diese Aufgabe weniger befürworten als Befragte mit mittlerem Einkommen, die in diesen Analysen als Referenzgruppe dienen.

Neben der statistischen Signifikanz und der Richtung eines Zusammenhangs ist auch die Stärke eines Effekts von Bedeutung für die Interpretation. Bei linearen Regressionen wird



zwischen nicht-standardisierten und standardisierten Effekten unterschieden. Beide geben an, um welchen Wert sich die abhängige Variable verändert, wenn man die unabhängige Variable um eine Einheit oder einen Skalenpunkt variiert bzw. das Merkmal vorliegt. Nicht-standardisierte Effekte können nicht zwischen den einzelnen unabhängigen Variablen verglichen werden, da sie in der Regel weder die gleiche Maßeinheit haben noch mit einem identischen Instrument erhoben worden sind. Vergleichbar sind hingegen die standardisierten Koeffizienten, bei denen die Maßeinheit herausgerechnet und die unabhängigen Variablen durch eine Verrechnung mit dem jeweiligen Mittelwert und der Standardabweichung standardisiert werden. Aufgrund der Vergleichbarkeit über Variablen und Modelle hinweg werden bei den Analysen der Bevölkerungsbefragung 2018 vor allem standardisierte Koeffizienten berichtet und interpretiert (vgl. z.B. Tabelle 10.5).

Bezogen auf das gesamte Modell versucht die lineare Regression mithilfe der Streuung oder Variation der unabhängigen Variablen die Streuung der abhängigen Variablen (um den Mittelwert) zu erklären. Ein Maß für die Güte dieser Erklärungsleistung ist  $R^2$ . Dieses Maß nimmt einen Wertebereich zwischen 0 und 1 an. 0 bedeutet, dass die Streuung der abhängigen Variablen nicht durch die ins Modell aufgenommenen unabhängigen Variablen erklärt werden kann – es besteht kein (linearer) Zusammenhang. 1 bedeutet, dass die Streuung der abhängigen Variablen vollständig erklärt werden kann und somit ein perfekter linearer Zusammenhang besteht. Da  $R^2$  von der Zahl der unabhängigen Variablen und vom Stichprobenumfang beeinflusst wird, werden diese beiden Aspekte bei multivariaten Regressionen berücksichtigt und korrigiert, daher wird in den Analysen dieses Berichts, z.B. in Tabelle 10.5, das korrigierte  $R^2$  ausgewiesen.

Die lineare Regressionsanalyse ist sehr robust gegenüber Verletzungen der Anwendungsvoraussetzungen (Skalenniveau, Additivität, Linearität, Abwesenheit perfekter Multikollinearität und Zahl der unabhängigen Variablen sowie Struktur der Residuen), zum Beispiel beim Skalenniveau der unabhängigen wie abhängigen Variable(n). Daher werden in diesem Forschungsbericht alle Merkmale mit mindestens fünf Ausprägungen als quasimetrische Merkmale betrachtet und lineare Regressionsanalysen berechnet. Bei vier oder weniger Ausprägungen werden stattdessen logistische Regressionsanalysen verwendet.

### *Logistische Regression*

Die logistische Regression ist ein Verfahren zur Erklärung von Zusammenhängen zwischen einer (einfache oder bivariate logistische Regression) oder mehreren unabhängigen Variablen (multivariate logistische Regression) und einer abhängigen Variable. Genauso wie bei der linearen Regression sind vor Anwendung des Verfahrens theoretische Erwartungen zu Wirkungsmechanismen zu formulieren. Die abhängige Variable in der logistischen Regression ist eine nominale Variable. Im Fall der binär-logistischen Regression, die für die Analysen der Bevölkerungsbefragung 2018 verwendet wird (vgl. z.B. Tabelle

8.4), ist die abhängige Variable dichotom, d.h. sie hat nur zwei Ausprägungen. In der Regel geht es bei dem Verfahren darum zu erklären, unter welchen Bedingungen eine Eigenschaft vorliegt bzw. ein Ereignis eintritt oder nicht (Beispiele: krank zu sein, sich an einer Wahl zu beteiligen oder die Bundeswehr als attraktiven Arbeitgeber zu bewerten, letzteres vgl. Tabelle 8.4). Die unabhängigen Variablen können ein beliebiges Skalenniveau aufweisen.

Das Verfahren ist notwendig, weil bei nominalen abhängigen Variablen wesentliche Anwendungsvoraussetzungen der linearen Regressionsanalyse verletzt sind. Vereinfacht gesagt schätzt das Verfahren nach (logistischer) Transformation der unabhängigen und abhängigen Variablen die Wahrscheinlichkeit dafür, dass das in der abhängigen Variable definierte Ereignis eintritt bzw. das Merkmal vorliegt. Dabei wird nicht wie in der linearen Regression ein linearer Zusammenhang zwischen unabhängiger und abhängiger Variable unterstellt, sondern ein logistischer (s-förmiger) Zusammenhang. Wegen des s-förmigen Verlaufs der vorhergesagten Kurve ist der Effekt der unabhängigen Variable auf die abhängige Variable nicht mehr konstant, sondern hängt vom Ausgangspunkt der Betrachtung ab: Bei Werten an den Enden der Kurve gibt es geringere Wahrscheinlichkeitsveränderungen für das Auftreten der abhängigen Variable als im mittleren Bereich.

Wie für die lineare Regression berechnen Statistikprogramme unterschiedliche Ergebnis-koeffizienten. Dies sind Logit-(b) und Effektkoeffizienten ( $\text{Exp}(b)$ ). Die Logitkoeffizienten geben an, in welchem Ausmaß sich die Logits der abhängigen Variable verändern, wenn man die unabhängige Variable um eine Einheit verändert. Da bei diesen Koeffizienten lediglich das Vorzeichen sinnvoll interpretiert werden kann (positiver, negativer oder gar kein Einfluss), werden in diesem Forschungsbericht die Effektkoeffizienten verwendet. Diese basieren auf den sogenannten Odds. Odds geben ein Wahrscheinlichkeitsverhältnis zwischen der Wahrscheinlichkeit für das Eintreten des Ereignisses ( $p$ ) und der entsprechenden Gegenwahrscheinlichkeit ( $1-p$ ) an. Sie werden mit der Formel  $(p/(1-p))$  berechnet. Effektkoeffizienten bzw. Odds bieten Informationen darüber, inwiefern sich die Chancenverhältnisse verändern, wenn die unabhängige Variable sich um eine Einheit verändert. Werte größer 1 geben an, dass die Wahrscheinlichkeit für das Eintreten des Ereignisses bzw. für das Auftreten des Merkmals zunimmt (z.B. der Effekt der Einstellung zur Bundeswehr in Tabelle 8.4, Modell V). Werte kleiner 1 zeigen, dass die Wahrscheinlichkeit sich entsprechend verringert (z.B. der Effekt für niedriges Einkommen in Tabelle 8.4, Modelle I und V). Die entsprechenden Werte können als Wahrscheinlichkeitsveränderungen in Prozentpunkten interpretiert werden.

Wie bei linearen gibt es auch bei logistischen Regressionsanalysen Maße, die angeben, wie gut die unabhängigen Variablen die Ausprägungen der abhängigen Variablen insgesamt erklären, die sogenannten Pseudo- $R^2$ -Maße. Da die abhängige Variable bei logistischen Regressionen 0/1-verteilt ist, können diese Maße nicht im Sinne einer Erklärung

der Streuung der abhängigen Variablen interpretiert werden. Wohl aber gilt für die verschiedenen Pseudo-R<sup>2</sup>-Maße ein identischer Wertebereich zwischen 0 und 1. 0 bedeutet, dass die Variablen im Modell keine Erklärungskraft haben, 1 zeigt dagegen eine vollständige Erklärbarkeit an. Da die Formeln für die Berechnung unterschiedlicher Pseudo-R<sup>2</sup>-Maße variieren, kann die Erklärungsleistung voneinander abweichen. Das in diesem Forschungsbericht verwendete Nagelkerkes R<sup>2</sup> nimmt beispielsweise systematisch höhere Werte an.

### *Marginale Effekte/Durchschnittliche marginale Effekte*

Der Begriff marginaler Effekt bezeichnet in multivariaten Verfahren wie der linearen oder der logistischen Regression (siehe die entsprechenden Einträge) den Effekt, den eine unabhängige Variable auf die abhängige Variable hat, wenn sie sich um eine Einheit ändert und die anderen Variablen im entsprechenden Modell konstant gehalten werden. Bei der linearen Regression sind die marginalen Effekte gleich den Regressionskoeffizienten und werden daher in der Regel nicht separat ausgewiesen.

Da in nichtlinearen Regressionsmodellen wie der logistischen Regression die marginalen Effekte nicht konstant sind und von den Ausprägungen der jeweiligen Variablen abhängen, werden für solche Verfahren üblicherweise durchschnittliche marginale Effekte berechnet. Sie geben den durchschnittlichen Einfluss einer unabhängigen Variablen auf die Wahrscheinlichkeit des Auftretens der abhängigen Variable in einer einzigen Kennziffer wieder. Für die Analysen in Tabelle 8.5 wurde ein Mittelweg zwischen beiden Verfahren gewählt, indem eine Wahrscheinlichkeitsdifferenz gebildet wird. Die Werte in Tabelle 8.5 geben an, um wie viele Prozentpunkte sich die Wahrscheinlichkeit für das Eintreten der abhängigen Variable ändert, wenn die jeweilige Variable zwischen Mittelwert minus 2 Standardabweichungen und Mittelwert plus 2 Standardabweichungen variiert wird (metrische Variablen) bzw. das Merkmal vorliegt oder nicht vorliegt (dichotome Variablen). Die anderen Variablen werden auf den Modus (dichotome Variablen) oder Mittelwert gesetzt.

### *Faktorenanalyse*

In Datensätzen und der sozialwissenschaftlichen Praxis gilt häufig, dass es mehrere Indikatoren bzw. Variablen gibt, um ein und dasselbe theoretische Konstrukt zu messen. So enthält die Bevölkerungsbefragung 2018 zahlreiche Fragen, welche die Haltung der Befragten zur Bundeswehr abbilden. Dazu gehören beispielsweise das Ansehen der Bundeswehr, die Einstellung zu den Streitkräften und das Vertrauen in die Bundeswehr (vgl. Abschnitt 6). Mithilfe der Faktorenanalyse kann geprüft werden, ob die genannten Indikatoren wirklich separate oder aber sehr ähnliche Aspekte messen. Ist Letzteres der Fall,

kann die Anzahl der unabhängigen Variablen in einer multivariaten Analyse reduziert und die Modelle einfacher gehalten werden.

Grundsätzlich sind bei der Faktorenanalyse eine exploratorische bzw. explorative und eine konfirmatorische Vorgehensweise zu unterscheiden. Während im Rahmen der exploratorischen Verfahren das Statistikprogramm nach Anwendervorgaben und bestimmten Kriterien berechnet, wie viele Faktoren in einer festgelegten Menge an Variablen zu finden sind, überprüft die konfirmatorische Faktorenanalyse, ob sich eine theoretisch begründete Struktur in den Daten identifizieren lässt. Im Rahmen dieses Forschungsberichts werden lediglich explorative Faktorenanalysen verwendet (vgl. z.B. die Abschnitte 6, 10 und 11).

Ein Faktor ist dabei eine lineare Kombination der einzelnen Beobachtungsvariablen. Er basiert auf einer Reihe von bivariaten Korrelationen. Dabei sollen die beobachteten Variablen, die zu einem theoretischen Konzept bzw. einem Faktor gehören, möglichst stark miteinander zusammenhängen – man spricht hier auch von einer „hohen Ladung“ einer Variable auf einen Faktor. Mit anderen Faktoren bzw. Variablen, die stark mit anderen Faktoren korrelieren, sollte es möglichst gar keine Zusammenhänge geben. Synonyme für den Faktorenbegriff sind „latentes Konstrukt“ bzw. „Dimension“. Was ein Konstrukt genau misst, ergibt sich aus dem kleinsten gemeinsamen Nenner der Inhalte der für den Faktor relevanten Variablen. Die Benennung liegt dabei in der Verantwortung des Anwenders.

Für die Festlegung, wie viele Faktoren zur Beschreibung einer Korrelationsmatrix herangezogen werden sollen, gibt es formale wie theoretische Kriterien. Das Kaiser-Kriterium zielt auf den sogenannten Eigenwert eines Faktors ab. Der Eigenwert ist die Summe seiner quadrierten Faktorladungen über alle Variablen. Wird ein Wert von 1 überschritten, ist eine Extraktion sinnvoll, weil er ein ausreichendes Maß an Streuung erklären kann. Bei einem Wert unter 1 kann man auf den entsprechenden Faktor verzichten, weil er weniger Varianz erklären kann als ein Faktor, der extrahiert wird, wenn die Messzahlen untereinander überhaupt nicht zusammenhängen. Aus theoretischen Erwägungen kann es aber auch sinnvoll sein, auf die Extraktion oder Verwendung eines Faktors zu verzichten, wenn die Ladungsstrukturen der einzelnen Variablen nicht sinnvoll interpretierbar sind (vgl. Abschnitt 10).

Aus diesen kurzen Ausführungen wird deutlich, dass Anwender der Faktorenanalyse eine recht anspruchsvolle Aufgabe übernehmen, denn im Laufe der Methode sind diverse Entscheidungen zu treffen, welche das Ergebnis des Verfahrens beeinflussen können. Es ist deshalb wichtig, alle Schritte im Entscheidungsprozess zu dokumentieren und zu begründen. Die Dimensionen, die mithilfe von Faktorenanalysen gebildet werden, werden normalerweise in weitergehenden Analysen verwendet, z.B. als abhängige oder unabhängige

Variable(n) in Regressionsanalysen (vgl. Abschnitte 6 und 11). Dabei ist zu entscheiden, ob man mit den berechneten Faktorwerten weiterarbeitet (vgl. die Abschnitte 6 und 11) oder aber Indizes bildet.

*Empfehlungen für weiterführende Literatur:*

Baur, Nina/Blasius, Jörg (Hg.) (2014): Handbuch Methoden der empirischen Sozialforschung. Wiesbaden: Springer Fachmedien.

Diekmann, Andreas (2016): Empirische Sozialforschung. Grundlagen, Methoden, Anwendungen. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt.

Schnell, Rainer/Hill, Paul B./Esser, Elke (2018): Methoden der empirischen Sozialforschung. München/Wien: Oldenbourg Verlag.

Wolf, Christof/Best, Henning (Hg.) (2010): Handbuch der sozialwissenschaftlichen Datenanalyse. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

### **Zum Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr:**

Das Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr (ZMSBw) mit Sitz in Potsdam betreibt militärsoziologische, militärhistorische und sicherheitspolitische Forschung.

Zentrale Themen der jährlichen Bevölkerungsbefragung zum sicherheits- und verteidigungspolitischen Meinungsbild sind Sicherheitsgefühl und Bedrohungswahrnehmungen der Bundesbürger sowie deren Einstellungen zum außen- und sicherheitspolitischen Engagement der Bundesrepublik Deutschland. Zudem wird die Haltung der Bevölkerung zur Bundeswehr und zu den Auslandseinsätzen analysiert. Die öffentliche Wahrnehmung der Streitkräfte sowie die gesellschaftliche Akzeptanz und Integration der Bundeswehr stellen weitere Themenbereiche dar. Darüber hinaus wird die Attraktivität der Bundeswehr als Arbeitgeber untersucht und das Verhältnis zwischen Streitkräften und Gesellschaft empirisch erfasst. Der vorliegende ausführliche Bericht präsentiert zentrale Ergebnisse und Analysen der Bevölkerungsbefragung 2018.

### **Zu den Autoren:**

**Dr. Markus Steinbrecher, Dr. Heiko Biehl, Dr. Timo Graf**, Forschungsbereich Militärsoziologie, Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr (ZMSBw), Potsdam.